



4. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 23. Mai 1985

Inhalt	Seite
Mahnworte zur Wiedervereinigung	138 (A)
Geschäftliches	
Begrüßung des nachgerückten Abg. Kliche	138 (A)
Geburtstagswünsche für Abg. Müller und Sen Dr. Scholz	138 (A)
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	138 (A)
Klinski (AL)	138 (B)
Wagner, Horst (SPD)	138 (D)
Haberkorn (AL)	139 (B)
Frau Ahme (AL)	149 (C)
Fragestunde	
Veröffentlichung offener Stellen in Berlin (West) über btx	
Dr. Biewald (CDU)	139 (D), 140 (B)
Sen Pieroth	139 (D), 140 (B, C)
Dr. Meisner (SPD)	140 (B)
Wagner, Horst (SPD)	140 (C)
Negative Folgen des Sommerflugplans für Berlin	
Wagner, Horst (SPD)	140 (D), 141 (A)
Sen Wronski	140 (D), 141 (A, B)
Wagner, Jürgen (SPD)	141 (B)
Lohauß (AL)	141 (B)
Arbeitsrechtlicher Schutz für zivile Angestellte alliierter Dienststellen	
Frau Künast (AL)	141 (C, D), 142 (B, C)
Sen Dr. Rexrodt	141 (C), 142 (A, B, C, D)
Vetter (CDU)	142 (B)
Dr. Gerl (SPD)	142 (B)
Reiß (AL)	142 (D)

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Naturkundliche Sammlungen		I. Lesung	
Biederbick (F.D.P.)	143 (A, C), 144 (B)	Änderung des Haushaltsgesetzes 1985	
Sen Dr. Hassemer	143 (A, C, D), 144 (A, B)	- Drs 10/39 -	
Frau Zieseke (AL)	143 (D)	Pätzold (SPD)	156 (D), 161 (D), 162 (C)
Schürmann (SPD)	143 (D)	Buwitt (CDU)	158 (D)
Vetter (CDU)	144 (A)	Helms (AL)	159 (D), 163 (B)
Dr. Tolksdorf (F.D.P.)	144 (B)	Rasch (AL)	160 (D)
		Sen Dr. Rexrodt	161 (C)
		Frau Bischoff-Pflanz (AL)	162 (B)
		Landowsky (CDU)	163 (D)
Ständige Kontrollen in städtischen Hallenbädern		Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Richtergesetzes	
Kliem (CDU)	144 (C, D)	- Drs 10/41 -	164 (C)
Sen Franke	144 (C), 145 (A)		
Verzögerte oder verschleppte Auszahlung von Unterhaltsgeld für Umschüler(innen)		Große Anfrage	
Haberkorn (AL)	145 (A), 146 (A)	Ausgegrenzte und vergessene Opfer des Faschismus in Berlin	
Sen Pieroth	145 (B, D), 146 (A)	- Drs 10/49 -	164 (C)
Vetter (CDU)	145 (C), 146 (A)	und	
Sen Fink	146 (B)	Anträge	
Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Bundesfernstraße im Bezirk Reinickendorf		Aufhebung des Verbots, VVN-Mitglieder an Schulen einzuladen	
Vogt (CDU)	146 (B, C, D)	- Drs 10/51 -	164 (C)
Sen Franke	146 (B, C), 147 (A, B)	Einrichtung eines Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus	
Sen Dr. Scholz	146 (D)	- Drs 10/52 -	164 (C)
Frau Preisler-Holl (AL)	147 (A)	Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg an die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten der Bezirke West-Berlins	
Dr. Tolksdorf (F.D.P.)	147 (B)	- Drs 10/53 -	164 (D)
Ermittlungen gegen ehemalige Richter und Anklagevertreter am „Volksgerichtshof“	147 (B)	Erinnerungstafel im Reichstag an die von den Nationalsozialisten ermordeten und verfolgten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik	
Frau Künast (AL)	147 (C, D), 148 (A)	- Drs 10/54 -	165 (A)
Sen Dr. Scholz	147 (C, D), 148 (B, C, D), 149 (A, B)	Umbenennung von Straßen Berlins	
Schenk (AL)	148 (C)	- Drs 10/58 -	165 (A), 177 (D)
Thomas (SPD)	148 (D)	Frau Dr. Schramm (AL)	165 (A), 168 (A)
Dr. Gerl (SPD)	149 (A)	Bm Lummer	166 (B)
Dr. Mahlo (CDU)	149 (B)	Rebsch (CDU)	169 (B)
		Longolius (SPD)	170 (A)
		Fabig (F.D.P.)	172 (A)
		Schenk (AL)	172 (C)
Aktuelle Stunde		Wahlen	
Situation des Eisenbahn- und Flugverkehrs von und nach Berlin		Zwölf Personen zu Mitgliedern sowie von zwölf weiteren Personen zu Ersatzmitgliedern des Kuratoriums der Stiftung des öffentlichen Rechts Lette-Verein	
Staffelt (SPD)	149 (D), 151 (C)	- Drs 10/19 -	173 (D)
Giesel (CDU)	151 (A)		
Fabig (F.D.P.)	152 (C)		
Sen Wronski	153 (C)		
Dr. Niklas (SPD)	154 (D)		
Palm (CDU)	155 (C)		
Kammholz (F.D.P.)	156 (A)		
Übernahme von Bundesrecht			
- Drs 10/46 -	156 (C)		

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Drei Personen zu Mitgliedern und je drei weitere Personen zu Ersatzmitgliedern der neu zu bildenden Kuratorien an den Fachschulen des Landes Berlin		Anträge	
- Drs 10/24 -	174 (B)	Städtebündnis gegen Kernwaffen	
Richterwahlausschuß		- Drs 10/38 -	186 (C)
- Drs 10/28 -		Dr. Meisner (SPD)	186 (D)
Frau Künast (AL)	175 (B), 177 (B)	Adler (CDU)	187 (D)
Dr. Finkelnburg (CDU)	176 (B)	Frau Kiele (AL)	188 (A)
Fünf Personen zu ordentlichen Mitgliedern und fünf weitere Personen zu stellvertretenden Mitgliedern des Gnadenausschusses		Fabig (F.D.P.)	189 (A)
- Drs 10/33	178 (A)	Sperrung von Waldstraßen	
Bericht		- Drs 10/42 -	189 (C)
des 3. Untersuchungsausschusses		Einrichtung einer tramperfreundlichen Verkehrs- und Parkregelung an der Grenzübergangsstelle Dreilinden	
- Drs 9/2459 -	178 (B)	- Drs 10/43 -	189 (C)
und		Vorläufige Stilllegung der Klärschlammverbrennungsanlagen	
Anträge		- Drs 10/44 -	189 (C)
Folgerungen aus dem Untersuchungsausschuß „Ankauf der Randbebauung Schlangenbader Straße“		Emissionsminderung bei den Kraftwerken der Bewag	
- Drs 10/57 -	178 (B)	- Drs 10/45 -	
Annahme einer Entschließung gemäß § 40 (1) GO zum Antrag der Fraktion der SPD über Folgerungen aus dem Untersuchungsausschuß „Ankauf der Randbebauung Schlangenbader Straße“		Frau Heitmann (AL)	189 (D)
Nagel (SPD)	178 (D)	Nichtanwendung der Ertragsberechnungsverordnung	
Führer (CDU)	180 (C)	- Drs 10/55 -	190 (C)
Momper (SPD)	181 (C)	Gestaltung des Geländes zwischen Stauffenbergstraße im Westen, Köthener Straße im Osten, Tiergartenstraße im Norden und Reichpietschufer im Süden	
Frau Ahme (AL)	182 (B)	- Drs 10/56 -	190 (C)
Frau Schmid-Petry (F.D.P.)	184 (C)	Ausbau der Spandauer Schleuse	
Jewarowski (CDU)	185 (B)	- Drs 10/59 -	190 (D)
Dr. Rüter (SPD)	186 (B)	Fahrradverkehrsnetz	
		- Drs 10/60 -	190 (D)
		Verzicht der städtischen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften auf die zwangsweise Durchsetzung des Einzugsverfahrens	
		- Drs 10/61 -	190 (D)

(A) Präsident Rebsch eröffnet die Sitzung um 13 Uhr.

Präsident Rebsch: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und **bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.**

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen mitteilen, daß für den ausgeschiedenen Abgeordneten Jungclaus **der Abgeordnete Horst Kliche nachgerückt** ist, den ich herzlich begrüßen möchte.

[Beifall]

Ferner darf ich – sicher auch in Ihrem Namen – dem **Abgeordneten Rudolf Müller** sowie Herrn **Senator Dr. Rupert Scholz** herzlich zum **Geburtstag** gratulieren.

[Beifall]

Es sind zwei **Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde** eingebracht worden, und zwar

1. ein AL-Antrag zum Thema „Verharmlosung des Schwermetallgehaltes in Berliner Gewässern durch den Senat“;
2. ein SPD-Antrag zum Thema „Fortdauernde Diskriminierung Berlins im Eisenbahnverkehr“.

Der Antrag der Fraktion der AL lag zuerst vor. Im Laufe der Beratung im Ältestenrat hat die Fraktion der SPD des Thema ihrer Aktuellen Stunde erweitert in „Situation des Eisenbahn- und Flugverkehrs von und nach Berlin“.

Nach § 52 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird beim Vorliegen mehrerer Anträge mit verschiedenen Themen das Thema besprochen, dessen Besprechung zuerst beantragt wurde – das wäre das Thema des Antrages der AL-Fraktion –,

[Beifall bei der AL]

(B) es sei denn, das Abgeordnetenhaus beschließt etwas anderes.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Der Ältestenrat hat mehrheitlich empfohlen, von dieser Sonderregelung Gebrauch zu machen.

Wird das Wort zur Geschäftsordnung gewünscht? – Bitte sehr, Herr Klinski!

Klinski (AL): Nun, die AL hat eine Aktuelle Stunde beantragt zu dem genannten Thema, weil sich zu den bekannten Umweltskandalen in Berlin ein neuer, vom Senat zu verantwortender Skandal gesellt hat. Der Senat hat der Berliner Bevölkerung bisher bewußt verschwiegen, daß der Gehalt an giftigen Schwermetallen in Berliner Gewässern um ein Mehrfaches über den von ihm bekanntgegebenen Werten liegt. In seiner Antwort auf eine Anfrage über die Belastung an der Mündung des Teltowkanals hat er zugeben müssen, daß nach einer Untersuchung des Bundesgesundheitsamtes der Gehalt an krebserregendem Cadmium bis zu siebzehnmal und der Gehalt an hochgiftigem Blei um über 180mal größer ist als bisher von ihm behauptet. Das Zustandekommen dieser Senatsmeßwerte ist eine eindeutige Irreführung der Berliner Öffentlichkeit. Der Senat hat zugeben müssen, daß seine bisherigen offiziellen Meßwerte auf einem simplen Trick beruhen.

Präsident Rebsch: Herr Klinski, Sie müssen bitte schon dazu sprechen, warum Ihr Antrag so besonders aktuell ist. Es geht hier nämlich um die Frage der Aktualität.

Klinski (AL): Ja, der ist so aktuell, Herr Rebsch, weil in dieser Woche vom Senat offiziell bekanntgegeben worden ist, daß seine bisherigen Meßwerte unwahr sind. Die Proben des Senats werden nämlich regelmäßig vor ihrer Messung filtriert, so daß ein wesentlicher Anteil der Schwermetalle herausgefiltert wird. Das ist praktisch das Prinzip des Kaffeefilters, nur etwas wissenschaftlich aufgemotzt. Diese Methode ist gravierend, und sie muß heute hier diskutiert werden, denn sie ist erstens eine

simple, aber wirkungsvolle Manipulation. Je nachdem, welchen Filter man wählt, erhält man das gewünschte Ergebnis. Zweitens ist dieses Meßverfahren national und international unüblich; selbst das Umweltbundesamt hält dieses Verfahren für indiskutabel, und das Bundesgesundheitsamt hält es ebenfalls nicht für geeignet. Drittens gibt es keine Rechtsgrundlage dafür; das Verfahren ist illegal.

Präsident Rebsch: Herr Klinski, das ist eine inhaltliche Begründung. Sie müssen bitte auf die Aktualität zu sprechen kommen!

Klinski (AL): Herr Präsident, ich kann die Aktualität nur damit begründen, daß dieses Thema so eine große inhaltliche Brisanz hat.

[Beifall bei der AL]

Wenn die Abgeordneten, die hier anwesend sind, dieses nicht erfahren können, dann können sie auch nicht ernsthaft über diese Frage abstimmen.

[Beifall bei der AL]

Der Senat hat dazu sicherlich eine meiner Ansicht nach weniger sachkundige – –

[Zuruf des Abg. Landowsky (CDU)]

– Ich rede zur Geschäftsordnung!

[Widerspruch bei der CDU]

– Doch, ich rede zur Geschäftsordnung, denn es wird für die Öffentlichkeit sehr interessant sein, in einer Aktuellen Stunde, die unter sehr viel mehr Beachtung als irgendein anderer Tagesordnungspunkt stattfindet, etwas über dieses Thema zu erfahren. Darüber müssen wir hier in diesem Kreise ganz offen reden und die Senatsstellungnahme ebenso wie die Stellungnahme der Koalitionsfraktionen hierzu hören, die das ja schließlich zu verantworten haben.

Wenn der Senat dieses Verfahren gewählt hat, so kann dies letztlich nur einen Grund haben: Er will die Bevölkerung hinters Licht führen, er will manipulieren und vertuschen. So sieht es hier aus.

[Beifall bei der AL]

Und noch ein Wort etwas direkter zur Geschäftsordnung: Es war die ganzen vergangenen vier Jahre üblich in diesem Hause, von dieser Sonderregelung, die Sie hier in Anspruch nehmen wollen, keinen Gebrauch zu machen, und es war ganz offensichtlich am Montag so, daß die SPD-Fraktion, nachdem sie von der Aktuellen Stunde der AL erfahren hatte, ganz bewußt einen Antrag mit einem anderen Thema eingebracht hat, damit sie sich selbst als die wirkliche Oppositionspartei darstellen kann.

Das ist das eine; und das andere ist: Die Koalitionsfraktionen wollen ganz bewußt in dieser Stunde, die von der Öffentlichkeit sehr stark beachtet wird, verhindern, daß die Methoden des Senats hier offengelegt werden, sie wollen vertuschen, und sie wollen einmal mehr Herrn Vetter vor berechtigten Vorwürfen schützen.

Präsident Rebsch: Herr Klinski, darf ich um den Abschluß bitten, die fünf Minuten sind vorbei!

[Abg. Klinski (AL) verläßt das Rednerpult.]

Nunmehr zur Begründung der Aktualität des Antrages der SPD-Fraktion der Kollege Wagner.

Wagner, Horst (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der AL auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Verharmlosung des Schwermetallgehaltes in Berlin“ ist zweifellos 28 Minuten vor dem Antrag der SPD beim Präsidenten eingegangen, aber meine Fraktion erlaubt sich den Hinweis, daß Quantität nicht immer vor Qualität geht.

[Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.]

Wagner, Horst

- (A) Das ändert schließlich nichts daran, daß wir davon ausgehen, daß wir die Aktuelle Stunde nicht dazu benutzen sollten, über bekannte Tatsachen zu sprechen, sondern für die Möglichkeiten des Parlaments, die dafür vorgesehen sind, zu nutzen. Die AL kann eine Große Anfrage dazu stellen, sie kann dies in den Fachausschüssen zur Debatte stellen.

[Widerspruch bei der AL]

– Sie brauchen gar nicht so zu schreien, es hört ja doch keiner! – Wir meinen, die Aktuelle Stunde sollte für aktuelle Themen benutzt werden, und da haben wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Situation im Eisenbahn- und Flugverkehr von und nach Berlin, die entscheidende Veränderungen erfahren hat in den letzten Tagen. Das ist nun tatsächlich ein Thema von brennender Aktualität. Das Abgeordnetenhaus ist dringend gefordert, darüber zu diskutieren. Die Fahrplanänderungen im Eisenbahnverkehr haben nicht die versprochene Beschleunigung gebracht, aber was für die Zukunft viel wichtiger ist: Die Diskussion um eine bessere und vor allem schnellere Anbindung Berlins an das Streckennetz der Bundesbahn scheint in ein entscheidendes Stadium getreten zu sein, wo es vordringliche Aufgabe des Parlaments ist, an der endgültigen Meinungsbildung teilzunehmen. Und dazu soll diese Aktuelle Stunde dienen.

Von ebenso aktueller Brisanz sind die durch den Sommerfahrplan eingetretenen Veränderungen im Luftverkehr von und nach Berlin. Entgegen den Versprechungen, die PanAm vor dem Wirtschaftsausschuß dieses Parlaments gemacht hat, sind Flüge gestrichen worden, ist der Fahrplan ausgelichtet worden und sind Flugplangestaltungen zuungunsten Berlins vorgenommen worden. Die Industrie- und Handelskammer hat zu Recht in diesen Tagen darauf hingewiesen, daß Fahrten und Flüge von und nach Berlin das Image der Stadt und den Eindruck der Besucher ganz erheblich beeinflussen. Noch ist es Zeit, Schaden von Berlin abzuwenden, und deshalb sollten wir heute in der Aktuelle Stunde über das von der SPD beantragte Thema „Situation im Eisenbahn- und Flugverkehr von und nach Berlin“ diskutieren.

(B)

[Beifall bei der SPD]

Präsident Rebsch: Wir haben noch eine Meldung zur Geschäftsordnung. Bitte, Herr Kollege Haberkorn!

[Zurufe von der CDU]

Haberkorn (AL): Ich denke, daß jeder zur Geschäftsordnung reden kann. Das sollten Sie wissen, zumal Sie auch wissen, wie Sie die Geschäftsordnung in ihrem jetzigen Zustand am besten aushebeln können.

[Landowsky (CDU): Fangen Sie endlich an!]

– Lassen Sie mich ausreden.

[Vetter (CDU): Das ist alles Quatsch!]

– Das ist kein Quatsch. Bisher war es üblich, daß die Anträge zur Aktuelle Stunde nach allgemeiner Absprache immer nach der Reihenfolge behandelt wurden. Sie können uns überhaupt keinen Grund nennen, warum die von uns gebrachte Begründung weniger wichtig sein sollte als Ihr Antrag über Flug- und Schienenwege 1., 2. und 3. Klasse, die Sie einführen wollen.

Ich will noch einmal auf das Verhalten der SPD eingehen, die im Grunde selbst dafür sorgt, daß eine Oppositionspartei sich ihrer Mittel und der geringen parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten beraubt. Sie machen nicht mehr, als daß Sie dafür sorgen, daß künftig nur noch nach Mehrheiten, nicht aber nach Reihenfolge geredet wird.

[Beifall bei der AL]

Präsident Rebsch: Herr Kollege Haberkorn! Ich kann niemandem das Wort zur Geschäftsordnung verbieten, aber Sie sprechen nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Haberkorn (AL): Da müssen Sie mir zuhören. Ich spreche sehr genau am Rande der Geschäftsordnung.

[Gelächter bei der CDU und der F.D.P.]

Präsident Rebsch: Sie müssen schon innerhalb der Geschäftsordnung sprechen.

Haberkorn (AL): So, wie Sie die Geschäftsordnung auslegen, ist das auch nicht der Inhalt der Geschäftsordnung. Ich bin bei der Begründung dem Inhalt wohl näher als Sie.

Ich beschränke mich jetzt darauf, Sie aufzufordern, damit Sie sich nicht künftiger Möglichkeiten berauben, Ihren Antrag zurückzuziehen und der Reihe nach, wie von uns beantragt, die Fraktion zur Aktuelle Stunde heranzulassen, die dran ist. Die AL muß also ihren Antrag durchbekommen, damit sie auch einmal reden kann. Ansonsten halten wir – und da muß ich die SPD-Fraktion ansprechen – es Ihrer Profilierungseiligkeit zugute, daß Sie sich zusammen mit der CDU – Arm in Arm und mit Bruderkuß – mehrheitlich durchsetzen wollen. Das ist kein parlamentarisches Verfahren, entspricht aber wohl Ihrem zukünftigen Stil, den Sie haben wollen.

Präsident Rebsch: Herr Haberkorn, Sie sprechen nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Haberkorn (AL): Sie wiederholen sich. – Danke!

Präsident Rebsch: Meine Damen und Herren! Ich lasse nunmehr darüber abstimmen, ob wir abweichend von § 52 unserer Geschäftsordnung des Thema „Situation des Eisenbahn- und Flugverkehrs von und nach Berlin“ als Aktuelle Stunde behandeln wollen. Wer diesem Vorschlag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! – Die Gegenprobe! – Bei einer Anzahl von Gegenstimmen so beschlossen. Dies wird dann Tagesordnungspunkt 1 a werden.

(D)

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

Fragestunde

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Biewald zu einer Mündlichen Anfrage über

Veröffentlichung offener Stellen in Berlin (West) über btx

Bitte, Herr Dr. Biewald!

Dr. Biewald (CDU): Ich frage den Senat:

1. Wenn es zutrifft, daß bei den Arbeitsämtern zur Zeit über 3600 freie Lehrstellen gemeldet sind, was hält der Senat von Berlin dann davon, zur Transparenz des Angebots einen täglich korrigierten Stellenmarkt über Bildschirmtext zu veröffentlichen, um stellungsuchenden Jugendlichen einen schnellen, unkomplizierten Überblick über das Angebot zu verschaffen?

2. Sollte dieser Versuch sich bewähren, würde der Senat sich dafür einsetzen, Angebote auch auf eine allgemeine Stellenbörse auszuweiten?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung – Herr Senator Pieroth!

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Biewald! Da die Fragestellung in den Zuständigkeitsbereich des Präsidenten des Landesamtes Berlin fällt, habe ich diesen um eine Stellungnahme gebeten, die folgenden Wortlaut hat:

Sen Pieroth

(A) Das Landesarbeitsamt Berlin veröffentlicht seit Jahren regelmäßig zur Transparenz des Ausbildungsstellenmarktes - besonders in den Monaten April bis August - in Presse und Medien das jeweils aktuelle Ausbildungsstellenangebot. Zugleich werden Listen und Plakate mit noch freien Ausbildungsplätzen in allen Schulen, Jugendheimen und sonstigen relevanten Einrichtungen verteilt. Durch diese Maßnahmen der Berliner Berufsberatung ist sichergestellt, daß einerseits über das jeweilige Ausbildungsplatzangebot zielgruppengerecht informiert wird, andererseits auch die Jugendlichen mit entsprechenden Hinweisen auf die Vermittlungsmöglichkeiten der Berliner Arbeitsämter hingewiesen werden.

Die Nutzung des Mediums btx für diesen Zweck ist vom Landesarbeitsamt Berlin bereits geprüft worden. Da jedoch dieses Medium noch nicht so weit verbreitet ist, kann die Zielgruppe der einen Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen und deren Eltern damit zur Zeit noch nicht erreicht werden, so daß der erhebliche zusätzliche Arbeitsaufwand zur bildschirmgerechten Aufbereitung in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Ergebnis stünde und daher eine Einbeziehung nicht in Betracht kommt.

Die Bemühungen des Landesarbeitsamtes zur Transparenz des Ausbildungsstellenmarktes und zur vollständigen Ausschöpfung der angebotenen Stellen waren in den letzten Jahren erfolgreich. So sind von den insgesamt den Arbeitsämtern im vergangenen Vermittlungsjahr gemeldeten 13 685 Ausbildungsstellen Ende September mit noch 439 und Ende Dezember mit nur noch 54 offenen Ausbildungsstellen nahezu hundert Prozent des Stellenangebotes bei den Arbeitsämtern ausgeschöpft worden.

In aller Kürze zu Ihrer zweiten Frage, ebenfalls aus dem Brief des Landesarbeitsamtes:

(B) Unter Berücksichtigung einer jeweils erforderlichen zielgruppengerechten Verfahrensweise wird aus der Sicht des Landesarbeitsamtes eine sogenannte allgemeine Stellenbörse über btx derzeit nicht für zweckmäßig erachtet.

Der Stellungnahme des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Berlin schließe ich mich aufgrund der geschilderten aktuellen Situation an. Es trifft im übrigen zu, daß bei den Arbeitsämtern zur Zeit über 3 600 freie Lehrstellen gemeldet sind.

Präsident Rebsch: Zur ersten Zusatzfrage bitte der Fragesteller, Herr Dr. Biewald!

Dr. Biewald (CDU): Herr Senator! Würden Sie dennoch den Versuch - speziell wenn ich daran denke, daß die Technik- und Spielbegeisterung, auch das Computerverhalten der Jugendlichen zu nutzen wäre - machen, zumal in sämtlichen Bibliotheken schon derartige Geräte stehen?

Präsident Rebsch: Bitte, Herr Senator!

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Biewald! Nicht zuletzt im Interesse dieses Weckens der Begeisterung bei jungen Menschen: Ja, aber erst zu gegebenem Zeitpunkt! Die Arbeitsverwaltung hat in den nächsten Monaten noch ganz andere Probleme zu lösen. Auf Wiedervorlage sage ich ja.

Präsident Rebsch: Zur nächsten Zusatzfrage - Herr Dr. Meisner!

Dr. Meisner (SPD): Herr Senator! Trifft es zu, daß btx als ein öffentliches, allgemein zugängliches Kommunikationsmittel praktisch jetzt schon gescheitert ist - ich meine jetzt nicht die geschlossenen Benutzergruppen? Ist es richtig, daß auch mit einer solchen Ausweitung des Angebots der Arbeitsämter diesem Medium wahrscheinlich kein Leben mehr eingehaucht werden kann?

Präsident Rebsch: Bitte, Herr Senator!

(C)

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Meisner! Ich gehöre nicht zu den Pessimisten, die mögliche Entwicklungen im voraus für gescheitert erklären, sondern bin dafür, daß jede Möglichkeit genutzt wird, um Ausbildungsstellen mit Ausbildungsplatzsuchenden zusammenzubringen.

Präsident Rebsch: Zur nächsten Zusatzfrage - Herr Kollege Wagner!

Wagner, Horst (SPD): Herr Senator! Können Sie uns sagen, warum - wenn schon nicht btx-unterstützt - computerunterstützte Vermittlungen im Landesarbeitsamt Berlin nicht möglich sind, die sicherstellen würden, daß auch über die einzelnen Arbeitsämter ein Tagesausgleich des Angebots und der Nachfrage erfolgen könnte?

Präsident Rebsch: Bitte, Herr Senator!

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Kollege Wagner! Ich kann nur sagen, daß das, was möglich und sinnvoll ist, herbeigeführt wird, auch wenn es bisher vielleicht noch nicht hat herbeigeführt werden können.

Präsident Rebsch: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Dann rufe ich auf die Mündliche Anfrage Nr. 2. Das Wort hat der Abgeordnete Wagner zu einer Anfrage betreffend

negative Folgen des Sommerflugplans für Berlin

(D)

Wagner, Horst (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welche Gründe veranlaßten Herrn Senator Wronski, den Brief der SPD-Fraktion vom 26. April 1985 unbeantwortet zu lassen, in dem ihn die SPD-Fraktion aufgefordert hatte, aktiv zu werden, um die sich aus den Sommerflugplan-Änderungen ergebenden negativen Folgen für Berlin zu vermeiden?

2. Teilt der Senat meine Befürchtungen, daß der Wegfall von vier Flugpaaren nach Frankfurt und die Zeitveränderung bei den Flügen von und nach München erhebliche Nachteile für den Geschäftsverkehr bringen und insbesondere bei Ein-Tages-Sitzungen Berlin gegenüber München stark benachteiligt wird?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung - Herr Senator Wronski!

Wronski, Senator für Verkehr und Betriebe: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Wagner! Zu Frage 1: Der Senator Wronski - also ich -

[Heiterkeit]

hat unabhängig von dem Brief der SPD-Fraktion, der vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Wagner, gezeichnet war und mich zeitgleich mit der Veröffentlichung eben dieser Stellungnahme in der Presse erreichte, die Stellungnahme des Senats gleichfalls in öffentlicher Weise abgegeben. Ferner habe ich bereits den ersten Abflug des Airbusses am 28. April dazu benutzt, um im persönlichen Gespräch die Fluggesellschaft Pan Am auf die möglichen Erschwernisse hinzuweisen, und um entsprechende Korrektur gebeten.

Zu 2: Der Senat teilt nur bedingt die Befürchtung, daß die Veränderung der Tagesrandflüge Nachteile für den Geschäftsverkehr von und nach München bringen kann. So betrug nach Angaben der Pan Am die durchschnittliche Besetzung des Frühfluges München-Berlin drei Fluggäste, die am selben Tag zurückfliegen. Wegen der Rücknahme von drei - nicht vier -

Sen Wronski

- (A) Flugpaaren nach Frankfurt, die über den ganzen Tag verteilt werden, sind dem Senat bisher keine Klagen bekannt geworden. Sollten sie auftreten oder in der folgenden Diskussion hier vorgetragen werden, wird der Senat selbstverständlich diesen Klagen nachgehen.

Präsident Rebsch: Erste Zusatzfrage – der Fragesteller. Bitte sehr, Herr Wagner!

Wagner, Horst (SPD): Herr Senator! Ist es Auffassung des Senats, daß eine um 10 Uhr in Berlin landende Maschine ein Tagesrandflug ist? Darf ich andersherum fragen: Ist 10 Uhr vormittags bei Ihnen Nacht oder so etwas ähnliches?

Präsident Rebsch: Bitte sehr, Herr Senator!

Wronski, Senator für Verkehr und Betriebe: Herr Abgeordneter Wagner! Sie meinen die Frühmaschine, die aus München kommt,

[Wagner, Horst (SPD): Ja!]

die erste überhaupt um diese Zeit, wo eine Verschiebung von ungefähr 10 oder 15 Minuten eingetreten ist? – Hier ist darauf hinzuweisen, daß die Besetzung dieser Maschine – es ist nicht mein Unternehmen –

[Wagner, Horst (SPD): Vielen Dank!]

natürlich auch einen gewissen Einfluß auf die Plazierung hinsichtlich der Flugzeit hat. Wenn – ich wiederhole es – nach Angaben der Pan Am diese Frühmaschine mit durchschnittlich drei Fluggästen in der letzten Zeit besetzt gewesen ist, die am selben Tag zurückfliegen, darf man mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß es bei diesem Frühflug Probleme für die Interessenten nicht gegeben hat und auch nicht geben wird.

[Wagner, Horst (SPD): Das ist alles nicht wahr, was der da erzählt. Es sind 35 Minuten, Herr Senator!]

(B)

Präsident Rebsch: Wir haben keine weiteren Zusatzfragen? – Doch, der andere Herr Wagner! Bitte sehr, Herr Wagner!

Wagner, Jürgen (SPD): Herr Senator Wronski! Teilen Sie meine Meinung, daß zu den negativen Auswirkungen des Sommerflugplans auch gehört, daß die Pan Am mit dem Einsatz der Airbusse auch die Sitzzahl für die Sparpreis-Passagiere beschränkt hat? Was gedenkt der Senat dagegen zu tun?

Präsident Rebsch: Herr Senator Wronski!

Wronski, Senator für Verkehr und Betriebe: Ich bitte um Verständnis und vor allen Dingen um Rücksichtnahme auf die anschließende Diskussion in der Aktuellen Stunde, daß ich meine Auffassung nicht im Rede- und Antwortspiel zwischen uns vorab abgeben möchte. Aber: Die Situation als solche wird kritisch zu bewerten sein. Schließlich wird das Urteil entscheidend auch davon abhängen, ob nachweisbare Nachteile feststellbar sind. Aber, Herr Kollege Wagner, es kann – glaube ich – Einverständnis zwischen uns erzielt werden, daß wir die ausführliche Diskussion und den Meinungs austausch in der Aktuellen Stunde weiterführen.

Präsident Rebsch: Bitte sehr, eine weitere Zusatzfrage – Herr Lohauß!

Lohauß (AL): Teilt der Senat die Meinung, daß das Thema „Flugverkehr“, da es mit einer Mündlichen Anfrage behandelt wird, ebensogut jetzt behandelt werden könnte und die Dringlichkeit der Aktuellen Stunde zu diesem Thema somit gar nicht gegeben ist?

Wronski, Senator für Verkehr und Betriebe: Herr Abgeordneter, es ist nicht Aufgabe des Senats, die Entscheidungen des Parlaments hier zu bewerten.

[Beifall bei der CDU und der SPD – Heiterkeit]

Insofern behandelt der Senat die Tagesordnungspunkte pflichtgemäß in der Reihenfolge, wie sie im Parlament anstehen. (C)

[Beifall bei der CDU, der SPD und der F.D.P.]

Präsident Rebsch: Ich rufe auf die Mündliche Anfrage Nr. 3. Das Wort hat die Abgeordnete Künast zu einer Mündlichen Anfrage betreffend

arbeitsrechtlicher Schutz für zivile Angestellte alliierter Dienststellen

Bitte sehr, Frau Kollegin!

Frau Künast (AL): Ich frage den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dem deutschen Arbeitsrecht auch für zivile Angestellte alliierter Dienststellen zu seiner vollen Geltung zu verhelfen, so z. B. in Fällen wie dem des Conrad L., der in seiner Dienststelle im britischen Sektor trotz Feststellung des Arbeitsgerichts, daß auch hier der Schutz von Betriebsratsmitgliedern vor außerordentlichen Kündigungen gelte, vom britischen Sektorenkommandanten nicht weiter beschäftigt wird?

2. Aus welchen Mitteln werden die Prozeß- und eventuellen Anwaltskosten und die Abfindungssumme von 28 000 DM gezahlt, zu der das Arbeitsgericht den Arbeitgeber für den eingetretenen Fall der Nichtbeschäftigung verurteilt?

Präsident Rebsch: Wer beantwortet? – Der Herr Finanzsenator – bitte sehr, Herr Dr. Rexrodt!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Künast! Der Senat bemüht sich seit Jahren, besser gesagt: seit Jahrzehnten darum, daß die rechtliche Stellung der bei den Alliierten in Berlin Beschäftigten der rechtlichen Stellung derjenigen angeglichen wird, die bei den Stationierungsstreitkräften im Bundesgebiet beschäftigt sind. Da hat es im Jahre 1980 einen Durchbruch gegeben – so kann man es sagen. In der BK/O (80) 13 vom 13. Dezember 1980, die die Beschäftigungsverhältnisse für 11 000 Beschäftigte bei den Alliierten regelt, ist generell festgelegt worden, daß das deutsche Arbeits- und Sozialrecht gilt. Diese BK/O löste eine BK/O aus dem Jahre 1965 ab. Im Prinzip ist damit auch Übereinstimmung mit dem Arbeitsrecht hergestellt, das für die Beschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften im übrigen Bundesgebiet gilt. Allerdings gibt es hier wie dort bei den Alliierten verschiedene Änderungen und Ausnahmen. (D)

Diese Einschränkungen greifen auch im vorliegenden Fall. Es handelt sich hier um die Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes. Dieser Kündigung hatte der Betriebsrat nicht zugestimmt. Das ist dann vor Gericht gegangen; das Arbeitsgericht gab der entsprechenden Klage statt, und dann hat der Stadtkommandant von dem in der BK/O vorbehaltenen Recht Gebrauch gemacht und die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers endgültig abgelehnt.

Ich möchte allerdings in dem Zusammenhang darauf hinweisen, daß dies für den Senat der erste Fall ist, daß von der britischen Seite vom Vorbehalt der Verweigerung der Weiterbeschäftigung eines Betriebsratsmitgliedes Gebrauch gemacht worden ist. Der Senat sieht in dieser Zurückhaltung auch einen Ausdruck der Bemühungen um eine weitreichende Angleichung der Rechtsstellung deutscher Arbeitnehmer und der deutschen Arbeitnehmer bei den Alliierten.

Und zur Frage 2: Die erwähnte Abfindung und die Gerichtskosten wurden zu Lasten des Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalts – das ist der Einzelplan 35 des Bundeshaushalts – bezahlt. Anwaltskosten sind nicht angefallen.

Präsident Rebsch: Zusatzfragen? – Bitte sehr, Frau Künast!

Frau Künast (AL): Sie haben gerade dargestellt, daß mit dieser BK/O (80) 13 die rechtliche Situation an die im Bundes-

Frau Künast

- (A) gebiet angeglichen werde, haben aber zugegeben, daß es hier eine andere Regelung bezüglich der außerordentlichen Kündigung von Betriebsratsmitgliedern gibt. Das ist eine sehr wichtige Schutzvorschrift für einen Betriebsrat. Nach der BK/O ist es so, daß immer noch der Sektorenkommandant das letzte Wort hat. Sehen Sie da den Sinn und Zweck der Arbeit eines Betriebsrates noch gewährleistet, nämlich sich für Arbeitnehmerinteressen einzusetzen, weil er das jetzt nicht mehr unbesorgt um seinen Arbeitsplatz tun kann?

Präsident Rebsch: Herr Senator Rexrodt!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Frau Abgeordnete, ich habe darauf hingewiesen, daß diese BK/O aus der Sicht des Senats einen Durchbruch darstellt; denn wenn Sie sich die BK/O - oder besser: die Anlage zu der BK/O - ansehen, dann werden Sie in den Artikeln 50 ff., insbesondere Artikeln 56 ff., eine Fülle von Mitwirkungsrechten des Betriebsrates aufgelistet sehen, die darauf hinauslaufen, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Rechtsstellung der Mitarbeiter bei den Alliierten weitgehend der der bei den Stationierungskräften Beschäftigten angeglichen ist.

Im vorliegenden Fall geht es im wesentlichen um zwei Punkte: zum einen um das Kündigungsverfahren - das Sie angesprochen haben - und zum anderen um das Kontrollverfahren durch die deutschen Behörden, bei dem sich die Alliierten - wohl auch resultierend aus der Rechtsstellung der Alliierten hier in Berlin - Änderungen und Ausnahmen vorbehalten haben. Von diesen Ausnahmen ist hier Gebrauch gemacht worden. Das ist ohne Zweifel eine Einschränkung, aber sie ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß wir in diesem Bereich eben einen anderen Status haben.

Präsident Rebsch: Frau Künast zu einer weiteren Zusatzfrage!

(B)

Frau Künast (AL): Mich würde noch interessieren, aus welchem Haushaltsteil genau die Kosten vom Landesamt für Besatzungslasten getragen werden, und zwar möchte ich wissen, ob diese Kosten aus dem Titel „Arbeitskräfte“ gezahlt werden oder ob sie unter den Titel „Besatzungsschäden“ fallen.

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Frau Abgeordnete, ich kann Ihnen nur sagen, daß das Ganze aus dem Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalt gezahlt wird.

Präsident Rebsch: Die nächste Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Vetter.

Vetter (CDU): Ich halte die Aussage von Frau Künast, daß eine außerordentliche Kündigung von Betriebsratsmitgliedern nicht möglich sei, für verkehrt und möchte daher vom Senat wissen, ob und, wenn ja, wo das im BVG steht. Meines Erachtens ist eine ordentliche Kündigung von Betriebsratsmitgliedern nicht, wohl aber eine außerordentliche Kündigung möglich, wenn entsprechende Gründe vorliegen.

Präsident Rebsch: Wer beantwortet diese Frage? - Herr Senator Dr. Rexrodt!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Ich sehe mich leider im Moment hinsichtlich der Interpretation des deutschen Arbeitsrechts etwas überfordert; ich bin gern bereit, das feststellen zu lassen und die Frage dann schriftlich zu beantworten.

Präsident Rebsch: Die nächste Zusatzfrage - Herr Dr. Gerl!

Dr. Gerl (SPD): Herr Senator, ist Ihre Antwort auf die Mündliche Anfrage so zu deuten, daß Sie die Regelung in der BK/O

von 1980 für befriedigend halten und daß es keine Bemühungen des Senats gibt, bei den Alliierten eine Verbesserung zu erreichen?

(C)

Präsident Rebsch: Bitte sehr, Herr Senator!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Herr Abgeordneter, ich hatte eingangs versucht darzustellen, daß es zwischen dem Senat und den Alliierten in diesen und anderen Fragen kontinuierlichen Kontakt gibt und daß weiterhin Bemühungen des Senats Platz greifen werden, eine weitere Verbesserung der Rechtsstellung der bei den Alliierten Beschäftigten herbeizuführen. Wenn es weitere Bemühungen gibt, dann deutet das darauf hin, daß auch Wünsche bestehen, weitere Verbesserungen herbeizuführen. Eine Einschätzung, inwieweit das durchführbar ist, kann ich allerdings nicht abgeben.

Präsident Rebsch: Frau Künast zu einer weiteren Zusatzfrage!

Frau Künast (AL): Ich möchte noch einmal aufs Allgemeine kommen, und zwar möchte ich gern wissen, welche Möglichkeiten der Senat sieht, daß in Zukunft auch in Berlin die Alliierten - wie das in Westdeutschland schon üblich ist - an den Tarifverhandlungen teilnehmen, die bisher - soweit ich weiß - der Senator für Finanzen für sie erledigt.

Präsident Rebsch: Herr Senator Dr. Rexrodt!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Der Senator für Finanzen führt die Tarifverhandlungen auf der einen Seite in Abstimmung mit den Alliierten, und auf der anderen Seite werden die Tarifverhandlungen von den Gewerkschaften geführt. Das Verfahren ist gerade in diesem Sektor - was die finanziellen Dinge betrifft - doch recht erfolgreich verlaufen. Ich könnte mir - ohne daß hier der Spekulation Platz gegeben werden sollte - nicht vorstellen, daß in absehbarer Zeit eine Änderung eintritt.

(D)

Präsident Rebsch: Zur letzten Zusatzfrage - der Abgeordnete Reiß.

Reiß (AL): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, daß Ihnen nicht bekannt ist, daß die nach dem Geschäftsverteilungsplan mit derartigen Fällen befaßten Richter am Arbeitsgericht Anwälte bei derartigen Verfahren darüber belehren, daß die Stadtkommandanten immer von dem Vorbehalt Gebrauch machen, sich von dem deutschen Arbeitsrecht loszusagen? - Wenn das richtig ist, dann könnte ich Ihnen gegebenenfalls einmal einen solchen Fall zur Verfügung stellen - ich würde meinen Mandanten fragen, ob er damit einverstanden ist -, weil ich tatsächlich auch in einem anderen Fall als dem, der der Anfrage von Frau Künast jetzt zugrunde lag, konkret genau diese Erfahrung gemacht habe.

Präsident Rebsch: Herr Senator Dr. Rexrodt!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Ich darf noch einmal sagen, daß mir nicht bekannt ist, daß von diesem Vorbehalt vor einem Arbeitsgericht oder im Anschluß an ein Arbeitsgerichtsverfahren schon einmal Gebrauch gemacht worden ist. Ich habe an einer solchen Verhandlung leider noch nicht teilgenommen; ich kann mir aber vorstellen, daß von einer solchen grundsätzlichen Belehrung Gebrauch gemacht worden ist, ohne daß die Weiterbeschäftigung durch den Stadtkommandanten verweigert worden wäre. Ich sage noch einmal: Das hat es nach meinen Erkenntnissen bei einem Betriebsrat nur ein einziges Mal gegeben. Ich schließe nicht aus, daß ein entsprechender Hinweis jeweils in den Gerichtsverhandlungen erfolgt; es entzieht sich aber im Detail meiner Kenntnis.

(A) **Präsident Rebsch:** Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Biederbick das Wort zu einer Mündlichen Anfrage über
naturkundliche Sammlungen

Biederbick (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Was hat der Senat bisher unternommen, um die räumliche und personelle Situation der zahlreichen naturkundlichen Sammlungen in Berlin auf ein Niveau zu bringen, das wenigstens den Bestand der Sammlungen sichert und die konservatorische Betreuung der vorhandenen Objekte gewährleistet?

2. Hat der Senat inzwischen über den Vorschlag entschieden, dem Förderkreis naturwissenschaftlicher Museen Berlin e. V. das 2. Obergeschoß des ehemals von der Verkehrspolizei in der Schloßstraße 63 in Charlottenburg genutzten Gebäudes als Arbeits- und Lagerräume zur Verfügung zu stellen?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung - Herr Senator Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Biederbick, ich darf Ihre beiden Fragen zusammengefaßt wie folgt beantworten:

Angesichts der angespannten Finanzlage sahen sich bisher Senat und Abgeordnetenhaus nicht in der Lage, die nötigen Mittel für die Einrichtung eines Naturkundemuseums bereitzustellen. Angesichts dieser Situation gehen die Bemühungen des Senats in folgende Richtungen:

1. Wir versuchen einerseits sicherzustellen, daß die bereits vorhandenen Objekte so aufbewahrt werden können, daß sie unversehrt erhalten bleiben; wir bemühen uns andererseits darum, besonders wichtige Objekte für diese Sammlungen zusätzlich zu gewinnen. So hat es unsere Zuwendung ermöglicht, daß die im Jahr 1984 im Berliner Zoo verendete Pandabärin präpariert und erhalten werden konnte.

2. Besondere Bedeutung hat für uns daneben die Unterstützung des Förderkreises der naturwissenschaftlichen Museen e. V., der mit großer und dankenswerter Initiative bemüht ist, naturkundliche Sammlungen in Berlin zu sichern, zu betreuen und damit für eine künftige Präsentation für die Öffentlichkeit zu erhalten. Ich verfolge in der Tat aktuell das Ziel, dem Förderkreis im Gebäude Schloßstraße 69 in Charlottenburg die ehemaligen Büro- und Einsatzräume der Verkehrsstaffel West der Berliner Polizei zu überlassen. Dabei handelt es sich um alle Räume im Obergeschoß über dem früheren Garagentrakt. Damit würden dem Förderkreis erstmalig geeignete und auf einige Zeit ausreichende Depot-, Labor-, Bibliotheks- und Büroräume zur Verfügung stehen. Die Gespräche zu diesem Thema sind innerhalb des Senats allerdings noch nicht zum Abschluß gekommen.

3. Damit würde vor allem die Depotsituation außerordentlich entlastet. Hier hat der Senat in der Vergangenheit vor allem durch die Zurverfügungstellung von Räumen im Bereich des Botanischen Gartens die entscheidende Hilfestellung geleistet; darüber hinaus ist es der Initiative vor allem des Vereins zu verdanken, daß auch immer wieder Aufbewahrungsmöglichkeiten bei Privaten gefunden werden können.

4. Für das bedeutsame Gebiet der Präparierung von Objekten ist es gelungen, seit Dezember 1984 im Rahmen des ABM-Programms eine Präparatorin für die Dauer von zunächst einem Jahr zu gewinnen, die ebenfalls für den Förderkreis der naturwissenschaftlichen Museen e. V. tätig ist.

Wie wichtig die Arbeit des Förderkreises bereits ist, zeigt sich schon darin, in welch beachtlichem Umfang der Förderverein viele der großen Ausstellungen in Berlin der letzten Jahre, beginnend von der Preußenausstellung bis hin zu der gerade eröffneten Ausstellung in der großen Orangerie des Schlosses Charlottenburg, mit Leihgaben unterstützt hat.

Schon hieraus rechtfertigt sich die engagierte Unterstützung, die der Senat im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts dem Förderkreis angedeihen läßt.

Präsident Rebsch: Erste Zusatzfrage - der Fragesteller.

Biederbick (F.D.P.): Kann der Senat mir sagen, bis wann der Entscheidungsprozeß über den Vorschlag zu Nummer 2 voraussichtlich abgeschlossen sein wird und worin derzeit noch die Probleme bestehen?

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Kollege Biederbick, ich hoffe, daß wir bis zur Sommerpause diesen Entscheidungsprozeß abgeschlossen haben.

Die Probleme liegen darin, daß dieses Haus nicht nur neu für den Zweck, den wir hier besprechen, genutzt werden soll, sondern daß in dem Gesamttrakt dieses Hauses auch Interessen der FU und das Heimatmuseum des Bezirks untergebracht werden sollen.

Zugleich besprechen wir innerhalb des Senats im Zusammenhang mit diesem Haus ein weiteres, in der Nähe liegendes Gebäude, bei dem auch - jedenfalls nach unserer Auffassung - kulturelle Nutzungen in Frage kommen, nämlich das Haus Spandauer Damm 19. Die - wie Sie verstehen werden - nicht unkomplizierten Gespräche insgesamt und die Komplexität der möglichen Nutzer haben dazu geführt, daß wir heute noch keinen Abschluß haben. Ich bin aber guter Hoffnung, daß wir zu einem guten Ergebnis kommen werden, vor allem für die Nutzung, die auch für uns Priorität hat, nämlich für die Nutzung durch den Förderkreis.

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage - Frau Zieseke!

Frau Zieseke (AL): Welche Meinung hat der Senat zum Vorschlag des Förderkreises, das Naturkundemuseum endgültig in der Dänischen Botschaft unterzubringen?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung - Herr Senator Hassemer!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Kollegin Zieseke, die Qualität dieses Förderkreises zeigt sich darin, daß er mit großer Aufmerksamkeit sich anbietende Gebäude in der Stadt verfolgt - und ich sage das wirklich als ein Positivum. Ich habe deswegen auch noch einmal nachfragen müssen, weil ich mindestens noch ein weiteres Objekt sehe, das sich ganz sicher für solche Zwecke noch sehr viel mehr eignen würde und das auch mit Recht vom Förderkreis ins Gespräch gebracht wurde. Da wir zur Zeit nicht in der Lage sind, ein Naturkundemuseum zu finanzieren, sind wir auch nicht in der Lage, einen dieser Standorte festzulegen.

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage - der Abgeordnete Schürmann.

Schürmann (SPD): Gehört zu den Gebäuden, die in Frage kommen, Herr Senator, möglicherweise auch das Arbeitsschutzmuseum in unmittelbarer Nähe des Ernst-Reuter-Platzes, das ja erhaltenswürdig ist und vom Landeskonservator diese Erhaltungswürdigkeit zugesprochen bekommen hat? Für dieses Gebäude gibt es zur Zeit noch keine Nutzungsvorstellungen.

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Kollege Schürmann, nach meiner Auffassung gehört auch ein solches Gebäude dazu. Meine prinzipielle Strategie, gerade bei

Sen Dr. Hassemer

- (A) meinem Interesse für das Naturkundemuseum, ist, für den Fall, daß wir die Chance bekommen, ein solches Museum zu gründen, nicht irgendeinen möglichen Standort auszulassen.

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage – der Abgeordnete Vetter.

Vetter (CDU): Herr Senator, da wir ja in der Kontinuität mit der vorhergehenden Regierung sind, steht ja wohl als nächstes das Naturkundemuseum zur Entscheidung. Da sind wir uns wohl einig, daß dies in der Prioritätenliste an oberster Stelle steht.

Ich möchte so ähnlich wie die AL fragen, weshalb wir dies nicht in die Dänische Botschaft geben. Wenn man aus dem Aquarium, dem Zoo und dem Naturkundemuseum eine Symbiose macht, die für die Wissenschaft, aber auch für Besucher durchaus von außerordentlichem Wert sein kann, möchte ich, daß der Senat diese Überlegungen mit einbezieht. Wenn man diese Ruine schon nicht abreißen will, dann soll wenigstens etwas Vernünftiges hinein. Ich halte da ein Naturkundemuseum für außerordentlich sinnvoll.

Präsident Rebsch: Herr Senator Hassemer!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Kollege Vetter! Die Frage bei solchen Standorten wird sein, ob es uns gelingt, das Zurverfügungstehen eines Hauses zeitlich mit der Zurverfügungstellung der Mittel zur Gründung eines Naturkundemuseums zu synchronisieren. Wenn dies gelingen sollte, bin ich der erste, der in die gemeinsame Freude über dieses Gelingen einzustimmen bereit ist.

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage – Herr Biederbick!

- (B) **Biederbick (F.D.P.):** Ich möchte Sie noch einmal fragen, ob Sie meine Auffassung teilen, daß die Notwendigkeit, hier zügig voranzukommen, auch unter dem Aspekt zu betrachten ist, daß das in dem Senatsbericht vom letzten Jahr angesprochene Museum für Naturkunde in Ost-Berlin nach einem größeren Brand vor einiger Zeit für Besucher nur noch in einem sehr eingeschränkten Umfang zur Verfügung steht und sich auch nicht abzeichnet, daß sich an diesem Zustand auf längere Sicht etwas ändern wird?

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Kollege, ich möchte Ihnen ausdrücklich zustimmen, daß auch ich als der verantwortliche Senator für ein solches Museum meine, daß nicht nur diese Veränderung in dem Museum in Ost-Berlin uns Anlaß gibt, daß wir uns für Berlin Gedanken machen müssen, ob nicht ein Naturkundemuseum gegründet werden sollte.

Präsident Rebsch: Letzte Zusatzfrage – Dr. Tolksdorf!

Dr. Tolksdorf (F.D.P.): Herr Senator, sehen Sie eine Chance, solange die Einrichtung eines Naturkundemuseums Zukunftsmusik ist und bleiben wird, schon heute Schulklassen auf Anforderung zu den Sammlungen zuzulassen, um so den Naturkundeunterricht anschaulicher zu machen, aber auch um zur Umwelterziehung in den Berliner Schulen beizutragen?

Präsident Rebsch: Herr Senator Dr. Hassemer!

Dr. Hassemer, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Kollege Tolksdorf, zunächst muß man realistisch sehen, daß die jetzige Unterbringung der Objekte eher eine Depotunterbringung darstellt und deshalb nicht zugänglich ist.

Ich kann Ihnen aber gern einräumen, daß ich speziell auch diese Frage verfolgen möchte, ob wir mindestens Teile in viel-

leicht manchen Gebäuden oder aber aus besonderem Anlaß zugänglich machen können. Denn ich teile den von Ihnen angesprochenen Zweck. (C)

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Kliem zu einer Mündlichen Anfrage über

ständige Kontrollen in städtischen Hallenbädern

Kliem (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat: In welchem Abstand und durch wen werden die städtischen Hallenbäder auf ihre Sicherheit überprüft?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung – Herr Senator Franke!

Franke, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kliem! Ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Die städtischen Hallenbäder werden, wie alle öffentlichen Gebäude, regelmäßig im Rahmen der laufenden Unterhaltung durch die zuständigen Hochbauämter auf ihren baulichen Zustand überwacht. Diese Kontrollen beschränken sich in der Regel auf äußerlich erkennbare Mängel. Materialprüfungen sowie Untersuchungen nicht zugänglicher Bauteile werden dann vorgenommen, wenn Hinweise auf Bauschäden vorliegen, die über den Rahmen der allgemeinen Erfahrungswerte hinausgehen.

Eine solche Untersuchung wurde bei den Bädern bezüglich des Zustandes der Becken zuletzt 1984 vorgenommen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß bei einigen Becken, vermutlich durch die Einwirkung von aggressiven Substanzen des Badewassers, insbesondere Chlor, eine überdurchschnittliche Verrottung des Stahlbetons vorlag.

Aus gegebenem Anlaß – Einsturz einer abgehängten Decke einer Schwimmhalle in der Schweiz – wird von den zuständigen Hochbauämtern untersucht, ob sich ähnliche Vorfälle in Berlin ereignen könnten. Entsprechende Hinweise liegen allerdings zur Zeit wegen der Kürze der Untersuchungen seit dem Einsturz noch nicht vor. (D)

Der Senat hat aber in dem sogenannten Bädersanierungsprogramm für die Jahre 1983, 1984 und 1985 Mittel Höhe von 35 Mio DM bereitgestellt. Die Mittel des Bädersanierungsprogrammes werden in erster Linie für die Erneuerung technischer Anlagen sowie Beckensanierungen ausgegeben. Eine Gefährdung durch den Einsturz abgehängter Decken, wie in der vorigen Woche in der Schweiz passiert, wurde bisher nicht festgestellt.

Aus überbezirklichen Mitteln wurde bisher neben dem oben genannten Programm für das Stadtbad in der Ganghoferstraße eine Grundinstandsetzung für ca. 25 Mio DM vorgenommen. Es ist beabsichtigt, weitere Bädersanierungen in die Investitionsplanung, wie zum Beispiel für das Sommerbad in Wilmersdorf oder das Stadtbad an der Hauptstraße in Schöneberg, aufzunehmen.

Ich sage Ihnen aber zu, daß wir neben der ständigen Kontrolle uns die Erfahrungen der Schweizer Untersuchungskommission zu eigen machen werden, sofern sie für Berlin überhaupt anwendbar sind.

Präsident Rebsch: Erste Zusatzfrage – der Fragesteller. Bitte sehr, Herr Kliem!

Kliem (CDU): Herr Senator! Ihre Antwort befriedigt mich nicht ganz. Ich gehe zunächst einmal davon aus, daß die Untersuchungen durch die Hochbauämter und auch die Ergebnisse der Schweizer Untersuchungskommission dem Abgeordnetenhaus zugänglich gemacht werden. Sie deuteten ja an, daß Untersuchungen im Gange sind.

Ich frage, Herr Senator: Sehen Sie es so wie ich, daß, wenn ich Ihre Antwort richtig verstanden habe, Materialprüfungen sowie Untersuchungen nicht zugänglicher Bauteile nur dann

Kliem

- (A) vorgenommen werden, wenn Hinweise darauf bestehen, daß man diese Überprüfungen doch regelmäßig durchführen sollte, beispielsweise in einem Abstand von zwei Jahren?

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Franke, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Kliem! Selbstverständlich sage ich Ihnen zu, daß wir die Ergebnisse unserer Untersuchungen hier und auch die der Schweiz dem Abgeordnetenhaus zukommen lassen werden. Ich werde zu der nächsten Sitzung, die ich mit den Baustadträtern habe, überprüfen, ob es nötig und sinnvoll ist, in regelmäßigen Abständen – Sie sagten zwei Jahre – so etwas vorzunehmen. Das Ganze bedeutet natürlich einen erheblichen, auch personellen Aufwand, zweifellos. Vielleicht hatte ich mich aber falsch ausgedrückt: Mit Hinweisen von außen meine ich nicht, daß per Zufall einmal jemand nach oben guckt und sieht, da könnte vielleicht etwas kaputtgehen; ich meine, daß im Rahmen der normalen Kontrollen, die ja ständig durchgeführt werden – praktisch jedes Jahr –, ob Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich sind, natürlich auch darauf geachtet wird. Ich sage Ihnen aber zu, daß ich auch das Ergebnis meiner Besprechung mit den Stadträtern dem Abgeordnetenhaus bekanntgeben werde.

Präsident Rebsch: Keine weiteren Zusatzfragen? – Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Haberkorn zu einer mündlichen Anfrage betreffend

verzögerte oder verschleppte Auszahlung von Unterhaltsgeld für Umschüler(innen)

Bitte sehr!

Haberkorn (AL): Herr Präsident! Ich frage den Senat:

- (B) 1. Wie erklärt uns der Senat die Tatsache, daß in diesem Jahr bis zu einem Drittel aller Umschüler, die mit der Maßnahme begonnen haben, bis zu sechs Wochen – und teilweise immer noch – auf ihr Unterhaltsgeld warten mußten bzw. müssen, wobei besonders die Leistungsstelle des Arbeitsamtes II völlig überfordert zu sein scheint?

2. Ist der Senat bereit, sich beim Landesarbeitsamt dafür einzusetzen, daß alle noch nicht in den Genuß des Unterhaltsgeldes gekommenen Umschüler(innen) bei Bedarf sofort ausreichende Abschlagszahlungen durch das jeweilige Arbeitsamt erhalten und, falls dies nicht möglich sein sollte, zumindest die Sozialämter auf entsprechende Bescheinigungen der Ausbildungszentren Überbrückungsgeld zahlen, damit der laufende Lebensunterhalt gesichert ist?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung – Herr Senator Pieroth!

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Haberkorn! Die Frage fällt ausschließlich in die Zuständigkeit des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Berlin. Dieser hat mir folgende Stellungnahme übermittelt:

Es ist zutreffend, daß in diesem Jahr einige Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung länger auf die Zahlung von Unterhaltsgeld warten mußten. Dieser Umstand beruht darauf, daß die durchführenden Träger entsprechender Maßnahmen nicht immer rechtzeitig vor Maßnahmebeginn alle zur Prüfung und Anerkennung der Maßnahmen erforderlichen Unterlagen beim Arbeitsamt eingereicht haben. In diesen Fällen betrachten die Arbeitsämter die Qualifizierung der Teilnehmer und den geplanten Maßnahmebeginn als vorrangig, auch wenn ohne Anerkennung der Maßnahme Leistungen an die Teilnehmer nicht sofort erbracht werden können. Unter Berücksichtigung des vorher Gesagten ist sichergestellt, daß in Fällen, in denen Leistungsempfänger bereits vor Beginn einer Maßnahme Leistungen des Arbeitsamtes (Arbeitslosengeld, Arbeitslo-

senhilfe u. a.) bezogen haben, ein nahtloser Übergang in den Unterhaltsgeldbezug erfolgt. Sofern im Einzelfall kein Leistungsvorbezug gegeben ist, sind die Arbeitsämter nach den gesetzlichen Bestimmungen verpflichtet, Abschlagszahlungen auf das zu erwartende Unterhaltsgeld zu leisten. Dies setzt voraus, daß der Antragsteller durch Beibringung der Unterlagen mitgewirkt hat. Die vorliegende Bearbeitungsstatistik für den Bereich der individuellen Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung weist aus, daß die Bearbeitungssituation in den Arbeitsämtern derzeit unproblematisch ist. Darauf deutet auch die Tatsache hin, daß in diesem Leistungsbereich seit geraumer Zeit kaum Beschwerden eingehen.

Im Arbeitsamt II konnte in Übereinstimmung mit den vorstehenden Ausführungen festgestellt werden, daß die Bewilligung der Leistungen in der Regel maximal drei Wochen in Anspruch nimmt. Sollte diese Bearbeitungsdauer tatsächlich erheblich überschritten worden sein, kann es sich nur um Einzelfälle handeln. Gegebenenfalls bin ich bereit, diesen Vorgängen nachzugehen.

Ich möchte dem nur hinzufügen: Wenn Ihnen andere Fakten, andere Tatsachen bekannt sind oder auch in Zukunft bekannt werden, so bitte ich Sie, dies direkt dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes mitzuteilen, denn er ist ja bereit, der Sache nachzugehen. Wenn es Ihnen sicherer erscheint, können Sie auch ruhig mich informiert halten; ich werde mich dann ebenfalls bemühen.

Präsident Rebsch: Erste Zusatzfrage – der Abgeordnete Vetter.

Vetter (CDU): Also, Herr Senator, ich kann mich entsinnen, daß während meiner zehnjährigen parlamentarischen Erfahrung diese Frage jetzt, glaube ich, schon zum drittenmal kommt. Es ist also nicht ein Einzelfall. Ich halte es für selbstverständlich, wenn wir als Parlament Maßnahmen beschließen und dies einem Amt – egal welchem – zuweisen, daß dies dann auch möglichst schnell über die Bühne gebracht wird. Dies ist kein Einzelfall, ich habe es schon öfters erlebt.

Präsident Rebsch: Herr Kollege Vetter: Wo bleibt das Fragezeichen?

Vetter (CDU): Also, ich frage einmal, ob Sie sich, Herr Senator, dafür einsetzen können, daß dies nun nicht alle zwei Jahre wiederkommt, sondern daß wirklich, wenn Leistungen vom Parlament beschlossen werden, die ausführenden Ämter dies gefälligst auch sofort zu erledigen haben und nicht erst vier oder sechs Wochen warten können. Es gibt ja auch Leute, die auf 10 oder 20 DM angewiesen sind!

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Kollege Vetter! Der allergrößte Teil meiner Tätigkeit besteht darin, dafür zu sorgen, daß Maßnahmen, die ein Parlament, dieses Abgeordnetenhaus, beschließt, auch von den Verwaltungen durchgeführt werden. Ich will das natürlich auch in Zukunft tun; da aber auch in Verwaltungen nur Menschen arbeiten und nicht Maschinen, kann ich nicht dafür geradestehen, daß in zwei Jahren kein Fehler vorkommen wird. Es ist unsere ständige Aufgabe, hier dafür zu sorgen, daß gerade Menschen, die auf solche Geldbeträge warten, auch rasch bedient werden; ich kann nur die Bitte äußern, daß Sie uns durch solche Anfragen immer wieder die Möglichkeit geben, verschärft hier vorzugehen, um die Mitarbeiter der Verwaltungen, auch einer Bundesverwaltung, zu animieren, im Dienst am anderen eine besondere Herausforderung zu sehen.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage – Herr Haberkorn!

(A) **Haberkorn (AL):** Herr Senator! Die zweite Frage beinhaltete ja auch die Frage nach der Sicherstellung für eventuelle Antragsteller, die zum Sozialamt gehen. Anders herum: Es ist ja ein Faktum, daß dort noch verschleppte Anträge liegen und einzelne Sachbearbeiter nicht wissen, wo die Anträge sind. Meine Frage war: Können Sie sicherstellen, daß, weil es immer Schwierigkeiten mit den Sozialämtern gegeben hat, zumindest Überbrückungsgelder über die Sozialämter gezahlt werden? Diese weisen in der Regel die Leute wieder zurück an das Arbeitsamt und sagen, sie mögen dort Abschlagszahlungen beantragen. Das Arbeitsamt wiederum sagt dann, wir können das nicht bearbeiten, weil die Anträge nicht gefunden werden. Wo ist jetzt Ihr konkreter Vorschlag zur Überbrückung der aktuellen Notsituation derer, die noch kein Geld bekommen?

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Pieroth, Senator für Wirtschaft und Arbeit: Herr Kollege Haberkorn! Ich kann mein Angebot, das ich in der Beantwortung gemacht habe, nur wiederholen: Hic Rhodos, hic salta! Nennen Sie die Fälle, dann kümmere ich mich darum.

Präsident Rebsch: Herr Vetter zu einer weiteren Zusatzfrage.

Vetter (CDU): Herr Senator Fink! Können Sie das nicht aus der Welt räumen, indem Sie sagen: Ich weise die Sozialämter an, so zu verfahren?

[Sen Pieroth erhebt sich zur Beantwortung.]

Präsident Rebsch: Herr Senator Fink war gefragt; aber Sie können natürlich gern antworten, Herr Pieroth.

[Heiterkeit]

(B) **Fink,** Senator für Gesundheit und Soziales: Der Abgeordnete Peter Vetter hat völlig recht: Der Arbeitssenator kann die Sozialämter nicht anweisen. Tatsache ist, daß die Sozialämter nach dem Bundessozialhilfegesetz verfahren, und das heißt: Wenn jemand in eine Notsituation kommt, die anderweitig nicht behoben werden kann, dann ist das Sozialamt verpflichtet, einzuspringen, und dann springt das Sozialamt auch ein und holt sich die entsprechenden Gelder bei dem Landesarbeitsamt wieder zurück.

Stellv. Präsident Longolius: So, meine Damen und Herren! Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann rufe ich die siebente Mündliche Anfrage auf; der Abgeordnete Vogt stellt sie über

Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Bundesfernstraße im Bezirk Reinickendorf

Vogt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. In welchem Bearbeitungsstand befindet sich das Planfeststellungsverfahren für den geplanten Bau der Bundesfernstraße im Bezirk Reinickendorf – zwischen Anschlußstelle Waidmannsluster Damm und der Grenzkontrollstelle Schulzendorf/Heiligensee?

2. Welche Vorstellungen bestehen über den zeitlichen Ablauf für die Durchführung der erforderlichen Straßenbaumaßnahmen?

Stellv. Präsident Longolius: Zur Beantwortung – Herr Senator Franke!

Franke, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Vogt! Ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Für den Abschnitt der Bundesfernstraße von der Anschlußstelle Waidmannsluster Damm bis

zur Grenze in Heiligensee haben die Pläne für das Planfeststellungsverfahren vom 16. November 1984 bis 17. Dezember 1984 öffentlich ausgelegen. Die Anhörungen zu den erhobenen Einwendungen fanden zu den Terminen 11. Februar, 12. Februar und 18. Februar 1985 statt.

[Zuruf von der AL: Aber wie!]

Das Ergebnis der Erörterungen im Anhörungsverfahren wurde von der Anhörungsbehörde am 15. Mai 1985 der Planfeststellungsbehörde übersandt. Damit liegt das Verfahren weiterhin in der Terminplanung, die vorsieht, daß der Planfeststellungsbeschuß bis zum 30. August 1985 erlassen wird.

Zu 2: Der Terminplan sieht einen Baubeginn zum 1. November 1985 vor. Die Inbetriebnahme des Streckenabschnitts ist für den Dezember 1987 vorgesehen.

Stellv. Präsident Longolius: Erste Zusatzfrage – der Abgeordnete Vogt.

Vogt (CDU): Herr Senator, da nun nicht hundertprozentig sichergestellt werden kann, daß die Planfeststellung bereits im August 1985 stattfindet, frage ich Sie weiter, was der Senat zu tun gedenkt, um die dann eventuell verzögerungsbedingten, unzumutbaren Verkehrsbelästigungen für den Bereich Karolinenstraße–Berliner Straße zu mindern?

Stellv. Präsident Longolius: Senator Franke!

Franke, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist dann als erstes vorgesehen, den Hermsdorfer Damm umzubauen, so daß dieser in den Waidmannsluster Damm endet. Damit kann die Karolinenstraße schon erheblich entlastet werden – auch dann, wenn die Verzögerung nicht allzulange dauern sollte. Also, für einen kürzeren Zeitraum könnte bei erfolgter Verlegung des Hermsdorfer Damms die Karolinenstraße dann einen Teil des Transitverkehrs leisten.

Stellv. Präsident Longolius: Zu einer weiteren Zusatzfrage – der Kollege Vogt!

Vogt (CDU): Herr Senator, ich frage weiter nach: Werden vom Senat vorsorglich für eine verlängerte Offenhaltung der Grenzkontrollstelle Staaken entsprechende Verhandlungen vorbereitet?

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Vogt! Der Senat geht – um das zunächst noch einmal deutlich zu wiederholen, so, wie es der Kollege Franke eben gesagt hat – davon aus, daß wir fertig werden. Wir sind vertraglich gebunden! Wir haben bekanntlich zunächst eine vertragliche Vereinbarung gehabt, daß bis zum 31. Dezember 1984 die Arbeiten so weit sind, daß Heiligensee aufgemacht werden kann. Es ist ein Erfolg gewesen, es ist ein Entgegenkommen gewesen – das haben wir objektiv festzustellen –, daß die DDR im Lichte unserer Schwierigkeiten, daß wir nämlich nicht fertig gewesen sind, sich bereit erklärt hat, daß Staaken bis zum 31. Dezember 1987 offen bleibt.

Der Senat ist – das weiß auch die DDR – generell der Meinung, und wir haben generell den Wunsch, daß wir nicht nur Staaken offenhalten können, über den 31. Dezember 1987 hinaus, sondern daß wir überhaupt mehr Übergänge haben können. Ich erinnere insbesondere an die alte und wichtige Forderung, den Berliner Ring insgesamt nutzen zu können, das heißt jedenfalls in der Südschleife nutzen zu können. Das bedeutet, einen Südübergang zu haben. Dies sind aber – sowohl Staaken als auch der Südübergang – deutschlandpolitisch schwierige Themen. Ich glaube, daß es momentan

Sen Dr. Scholz

- (A) nicht entscheidend sein kann, jetzt schon zu sagen: Für den Fall, daß wir nicht fertig werden ... Ich glaube, das Primäre ist: Wir haben fertig zu werden. Das ist das eine!

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wir haben darüber hinaus die Interessen Berlins wahrzunehmen im deutschlandpolitischen Geschäft insgesamt, das heißt mit und über die Bundesregierung möglichst mehr Übergänge – gegebenenfalls auch Staaken offen auf Dauer – zu erreichen.

Stellv. Präsident Longolius: Zur nächsten Zusatzfrage – Frau Kollegin Preisler-Holl!

Frau Preisler-Holl (AL): Wird bei der Abwägung des Planfeststellungsbeschlusses die in der Erörterung deutlich gewordene offene Rechtssituation insbesondere hinsichtlich des planfestgestellten S-Bahn-Geländes geprüft? Müßte nicht vielmehr ein bahnrrechtliches Planfeststellungsverfahren zur Bundesfernstraße durchgeführt werden?

Prüfen Sie außerdem darüber hinaus die S-Bahn-Verkehrsverbindungen nach Heiligensee, und wie hoch sind die noch zu verbauenden Mittel?

Stellv. Präsident Longolius: Senator Franke!

[Vetter (CDU): Haben Sie das verstanden?]

Franke, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Ich bin verpflichtet, zu antworten, Herr Kollege. Das tue ich natürlich! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hinsichtlich der letzten Frage nach den zu verbauenden Mitteln kann ich im Moment nicht antworten. Ich bin gern bereit, diese Frage Ihnen schriftlich oder telefonisch später zu beantworten.

- (B) Zu den anderen Fragen kann ich hier nur eines sagen: Wir haben alle Probleme, die uns im Rahmen des Anhörungsverfahrens auf den Tisch gelegt worden sind, überprüft, das heißt, wir sind noch bei der Überprüfung und werden die Erörterungen entsprechend berücksichtigen.

Stellv. Präsident Longolius: Dr. Tolksdorf zur nächsten Zusatzfrage!

Dr. Tolksdorf (F.D.P.): Kann der Senator dem Abgeordnetenhaus mitteilen, inwiefern die Wünsche der unmittelbaren Anlieger der zu bauenden Bundesfernstraße in den Bericht eingeflossen sind, den es an die Planfeststellungsbehörde weitergeleitet hat?

Stellv. Präsident Longolius: Senator Franke!

Franke, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Auch das muß ich Ihnen später beantworten. Ich habe gerade gesagt, daß die Unterlagen erst in diesen Tagen zu uns gekommen sind. Wir sind noch bei der Auswertung. Ich bin gerne bereit, das nachzuholen.

[Klinski (AL): Was wissen Sie überhaupt?]

– Mehr als Sie!

Stellv. Präsident Longolius: So, das war jetzt eine inoffizielle fünfte Zusatzfrage, die auch beantwortet worden ist.

Wir kommen jetzt zur Mündlichen Anfrage der Kollegin Künast über

Ermittlungen gegen ehemalige Richter und Anklagevertreter am „Volksgerichtshof“

Frau Künast (AL): Ich frage den Senat:

(C)

1. Ist die Antwort des Senats vom 9. 5. 1985 auf die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Tietze, durch weitere Ermittlungen solle festgestellt werden, inwieweit sich Anklagevertreter durch Ihre Mitwirkung an „rechtswidrigen Todesurteilen“ strafbar gemacht haben, so zu verstehen, daß es nach Auffassung des Senats auch rechtmäßige Todesurteile des „Volksgerichtshofs“ gegeben habe?

2. Wie beeinflußt es die Auffassung des Senats und die weitere Ermittlungstätigkeit, daß laut Beschluß des Bundestages vom 25. 1. 1985 der „Volksgerichtshof“ keine Gerichtsqualität hat, sondern von Beginn an „ein Terrorinstrument zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft“ war?

Stellv. Präsident Longolius: Zur Beantwortung – Herr Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Künast! Zunächst zu Ihrer ersten Frage: Nein! Die Antwort des Senats vom 9. Mai 1985 auf die Mündliche Anfrage des Kollegen Tietze vom selben Tag besagt nichts anderes, als daß der Vorwurf der Teilnahme am Mord nur gegen solche Anklagevertreter am „Volksgerichtshof“ erhoben werden kann, denen in konkreten Einzelfällen die rechtswidrige und schuldhaftige Mitwirkung an Todesurteilen des „Volksgerichtshofs“ nachzuweisen ist. Dies ist eine Selbstverständlichkeit in jedem rechtsstaatlichen Ermittlungs-, Anklage- und Strafverfahren.

Zu 2: Die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 25. Januar 1985 zur Gerichtsqualität des „Volksgerichtshofs“ hat auf die weiteren Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden gegen frühere Richter und Anklagevertreter am „Volksgerichtshof“ keinen Einfluß, weil sie eine politische Bewertung der Entscheidungen des „Volksgerichtshofs“ darstellt. Es handelt sich hier um einen schlichten Parlamentsbeschluß, der als solcher keine gesetzliche – in diesem Sinne keine normative – Wirkung hat. Völlig unabhängig davon ist also das, was nach unserer Auffassung selbstverständlich in der Strafverfolgung, in der Strafermittlung zu geschehen hat.

(D)

Stellv. Präsident Longolius: Zusatzfrage – Frau Kollegin Künast!

Frau Künast (AL): Darf ich das Nein auf die Frage 1 so verstehen, daß der Senat nicht mehr die Beschlußempfehlung teilt, die damals die CDU-Fraktion im Rechtsausschuß am 3. März 1983 zu einem AL-Antrag gegeben hat, daß der Senat also diese Position nicht mehr teilt? Ich lese sie kurz vor:

Im übrigen könne nicht automatisch davon ausgegangen werden, daß alle Urteile des Volksgerichtshofs und der Sondergerichte als Unrechtsurteile anzusehen seien. Der Volksgerichtshof hätte insbesondere in den ersten Jahren seiner Existenz auch Urteile gefällt, die rechtsstaatlichen Kriterien entsprächen.

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Der Senat ist keineswegs der Auffassung, daß dies, was wir damals gesagt haben, nicht mehr richtig wäre. Ganz im Gegenteil! Der „Volksgerichtshof“ ist ein Spruchkörper gewesen, der eine sehr lange Entwicklung hinter sich gebracht hat, eine sehr dunkle und finstere Entwicklung. Das ist unbestreitbar! Dieser „Volksgerichtshof“ hat aber in den Entscheidungen, die er getroffen hat, zum Beispiel auch freisprechende Urteile gehabt. Kein Mensch wird heute auf die Idee kommen, daß Freisprüche etwa Urteile sind, die aufzuheben wären.

Es hat des weiteren in der Nachkriegszeit im Zuge der entsprechenden Gesetzgebung zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auch im Bereich der Strafrechtspflege

Sen Dr. Scholz

(A) eine Fülle von gerichtlichen Entscheidungen gegeben, die sich mit entsprechenden „Volksgerichtshofs“-Urteilen befaßt haben und hierbei zu unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sind.

Es hat zum Beispiel Urteile gegeben, die gesagt haben, ein bestimmtes Todesurteil sei unverhältnismäßig, also rechtsstaatswidrig. Die Strafe wurde nachträglich auf eine bestimmte Freiheitsstrafe herabgesetzt; hierfür waren die gesetzlichen Grundlagen da. Wir haben also insoweit zu differenzieren; wir haben auch zu differenzieren in der Entwicklung des „Volksgerichtshofs“, und zwar genau in dem Sinne, wie es die vom Deutschen Bundestag verabschiedete Resolution besagt. Ich darf aus der Begründung zitieren:

Spätestens von diesem Zeitpunkt

– das heißt, seit dem Zeitpunkt, in dem Freisler seinerzeit die Präsidentschaft übernommen hat –

hat sich der Volksgerichtshof zu einem Terrorinstrument des nationalsozialistischen Regimes entwickelt.

[Zuruf von der AL: Was heißt denn „spätestens“?]

– Ich zitiere den Deutschen Bundestag, Herr Kollege, dessen Resolution Grundlage der Frage der Kollegin Künast gewesen ist. Ich glaube, das müßte doch in Ihrem Sinne sein, das hier richtig und komplett zitiert zugrunde zu legen.

Stellv. Präsident Longolius: Zweite Zusatzfrage – Frau Kollegin Künast!

Frau Künast (AL): Ich meine, daß man die Frage, ob der Volksgerichtshof Gerichtsqualität hatte, unabhängig von der Ära Freisler und der Verdoppelung der Todesurteile beurteilen sollte und auch losgelöst davon, wie man dann nachher mit Freisprüche umgeht. – Kann sich der Senat der Auffassung anschließen, daß man als Gradmesser für die Beurteilung, ob der „Volksgerichtshof“ je Gerichtsqualität hatte, und zwar von Beginn an, auch die Entstehungsgeschichte, die Zielrichtung und den § 1 GVG, nämlich die richterliche Unabhängigkeit, nehmen kann und dann zu dem Ergebnis kommen muß, daß der „Volksgerichtshof“ eingerichtet wurde durch ein Gesetz, das einzig und allein Reaktion war auf den unbefriedigenden Ausgang des Reichstagsbrandprozesses für die Nationalsozialisten?

[Beifall bei der AL]

Ich möchte gern wissen, wie Sie zu dieser Beurteilung stehen, und ich möchte nicht wissen, was heute rechtlich mit einzelnen Freisprüche zu geschehen hätte!

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Frau Künast, ich halte mich immer an die Fragen, so wie sie mir gestellt werden; und ich habe eben Ihre Frage beantwortet.

[Zuruf von der AL: Immer? – Nein!]

– Sie dürfen mir lebenswürdigerweise mitteilen, wann das nicht der Fall ist.

Zu Ihrer jetzigen Frage: Ich habe vorhin geantwortet, daß der „Volksgerichtshof“ ein Spruchkörper gewesen sei, der formal genau die Kriterien hatte eines sogenannten Sondergerichts. Nach unserer heutigen rechtsstaatlichen Auffassung sind Sondergerichte generell unzulässig; das ergibt sich aus dem Grundsatz. Wir hatten damals eine Rechtslage in Deutschland, die nicht entsprechend war. Nach heutiger Auffassung ist ein Sondergericht nie ein rechtsstaatliches Gericht. Das ist meine Auffassung!

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Longolius: Kollege Schenk – zur nächsten Zusatzfrage!

Schenk (AL): Nach den vielen Diskussionen in der Öffentlichkeit um den 8. Mai muß ich allerdings meinem Erstaunen Ausdruck geben über die Antwort von Ihnen, und ich muß versuchen, meine Empörung darüber in eine Zusatzfrage zu kleiden. – Gehen Sie also davon aus, Herr Senator, daß Richter am „Volksgerichtshof“ erst mit dem Eintritt des Herrn Freisler sich an einem Gericht befunden haben, das Unrechtscharakter hatte, und daß Richter, die vorher dort tätig waren, jetzt hier und heute noch einmal von Ihnen ausdrücklich im formalrechtsstaatlichen Sinne freigesprochen wurden von ihrer Mitschuld an der Tätigkeit in diesem faschistischen Sondergericht in einem nationalsozialistischen Unrechtsstaat, der mit dem Ermächtigungsgesetz Unrechtsstaat wurde?

[Beifall bei der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Sie sollten, wenn ich das zunächst sagen darf, mit Ihrer Empörung etwas vorsichtig sein; Sie sollten erst einmal zuhören, was ich Ihnen gesagt habe! – Ich habe die Ausgangsfrage von Frau Künast beantwortet auf der Grundlage der von ihr ausdrücklich zugrunde gelegten Resolution des Deutschen Bundestages. Aus der habe ich zitiert. Ich habe mich nicht meinerseits – das war nicht gefragt! – dazu zu erklären gehabt, ab wann in der Entwicklung des „Volksgerichtshofs“ das Stichwort Terrorinstrument gilt, das ich genau in dem Sinne, wie das der Deutsche Bundestag gesagt hat, teile – von welchem Zeitpunkt an das der Fall war.

Ich habe Ihnen vorhin das weitere gesagt – dies darf ich auch noch einmal deutlich machen –, kein Mensch wird auf die Idee kommen – ich hoffe, auch Sie nicht! –, daß Urteile, die zum Beispiel freisprechender Art waren, auch heute aufgehoben werden müssen als Terrorinstrument, sondern man muß es dankbar entgegennehmen, daß wenigstens in Einzelfällen Menschen davongekommen sind. Das ist heute die Situation; und so haben die vielfältigen Verfahren, die wir nach dem Kriege gehabt haben im Zuge der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts, Urteil für Urteil durchzukämmen und aufzuarbeiten gehabt. Wir haben hier eine erfolgreiche, eine rechtsstaatliche Durchforstung eines großen Teils dieser schrecklichen Urteile gehabt. Ich stehe aber nicht an, ein Gericht der Nachkriegszeit zu kritisieren, das in dem einen Sinne so entschieden hat und in dem anderen Sinne so. Dies ist, wie gesagt, nicht unsere Aufgabe. Das Entscheidende ist – und ich darf darauf zurückkommen –, daß dies, was ein Terrorinstrument gewesen ist, für uns alle vom Deutschen Bundestag klar deklariert worden ist. Ich habe des weiteren sehr deutlich darauf hingewiesen, daß es heute unverändert unsere Aufgabe ist, mit entsprechenden Ermittlungsverfahren noch dasjenige strafrechtlich aufzuarbeiten, was Mord ist; also das, was Sie angesprochen haben. Und dies tun wir mit allen Mitteln, die wir haben, mit allen Möglichkeiten, die wir haben; und das habe ich auf die Anfrage des Kollegen Tietze zum Ausdruck gebracht.

Stellv. Präsident Longolius: Nächste Zusatzfrage – Herr Kollege Thomas!

Thomas (SPD): Herr Senator! Werden durch Ihre billigende Würdigung der Freisprüche des Volksgerichtshofs auch solche Freisprüche gedeckt, die gegen Angehörige der SS, der SA und Hoheitsträger der Partei ergingen, die politische Gegner mißhandelt haben?

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Herr Thomas! Es ist nicht meine Aufgabe – das werden Sie wohl einräumen –, mit Ihnen einzelne Urteile und Rechtsprechungsteile in dieser Entwicklung hier zu diskutieren. Ich habe Ihnen nur gesagt – und das war beispielhaft gemeint, und Sie sollten mich eigentlich richtig verstanden haben –, daß man wirklich jedes

Sen Dr. Scholz

- (A) Urteil – und das ist unsere strafrechtliche Aufgabe im Rechtssystem –, das sich ja gerade von dem damaligen System unterscheidet, jede einzelne Tat, jedes einzelne Handeln auf seine rechtswidrige und schuldhafte Qualität hin zu prüfen hat.

[Frau Künast (AL): Verschiedene Fragen!
Etwas anderes als Gerichtsqualität!]

– Das sind nicht verschiedene Fragen! Das ist die Frage, die hier gestellt ist, und dazu gehört natürlich auch, daß man bis hin in Freisprüche gehen muß. Politisch teile ich absolut Ihre Auffassung; aber wenn ein solches Verfahren aufgenommen wird, dann war dort nichts mehr zu entscheiden für unsere Gerichte heute. Das ist der Punkt!

[Schenk (AL): Wie kann in einem Unrechtsstaat überhaupt ein ordentliches Gericht existieren?]

– Ist das eine zugelassene Frage, Herr Präsident?

Stellv. Präsident Longolius: Da Sie aufmerksam zugehört haben, wollte ich den Dialog nicht stören.

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Herr Präsident, ich halte mich ganz an die Usancen des Hauses. Ich beantworte zugelassene Fragen, aber ich führe ohne Ihre entsprechende Ermächtigung keine Dialoge.

Stellv. Präsident Longolius: Dann wäre es besser, den Präsidenten zu fragen, bevor man die Zwischenfrage anhört. – Dann hat das Wort zur nächsten Zusatzfrage der Kollege Dr. Gerl.

Dr. Gerl (SPD): Herr Senator, nach allen Ihren Ausführungen frage ich Sie jetzt klipp und klar: Deckt sich die Meinung des Senats hinsichtlich der Frage der Gerichtsqualität des „Volksgerichtshofs“ in vollem Umfang mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 25. 1. 1985?

(B)

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Auch dies, Herr Gerl, habe ich bereits deutlich gesagt; wenn Sie vorhin zugehört hätten, hätten Sie es auch mitbekommen. Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal mit der von Ihnen gewünschten Klipp- und Klarheit: Ja.

Stellv. Präsident Longolius: Letzte Zusatzfrage – Kollege Dr. Mahlo!

Dr. Mahlo (CDU): Herr Senator Scholz! Halten Sie das Instrument der Mündlichen Anfrage für ein geeignetes,

[Frau Künast (AL): Ja!]

um die grundsätzliche Problematik solcher „Gerichte“ hier abgestuft nach Fallgruppen zu erörtern? Halten Sie dies für eine würdige Methode, einzelne Vertreter dieses Staates oder einzelne Vertreter von Parteien auf diesem Wege in die Nähe von Symptanisanten dieser Institution zu rücken?

[Frau Künast (AL): Nie versucht!
Wir urteilen doch nicht wie Sie!]

Stellv. Präsident Longolius: Senator Dr. Scholz!

Dr. Scholz, Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten: Herr Präsident! Herr Kollege Mahlo, mir steht nicht zu, zu zensieren, und mir steht auch nicht zu, zu kritisieren; das ist selbstverständlich. Ich habe versucht, im Rahmen dessen, was hier gefragt wurde, deutlich zu machen, was meine Auffassung und die Auffassung des Senats ist. Und ich hoffe, daß dies deutlich geworden ist, gerade auch auf Ihre letzte Frage, Herr Gerl, nach „klipp und klar“. Ich glaube, mit dem kurzen Wort „ja“ müßte hinreichend deutlich geworden sein, was wir meinen.

Stellv. Präsident Longolius: Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Fragestunde. Die hier nicht behandelten Fragen werden schriftlich beantwortet. (C)

Zur Geschäftsordnung hat jetzt das Wort die Kollegin Ahme.

Frau Ahme (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt zur Geschäftsordnung. Es wurde nicht zugelassen, daß ich am Ende der Abstimmung über das Thema der Aktuellen Stunde hier eine Erklärung zur Abstimmung abgebe. Ich habe mich dabei auf § 72 der Geschäftsordnung berufen:

Jeder Abgeordnete kann nach einer Abstimmung eine kurze mündliche oder schriftliche Erklärung über seine Abstimmung abgeben. Schriftliche Erklärungen werden nicht verlesen. Sie werden in das Plenarprotokoll aufgenommen, sofern sie spätestens am Tage nach der Abstimmung eingereicht werden.

Mir wurde es verwehrt, eine solche Erklärung zur Abstimmung abzugeben. Ich denke, daß dies durch die Geschäftsordnung nicht gedeckt ist. In der Geschäftsordnung ist eine solche Erklärung zur Abstimmung ausdrücklich vorgesehen. Eine Beschränkung auf Sachabstimmungen ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Es wäre also Aufgabe des Parlaments, diese Geschäftsordnung dahin gehend zu verändern.

Ich erkläre zur Geschäftsordnung: Die Geschäftsordnung ist durch die zurückliegende Debatte zur Festlegung des Themas der Aktuellen Stunde unserer Meinung nach derartig mißbraucht und gebeugt worden, daß wir nicht erklären und nicht erkennen können, wo die stärkere Aktualität der von der SPD beantragten Aktuellen Stunde liegt. Wir fühlen uns durch dieses Vorgehen in unseren Handlungsmöglichkeiten als parlamentarische Opposition eingeschränkt; und wir sind nicht bereit, eine solche Einschränkung in Zukunft hinzunehmen. Dies dokumentieren wir, indem wir unsere Mitarbeit an der folgenden Aktuellen Stunde aus Protest einstellen werden.

[Beifall des Abg. Buwitt (CDU) – Simon (CDU): Kann das nicht auf die ganze Sitzung ausgedehnt werden? – Die Abgeordneten der AL-Fraktion verlassen den Plenarsaal.] (D)

Stellv. Präsident Longolius: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es besteht kein Anlaß zur Unruhe. Ich hoffe, Sie sind mit mir der Auffassung, daß es vernünftig war, diese Erklärung hier zuzulassen, obwohl sie nicht das Abstimmungsverhalten erläutert hat, sondern eher ein Protest gegen die Amtsführung des Präsidenten war. Dies ist insofern nur am Rande möglich gewesen. Aber mir schien, daß es zeitaufwendiger gewesen wäre, diese Frage hier erst einmal zu klären.

[Beifall – Abg. Momper (SPD): Sehr wahr, Herr Präsident!]

Und insofern haben wir das so erledigt.

Ich rufe jetzt auf

Ifd. Nr. 1 A:

Antrag der Fraktion der SPD auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Situation des Eisenbahn- und Flugverkehrs von und nach Berlin“

[Unruhe]

– Also, meine Damen und Herren, eigentlich müßte es ja bei der Anwesenheit von nur drei Fraktionen ruhiger sein als bei der von vier Fraktionen.

[Simon (CDU): Vor allen Dingen geht es schneller!]

– Na ja! – Mir scheint, hier soll akustisch das aufgefüllt werden, was physisch nicht da ist. – Nachdem sich der Herr Bürgermeister gesetzt hat, bin ich auch in der Lage, dem Kollegen Staffelt das Wort zu erteilen.

Staffelt (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verbindungswege von und nach Berlin waren und sind eines der drei Berlin-Essentials. Der Anspruch der

Staffelt

(A) Stadt, internationales Zentrum zu sein, ja Metropole zu sein, setzt voraus, daß optimierte Fernverkehrsverbindungen in Richtung Berlin existieren, und das trotz oder gerade wegen der Rahmenbedingungen unserer Stadt.

Die Aktuelle Stunde ist von meinem Kollegen Wagner begründet worden mit a) dem Sommerfahrplan der Deutschen Bundesbahn und der Reichsbahn und b) den Schwierigkeiten im Berliner Flugverkehr. Lassen Sie mich zunächst zum Schienenverkehr Stellung nehmen. Sozial-liberale Bundesregierungen haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, daß der Transitverkehr von und nach Berlin Schritt für Schritt in Richtung einer Normalisierung ausgebaut wurde. Dies gilt insbesondere für den Bau der Autobahn Berlin-Hamburg, die Rekonstruktion der Autobahn Berlin-Helmstedt, den Ausbau des Teltowkanals und dessen Wiedereröffnung und für die Verbesserung der Eisenbahntrasse zwischen Berlin und Helmstedt. Wir sehen mit großer Besorgnis, daß heute die Investitionsmittel des Bundes für den Transitverkehr auf den Nullpunkt gesunken sind, daß heißt, daß der Haushaltsansatz beispielsweise für den Eisenbahnverkehr von und nach Berlin bei 0,00 DM liegt! Wir können zwar verstehen, daß Herr Bundesminister Dollinger seinen Platz als Verkehrsminister nur dadurch behaupten kann, daß er auf Bundesebene natürlich bayerische Interessen vertritt und sich speziell für den Ausbau des Straßennetzes in Bayern einsetzt, wir sind aber dennoch der Auffassung, daß dieser Senat des Landes Berlin sich nachhaltig dafür einsetzen muß, daß der Verkehrsminister und damit auch die Bundesregierung Berlin wieder eine hohe Priorität im Bereich des Verkehrswesens einräumen.

Der Sommerfahrplan der Eisenbahn weist im Grunde keine Veränderungen auf. Wir haben im Wahlkampf von Herrn Diepgen, von Herrn Bundessenator Scholz große Ankündigungen hören können – nichts davon ist realisiert, keinerlei Verbesserungen im Bereich der Quantität und der Qualität des Schienenverkehrs von und nach Berlin! Bis heute hat der Senat kein Verkehrskonzept vorgelegt und schon gar keine Prioritäten bezüglich der Diskussionsansätze dieses Parlaments auf diesem Sektor vorgelegt. Bis heute ist das Parlament nicht – übrigens noch nicht einmal der Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen – mit den Ideen, Planungen, Aktivitäten und Absichten des Senats konfrontiert worden oder zumindest informiert worden! Sensibilität in der Sache, die solche Verhandlungen mit der Deutschen Reichsbahn, mit der Bundesregierung, mit den Alliierten und gegebenenfalls auch mit der DDR natürlich haben, scheint mir an dieser Stelle kein geeignetes Argument für eine Entschuldigung dieses Sachverhaltes zu sein, denn viele von uns werden sich daran erinnern, daß sozialdemokratische Senate sogar bei großen Vertragsprojekten die Opposition jeweils umfänglich über ihr Vorgehen informiert haben.

Die Meldungen in der Presse lassen dennoch aufhorchen. Heute lesen wir im „Tagesspiegel“: Die Bundesbahn kündigt an, den TEE-Triebwagen und TEE-Waggons im Berlinverkehr einzusetzen. Wir hören, daß es Planungen gibt, in Berlin einen Sackbahnhof zu schaffen, Endbahnhof Charlottenburg bei Vernachlässigung des Bahnhofs Zoo. Wir hören, daß es eine Konzentrierung auf die Weststrecke in Richtung Hannover geben soll. Wir hören, daß es Absichten der Deutschen Reichsbahn gibt, die Verkehrsverhältnisse und -führungen im Schienenverkehr zu verändern. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., auch Sie müssen ein Interesse daran haben, frühzeitig an der Diskussion über diese möglichen Veränderungen im Schienenverkehr von und nach Berlin mitwirken zu können. Und ich sage in Richtung des Senats: Sie müssen sehr darauf achten, daß Sie durch Ihre Maßnahmen nicht Wege in die Zukunft für den Eisenbahnverkehr in dieser Stadt verbauen.

[Beifall bei der SPD]

Ich weise aber auch darauf hin, daß der Eisenbahnverkehr eine Reihe von deutschland- und ostpolitischen Chancen bietet. Zum Beispiel wäre die Abkoppelung der Strecken von Ost-Berlin in Richtung Prag, in Richtung Wien, in Richtung Ungarn und auch in Richtung Rumänien für diese Stadt ein Verlust – warum

nicht die Einbeziehung Berlins und warum nicht der Versuch, Berlin zu einem Verbindungsglied zwischen West und Ost auch im Eisenbahnverkehr werden zu lassen?

Die Sozialdemokraten waren sehr erstaunt, daß wir gestern im „Tagesspiegel“ haben lesen können, daß auf Anfrage – offensichtlich bei Herrn Senator Scholz – offenbar nur feststeht, daß noch lange nichts spruchreif sei. Ihre Töne im Wahlkampf hörten sich ganz anders an; wir dachten – nach dem, was wir da gelesen haben –, daß wir zum Sommer dieses Jahres bereits in den Intercity-Verkehr der Bundesrepublik einbezogen werden.

[Beifall bei der SPD]

Genau das ist auch unsere Forderung. Wir müssen und Sie müssen als Senator – ich nehme an, künftig auch Sie, Herr Senator Wronski – Sie sind als Justizsenator sehr belastet; der frühere Wirtschafts- und Verkehrssenator Pieroth hat sich übrigens früher wenig um die Verkehrsverhältnisse in dieser Stadt gekümmert. Die Hoffnungen liegen bei Herrn Senator Wronski, obwohl ich sagen muß, Ihre Antwort auf die Mündliche Anfrage hat nicht dem entsprochen, was wir von einem Verkehrssenator dieser Stadt, der die Interessen der Verkehrspolitik dieser Stadt zu vertreten hat, an sich erwarten.

[Beifall bei der SPD]

Wir fordern neben der Einbeziehung in den Intercity-Verkehr der Bundesrepublik die Einführung auch eines Zwei-Stunden-Taktes zwischen Berlin und Hannover, die volle Einbeziehung der Stadt in die Tarifgestaltung der Deutschen Bundesbahn. Nur so werden wir diesen Verkehrsträger Eisenbahn attraktiv für diese Stadt erschließen.

[Beifall bei der SPD]

Ein kurzes Wort zum Flugverkehr. – Wir haben täglich neue Meldungen über Probleme im Flugverkehr, schlechte Anbindungen, im übrigen Verschlechterungen gegenüber dem Zustand zuvor, 3-Klassen-Tarif, Ausdünnung der Sondertarife, Probleme bei der Gepäckbeförderung. Die IHK ist höchst unzufrieden; sie ist im Moment dabei, alle Beschwerden zusammenzustellen, und hat die einzelnen Unternehmen angeschrieben. Ich war sehr verwundert, Herr Senator Wronski, daß Sie sich damit abfinden, daß das offensichtlich einzige Flugzeug morgens um 10 Uhr aus München hier in Berlin ankommt, obschon doch wichtige Unternehmen dieser Stadt wie Siemens, BMW und Osram gerade Verbindungen dieser Art von München nach Berlin benötigen. Sie fangen – hoffentlich – als Senator doch auch nicht erst um 11 Uhr mit der Arbeit an! Das kann man wohl von Wirtschaftsleuten in dieser Stadt und von denen, die von draußen in diese Stadt kommen, auch schlechterdings nicht erwarten.

[Zuruf von der SPD: Sehr wahr! – Beifall bei der SPD]

Wir fragen uns also: Wer vertritt nun eigentlich die Interessen des Fernverkehrs, die Interessen dieser Stadt auch im Flugverkehr gegenüber den alliierten Fluggesellschaften? – Wir sind der Meinung, daß die Schonfrist irgendwann einmal beendet werden muß und daß hier auch klar gesagt werden muß, daß die Flugpreissubvention nicht dazu führen darf, daß der Flugverkehr von und nach Berlin zugunsten der Wirtschaftlichkeitsrechnung der alliierten Fluggesellschaften ausgenutzt wird.

[Beifall bei der SPD]

Die Flugpreissubvention ist ein Instrument, das dieser Stadt helfen soll, das den Menschen helfen soll, Standortbedingungen gegenüber dem Bundesgebiet auszugleichen. Da müssen Sie klare Worte finden, um dies gegenüber Ihren Gesprächspartnern deutlich zu machen.

Ich bin sehr dafür, wenn der Herr Regierende Bürgermeister in seiner Regierungserklärung sagt: Jetzt muß es um die Aufnahme neuer Verbindungen im regionalen europäischen und transatlantischen Bereich gehen. Berlin braucht zum Beispiel endlich eine Direktverbindung nach New York.

[Zuruf von der SPD: Prima! – Einzelner Beifall bei der CDU]

Staffelt

- (A) Wir sind dafür, aber wir sagen auch: Sorgen Sie mindestens dafür, daß auch das Minimum an Flugverbindungen zwischen Berlin und Hamburg, zwischen Berlin und München realisiert wird und daß es hier keine weiteren Schwierigkeiten dieser Art gibt. Ich sage Ihnen nur eines: Wir vermuten, wie an vielen Stellen dieser Regierungserklärung, daß Sie hohe Ansprüche formulieren, leider aber in der Realisierung dieser Ansprüche, so auch auf diesem Sektor, wieder einmal nicht das gebracht haben, was Sie versprochen haben. - Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Stellv. Präsident Longolius: Nächster Redner ist der Kollege Giesel.

Giesel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Staffelt hat hier eine Reihe von Behauptungen darüber aufgestellt, was die CDU im Wahlkampf gesagt hätte. Anscheinend haben Sie da aber nicht zugehört, wie das so oft der Fall ist, und haben hier Falsches berichtet. Deshalb will ich es mir ersparen, im einzelnen auf diese Punkte einzugehen.

[Zuruf von der SPD: Das fällt schwer! - Staffelt (SPD): Sie machen sich das sehr einfach!]

Ich möchte zum Thema der Aktuellen Stunde selbst folgendes sagen: Die CDU-Fraktion ist der Meinung - und das haben wir in der Tat schon oft gesagt und werden das auch weiterhin sagen -, daß Berlin inmitten der internationalen Verkehrsströme wieder zu einem bedeutenden Verknüpfungspunkt im mitteleuropäischen Verkehrsnetz werden muß, und zwar unter Berücksichtigung der geographisch-politischen Lage unserer Stadt. Wir brauchen einen verkehrsmäßigen Standard, der mit dem anderer Großstädte und Ballungsgebiete vergleichbar ist. Das gilt auch für die Richtung Osten, ist aber dort sehr viel schwerer realisierbar als in Richtung Westen. Dabei ist wichtig: Es müssen alle Verkehrsträger angemessen an dieser Verknüpfung beteiligt werden, also Straße, Schiene, Luftverkehr und für den Güterbereich auch der Wasserstraßenverkehr. Hinzuzufügen ist auch, daß alle Lösungen und alle Verbesserungen, die wir anstreben, jeweils wirtschaftlich sein und auch unter energiepolitischen Gesichtspunkten vertretbar sein müssen. Das scheint uns sehr wichtig, und darauf sind Sie leider nicht eingegangen.

- (B) Nun muß man feststellen, daß seit den 70er Jahren nicht nur der Güterverkehr auf der Schiene ganz erheblich zurückgegangen ist, sondern auch der Personenverkehr hat in den letzten Jahren sehr stark abgenommen. Das könnte zu einer gewissen Gefährdung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin führen. Darüber sind wir uns völlig im klaren. Deshalb begrüßt es die CDU-Fraktion, daß im Februar dieses Jahres erstmals seit Jahrzehnten - im Grunde das erste Mal seit Kriegsende - der gesamte Vorstand der Deutschen Bundesbahn hier in Berlin mit dem Senat zusammengetroffen ist und über Verbesserungen des gesamten Schienenverkehrsangebots von und nach Berlin diskutiert hat. Dieses haben Sie jahrzehntelang versäumt, meine Damen und Herren von der SPD!

[Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD]

Und jetzt stellen Sie sich hier hin und wollen Dinge abfordern, die Sie selber nicht vorbereitet haben.

[Zurufe von der SPD]

- Schreien Sie nicht so - Sie müssen zugeben: Das ist eine Tatsachenfeststellung.

Wir sind dem Senat dankbar, daß er diese intensiven Beratungen aufgenommen hat. Sie haben von Projekten gesprochen, Herr Staffelt, frühere Senate hätten die Opposition immer einbezogen in die Projektdiskussion. Welche Projekte waren das denn im Eisenbahnbereich? - Da haben Sie doch viel versäumt, wie Sie ehrlich zugeben müssen. Deshalb ist es notwendig, daß wir eine ganze Reihe von Verbesserungen jetzt und für die Zukunft anstreben.

Stellv. Präsident Longolius: Gestatten Sie eine Zwischenfrage? (C)

Giesel (CDU): Das geht zwar von meiner Zeit ab, doch gern, bitte!

[Zuruf von der SPD: Das schadet nicht!]

Stellv. Präsident Longolius: Bitte, Herr Staffelt!

Staffelt (SPD): Herr Giesel! Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, daß bei den Projekten, die ich meinte - das Viermächte-Abkommen über Berlin, das Transitabkommen und viele andere Abkommen dieser Art -, die Opposition von dem damaligen Senat, Fraktionsvorstand oder auch Ausschuß für Bundesangelegenheiten, entsprechend informiert wurde, und würden Sie es nicht auch aus Ihrem Selbstverständnis als Abgeordneter für dringend erforderlich halten, daß der Senat in geeigneter Form die Fraktionen über seine Vorstellungen im Bereich des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin unterrichtet?

Giesel (CDU): Also, das Viermächte-Abkommen haben nicht Sie, sondern die Alliierten abgeschlossen. Und das Transitabkommen ist nur eine Folge davon, das müssen auch Sie so sehen. Ich will Ihnen aber in Erinnerung rufen, was in der Tat auf Ihrem Mist gewachsen ist. Es gibt ja positive Punkte in Ihrer Regierungszeit, das akzeptiere ich - Verkürzung der Reisezeit nach Hamburg über Staaken, Erneuerung der Anlage in Rummelsburg, die viel Geld kostete, ohne daß echte Effekte spürbar sind; die Einführung des Haus-zu-Haus-Gepäckverkehrs hat die Bundesbahn allein betrieben, ohne daß Sie sich darum bemühten. Es gibt also durchaus eine Reihe von positiven Punkten, doch die können Sie sich nicht an den Hut stecken; dabei muß ich leider bleiben.

Ich halte fest: Es ist eine umfassende Verbesserung der Attraktivität des Schienenverkehrs notwendig. (D)

[Erhebliche Unruhe - Glocke des Präsidenten]

Die CDU-Fraktion fordert im einzelnen: einmal eine erhebliche Verbesserung des Reisekomforts.

[Weiterhin starke Unruhe]

- Hören Sie doch wenigstens zu, was ich sage. Bei Ihnen habe ich doch auch zugehört.

[Zurufe von der SPD]

Die Verbesserung des Reisekomforts beginnt mit der Renovierung des Bahnhofs Zoo, die jahrzehntelang verschleppt wurde. Das muß begonnen werden, denn so, wie es jetzt dort aussieht, kann sich Berlin einfach mit seinem Ankunftsbahnhof nicht präsentieren.

[Krüger (CDU): Sehr richtig! - Beifall bei der CDU]

Wir müssen darüber hinaus eine Verbesserung des Wagenangebots haben. Wir sind ganz froh, daß die Deutsche Reichsbahn einseitig angekündigt hat, daß sie ab Juni neue Reisezugwagen einsetzen wird - warten wir es mal ab; es wäre gut, wenn sie es täte. Aber wir müssen darüber hinaus von der Deutschen Bundesbahn erwarten, daß sie, wie angekündigt, weiterhin bestrebt ist, echte Intercitywagen nach Berlin einzusetzen - mindestens Intercity-Standard. Und ich darf darauf verweisen, daß die Diesellokomotiven der Reichsbahn - die 132er - nicht in der Lage sind, solche klimatisierten Wagen zu ziehen; Sie haben das ja mal ausprobiert: Mit einem Wagen geht das, aber nicht mit einem ganzen Zug. Da haben Sie die Öffentlichkeit auch ein bißchen angeschmiert.

[Staffelt (SPD): Das stimmt doch gar nicht!]

Hier ist es also offensichtlich notwendig, daß ganz neue Traktoren eingesetzt werden. Weiter sind wir der Meinung, daß die Diesellokomotiven, und zwar leistungsfähige Diesellokomotiven, auch grenzüberschreitend verkehren sollten, weil gerade der Lokwechsel jeweils erheblich viel Zeit wegnimmt - aber das ist Sache der Deutschen Bundesbahn.

Giesel

- (A) Es müssen sicherlich auch, soweit das technisch möglich ist, gewisse Verbesserungen der Reisegeschwindigkeit durch die DDR erreicht werden. Und auch wir sind der Meinung, daß die Einführung des Taktverkehrs auf mindestens erst mal einer kürzeren Verbindung in die übrige Bundesrepublik mit Intercityanschluß realisiert werden muß, damit Berlin wirklich angeschlossen wird an das gesamte Intercitynetz der Deutschen Bundesbahn.

[Beifall bei der CDU]

In diesem Zusammenhang bedürfen allerdings auch andere Anschlußmöglichkeiten noch der Verbesserung, und, Herr Staffelt, was Sie da am Sommerfahrplan kritisiert haben, das haben Sie sich nicht genau durchgelesen. Da ist eine ganze Reihe verbesserter Anschlußmöglichkeiten drin, teilweise in den Süden, teilweise in den Westen, auch in den Norden, Richtung Sylt. Wenn Sie das mal nachprüfen wollten, wäre das ganz schön,

[Staffelt (SPD): Haben wir alles gemacht!]

damit Sie mit Ihren Vorwürfen ein bißchen realistisch bleiben. Und wir sind der Meinung, daß mittelfristig - und das ist wichtig - das Ziel der Elektrifizierung mindestens einer ersten Strecke von und nach Berlin verfolgt werden muß.

[Staffelt (SPD): Das ist ja ganz neu!]

Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat vor einigen Tagen aber darauf hingewiesen, daß das aber nicht dazu führen darf, wie es hier und da schon diskutiert wurde, daß man eine Strecke hernimmt, so eine Art besonderer Korridorregelung schafft. Denn das könnte dann womöglich zu einer Austrocknung, mindestens aber Benachteiligung der übrigen Strecken führen. Wir müssen alle Transitmöglichkeiten auf der Schiene einigermaßen gleichberechtigt erhalten.

[Beifall bei der CDU]

- (B) Wir erwarten vom Senat, daß er seine Abstimmungen mit den zuständigen Stellen, von Alliierten bis Bundesregierung, fortsetzt, um hier die notwendigen Schritte tun zu können. Und ich darf auch darauf verweisen - der Regierende Bürgermeister hatte das auch schon in der Regierungserklärung getan -, daß wir die Eisenbahnplanung auch mit der Infrastrukturplanung der Europäischen Gemeinschaft abstimmen müssen, denn Berlin (West) ist Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft, und so müssen die Strukturverbesserungen im Verkehrssystem von und nach Berlin auch auf dieser Ebene mit diskutiert werden.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß nicht nur der Schienen-Personenverkehr, sondern auch der Schienen-Güterverkehr in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Auch da müssen wir Verbesserungen anstreben. Dieses alles ist letztlich ein gesamtes Paket.

Lassen Sie mich auch ganz kurz noch auf Fragen des Flugverkehrs eingehen. Ich rufe in Erinnerung: Der Flugverkehr ist der einzige Verkehr von und nach Berlin, der von der anderen Seite nicht kontrolliert werden kann. Damit hat er eine hohe Bedeutung. Damit haben auch die alliierten Fluggesellschaften eine politische Verantwortung für diesen Verkehr. Sie haben aber gleichzeitig auch eine Verantwortung für das Image unserer Stadt. Denn eine weltoffene europäische Metropole muß auch einen funktionierenden, störungsfreien Flugverkehr haben. Und da muß ich leider sagen, daß Kritik an einer Reihe von Störungen in den letzten Wochen zu äußern ist. Die werden wir den Fluggesellschaften auch vorzutragen haben; ich glaube nicht, daß wir das im Detail jetzt hier diskutieren müssen.

Ich darf auch gleichzeitig den Tarifpartnern, die im Bereich einer Fluggesellschaft jetzt durch die Annahme eines Schlichterspruches einen drohenden Streik abgewendet haben, ausdrücklich meinen Dank aussprechen. Denn das könnte uns am allerwenigsten passen, daß Streiks Teile des Flugverkehrs lahmlegen. Da sollten die Beteiligten auch in Zukunft ernsthaft mit sich zu Rate gehen.

Wir sind der Meinung, daß die Einführung größerer Fluggeräte grundsätzlich zu begrüßen ist. Allerdings darf die Zahl der angebotenen Flüge nicht mehr sinken. Und es ist durchaus rich-

tig, daß einige Tagesrandverbindungen verbessert werden müssen bzw. wiederhergestellt werden müssen. Wenn es da einzelne Unzulänglichkeiten im Sommerflugplan gibt, muß man darüber reden.

Auch die bekannt gewordene Absicht, Sparflugmöglichkeiten zu kontingentieren, finden wir überhaupt nicht glücklich. Das muß überprüft werden. Im Gegenteil: Wir bitten die Fluggesellschaften ausdrücklich, zu prüfen, ob sie nicht gegebenenfalls noch mehr Flüge zum Spartarif anbieten können,

[Beifall bei der CDU]

damit der Flugverkehr von und nach Berlin attraktiver wird.

Leider ist jetzt meine Redezeit beendet; ich hätte gerne noch einige Punkte gesagt, aber der Kollege Palm wird das nachher an dieser Stelle tun. - Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Longolius: Jetzt hat der Kollege Fabig das Wort.

Fabig (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Herr Giesel Zeitprobleme hat: Vielleicht können wir ihm einen Teil von der AL-Zeit abgeben, dann ist vielleicht beiden Seiten gedient.

Es ist in der Tat so, daß die Analyse hier übereinstimmt. Zutreffend ist, daß der Eisenbahnverkehr von und nach Berlin unzureichend ist, um nicht zu sagen: Er ist eigentlich eine Katastrophe, er ist das Stiefkind im Berlin-Verkehr, und wie es aussieht, wird er auch in Zukunft weiterhin stiefmütterlich behandelt werden. Wenn man sich im Bundeshaushalt die Subventionen für die Bundesbahn ansieht, dann sind dort 3,4 Milliarden vorgesehen, aber kein Pfennig für den Berliner Bahnverkehr. Wir sind uns also einig: Die Eisenbahnverbindung nach Berlin ist miserabel, altmodisch, ohne jeden Komfort und deshalb ohne jede Attraktivität für die Reise nach Berlin, und die Quittung dafür läßt sich ja auch ablesen an den jährlichen Statistiken, es wird wieder jedes Jahr weniger mit der Bahn nach Berlin gefahren. 1984 waren es wieder 1,5% weniger als 1983.

Es ist natürlich in der Tat so, wie der Herr Kollege Giesel gesagt hat, Herr Staffelt: Der Eisenbahnverkehr nach Berlin wird seit langem - sozusagen traditionell - vernachlässigt, und wie es scheint, war die Bahn ohnehin seit Jahrzehnten ein Stiefkind in der Verkehrspolitik aller Bundesregierungen; die hohen Defizite deuten darauf hin. Daß man sich dabei über den Berlin-Verkehr keine besonderen Gedanken gemacht hat, liegt offensichtlich in der Logik dieser Dinge.

Wir sind uns also einig, daß es Verbesserungen geben muß, es fragt sich nur, wann und wie. Ich habe schon den Bundeshaushalt für die Bundesbahn 1985 erwähnt, es lohnt sich aber vielleicht doch, einen ganz kurzen Blick auf die Investitionen im Eisenbahnbereich im Berlin-Verkehr der letzten zehn Jahre zu richten. Dann kann man sehen, daß der Straßenverkehr mit 1,7 Milliarden bezuschußt worden ist - da ist natürlich auch die Autobahn drin -, der Flugverkehr mit 800 Millionen und die Eisenbahn mit 4,6% oder ganzen 134 Millionen, in den letzten zehn Jahren! Das ist ein Mißverhältnis, das völlig unerträglich ist. Und wir können uns auch nicht darauf einlassen, zu sagen: Mit der Eisenbahn fährt ohnehin eine bestimmte Art von Klientel, um die wir uns keine großen Sorgen zu machen brauchen. - Ich halte die Qualifizierung der Eisenbahnreisenden, insbesondere im Berlin-Verkehr, als die sozial Schwachen, um die wir uns nicht sonderlich kümmern müßten

[Staffelt (SPD): Dagegen sprechen schon die Tarife, daß das die sozial Schwachen sind!]

- ich habe solche Töne gehört; Herr Staffelt, ich sage es nur, ich habe es von jemandem gehört, der sich in Berlin an verantwortlicher Stelle mit Verkehr befaßt -, für kein gutes Argument. Und ich habe im übrigen auch in der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen unter der bezeichnenden Überschrift „Im Bummelzug

Fabig

- (A) nach Berlin“, daß dort beklagt wird, daß die Eisenbahnkunden insbesondere im Berlin-Verkehr keine Lobby haben. Das ist in der Tat so.

Nun ist ja geplant, daß die sogenannte Diesellösung für Berlin angestrebt werden soll. Das wäre in der Tat eine Verbesserung, – wenn nicht die Tatsache wäre, daß die Bundesbahn 30 Jahre alte Dieseltriebwagen im Berlin-Verkehr einsetzen will – so ist es jedenfalls geplant –, das heißt also, den Berlin-Verkehr wieder stiefmütterlich behandelt, Wagen, die man eigentlich schon ausmustern wollte, noch einmal generalüberholt und dann im Berlin-Verkehr einsetzt. Ich akzeptiere, daß diese Verbesserungen bringen wird und daß es eine Zwischenlösung ist. Einig sind wir uns aber darüber, daß das nur eine Zwischenlösung sein kann, daß es mittelfristig – sogar ziemlich kurzfristig – unser Ziel sein muß, die Strecke Berlin-Hannover als erste, aber auch die anderen Strecken zu elektrifizieren. Wir dürfen von diesem Ziel nicht ablassen, wir dürfen uns auch nicht von den hohen Kosten, die uns hier vorgerechnet werden, entmutigen lassen, denn es muß unser Ziel bleiben, daß Berlin auf allen Verkehrswegen in optimaler Weise mit dem Bundesgebiet verbunden bleibt, und es muß auch unser Ziel bleiben, daß Berlin im Eisenbahnverkehr nicht zur „Sackgasse“ wird, auch nicht zum „Kopfbahnhof“, auch keine Korridorlösung geschaffen wird, sondern Berlin muß angebunden bleiben an das internationale Verkehrsnetz.

[Beifall]

Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir Lösungen akzeptieren, die ungefähr so aussehen: „Kopfbahnhof“ West-Berlin auf einer Korridorstrecke und Verteilung in Hannover. Das kann ich mir einfach nicht vorstellen, das kann nicht unser Ziel sein. Unser Ziel kann nur sein: Wir fordern den Senat auf, ganz intensiv mit der Bundesregierung und mit der Bundesbahn, die ganz offensichtlich auch in der Vorbereitung von Lösungen nicht die aktivste ist – die Bundesbahn –, Verbesserungen zu erreichen; wir akzeptieren den Dieseltriebverkehr als Zwischenlösung, wir fordern aber den Senat auf, intensiv und dringend die Elektrifizierung erst einer und dann aller drei Strecken zu fordern und voranzutreiben.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Dieses muß sein, und das Argument, es koste zuviel Geld, kann von uns nicht akzeptiert werden.

Und in der Tat ist es auch so, daß man feststellen muß, daß es immer noch kein Fernverkehrskonzept gibt. Auch das ist richtig, Ich denke aber, auch hierfür wird der Senat in dieser Legislaturperiode seine Schularbeiten machen, und ich hoffe auch, daß das, was der Herr Bundessenator Scholz zusammen mit dem Herrn Bundesverkehrsminister Dollinger im Januar dieses Jahres angekündigt hat, daß nämlich bis zur Mitte dieses Jahres ein Konzept zur Verbesserung des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin vorliegt, auch eingehalten wird.

Denn es bleibt dabei: Wir brauchen endlich auch im Eisenbahnverkehr, nachdem wir alle anderen Verkehrswege relativ optimal ausgebaut haben und subventionieren, wir brauchen auch eine optimale Lösung im Eisenbahnverkehr, weil wir auf diese Weise nicht nur die, die jetzt schon mit der Eisenbahn nach Berlin fahren, halten, sondern weil wir auch neue Kreise gewinnen wollen, die mit der Eisenbahn nach Berlin kommen. Das ist eine politische Aufgabe von besonders hohem Rang, und dazu gehört der – ich sage es noch mal – schnelle elektrische Ausbau der Eisenbahn nach Berlin. Und es muß auch unser Ziel bleiben, alle drei Strecken zu elektrifizieren, nicht nur die nach Hannover. Wir akzeptieren jede Zwischenlösung, die besser ist als das, was wir jetzt haben, aber wir müssen uns darauf verständigen, daß wir die Elektrifizierung auch nach Hamburg und München wollen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Stellv. Präsident Longolius: Das Wort hat jetzt Senator Wronski.

Wronski, Senator für Verkehr und Betriebe: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle drei Beiträge der Fraktionen bestätigen dem Senat, daß er sich in voller Übereinstimmung mit den Vorstellungen, die hier in unterschiedlicher Akzentuierung vorgetragen wurden, befindet. Es ist unstrittig, daß es eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Senats ist, eines, wie der Herr Kollege Staffelt hier sagte, der Essentials Berlins, nämlich die funktionierenden, möglichst ungestörten – und da ist schon die erste Einschränkung objektiv festzustellen – Verkehrsverbindungen für die Lebensfähigkeit unserer Stadt zu sichern, zu erhalten und auszubauen.

Nun sprechen die Fraktionen heute in der Aktuellen Stunde zwei Komplexe an, die bitte unterschiedlich zu werten und auch unterschiedlich zu diskutieren sind, allein schon vom Umfang der Beteiligung der einzelnen Mitwirkenden, wenn ich das so sagen darf. Da scheint mir das Gespräch über den Flugverkehr von und nach Berlin leichter führbar zu sein als das Gespräch über die Landwege. Hier haben wir es mit drei Gesprächspartnern zu tun, den Luftverkehrsgesellschaften, der Bundesregierung, von der wir im allgemeinen auch immer etwas wollen, und zwar meist etwas sehr Konkretes, und uns. Und man darf nun unterstellen, daß diese drei Gesprächspartner von einem Grundkonsens ausgehen, der an der Sache und an der Ökonomie der jeweiligen Situation orientiert sein wird. Das ist schon eine ganz solide Gesprächsgrundlage, über die man nicht zu streiten braucht.

Etwas anders sieht es natürlich aus, wenn man den Kreis der Gesprächspartner hinsichtlich von Landverbindungen betrachtet. Auch da sind objektive Sachinteressen aller vier Gesprächspartner zu registrieren, als da sind die Bundesregierung natürlich wieder, weil wir sie ganz konkret mit bestimmten Vorstellungen konfrontieren werden, konfrontiert haben, vielleicht zuwenig bisher – ich komme darauf noch mal zurück –, wir natürlich als zweiter Gesprächspartner, die wir etwas wollen, und zwar völlig legitim, und zwei weitere Gesprächspartner, die die Bahnbetriebsgesellschaften jeweils sind. Die Interessenlage ist da also schon etwas weiter gefächert, um es einmal so in dieser allgemeinen Form zu sagen. Und da liegt dann natürlich auch die Schwierigkeit; je größer ein Gesprächskreis ist – das merken wir ja schon in unserem täglichen Leben –, um so schwieriger wird es sein, zu einem Konsens zu kommen. Jede zusätzliche Komponente in einem Round-table-Gespräch oder in einem Gespräch von Fachleuten erschwert und verlängert eine Diskussion, die zu einem sinnvollen Abschluß geführt werden muß. Aber, meine Damen und Herren, ich bestätige hier ausdrücklich: Die Schwierigkeiten mögen noch so groß sein; der Senat von Berlin fühlt sich in der Pflicht, die berechtigten Anliegen des Landes und der Stadt Berlin und seiner Bevölkerung gegenüber allen Gesprächspartnern, die ich hier erwähnt habe, in der jeweils richtigen Form und mit der nötigen Akzentuierung geltend zu machen.

[Wagner, Horst (SPD): Damit haben Sie viel gesagt!]

– Sie haben es einfacher, die Themen hier anzusprechen, jeder Senat muß sorgfältig bedenken, was er hier sagt, was er öffentlich sagt, was er in intimen Kreisen sagen kann. Ich hoffe auf Ihr Verständnis dafür.

Nehmen wir doch zunächst mal den komplizierteren Gesprächskreis Schienenverkehr. Meine Damen und Herren, entsprechend der Regierungserklärung vom 25. April sieht der Senat einen besonderen Nachholbedarf beim Schienenverkehr von und nach Berlin. Trotz bereits in der Vergangenheit erreichter Verbesserungen, so klein sie sein mögen – der materielle Umfang ist ja völlig richtig vom Kollegen Fabig bereits angedeutet worden –, nämlich der Errichtung des Grenzübergangs Hof im Jahre 1972, Verkürzung der Fahrzeit in den ostbayerischen Raum – ich bringe das der guten Ordnung halber als Faktum noch mal in Erinnerung –, Verkürzung der Reisezeit in der Relation Berlin-Hamburg durch Öffnung des Grenzübergangs Staaken, 1976, Einrichtung der Haltepunkte Wannsee und Spandau im selben Jahr, Einstellung zusätzlicher Schnellzugpaare in den Relationen Berlin-Hamburg und Berlin-Frankfurt, ebenfalls 1976, und schließlich zweigleisiger Ausbau des Streckenabschnitts Wannsee-Werder sowie die Erneuerung der Wasch- und Vor-

Sen Wronski

(A) heizanlage im Bereich des Betriebsbahnhofs Rummelsburg im Jahre 1983, die hier bereits kommentiert wurde, trotz dieser Maßnahmen war ein Einbruch in die bis 1981 positive Entwicklung des Eisenbahn-Personenverkehrs zu verzeichnen. Die Zahl der Reisenden mit der Eisenbahn im Transitverkehr hat sich in der Zeit von 1972 von rund 1,5 Millionen auf rund 3,4 Millionen in 1981 kontinuierlich erhöht, zweifellos eine Folge der Verträge von 1971. Bei nur geringfügigem Rückgang der Gesamtzahl der Transitreisenden von zirka 22,4 Millionen in 1981 auf rund 22 Millionen in 1982 ging die Zahl der Bahnreisenden allerdings von 3,4 auf 3,0 Millionen zurück; das war von 1981 auf 1982. Diese bahnnegative Entwicklung setzte sich bis zum Jahre 1984 auf unter 3 Millionen, genau 2,8 Millionen fort. Der Anteil der Eisenbahn am Personen-Transitverkehr lag 1980 noch bei 14,3 %, im Jahre 1984 ging der Anteil der Eisenbahn auf 10,6 % zurück.

Die Berechtigung für besondere Anstrengungen im Eisenbahnverkehr ergibt sich auch aus den bisherigen Aufwendungen der Bundesregierung für Verbesserungen im Transitverkehr. Die Zahlen sind hier genannt worden, ich nenne die Relationen. Wird die Gesamtsumme, die von 1975 bis 1984 ausschließlich von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten 2,213 Milliarden DM gleich 100 gesetzt, so wurden für den Ausbau der Straßenverbindungen rund 78 %, für den der Binnenwasserstraßen rund 15 % und für den Ausbau der Schienenverbindungen nur 6 % investiert. Dies ist ein eklatantes Mißverhältnis, das von allen möglichen Personen und Institutionen zu vertreten ist, aber – so würde ich sagen – am allerwenigsten von den Senaten, die vor uns von 1975 bis 1984 in Berlin die Verkehrspolitik bestritten haben, auf jeden Fall aber, Herr Kollege Staffelt, von den Bundesregierungen, die von 1975 bis 1984 das Engagement in finanzieller Hinsicht eingegangen sind. Sie wissen sehr gut, wie die Zeitabläufe waren. Dort haben sozial-liberale Bundesregierungen – bis auf das Jahr 1984 – gewirkt und die Plazierungen und Gewichtungen in den drei Verkehrssektoren bestimmt. Ich kritisiere das nicht, sage, es ist richtig, daß der Straßenverkehr mit hohem Engagement ausgestattet wurde. Wir partizipieren alle davon und sind froh darüber. Aber ich erwähne, daß die Schiene dabei erheblich zu kurz gekommen ist, und das unter Hinnahme aller daran Beteiligten, insbesondere derjenigen, die es finanziert haben.

(B) Ich räume ein – und komme auf meine grundsätzlichen Anmerkungen zurück –, hier handelt es sich um vier Gesprächspartner, die jeweils ihre eigenen Interessen haben, die unterschiedlich bezüglich der Wasser-, Land- und Schienenverbindungen sein mögen. Es bedarf hier geduldiger und sorgfältiger Abstimmungen.

Es gibt keine Veranlassung, Herr Kollege Staffelt, hier aufgrund von Pressemeldungen Novitäten zu entdecken und darüber erstaunt zu sein. Was heute in der Presse – ich möchte sagen, dankenswerterweise – wieder in Erinnerung gerufen wurde, das Bemühen der Bundesbahn, hier etwas Bewegung in die Situation zu bringen, ist nicht neu. Der VT 601 hat bereits im Februar auch in der Berliner Presse seinen Niederschlag gefunden, nur flüchtige Leser können das übersehen haben. Dennoch ist es gut, daß man das in Erinnerung bringt.

Der Senat teilt voll die vorgetragene Auffassung, daß die optimale Situation auf den Schienenwegen nur zu erreichen ist, wenn alle technischen Randbedingungen auf allen Wegen nach Berlin installiert werden, so daß die Bedingungen erreicht werden, die überall auf der Welt für einen modernen Eisenbahnverkehr gelten. Natürlich spielt dabei die Elektrifizierung eine entscheidende Rolle. Details darüber zu diskutieren, ist müßig. Jeder weiß ungefähr, was sich dahinter verbirgt. Auch der von uns allen gewünschte und berechtigte Komfort ist nur dann realisierbar, wenn diese Grundvoraussetzung technischer Art – einschließlich der elektrischen Spannung – vorliegt. Ich bewerte es durchaus positiv, und ich habe auch keine Kritik gehört, daß die Bundesbahn ihrerseits das unter den jetzigen Randbedingungen Mögliche jetzt betreibt. Realistisch gesagt: Sollte es irgendwann eine Regelung geben, daß eine der Schienenstrecken unter Fahrdrachtspannung genommen wird, dann muß man wissen, daß vor Ende dieses Jahrzehnts mit einer Nutzung der Fahrdracht-

(C) spannung nicht zu rechnen ist. Es ist also durchaus sinnvoll, daß die Bundesbahn hier im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Wegen sucht, um so etwas zwischenzeitlich zu verbessern. Ich möchte nicht spekulieren, aber vielleicht ist die Ankündigung der Reichsbahn, am 2. Juni mit besseren Garnituren den Interzonenverkehr zu bestreiten, bereits eine Reaktion auf die Absicht der Bundesbahn. Ich hoffe, man darf es so sehen.

Der zweite Komplex – Flugverkehr – ist zweifellos und völlig zu Recht durch das Durcheinander der letzten Wochen bei der Umstellung von alten Geräten auf größere und modernere Fluggeräte – Airbus – ausgelöst worden. Zusätzlich spielen Entscheidungen der PanAm eine Rolle hinsichtlich der quasi Kontingentierung gewisser Vorzugstarife. Um Sie auch hier mit den Fakten vertraut zu machen, muß ich sagen, daß es richtig ist, daß die PanAm auf dem Airbus die Vorzugstarife quasi kontingentiert, aber es ist ebenfalls richtig, daß das Angebot dadurch nicht kleiner geworden ist. Es wird Sie interessieren, wie dieses Angebot bislang genutzt worden ist. Die PanAm hat in den vergangenen Zeiten etwa 16 000 Plätze je Woche mit Vorzugspreisen angeboten, von denen weniger als 50 % – das ist die Statistik, die durch die Flughafen AG bestätigt wird – genutzt wurden. Von der Nachfrage her ist also nicht zu befürchten, daß ein Engpaß entstehen kann. Allerdings – und das ist zu Recht mit einem 3-Klassen-Angebot bezeichnet worden – kann es sein, daß unterschiedliche Dotierungen bzw. Kassierungen in einer Maschine vorgenommen werden. Das ist aber nach meiner Auffassung nicht der Hauptpunkt der Kritik. Berechtigt ist die Kritik an dieser Fluggesellschaft so lange, wie es ihr nicht gelingt, die Umstellung in einer technisch einwandfreien Weise zu bewerkstelligen, in einer Form, die nicht zu Lasten der treuen Fluggäste geht und Unmut hervorruft.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, die Details der Fluggesellschaft zu kommentieren. Der Senat hat sie wahrgenommen und die Argumente zur Kenntnis genommen. Der Senat hat – und das haben Sie meiner Antwort auf die Mündliche Anfrage des Kollegen Wagner entnehmen können – sich sofort mit dem Deutschland-Direktor der PanAm in Verbindung gesetzt und die Problematik besprochen, Bedenken und dezente Kritik vorgebracht. Diese Gespräche mit der PanAm werden von Dauer sein und in wenigen Stunden ihre Fortsetzung finden.

[Staffelt (SPD): Die gibt es schon seit Jahrzehnten!]

Gehen Sie bitte davon aus, daß die kritischen Anmerkungen, die ich in diesem Hause vernommen habe, unmoderiert und in aller Deutlichkeit in diesem Dauergespräch vorgetragen werden.

So weit meine Zwischenbemerkungen. Ich gehe davon aus, daß die Diskussion hier noch fortgesetzt wird.

Zusammenfassend bitte ich, bei pauschaler Bewertung aller Verbindungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft – und das kann ich wohl bei Ihnen allen unterstellen –, um Verständnis dafür, daß die Anzahl der Gesprächspartner einen ganz wesentlichen Einfluß auf die Intensität und die Beschleunigung der Gespräche hat. Der Senat von Berlin ist nicht säumig. Der Senat von Berlin nutzt auf allen Schienen, die ihm zu Gebote stehen – und das auch in wortwörtlichem Sinne –, die Möglichkeiten, um seinen Einfluß und die Meinung des Abgeordnetenhauses vorzutragen. Das ist eine Daueraufgabe, der sich der Senat unterzieht und in der er sich von niemandem übertreffen lassen wird. Sie werden schließlich aus der Entscheidung des Senats, nach jahrzehntelanger Öde in diesem Bereich ein eigenes Verkehrsressort einzurichten, auch den erklärten Willen des Senats ablesen können, daß er sich in Verkehrsfragen besonders engagiert.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Präsident Rebsch: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Niklas.

Dr. Niklas (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn eine kurze Anmerkung zu dem, Herr Wronski, was Sie in Hinblick auf die Deutsche Bundesbahn aus-

Dr. Niklas

- (A) führten: Ihre Hoffnung, daß in den kommenden Jahren die Deutsche Bundesbahn im Rahmen des Gegebenen versuchen wird, rasch aktuelle Verbesserungen herbeiführen zu können, diese Hoffnung würde ich gern teilen. Wenn man sich die jahrzehntelange Berlin-Unfreundlichkeit der Deutschen Bundesbahn ansieht - das läßt sich mit vielen Punkten belegen -, dann habe ich Zweifel daran, daß Ihre Hoffnung rasch in Erfüllung gehen könnte. Schön wäre es ja.

Der zweite Punkt: Sie sprachen - und dem habe ich gar nichts hinzuzufügen - von dem eklatanten Mißverhältnis in den Investitionssummen, die für die drei Verkehrsträger Straße, Bahn und Luft zur Verfügung gestellt worden sind. Im Gegensatz zu Ihnen fühle ich mich frei - ganz gleich, wer in der Vergangenheit hierfür politische Verantwortung getragen hat -

[Giesel (CDU): Das ist aber nicht gleich! Das ist wichtig!]

hier zu sagen: Die Umweltkatastrophe, die sich nicht nur anbahnt, sondern die wir schon Monat für Monat hier erleben können, läßt aus heutiger Sicht die Investitionsentscheidungen nicht gutheißen. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten ist in der Tat in Hinsicht auf die Bahn einiges aufzuholen.

Dann möchte ich die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf einen Punkt richten, der auch in dieser Debatte etwas zu kurz gekommen ist und der vielleicht mit dazu beigetragen hat, daß in den vergangenen Jahren dieses eklatante Mißverhältnis in den Investitionsmengen sich eingestellt hat. Das ist die Frage, ob wir als West-Berliner wieder einmal, wenn es darum geht, Eisenbahnstrecken auszubauen - wir fordern ja nicht mehr und nicht weniger als einen IC-gerechten Ausbau dieser Eisenbahnstrecken in der langfristigen Zielsetzung -, mit dieser Zielsetzung eine Sonderbehandlung wünschen, ob also eine Stadt, die im Jahr 20 bis 22 Mrd DM vom westdeutschen Steuerzahler zur Verfügung gestellt bekommt, ob diese Stadt wieder einmal einen Sonderwunsch sich vom westdeutschen Steuerzahler finanzieren lassen möchte. Ich meine schon, daß dieses Parlament sich diese Frage immer wieder stellen muß, wenn es an dieser Stelle mit Forderungen kommt. Was wäre denn der Maßstab, um herauszufinden, ob wir West-Berliner an dieser Stelle vielleicht etwas maßlos sind oder ob wir seriös fordern? - Nun, der Maßstab hierfür kann nur die Bundes-Verkehrswegeplanung sein. Wir Berliner Sozialdemokraten fordern nicht mehr, aber auch nicht weniger als Gleichbehandlung mit westdeutschen Ballungszentren. Warum sollte auch aus deutscher Sicht die Verbindung Augsburg-Nürnberg wichtiger als die von Hannover nach Berlin, die Verbindung von Bremen nach Dortmund wichtiger als die von Hamburg nach Berlin sein?

[Beifall bei der SPD]

Die Bundes-Verkehrswegeplanung 1985 wird gerade an die Bundesländer zur Stellungnahme verschickt, also auch an Ihr Haus, Herr Senator Wronski. Ich habe hier eine Unterlage über die Fahrzeiten, die der Planung zugrunde gelegt worden ist. Ich will gar keine einzelnen Daten nennen; es sind eigentlich erfreuliche Zeiten, die als Reisezeiten angestrebt werden. Dafür stehen allein im Zeitraum 1984 bis 1990 14 Mrd DM zur Verfügung. Hier wird also eine gewaltige Investitionssumme für die Verbindung zwischen den westdeutschen Ballungszentren zur Verfügung gestellt. Ich begrüße dies; an dieser Stelle sollten viel stärker als in der Vergangenheit Investitionen vorgenommen werden.

[Abg. Giesel (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Stellv. Präsident Longolius: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Niklas?

Dr. Niklas (SPD): Ich würde gern diesen Gedankengang zu Ende bringen. - Nur meine ich, daß - vielleicht aus verständlichen Gründen - die Sicht dafür verlorengegangen ist, daß natürlich die Verbindung von Berlin nach Hannover, nach Hamburg, nach Frankfurt und nach München im Grunde nichts anderes darstellt als die Verbindung zwischen Ballungszentren, wie

sie zwischen Stuttgart und Frankfurt oder zwischen Frankfurt und Köln besteht. Wir wollen als West-Berliner nicht mehr und nicht weniger als eine gleiche Behandlung, wie alle diese Verbindungen in Westdeutschland jetzt und in den kommenden Jahren investitionsmäßig gestellt werden. Wenn wir uns dies zu eigen machen, werden wir merken, daß unsere Wünsche, die wir von dieser Stadt aus haben, gerechtfertigt gestellt werden können. - Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Stellv. Präsident Longolius: Nächster Redner ist der Kollege Palm.

Palm (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Niklas, das eben ist gerade der Punkt, an dem wir uns unterscheiden. Da sind wir eben nicht normal wie eine Städteverbindung im übrigen Bundesgebiet, sondern hier gelten besondere Bedingungen. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, was Herr Senator Wronski gesagt hat: Die Gespräche und Verhandlungen über den Schienenverkehr nach Berlin sind ein ganz besonderes Thema, das besondere Sensibilität bei uns allen erfordert; deswegen sollten wir uns in der öffentlichen Diskussion zurückhalten. Die Opposition hat es natürlich viel leichter mit Forderungen. Ich appelliere aber doch dringend an Sie, beim Schienenverkehr sensibel zu sein und nicht möglicherweise Porzellan zu zerschlagen, bevor überhaupt die Aussicht besteht, an konkrete Dinge heranzukommen.

[Beifall bei der CDU - Abg. Staffelt (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Palm (CDU): Nein, ich möchte gern mit den fünf Minuten haushalten.

Herr Staffelt, ich habe den Eindruck, Sie haben zwei Dinge verwechselt. Den zugegebenermaßen gelungenen Wahlkampf von Herrn Apel, mit einem IC-Wagen zu fahren, haben Sie offenbar damit verwechselt, was in unserem Wahlprogramm steht, und haben gemeint, das dies nun die Eröffnung des IC-Verkehrs sei.

[Staffelt (SPD): Das können Sie in Lichtenrade erzählen, aber nicht hier!]

Ich gehe davon aus, daß der Senat selbstverständlich auch die Oppositionsfractionen darüber unterrichtet, welche Planungen im Gange sind. Den Zeitpunkt aber sollte man dem Senat überlassen.

Ich finde es nicht gut, daß hier daran herumkritisiert wird, daß die Bundesbahn sich bemüht, zum Beispiel diesen TEE-Zug nach Berlin fahren zu lassen.

[Staffelt (SPD): Es war ja gar kein Zug, es war nur ein Waggon!]

Ich finde es auch nicht gut, daß da herumkritisiert wird, daß ab 2. Juni im Fahrplan zwar sicherlich keine großen, aber doch immerhin einige Verbesserungen eintreten. Dieses alles betrachten wir als erste Schritte auf dem richtigen Weg. Die nächsten Schritte müssen getan werden; meine Vorredner haben schon erwähnt, was wir im Schienenverkehr erwarten.

Nun lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zum Flugverkehr machen. Ich will nicht im einzelnen auf Dinge eingehen, die in der Vergangenheit passiert sind; das ist sicherlich unerfreulich und dient nicht dem Ansehen Berlins. Deshalb möchte ich ausdrücklich drei Forderungen unterstreichen, die wir an die Fluggesellschaften haben:

1. Die angebotenen und vereinbarten Leistungen - in dem Moment, in dem ich einen Flugschein kaufe, habe ich eine Leistung vereinbart - müssen auch von den Fluggesellschaften erbracht werden. Dieses Beispiel mit den Versicherungsfachleuten, die umgebucht wurden usw., dient nicht dem Ansehen unserer Stadt.

Palm

- (A) 2. Ich halte es für einen ganz wichtigen Punkt, daß Fluggäste, die auf ihren Flug warten, über aufgetretene Pannen – die sich bei einem solchen komplizierten Gebilde nicht ganz vermeiden lassen – nicht stundenlang im Ungewissen gelassen und hinge halten werden, sondern offen und schnell informiert werden, was mit ihrem Flug passieren soll, wie es weitergehen soll, damit die Fluggäste – oder wenigstens einzelne – disponieren können, ob sie überhaupt noch mitfliegen oder auf eine andere Linie um buchen.

[Staffelt (SPD): Oder mit der Bahn fahren!]

Notwendig ist jedenfalls eine offene, schnelle und vorbehaltlose Information.

3. In der Zukunft sollte vermieden werden und die Fluggesell schaften sollten sich vorher zusammentun, daß es nicht zu solchen Pannen kommt, wie sie zu Beginn des Flugplans bei den Düsseldorf-Flügen zwischen zwei Fluggesellschaften entstan den sind und Passagiere dann in Tegel gesessen und nicht ge wußt haben, ob nun geflogen wird oder nicht.

Ein weiterer Appell an die Fluggesellschaften – damit will ich schließen – soll die Fluggesellschaften an ihre besondere Ver pflichtung erinnern, in der Tarifgestaltung nicht nur Großverdi nern oder Geschäftsleuten das Fliegen zu ermöglichen, sondern ausreichend dafür zu sorgen, daß auch Normalverbraucher die Flugverbindungen benutzen können.

[Beifall bei der CDU]

Stellv. Präsident Longolius: Nächster Redner ist der Kol lege Kammholz.

(B) **Kammholz (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur noch einige Anmerkungen zum Luftverkehr: Es gibt hier nach Meinung der F.D.P. einige positive Faktoren; es gibt zu sätzliche Zielflughäfen, die seit einiger Zeit angefliegen werden; es gibt modernere Fluggeräte, aber der Weg zu einer attraktiven Großstadt scheint doch langatmiger und schwieriger zu sein, als wir uns das vorstellen. Es muß hier einiges mehr passieren. Es sollte vor allen Dingen – das ist unsere Meinung – die Monopol streckenaufteilung entfallen; dann wäre eine Kombination bei spielsweise des modernen Airbus zwischendurch auch mit einem kleineren Flugzeug der BEA möglich, womit einige der ganz aktuellen Probleme gelöst werden könnten. Im übrigen meinen wir von der F.D.P., daß es eigentlich weder Sache des Senats noch Sache des Abgeordnetenhauses sein sollte, sich allzusehr in die betriebswirtschaftlichen Überlegungen der Flug linien hineinzufieseln. Wir haben ein gewisses Interesse daran – und fordern es auch von den Fluggesellschaften –, daß hier ein Tarifs system in Variationsbreite angeboten wird, mit der Folge einer guten Auslastung der Flüge, mit der Folge auch der Steige rung der Rentabilität. Aber das kann nicht so weit gehen, daß von seiten des Senats oder des Abgeordnetenhauses die Forderung aufgestellt wird: Hier 117 statt 116 verbilligte Flüge auf den oder den Linien! – Wir halten es auch für verkehrt, daß jetzt das Wort in den Raum gesetzt wurde von den Mehrklassen-Flügen; denn dazu müßten wir uns auch fragen, wieviel Klassen es eigentlich bei der BVG gibt. Wo zahlen – beispielsweise im Bus – eigen tlich zwei Leute, die nebeneinander sitzen, den gleichen Preis?

[Staffelt (SPD): Das ist ja wohl überhaupt nicht vergleichbar!]

Das Wort von den Mehrklassen-Flügen führt von dem weg, was wir wollen: Wir wollen einen attraktiven Flugverkehr mit einer Vielzahl von Tarifen, auch beispielsweise mit Stand-by-Tarifen, das heißt: Der, der zuletzt kommt und noch einen freien Platz findet, zahlt entsprechend weniger – das wäre dann die vierte oder fünfte Klasse in einem Flugzeug. Das soll alles sein. Wir wollen hier den Fluggesellschaften einen Spielraum ermög lichen, mit der Folge, sich mit Preiserhöhungen auf absehbare Zeit zurückzuhalten.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu einem Bereich machen, der überhaupt noch nicht angesprochen worden ist: Es gibt ja neben dem Linienverkehr den Charterverkehr. Hier

scheint mir noch besonders viel im argen zu liegen. Neben dem Geschäftsreisenden gibt es ja auch den Berliner Urlauber, der einen Anspruch darauf hat, die berühmten und besonders ge schätzten Tage des Jahres auch einigermaßen genießen zu könn en, wenn er von Berlin abfliegt. Dies muß mit einem Abflug z. B. der LTU von Düsseldorf oder von München zu anderswo ver gleichbar sein. Für Berlin gibt es ganz beachtliche Mängel: Es gibt zum Beispiel das falsche Fluggerät; es werden Lang strecken mit Kurzstreckenfluggerät befliegen. Die Flüge zu den Kanarischen Inseln dauern beispielsweise eine Stunde länger, als wenn sie von Düsseldorf gestartet werden – nicht, weil es weiter ist, sondern weil das Fluggerät das falsche ist –; es gibt einen Service, der sich offenbar an dem Goldbroiler-Niveau der Interflug orientiert. Dieser ist im Verhältnis zu Abflügen der LTU oder Condor von anderen deutschen Flughäfen unter aller Würde. Hier sollten erhebliche Verbesserungen angestrebt werden, um insoweit auch für die Berliner Bevölkerung entschei dende Fortschritte zu erzielen. Wenn vom Berliner Flugverkehr die Rede ist, sollte man sich nicht allzusehr auf den Geschäfts reiseverkehr der Linienmaschinen konzentrieren. – Vielen Dank!

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Stellv. Präsident Longolius: Die Aktuelle Stunde ist damit erledigt.

Ich rufe auf

I. und II. Lesung der Vorlage – zur Beschlußfassung – über die Anwendung von Bundesgesetzen zu Internationalen Abkommen der Bundesrepublik Deutschland

Gemäß § 32 Absatz 3 der Geschäftsordnung verbinde ich die I. und die II. Lesung. – Ich stelle keinen Widerspruch dazu fest. Gibt es Wortmeldungen zur I. oder II. Lesung? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Ihr Handzeichen, wenn Sie dem Gesetz ihre Zustimmung geben möchten. – Danke! Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Wir kommen zur

I. Lesung der Vorlage – zur Beschlußfassung – über Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1985

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Der Ältestenrat hat empfohlen, daß die Redezeit auf 15 Mi nuten pro Fraktion festgesetzt wird. – Widerspruch ist nicht fest zustellen. Dann hat in der Beratung der Kollege Pätzold das Wort.

Pätzold (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So ziemlich die erste Sachvorlage des neuen Senats hat einen Nachtragshaushaltsplanentwurf für 1985 zum Gegenstand, und wir Sozialdemokraten haben einer solchen Vorlage mit großen Erwartungen entgegengesehen. Wir dachten, daß der neue Senat nun endlich etwas Massives unter nehmen würde, um der Arbeitslosigkeit in Berlin zu begegnen, die trotz aller Schönfärberei, trotz einzelner leichter Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage immer noch auf gleich hohem – unvertretbar hohem – Stand verharrt. Wir hatten die Hoffnung, daß – nach gewissen Ankündigungen auch von Herrn Landowsky in der Debatte über die Regierungserklärung – viel leicht endlich einzelne Vorschläge der Sozialdemokraten aufge griffen werden würden, die darauf abzielten, durch verschiedene Maßnahmen, durch ein Beschäftigungsprogramm etwas Durch greifendes zur Abmilderung und Minderung der Arbeitslosigkeit in Berlin zu tun. Auch nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen konnte man ja hören, daß selbst diese gewendete Bundesregie rung meinte, sie müsse wohl doch auf diesem Feld aktiv werden

Pätzold

- (A) und würde möglicherweise auch sozialdemokratische, gewerkschaftsorientierte Vorstellungen für ein Beschäftigungsprogramm aufnehmen.

Aber es kam leider ganz anders: Als wir uns die Vorlage ansahen, stellten wir zu unserer großen Betroffenheit fest, daß sie nichts weiter enthält als die Anforderung von zwei zusätzlichen Planstellen für Senatsdirektoren, sprich: Senatoren-Stellvertreter. Ich sage Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß uns sehr viel Bitterkeit dabei befällt, wenn wir an die vielen Menschen denken, die keinen Arbeitsplatz haben, oder an die nach der Zahl noch stärkeren Gruppen von Menschen denken, die um ihren Arbeitsplatz zu Recht fürchten. Da sage ich Ihnen jetzt – auch mit einer gewissen Bitterkeit –: Das ist ein allzu kleines, allzu hoch angesiedeltes Beschäftigungsprogramm geworden, und nichts wird für die zentralen Themen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan! Und ich setze hinzu – ich sage das sehr bewußt und nicht demagogisch –: Was für ein Machtbewußtsein symbolisiert sich da schon nach vier Jahren einer neuen Regierungskonstellation, wenn man als Schlußfolgerung aus dem letzten Wahlergebnis unmittelbar nach der Wahl bei der Neubildung des Senats in dieser fast zynischen Offenheit vorweist, daß man zuallererst glaubt, zwei zusätzliche Senatsdirektorenstellen in dieser unverhüllten Weise dem Parlament abfordern zu können!

[Beifall bei der SPD]

Dieser Senat ist ja schon in der vorigen Wahlperiode angetreten unter dem anspruchsvollen, aber gar nicht so originellen Motto – das beherrscht ja alle Parteien und Fraktionen –: „Sparen, um zu gestalten.“ Meine Güte, ja: Gespart haben Sie – fast 4 000 Stellen im öffentlichen Dienst, vielfach in der Art und Weise, daß da die gleichen Tätigkeiten – man denke an die Gartenbauämter – fast denselben Menschen als ABM-Maßnahmen zugewiesen worden sind!

[Dr. Neuling (CDU): Schlichtweg falsch!]

- (B) Aber nachdem in dieser Weise gespart worden ist: Daß das Gestalten dann in der Art und Weise geschieht, daß man oben noch kräftig etwas drauflegt und erneut zwei zusätzliche Senatsdirektorenstellen fordert, das ist schon grotesk!

Wir alle waren uns – etwa im Innenausschuß oder in der vom Abgeordnetenhaus eingesetzten Enquete-Kommission zur Verwaltungsreform – einig, daß insgesamt in den letzten Jahren im öffentlichen Dienst in Deutschland und vor allen Dingen auch in Berlin die Zahl der höher ausgewiesenen Stellen unmaßig zugenommen hat. Wir sprachen davon, daß wir weniger Häuptlinge und mehr Indianer brauchen, und dies vor dem Hintergrund, daß die Stellen für viele Tätigkeiten, die die direkte Betreuung am Bürger im öffentlichen Dienst darstellen – man denke nur an die Sozialämter –, allzusehr ausgekämmt worden waren und daß gerade hier die konkrete Hilfe für den Bürger sichtbar werden müßte. Auch der Innensenator, Herr Lummer, hat sich ja im Grunde genommen dieser Vorstellung angeschlossen – wie die Diskussionen im Innenausschuß gezeigt haben –; aber das Anschließen in der Sache ist das eine, und das dann in die Wirklichkeit umsetzen, ist – wie bei Herrn Lummer so oft – das andere.

Das zweite, was sich auch aus den Beratungen zumindest der Enquete-Kommission zur Verwaltungsreform ergibt – und das sind ja die Grundaussagen gemeinsam von allen vier Fraktionen des Abgeordnetenhauses getragen worden –: Was wir brauchen, ist nicht mehr Führungs-, Spitzenpersonal in der Hauptverwaltung, sondern wir brauchen Verlagerung von Aufgaben in die Bezirke, damit die überforderten Senatsverwaltungen Zeit haben für ihre eigentlichen, konzeptionellen Aufgaben. Statt dessen aber den Führungsstamm in den Senatsverwaltungen zu vergrößern, wird eher weiter dazu beitragen, was in den letzten Jahren verstärkt festzustellen war, daß die Bezirke auch in ihren Alltagsproblemen immer mehr bevormundet werden. Auch diesem Trend wollen wir mit Nachdruck widersprechen.

Lassen Sie mich kurz etwas zur historischen Entwicklung sagen. Als die CDU-Fraktion noch in der Opposition stand, hat sie vielfach sehr beredt Kritik daran geübt, daß die Zahl der

Senatsverwaltungen zu groß sei und insbesondere auch die Zahl der Senatsdirektoren. Wir haben immer zusammen mit den anderen Fraktionen die Auffassung vertreten, daß – von Sonderfällen abgesehen – prinzipiell in jeder Senatsverwaltung jedem Senator nur ein Senatsdirektor zugeordnet sein sollte. Und so bestand der letzte noch von der SPD geführte Senat neben dem Regierenden Bürgermeister aus zwölf Senatoren. Und diese zwölf Senatoren hatten fünfzehn Senatsdirektoren als ihre ersten politischen Gehilfen.

Da war einmal bei der Senatsverwaltung für Finanzen ein zweiter Senatsdirektor, auch deshalb, weil diese Verwaltung ja früher für alle Eigenbetriebe zuständig war. Es war die Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales, die aus historischen Gründen für die beiden schwergewichtigen, unterschiedlichen Feldern zugewandten Bestandteile jeweils einen Senatsdirektor hatte. Wir bedauern auch an dieser Stelle ausdrücklich, daß Sie die Arbeitsverwaltung mit ihrem besonderen Gewicht durch die Neuordnung zur Wirtschaftsverwaltung und die Zerschlagung der Funktionen auseinandergerissen haben.

Schließlich hatte die Wirtschaftsverwaltung eine zweite Senatsdirektorenstelle erhalten, nachdem die F.D.P. über Nacht den größeren Koalitionspartner dorthin gepreßt hatte, daß dort – andernfalls würde die Koalitionsfrage gestellt werden müssen – ein zweiter Senatsdirektor verankert sein müßte. So weit die historische Wahrheit.

Als dann der erste CDU-geführte Senat vor vier Jahren gebildet wurde, blieb es bei zwölf Senatoren, obwohl eine neue Senatsverwaltung Stadtentwicklung und Umweltschutz geschaffen wurde. Bei den Umgruppierungen hätte es eigentlich möglich sein müssen – es gab da noch mehr Senatsverwaltungen mit zwei Senatsdirektoren –, auch für die neue Senatsverwaltung einen vorhandenen Senatsdirektor zuzuordnen. Aber nein, da wurde für einen weiteren Senatsdirektor eine solche zusätzliche Stelle gefordert und mit der Mehrheit von CDU und F.D.P. auch durchgesetzt. Und es dauerte nicht lange, da stellte man fest, daß der Bausenator Rastemborski, der bis dahin wie sein Vorgänger einen Senatsdirektor hatte, einen zweiten brauchte, obwohl er die Zuständigkeit für Stadtentwicklung, für Wasser, für Grün und auch für zwei große Eigenbetriebe verloren hatte. Da waren es schon zwei zusätzliche Senatsdirektoren gleich zu Beginn der Amtszeit des neuen, gewendeten Senats.

Wir haben erlebt, daß jetzt bei der Senatsbildung ein zusätzliches Senatsressort geschaffen worden ist. Die ursprünglich als zu groß kritisierte Zahl von zwölf Senatsverwaltungen ist auf dreizehn erhöht worden, weil im Koalitionsgerangel zwischen CDU und F.D.P. – wir wissen alle, was dabei eine Rolle spielte – ein dritter F.D.P.-Senator bestellt werden mußte. Und eigentlich sind es inzwischen vierzehn Senatsverwaltungen, denn jeder spürt, daß der Zusammenschluß von Justiz einerseits und Bundesangelegenheiten andererseits ein künstlicher, für Berlin schädlicher Zusammenschluß ist. Aber man hat das getan, um die Optik zu wahren. Vierzehn Senatsverwaltungen aus bisher zwölf, aber dreizehn Senatoren, wo früher zwölf tätig waren. Und nun sollen zwei weitere Senatsdirektoren hinzutreten. Das bedeutet, daß aus einem Senat von zwölf Senatoren und fünfzehn Senatsdirektoren jetzt nach nur einer Wahlperiode ein Senat von vierzehn Senatsverwaltungen, dreizehn Senatoren und neunzehn Senatsdirektoren geworden ist.

Ich frage die CDU-Fraktion insbesondere, was aus ihrer alten Kritik geworden ist – eine Frage, die man Ihnen so oft vorlegen muß. Fast jede Senatsverwaltung hat jetzt im Schnitt zwei Senatsdirektoren. Jeder ahnt doch, daß dieser Trend weitergehen wird, daß die anderen Senatoren nun nicht ruhen und rasten werden, bis sie endlich auch den zweiten Senatsdirektor haben. Und jeder spürt auch, was das an zusätzlichen Koordinationsproblemen aufwirft. Es ist doch ein Unterschied, ob ein Senator einen politischen Stellvertreter hat oder ob zwei vorhanden sind, die sich abstimmen und miteinander rangeln müssen, und was da sonst noch so alles passieren mag. Das ist keine vernünftige Lösung. Und die Senatsvorlage weist ja selbst aus, daß da Riesen-Gehälter für jeden weiteren Senatsdirektor gezahlt werden mit allem, was da an Versorgung und anderen Nebenkosten

Pätzold

(A) dranhängt. Da kommt ein Sekretariat hinzu, da kommen weitere Mitarbeiter – meist verdeckt – als Gehilfen hinzu, da gibt es einen Dienstwagen mit einem Fahrer und all das, was so die Planstelle eines Senatsdirektors umschließt. Das ist eine unglaubliche Aufblähung und Kostenerhöhung. Wir empfinden es als Zynismus, daß etwa die zusätzlichen Stellen für die Mitarbeiter nicht ausgewiesen werden, sondern daß einfach gesagt wird, diese sollten an anderer Stelle eingespart werden. Das heißt doch, daß man andere, leistungsorientierte Tätigkeiten wieder zusätzlich zurückschneiden muß, um weiteres Führungspersonal zu ermöglichen.

Lassen Sie mich jetzt etwas zu den beiden Verwaltungen sagen, die von der zusätzlichen Senatsdirektorenstelle betroffen sein sollen. Beim Innensenator muß man schlicht die Frage aufwerfen, wofür da eigentlich ein zweiter Senatsdirektor gedacht ist. Ich fände es nicht hilfreich, wenn der eine gewissermaßen für den Bereich Sicherheit und Ordnung und der andere für alles übrige zuständig werden würde. Das wäre keine dem Ganzen dienliche Lösung, ganz abgesehen davon, daß dann ein solcher Senatsdirektor leicht ein Ober-Polizeipräsident werden könnte.

In einer Zeitung liest man heute abstruse Dinge: Dieser Senatsdirektor solle für die neue Meldebehörde zuständig sein. – Das kann doch wohl nur ein Irrtum sein bei dem, was da auf formellen oder informellen Wegen aus der Senatsverwaltung heraus vermittelt worden ist.

Weit wahrscheinlicher ist, daß der jetzige Innensenator sehr unzufrieden mit seinem jetzigen Senatsdirektor ist. Aber da muß ich nun einmal sagen: Anders als in den Fällen, wo Senatoren noch Senatsdirektoren vorfinden und vielleicht nicht ganz glücklich darüber sind, hat sich der Innensenator diesen selber ausgesucht. Und für ihn trägt er die Verantwortung. Es ist sicher allzu „billig“, wie es ja in der Sozialverwaltung geschieht, einen Senatsdirektor eigener Entscheidung nach vier Jahren in den einstweiligen Ruhestand mit allen Versorgungsansprüchen zu schicken. Aber es ist im Grunde genommen noch viel grotesker, um dies vermeiden zu wollen, schlicht eine zweite, zusätzliche Senatsdirektorenstelle zu fordern mit all dem, was damit zusammenhängt. Dies geschieht ausgerechnet beim Innensenator, dem Senator also, der für das Sparen bei den kleinen Tätigkeiten, die so dringend vor Ort für den Bürger gebraucht werden, verantwortlich ist. Es geschieht bei dem Senator, der beklagt, daß es zuviel Häuptlinge und zuwenig Indianer gibt, bei dem Senator, der eigentlich als Bezirks senator dafür sorgen müßte, daß Aufgaben in die Bezirke verlagert werden, und der vor wenigen Wochen das Kunststück fertiggebracht hat, zu erklären, daß Berlin ein zu großes Parlament habe. Herr Senator Lummer, kümmern Sie sich lieber darum, wie Sie die Verwaltung vernünftig organisieren!

[Beifall bei der SPD]

Werden Sie Ihren Verwaltungsreformaufgaben gerecht und rufen Sie nicht unmittelbar nach Ihrem Ruf in Richtung auf ein kleineres Parlament nach einem zweiten Senatsdirektor! Oder ist das gar nicht Ihr Ruf? Derselben Zeitung, die heute kritische Anmerkungen machte, war zu entnehmen, daß Sie wieder einmal etwas nicht wollen, was Ihnen Ihre Fraktion aufdrücke. Ich glaube das zwar nicht so ganz; ich glaube schon, daß Sie einen zweiten Senatsdirektor haben wollen. Wenn es anders ist, sagen Sie es bitte.

Das ist doch auch so eine merkwürdige Konstellation, so wie bei der Abtrennung der Meldebehörde von der Polizei, daß es der Innensenator eigentlich gar nicht so will und eine erstaunte Öffentlichkeit das weithin auch erträgt.

[Zuruf aus der SPD: Wo ist denn Herr Lummer?]

Es ließe sich manches zu dem Senatsdirektor Wischner, der so früh in Pension geschickt wird, sagen, auch zu dem Senatsdirektor Schierbaum, der auf eigenen Wunsch in Pension gehen darf. Es ließe sich auch viel dazu sagen, daß der Senatsdirektor Schmid bei der Senatsverwaltung für Bundesangelegenheiten – für meine Begriffe ein gestandener Mann – da nun nicht mehr ertragen werden soll, und ähnliches mehr.

(C) Ich frage Sie vor diesem Hintergrund zusammenfassend: Was sollen eigentlich die vielen Arbeitnehmer, die um ihren Arbeitsplatz bangen, was sollen die vielen Arbeitslosen, die einen Arbeitsplatz dringend suchen, davon halten? Was sollen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes davon halten, die bei zunehmender Arbeitsanforderung erleben, wie ihr Stellenbestand ausgedünnt wird? – Denken Sie einmal nur an die Sozialämter oder denken Sie daran, was im Umweltschutz an zusätzlichem Personal eingesetzt werden sollte! Das ist doch die Methode des gewendeten Senats und der Wendebundesregierung: Unten kräftig sparen und oben immer noch feste druff!

[Beifall bei der SPD – Abg. Ristock (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Stellv. Präsident Longolius: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Pätzold (SPD): Meine Redezeit ist fast zu Ende, Herr Ristock. Ich bitte um Verständnis.

[Heiterkeit und Zurufe von der CDU]

Ich bitte Sie, auch zu sehen, daß Ihnen hier eine öffentliche Meinung deutlich macht, was, nachdem Sie erst vier Jahre regiert haben, nicht geht, was Übermut darstellt. Und deshalb bitte ich den Senat von Berlin, daß er diese unheilige Vorlage zurückzieht. Und ich bitte das ganze Haus, falls die Vorlage nicht zurückgezogen wird, daß es diese Vorlage ablehnt. Wir werden jedenfalls die Ausschußberatungen des Hauptausschusses zum Anlaß nehmen, statt dessen den Senat erneut aufzufordern, endlich umfassende Maßnahmen für eine wirksame Anregung der Beschäftigung vorzulegen und nicht gezielte Maßnahmen für eigene Parteibuchträger.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Das Wort hat der Kollege Buwitt. (D)

[Zurufe: Ist denn das nicht möglich, daß der Herr Lummer mal teilnimmt? – Wo ist denn Lummer? Unerhört!]

Buwitt (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Pätzold! Ich kann Ihre Aufregung ja verstehen. Ihre Fraktion wird sich schon etwas dabei gedacht haben, daß ausgerechnet Sie hier zu diesem Thema reden.

Wer Politik gestalten will, wird anerkennen müssen, daß es eine Notwendigkeit gibt, zu erkennen, daß man

[Frau Künast (AL): Der Herr Lummer soll endlich kommen!]

– ach, Sie sind ja auch wieder da, ausgeruht, da können Sie ja jetzt wieder dazwischenbrüllen! –, wenn man neue Notwendigkeiten erkennt, Schwerpunkte bilden muß, und daß man dafür auch den Einsichten, die man in der Politik gewinnt, nachzugehen hat, um für dieses Land Vernünftiges zu erreichen.

Die Regierungserklärung – und zwar die Regierungserklärung beider von der CDU gestellten Regierenden Bürgermeister seit 1981 – hat neue Ziele aufgezeichnet,

[Bm Lummer erscheint. – Zurufe: Da ist er ja!]

und in der Vergangenheit hat die Verwaltung zu oft gar nicht oder nur durch sehr großes Beharrungsvermögen auf neue Schwerpunkte reagiert. Das sollte eigentlich nicht ihre Aufgabe sein; ihre Aufgabe sollte es sein, flexibel auf neue Notwendigkeiten zu reagieren, Lösungen zu suchen und damit dem Auftrag des Bürgers gerecht zu werden.

Nun ist es mit der historischen Wahrheit so eine Sache, Herr Pätzold, Senator a.D. In den Senaten, in denen Sie beteiligt waren, gab es unter anderem einen Senator Liehr, wenn ich mich richtig erinnere, der ein Jahr – ein Jahr! – Dienst machen durfte; und dann paßte es Ihrer Fraktion, Ihrem Senat nicht mehr, Sie waren Mitglied dieses Senats. Ich habe hier eine Liste der Senatsdirektoren, Sie hätten sich das vorher einmal ansehen

Buwitt

- (A) sollen, bevor Sie über dieses Thema hier in dieser Form reden und davon sprechen, daß das Geld des Steuerzahlers verschleudert wird.

[Abg. Pätzold (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Stellv. Präsident Longolius: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Buwitt (CDU): Ich kann erst einmal etwas weiter ausführen, vielleicht komme ich dann automatisch zu dem, was Sie wollen. Sie wollen mir sicher sagen, daß Sie es versäumt haben, darauf hinzuweisen, daß 1981 die CDU an die Regierung gekommen ist und es das erste Mal passiert ist, daß Senatsdirektoren nicht aufgrund von Parteibüchern entlassen worden sind, sondern aufgrund ihres Sachverstands im Dienst geblieben sind.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zwischenruf des Abg. Momper (SPD)]

- Herr Momper! Wenn ich so reagieren würde, wie Sie es tun, dann würde ich sagen: Was blöken Sie da so dazwischen? Ich reagiere aber nicht so. - Das heißt, mit der Redlichkeit hätten Sie dort beginnen können, daß Sie gesagt hätten, daß 1981 ein Großteil der Senatsdirektoren nicht ausgetauscht worden ist und damit viel Geld gepart und nicht verschleudert worden ist.

[Abg. Pätzold (SPD): Nur zwei!]

- Also, damals waren es nicht nur zwei, wenn ich Sie daran erinnern darf, es waren mehr. Ich kann es Ihnen aber auch gern genau ausführen. Es sind auch heute außerdem keine 13 Senatoren, die wir haben, sondern nur zwölf. Das ist nicht so einfach nachzurechnen, deshalb stimmt Ihre gesamte Rechnung in der Beziehung auch nicht. Und Ihr Vertrauen zur Führung stammt sicher aus eigener Regierungszeit. Wenn das damals so üblich war, daß Senatsdirektoren sich nur über Zuständigkeiten gestritten haben - heute ist das Gott sei Dank anders. Ich sage Ihnen dazu ganz ehrlich: Es kann der sparsamere Weg sein, mehr Führungsqualität, mehr Verantwortungsbereitschaft und mehr Sachverstand in die Verwaltung zu bringen, als daß man gerade an diesen Stellen spart.

(B)

Sie hatten das Thema „Häuptlinge und Indianer“ aufgegriffen. Dazu kann ich nur sagen: Manchmal ist es so, daß eine vernünftige Entscheidung viel mehr bewirken kann als die lobenswerte Prüfarbeit vieler Sachbearbeiter. Ich nehme dafür mal ein Beispiel: Stadtentwicklung und Umweltschutz steht heute ja mit als Thema zur Debatte. Wenn man sich den Abriß des Sportpalastes etwas gründlicher überlegt hätte und die dortige Gestaltung, nämlich den Bau eines Monstrums, über das wir noch lange nachdenken müssen und vielleicht eines Tages dazu kommen müssen, dieses wieder abzureißen, um die Stadt wieder zu gestalten, dann hätte man allein durch eine Entscheidung, ohne irgendwelche Sachbearbeiter usw., dem Land Berlin viel Geld sparen und der Stadt einen Schandfleck ersparen können.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Heute stehen hier zwei Bereiche zur Debatte, die in den letzten Jahren starke Veränderungen durchgegangen haben, in denen es große Erweiterungen gegeben hat, und ich meine, daß es dort auch neues Bewußtsein gegeben hat. Nehmen wir einmal als Beispiel die Umweltverwaltung. Hier sind ja nicht nur die neue Gesetzgebung und die neuen Aufgaben, sondern es ist, ich sage, Gott sei Dank, auch ein neues Bewußtsein bei der Bevölkerung und bei den Politikern eingetreten über die Frage des Umweltschutzes und deren Behandlung. Viele Schäden hätten in der Vergangenheit vermieden werden können, wenn man an diese Themen etwas sensibler herangegangen wäre. Ich sage es einmal anders: Früher hat man die Deponien angelegt, heute fangen wir an, die Altdeponien zu untersuchen und die Schäden wieder zu beseitigen.

Wir haben in den Regierungserklärungen berücksichtigt, daß wir gerade im Umweltschutz am Anfang einer Entwicklung ste-

hen. Da hilft es überhaupt nicht, daß wir über die Aussöhnung mit Natur und Umwelt reden, da gilt nur eines: Wir müssen tatkräftig anpacken und die Probleme lösen.

(C)

[Zuruf von der AL: Fangt doch mal an!]

- Wir haben damit schon angefangen, falls Ihnen das entgangen ist. Sie können das aber auch nicht wissen, Sie sind ja neu hier. - Auch der Hauptausschuß hat in jeder Haushaltsberatung die vordringlichen Aufgaben im Umweltschutz gesehen, die mit Wasser, Luft und Boden, die mit dem Waldgesundheitsprogramm und ähnlichen Dingen zusammenhängen, mit der Vorsorge im Umweltbereich, aber auch mit der Reparatur. Wir haben dies anerkannt und haben materielle und personelle Verstärkungen dort jeweils beschlossen. Es kann also gar nicht darum gehen, daß wir eine schrumpfende Verwaltung haben, wir haben hier eine Verwaltung, die in den letzten Jahren - Herrn Pätzold interessiert das alles gar nicht, er unterhält sich lieber - verstärkt gewachsen ist. Aber auch der andere Bereich, nämlich der Bereich der Stadtentwicklung, erhält ein immer höheres Gewicht. Der schonende Umgang mit den vorhandenen Stadtstrukturen, die Denkmalpflege und der Naturschutz und viele andere Aufgaben haben hier an Gewicht zugenommen. Daß sie zugenommen haben, wird dieser Stadt zugute kommen, daß wir nämlich hier eine lebensfähige und lebenslohnende Stadt gestalten können.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Der zweite Bereich, um den es hier heute geht - es geht ja um eine Veränderung des Haushaltsgesetzes, ich dachte schon, es geht um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, als ich Herrn Pätzold zugehört habe; es geht also nur darum, die Möglichkeit und die Voraussetzung dafür zu schaffen, zwei neue Senatsdirektoren etablieren zu können -, der zweite Bereich ist Inneres. Auch dieser Bereich hat sich wesentlich ausgedehnt, auch in den Themen, die er zu bearbeiten hat. Während in den ersten Jahren - ich glaube durch Besonnenheit und konsequentes Handeln - die Rechtssicherheit in Berlin wiederhergestellt worden ist, gilt es in der nächsten Zeit verstärkt, Umweltkriminalität, Rauschgiftkriminalität, Gewalt-, Wirtschafts- und organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Daran müßten wir alle ein hohes Interesse haben. Neben anderen Fragen aus dem Bereich der Sicherheit und Ordnung muß die Entbürokratisierung der Verwaltung fortgeführt werden. Dies sind alles Bereiche, in denen sich die Innenverwaltung verstärkt einzusetzen haben wird. Diese Dinge sollen nach meiner Meinung verstärkt und beschleunigt erledigt werden. Die Innenverwaltung nimmt in vielen Bereichen umfängliche Querschnittfunktionen ein. Diese umfänglichen Querschnittfunktionen, selbstverständlich auch in den Bezirken, Herr Pätzold, erfordern einen hohen Aufwand an Abstimmungen auf der politischen Ebene. Auch in diesen Bereichen sieht es so aus, daß straffe Führung manche unnötige Aktivität ersetzen kann. Effektivere Arbeit der Verwaltung kann auch dazu führen, daß eventuell ein Mann oben durchaus dafür sorgen kann, etwas unten besser, schneller, günstiger zu gestalten.

(D)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Flexibles Reagieren - das hatte ich anfangs angeschnitten - kann natürlich nicht bedeuten, daß man eigentlich immer nur mehr haben will, sondern wir werden zu gegebener Zeit überlegen müssen, wo eigentlich Aufgaben geringer werden und wo man Positionen - auch in dieser Größenordnung - einsparen kann. Ich beantrage hiermit die Überweisung an den Hauptausschuß. Dort werden wir ja die Beratungen fortsetzen. Aber ich signalisiere heute schon, Herr Pätzold, daß wir den Senat nicht auffordern werden, diesen Gesetzesantrag zurückzuziehen; wir werden ihm zustimmen. - Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Longolius: Nächster Redner ist der Kollege Helms.

Helms (AL): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin zwar neu hier, aber ich hoffe, daß ich mich nicht ganz so mühsam durch den Bambuswald schlagen muß, wie der Herr Buwitt das gerade tun mußte.

Helms

- (A) Es wundert mich nicht, daß die CDU Schwierigkeiten hat, diese Sentsvorlage zu begründen. Der Senat selber tut es ja auch nicht; von da her ist diese Vorlage für uns eine glatte Unverschämtheit. Aus der Vorlage kann man gerade noch herauslesen, daß der CDU-Senat zwei Senatsdirektorenstellen haben möchte, daß sie jährlich 240 000 DM kosten und daß diese beiden Stellen dadurch finanziert werden sollen, daß bei mittleren und unteren Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst noch mehr gespart werden soll.

Ich habe mir mal die Mühe gemacht, herauszusuchen, ob in dieser Vorlage irgend etwas zur Begründung steht. Da steht dann irgendwo auf Seite 3, daß die Stärkung der Leitungsebene forciert werden soll; das ist unheimlich allgemein und nichts-sagend. Mit einer derartig allgemeinen Begründung könnte man eigentlich auch zehn Senatsdirektoren einstellen. Auf Seite 1 heißt es zum „Problem“: „Bei den Senatsverwaltungen für Inneres sowie für Stadtentwicklung und Umweltschutz soll zusätzlich je eine Stelle für Senatsdirektoren geschaffen werden.“ Das mag zwar ein Problem des Senats sein, dies im Parlament durchzusetzen, aber für das Abgeordnetenhaus müßte eigentlich entscheidend sein, ob es überhaupt sachlich geboten ist, so viel Geld für neue Senatsdirektoren auszugeben.

[Beifall bei der AL]

Da steht unter „Lösung“ drin, daß das Abgeordnetenhaus einfach beschließen solle, die Finanzen für diese beiden Stellen zur Verfügung zu stellen. Als „Alternative“ steht hier: „Die Schaffung der zusätzlichen Stellen ist durch gesetzliche Regelung möglich.“ Das mag zwar eine Rechtsmittelbelehrung für das Abgeordnetenhaus sein, es ist allerdings keine Alternative zu der vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeit. Deshalb kann ich nur sagen, daß der Senat bis heute überhaupt nichts – und der Herr Buwitt in seinem Redebeitrag für die CDU-Fraktion auch nicht – begründet hat.

- (B) Warum also – muß man sich jetzt fragen – macht die CDU das? – Der Innensenator Lummer, der sich ja alle halbe Jahre damit brüstet, er habe 4 000 Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen und habe somit zur Haushaltskonsolidierung beigetragen, ausgerechnet der will sich einen neuen Senatsdirektor unter den Nagel reißen für ein Jahresgehalt von 120 000 DM. Für einen Senatsdirektor wird dann natürlich noch ein persönlicher Stab eingerichtet, und alles dieses soll finanziert werden durch weitere Stellenstreichungen bei den unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen.

[Landowsky (CDU): Durch Ihre Steuern!]

– So sieht das aus! Durch meine Steuern, die u. a. ich bezahlt habe.

[Landowsky (CDU): Wann haben Sie denn Steuern bezahlt? – Unruhe bei der AL]

– Ich habe schon elf Jahre lang Steuern bezahlt, mein lieber Freund.

Warum, so fragt sich die AL-Fraktion – ist der Senat so kurz nach den Wahlen bereit, solche unpopulären Maßnahmen hier durchzusetzen? – Mir fallen eigentlich nur zwei Erklärungsmuster ein: Entweder der Innensenator ist mittlerweile so überlastet, daß er für seinen Job nicht mehr taugt, oder aber er hat keine Lust mehr, seine Aufgaben in vollem Umfang zu erfüllen, und will das lieber auf einen weiteren Senatsdirektor abwälzen. Da aber möchte ich gerade einmal die Regierungsparteien ansprechen, die ja auch so gern von Leistungsgesellschaft und so schönen Geschichten erzählen, und möchte sie daran erinnern, daß so ein Senator für Inneres, der ja auch noch Bürgermeister ist, im Jahr immerhin schlappe 176 000 DM verdient. Wenn das wirklich Geld für seine Leistung sein soll, dann müssen Sie sich fragen lassen, ob Sie ihm sozusagen das gleiche Geld weiterbezahlen wollen, obwohl er die Hälfte seiner Arbeit abgeben will. Diese Fragen müssen Sie sich gefallen lassen.

[Beifall bei der AL]

Wenn Sie dem hier einfach so zustimmen sollten, dann machen Sie das Parlament zu einem Selbstbedienungsladen für diese Senatsriege.

[Beifall bei der AL]

(C) Ähnliches wie zum Innensenator ist auch zum Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz zu sagen. Zwar gehört sein Ressort zu den Bereichen im öffentlichen Dienst, wo es noch Stellenzuwächse gibt, allerdings nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, um eine wirksame Umweltpolitik der Verwaltung überhaupt umzusetzen. So hat die Umweltverwaltung selbst zwar 120 Stellen gefordert, der Innensenator hat aber nur 29 neue Stellen bewilligt. Von da her kann die Ausweitung der Stellen bei der Umweltschutzverwaltung wohl nicht die Begründung dafür sein, daß der Umweltschutzsenator einen neuen Senatsdirektor benötigt. Uns drängt sich vielmehr der Verdacht auf, daß einem glücklosen Senator ein weiterer Senatsdirektor zur Seite gestellt werden soll, der seine sachliche Inkompetenz ausgleichen soll; Ausputzer nennt man so etwas in der Fußballsprache.

Wir von der AL würden im Sinne der Haushaltskonsolidierung vorschlagen, lieber den vorgesehenen Senatsdirektor zum Senator zu wählen.

[Pätzold (SPD): Guter Gedanke!]

Das käme – erstens – billiger und wäre – zweitens – effektiver als die vorgeschlagene Lösung des Senats.

[Beifall bei der AL]

Zum Schluß möchte ich noch einige Sätze sagen zum Regierenden Bürgermeister, der leider nicht da ist. Er hat sich ja vor zwei Wochen hier so in die Pose des Landesvaters geschmissen und hat die Bezirksverwaltungen kritisiert, daß sie eine Beutepolitik betrieben, was dem Ansehen der Bezirke sehr schade. – Wenn man sich allerdings jetzt die Vorlage, die er selber eingebracht hat, durchliest, dann kann ich nur sagen: Das ist Beutepolitik par excellence! Wenn sich der Senat damit durchsetzen sollte, dann hat er jedes Recht verloren, sich über die Bezirke hinwegzuheben, vielmehr reiht er sich ein in die Riege der Beutepolitiker dieser Stadt.

Das Abstimmungsverhalten der AL zu dieser Vorlage wird Sie nicht weiter verwundern: Wir lehnen sie ab!

[Beifall bei der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Jetzt hat der Kollege Rasch das Wort.

Rasch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme hier mit Vergnügen zur Kenntnis, daß der Kollege Pätzold versucht, das Problem, um das es sich hier heute handelt, an die neue soziale Frage anzuhängen.

[Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

und Beziehungen zum Thema der Arbeitslosigkeit herzustellen. Das Thema der Arbeitslosigkeit ist zu ernst, Herr Kollege Pätzold, um es mit dieser Frage zu koppeln.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Ich finde, daß es ein billiger Trick ist, die Frage, wie eine Regierung vernünftig organisiert werden kann, damit sie auch im Interesse der Bürger möglichst effektiv arbeiten kann, mit dieser Frage auf diese billige Weise zu verkoppeln.

Wir haben uns hier oft darüber unterhalten, wie die Leitungsstruktur einer Verwaltung aussehen muß. Man kann zweifellos die Frage stellen, ob es überhaupt richtig ist, daß man zwei politische Stellvertreter eines Senators in Verwaltungen hat oder ob man nicht besser das Prinzip fahren sollte, daß es grundsätzlich nur einen Stellvertreter gibt. Das ist eine sehr prinzipielle Frage, und ich weiß auch, daß im Senat Stobbe-Lüder – also dem SPD-F.D.P.-Senat – es eigentlich die Zielsetzung gab, eine derartige Lösung anzustreben. Man hat sie bloß nicht umsetzen können, weil damals der Kollege Riebschläger seinen zweiten Senatsdirektor behalten wollte, Lüder seinen zweiten dann auch, und ein dritter Senator wollte das dann auch so tun. Man war dann natürlich nicht in der Lage, das Prinzip umzusetzen. Das hätte aber nach meiner Überzeugung eine andere Konsequenz ge-

Rasch

- (A) **habt:** Sie hätten nämlich in Berlin das Institut des politischen Beamten unterhalb der Senatsdirektorebene einführen müssen. Das kennen wir ja hier nicht. Ich finde es völlig legitim und richtig, wenn Regierungen im Interesse der Effektivität leitende politische Beamte auch auswechseln können. Das ist ein Stück Gestaltungsfähigkeit, die eine Regierung haben muß. Es ist in Berlin ein besonderes Problem, daß es hier nur auf den Senatsdirektor bezogen ist und wir die Spitzen der Verwaltung eben nicht als politische betrachten können und damit auch Flexibilität verlorengelht. Machen wir uns nichts vor; es hat auch in der Vergangenheit Besetzungen in den Verwaltungen gegeben, die zwar nicht ausschließlich parteipolitisch orientiert gewesen sein mögen, aber die durchaus auch einen politischen Background hatten. Es hat ja hier Debatten darüber gegeben. Der Kollege Riebschläger hat damals gesagt, wenn er zwei Möglichkeiten bei einer Personalentscheidung hat, dann nimmt er selbstverständlich seinen Genossen. Das ist seinerzeit von der CDU attackiert worden. Wir erinnern uns alle lebhaft an diese Debatte. Ich will damit nur deutlich machen, daß wir uns sehr ernsthaft über die Leitungsstruktur von Senatsverwaltungen unterhalten müssen.

[Pätzold (SPD): Erst! Und erst danach zusätzliche einführen!]

Die anderen Randthemen wie „neue soziale Frage“ und andere sollten wir uns da lieber abschminken.

Wenn wir akzeptieren, daß die eine oder andere sehr große Verwaltung einen zweiten Senatsdirektor bekommt, damit die Effektivität dieser Verwaltungen durch die Verbesserung der Leitungsstruktur erhöht wird, dann halte ich das für einen Weg, den man gehen kann. Ich habe aber schon gesagt, man kann sich auch Alternativen vorstellen. Vor dem Hintergrund der beiden Verwaltungen, um die es hier geht, halte ich diese Entscheidung auch von der Sache her für gerechtfertigt. Wir werden deshalb die Vorlage im Hauptausschuß beraten und uns gern der Diskussion stellen und uns vielleicht auch einmal ansehen, wie es in Bayern aussieht. Dort gibt es zum Beispiel Staatssekretäre, die sind Parlamentarier; sie können bewußt ihren Minister im Parlament vertreten. Das ist doch auch eine interessante Regelung!

[Pätzold (SPD): Viel besser! – Landowsky (CDU): In Bonn auch!]

In Bonn hat seinerzeit die Große Koalition von CDU und SPD das Instrument des Parlamentarischen Staatssekretärs eingeführt. Die Sozial-Liberalen haben das dann nicht abgeschafft, weil man gute Erfahrungen damit gemacht hat.

Es gibt also verschiedene Modelle, die man sich ansehen muß. Meine Fraktion ist dafür, die Diskussion einmal grundsätzlich zu führen; wir würden weiter in das Instrument des politischen Beamten eintreten wollen; das würde dann langfristig eine Veränderung bei den Senatsdirektoren bedeuten. Aber diese Weichenstellung ist jetzt nicht gemacht worden; sie erschien in Berlin bisher nicht sinnvoll, vielleicht auch nicht notwendig. Es kommt darauf an, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhöhen. Es ist auch notwendig – ich will das hier aber nicht ankündigen –, sich über die Eingruppierung der Spitzen der Berliner Verwaltung Gedanken zu machen; trotz Arbeitslosigkeit muß man sich diese Gedanken machen.

[Frau Bischoff-Pflanz (AL): Noch zuwenig oder was?]

Es ist zwingend notwendig, in den nächsten Jahren die Voraussetzungen dafür zu schaffen – wir denken da nicht an vier Jahre, sondern in längerfristigen Vorstellungen –, die Berliner Verwaltung auch in ihren Spitzen so besetzbar zu machen, daß die Leistungsfähigkeit – natürlich auch bei höherem Gehalt – erhöht wird.

[Frau Bischoff-Pflanz (AL): Ungeheuerlich!]

Wir haben da sehr interessante negative Erfahrungen in der letzten Zeit gemacht.

[Zurufe von der AL]

– Daß wir uns mit Ihnen darüber nicht einigen werden, das ist ja klar. Sie würden am liebsten alle Senatoren und Senatsdirektoren abschaffen; das ist vielleicht auch ein Modell. Sie würden

das alles anders verteilen. Stellen Sie sich der sachlichen Diskussion im Hauptausschuß; wir werden da vielleicht eine sehr interessante Debatte führen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Präsident Rebsch: Das Wort hat Herr Senator Dr. Rexrodt.

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die beiden Senatsdirektoren sollen die Leitungsebenen in zwei wichtigen Bereichen der Senatspolitik – in den Schwerpunktbereichen Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Inneres – verstärken. Der Senat sieht darin eine unumgängliche organisatorische Voraussetzung zur Verwirklichung vorrangiger Ziele des Regierungsprogramms. Außerdem soll damit der Tatsache Rechnung getragen werden, daß in diesen beiden Häusern eine Doppelverantwortung angesiedelt ist, nämlich als Querschnitt- und als Fachressort.

Inhaltlich möchte ich die vorgeschlagene Änderung des Haushaltsgesetzes wie folgt begründen:

Erstens: Umweltreparatur und Umweltvorsorge sind Schwerpunkte des Regierungsprogramms. Senat und Abgeordnetenhaus sind in besonderem Maße herausgefordert, die Umweltsituation in unserer Stadt zu verbessern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Umweltschutzverwaltung kein gewachsenes Ressort darstellt, in dem die Aufgabenerfüllung gewissermaßen auf die Sicherheit herkömmlicher Ressortroutine setzen kann. Stärker als in einer klassischen Ressortaufgabe bedarf es beim Umweltschutz neben dem Engagement der Mitarbeiter auch vielfältiger Impulse aus dem Bereich der politischen Führungsebene. Eine besondere politische Dimension dieses Aufgabenbereichs ist im übrigen die Verzahnung des Umweltschutzes mit anderen Politikbereichen. Ich nenne hier an erster Stelle den Wirtschafts- und Arbeitsmarktbereich. Der Senat versteht Ökologie und Ökonomie nicht als Gegensätze. Der Umweltschutz birgt vielmehr eine große Chance für die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze, insbesondere durch die Stärkung der Umwelttechnologie. Um auf diesem Feld erfolgreich zu sein, bedarf es einer Reihe von konzeptionellen Überlegungen.

[Frau Ahme (AL): Deshalb Senatsdirektoren?]

– Konzeptionelle Überlegungen müssen auch von der Führungsspitze kommen!

[Helms (AL): Eben! Eben!]

– Senatsdirektoren gehören dazu!

Politisch bedeutsam ist weiterhin, daß wirksame Umweltpolitik verwaltungsübergreifend sein muß und darüber hinaus überregionale Abstimmung nötig macht. Dies bedeutet in besonderem Maße beispielsweise enge Abstimmung mit anderen Verwaltungen, mit der Finanzverwaltung und mit der Wirtschaftsverwaltung, mit den verschiedensten Bundesämtern. Lassen Sie mich zuletzt auch darauf verweisen, daß eine verstärkte Aktivität über den Bundesrat möglich sein kann und daß in der Umweltverwaltung auch Diskussionsergebnisse aus dem wissenschaftlichen Bereich berücksichtigt werden müssen. Ich meine also, daß ein zweiter Senatsdirektor hier ein weites und herausforderndes Arbeitsgebiet vorfinden wird.

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Präsident Rebsch: Sie gestatten eine Zwischenfrage des Kollegen Pätzold? – Bitte sehr, Herr Pätzold!

Pätzold (SPD): Herr Senator! Abgesehen davon, daß wir offenbar keine Diskussion pflegen, sondern Sie jetzt die eigentlich vorher notwendig gewesene Begründung durch Ihren Vortrag nachholen,

[Beifall bei der AL]

frage ich Sie: Halten Sie es für denkbar, daß im Interesse der Parlamentsökonomie künftig wieder zu der Gepflogenheit zurückgekehrt wird, daß die Begründung der Vorlagen vom

Pätzold

- (A) Senat gegeben wird, bevor die Fraktionssprecher auf sie eingegangen sind, damit wir zu einer wirklich fruchtbaren Diskussion kommen, die Fraktionssprecher also schon Ihre Begründung berücksichtigen können? - So würden wir vermeiden, daß es eine zweite Runde gibt.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Präsident Rebsch: Bitte, Herr Senator!

Dr. Rexrodt, Senator für Finanzen: Herr Abgeordneter Pätzold! Ich halte das durchaus für möglich, daß diese Ausführungen auch vorangestellt werden können. Ich habe es hier aber für zweckmäßig gehalten, dies erst nach dieser ersten Runde zu tun.

Ich darf fortfahren. Zum zweiten Bereich, zum Bereich Inneres: Dem Senator für Inneres, der gleichzeitig die Aufgaben des Bürgermeisters wahrzunehmen hat, obliegt die Fachaufsicht über eine Vielzahl großer und bedeutsamer Einrichtungen, unter anderem der Polizei, der Feuerwehr und des Landesverwaltungsamtes. Die Gesamtzahl der Mitarbeiter in der Senatsverwaltung für Inneres einschließlich der nachgeordneten Behörden umfaßt rund ein Viertel aller Beschäftigten der unmittelbaren Landesverwaltung. Innerhalb des Aufgabenspektrums befinden sich bedeutsame Arbeitsschwerpunkte, die erheblichen politischen Rang haben. Für den Bereich Sicherheit und Ordnung nenne ich hier exemplarisch - als neue Aufgaben - Neuaufbau eines Polizeipräsidiums, Bildung eines Landeseinwohneramtes, neues Einsatzleitsystem der Polizei, Intensivierung und Bekämpfung der Kriminalität.

[Frau Bischoff-Pflanz (AL): Ausbau der Ausländerbehörde!]

Andere Schwerpunkte sind die Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes, Prüfung von Änderungsbedürfnissen auf dem Gebiet der Verfassung von Berlin und des Wahlrechts, Maßnahmen zur Verbesserung der Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung und Weiterentwicklung der Aufgabenkritik. Außerdem ist in Zusammenhang mit der Umsetzung der zu erwartenden Novellierung des Ausländergesetzes eine Menge Mehrarbeit zu erwarten; die Einrichtung eines Ausländerausschusses durch das Abgeordnetenhaus führt zum Beispiel zu einer wesentlich erhöhten Arbeitsbelastung und zu politischer Zuarbeit.

Weiterhin darf ich darauf verweisen, daß die Inanspruchnahme der Innenverwaltung aus dem parlamentarischen Bereich noch dadurch erhöht wird, daß zwei Unterausschüsse zusätzlich eingerichtet worden sind, nämlich Verwaltungsreform und Bericht des Berliner Datenschutzbeauftragten.

[Frau Bischoff-Pflanz (AL): Wenn die Ausländerpolitik besser wäre, brauchten wir nicht so viel ...!]

Last but not least: Der Innensenator hat außerdem eine Personalwirtschaft fortzuführen, die - von Ausnahmen abgesehen - sich am Nullstellenwachstum orientieren muß. Manchmal wird es eben auch möglich sein müssen, daß Ausnahmen deshalb getroffen werden, um die Regel durchführbar zu machen.

Unter Berücksichtigung der Vielzahl der genannten Aufgabefelder und des gestiegenen politischen Handlungsbedarfs und unter Berücksichtigung dessen, daß Erfolgskontrollen notwendig sind - die wollen Sie und die wollen wir doch auch -, ist die Berufung eines zweiten Senatsdirektors im Hause Inneres vorzusehen. - Ich danke Ihnen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Bischoff-Pflanz.

Frau Bischoff-Pflanz (AL): Einiges hat sich durch Zwischenrufe schon erledigt.

[Landowsky (CDU): Na, dann ist es ja gut!]

Ich wollte noch mal auf die Fürsorgepflicht zu sprechen kommen, wie man so mit Senatsdirektoren- und anderen Posten umgeht,

wie man da Gesetze verändern kann. Ich möchte hier erinnern und Herrn Lummer fragen und gleichzeitig für unsere Fraktion eine Ankündigung machen, wie sieht es denn eigentlich aus? - Seit über vier Jahren liegt Ihnen, Herr Lummer - entschuldigen Sie, wenn ich Ihr Gespräch unterbreche -, eine Personalschlüsseländerung zur Behindertenintegration vor.

[Zurufe von der AL]

- Essen geht nicht, aber ... Ich wiederhole noch mal

[Vetter (CDU): Wenn Sie dazwischenquatschen, ist das völlig richtig?! - Glocke des Präsidenten]

- Nein, ich hatte nur eine direkte Anfrage, Zwischenrufe machen ja alle. - Ich frage Sie jetzt noch mal ganz gezielt, seit über vier Jahren liegt Ihnen ein Personalschlüssel zur Integration von behinderten Kindern vor, auch mit einem Modellversuch nachgewiesen. Das ist ganz simpel und auch ganz einfach. Es wären 2,4 Erzieher pro Gruppe notwendig. Da haben Sie es nicht geschafft, zuzustimmen, mit der Begründung „sparsame Haushaltsführung“ u. ä. Aber für Senatsdirektoren, für Polizeimaßnahmen, da ist alles Geld da! Für Kinder, bei denen die Vorbeugung notwendig wäre, da wird gestrichen. Für die Kollegen im Heimerzieherbereich - es ist wirklich unglaublich -, da streichen Sie 3,5% vom Erzieherschlüssel, sind nicht bereit, dies zurückzunehmen, und hier geht es um zwei Senatsdirektorenposten, und die werden durchgezogen! Und da frage ich Sie auch einmal, meine Herren, wie Sie das verantworten wollen, da Sie doch gesagt haben, Kinder sind in der Zukunft wichtig. Dann geben Sie doch da mal mehr dazu und nicht bei Senatsdirektoren!

[Beifall bei der AL und der SPD]

Präsident Rebsch: Das Wort hat der Abgeordnete Pätzold.

Pätzold (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, warum sich Herr Buwitt vorhin so schrecklich erregt und geglaubt hat, mit persönlichen Unterstellungen einer sachlichen Diskussion ausweichen zu müssen. Ich frage Sie jetzt als Fraktionsvorsitzenden der CDU nochmals, Herr Buwitt: Welches sind die Gründe, daß Sie früher gemeint haben, man brauche eher weniger Senatoren und weniger Senatsdirektoren, während Sie jetzt meinen, die Führungsstruktur erfordere, daß in einer Wahlperiode die Zahl der Senatsdirektoren von 15 auf 19 erhöht werden muß? - Alles andere ist unredlich!

Und ich weiß auch nicht, warum man den neuen Finanzsenator, der das Haushaltsgesetz natürlich formell einbringt, in eine Runde schickt, bei der mit Einzelbegründungen darzutun versucht wird, weshalb gerade in dieser oder jener Senatsverwaltung ein zusätzlicher Senatsdirektor erforderlich sei. Das läßt sich natürlich für jede weitere Senatsverwaltung auch von der Sache her alles begründen. Und bitte verstehen Sie auch, daß nicht nur die Oppositionsfraktionen geschummelt haben, als Sie auch die Einrichtung von Unterausschüssen im Innenausschuß als Anlaß dafür angeführt haben, daß nun ein zweiter Senatsdirektor her müsse! Das hilft doch alles nichts! Politisch haben Sie versagt! Sie haben früher kleinere Führungsstrukturen kritisiert, und Sie weiten nun die Führungsstrukturen gegenüber früher unmäßig aus zu Lasten von anderen notwendigen Tätigkeiten für den Bürger in den einzelnen Verwaltungen.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Und da der Innensenator so stilvoll war, bei diesem ganzen Thema, jedenfalls was den Beitrag der SPD-Fraktion angeht, nicht anwesend zu sein, obwohl er nicht nur als Innensenator, als Stellenplanenator, sondern auch als Vertreter des Regierenden Bürgermeisters hätte anwesend sein müssen, und da er die Frage deshalb nicht gehört hat, wiederhole ich die Frage jetzt ausdrücklich, Herr Lummer: Ich möchte wissen, ob Sie als Person einen neuen Senatsdirektor wirklich wollen oder nicht, wie es heute in einer Zeitung behauptet wird. Vielleicht können Sie sich zu dem Vorgang, zu den Hintergründen und auch zu der Notwendigkeit eines zweiten Senatsdirektors äußern. Das sind Sie auf Fragen wohl dem ganzen Parlament schuldig.

[Beifall bei der SPD]

Pätzold

- (A) Ich verstehe ja, daß die AL-Fraktion damit operiert, es wäre besser, den auserkorenen Senatsdirektor für Umweltschutz gleich zum Senator zu machen. Meine Fraktion hatte mir das Argument auch nahegebracht, bei Herrn Vetter könnte man bis zu vier oder mehr Senatsdirektoren dazugeben, das würde auch nicht helfen!

[Beifall bei der SPD]

Aber ich habe gesagt, das Argument ist zu wenig vornehm, als das man es hier vortragen könnte, und deshalb habe ich es unterlassen.

[Heiterkeit bei der SPD]

Der einzig wirklich konstruktive Beitrag in der Debatte war der vom Kollegen Rasch, mindestens an einer Stelle. Ich finde es in der Tat wichtig, daß wir uns darüber unterhalten, wie wir es künftig zeitlos und losgelöst von den gegenwärtigen oder künftigen Regierungs- und Oppositionskonstellationen mit der Führungsfähigkeit in den einzelnen Senatsressorts halten. Insbesondere die Überlegung, daß man statt immer weiterer hauptberuflicher Senatsdirektoren vielleicht so etwas wie einen kleinen parlamentarischen Senatsdirektor bei den jeweiligen Regierungsfractionen für eine vernünftige Verbindung der Arbeit in das Parlament hinein in Betracht zieht, würden wir auf Anhieb ernsthaft erwägen. Ich fände es nur gut, wenn dies nach dem normalen Motto vor sich ginge: Wir reden angesichts dieser Vorlage – Herr Rasch sagte, das sei diskussionsbedürftig – jetzt einmal über das Grundprinzip. Und wenn Sie dann, was ich nicht glaube, immer noch meinen, daß zwei zusätzliche Senatsdirektoren dazu müßten, dann überstimmen Sie in Gottes Namen – das ist fast eine Gotteslästerung – die beiden Minderheitsfraktionen, die hier in der Sache recht haben. Aber zuerst muß die Sachdiskussion kommen – nicht daß das nach dem üblichen Koalitionsschema geht: Das haben wir nun einmal in Koalitionsvereinbarungen festgelegt, das wird um jeden Preis auch gegen die berechnete Kritik in der öffentlichen Meinung durchgesetzt,

- (B) [Rasch (F.D.P.): Nicht um jeden Preis!]

und dann reden wir irgendwann einmal über Strukturfragen. Denn meistens werden diese Strukturdiskussionen dann auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben! Hiermit also ein konkretes Angebot von uns, über diese Dinge ordnungsgemäß miteinander zu diskutieren.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Rebsch: Das Wort hat der Abgeordnete Helms.

Helms (AL): Meine Damen und Herren! Was ich bei den Diskussionen zwischen SPD und CDU sehr langweilig finde, ist, daß immer gegenseitige Vorhaltungen gemacht werden. Wenn die SPD kritisiert: zu viele Senatsdirektoren! – dann kommt die CDU und sagt: Ja, ihr habt doch vor vier oder fünf Jahren genau das gleiche gemacht! – Ich weiß zwar nicht, was das für ein inhaltliches Argument sein soll, und auf alle Fälle interessiert uns das als AL recht wenig, und vor allem überzeugt uns das auch nicht.

Das zweite: Ich habe mit Spannung darauf gewartet, was der neue Finanzsenator in seiner Antrittsrede von sich gibt. Ich habe vielleicht fälschlicherweise gehofft, daß irgend etwas Konkretes rüberkommt. Also in der schriftlichen Begründung stand ja noch drin „Stärkung der Leitungsebenen“. Jetzt wurde das unheimlich toll ergänzt: „Stärkung der Leitungsebenen, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhöhen, und zur Verwirklichung vorrangiger Ziele.“ Also wenn das nicht überzeugt, dann weiß ich gar nichts mehr!

[Gelächter bei der AL und der SPD]

Er hat sich dann bemüht, auch mal was Konkretes zu sagen. Zu einer Geschichte hat ja Herr Pätzold schon etwas gesagt, daß der Herr Finanzsenator entdeckt hat, daß wir letzte Woche im Innenausschuß beschlossen haben, zwei Unterausschüsse zu bilden. Dieser Antrag des Senats ist allerdings schon vor vier Wochen bei uns eingegangen. Anscheinend verfügt die Senatskoalition über hellseherische Fähigkeiten. Dazu soll sie vielleicht auch mal stehen.

Die zweite Entdeckung, die der Finanzsenator heute hier gemacht hat, war, daß es in diesem Parlament einen Ausländerausschuß gibt und daß der anscheinend unheimlich viel Arbeit macht. Den gibt es ja nun schon länger. Ich bin zwar neu hier, aber daß es diesen Ausschuß schon länger gibt, das weiß ich. Das, was ich heute hören wollte, ist nicht, was für allgemeine Ziele der Senat hat, was er alles so vorhat, sondern daß er dezidiert begründet, warum der Herr Lummer diese Aufgaben, die er eben definiert hat, nicht allein mit seinem einen Senatsdirektor lösen kann. Das interessiert mich! Und das ist nur das, was wir als Abgeordnetenhaus überhaupt abstimmen können! Es ist nämlich nicht von ungefähr so, daß das Parlament bei Senatsdirektoren überhaupt das Recht hat, in die Amtsverwaltung des Senats einzugreifen! Dieses Recht ist wahrscheinlich deshalb genau vorgesehen gewesen, damit der Senat sich nicht einfach so viel Senatsdirektoren unter den Nagel reißen kann, wie er dies gerade für richtig hält. Und Sie sind hier verpflichtet gegenüber dem Abgeordnetenhaus, irgend etwas Sachliches dazu beizutragen, warum Herr Vetter meint – gut, er ist vielleicht aus inhaltlichen Gründen dazu nicht in der Lage –, aber warum Herr Lummer nicht dazu in der Lage ist, die definierten Aufgaben, die Sie gerade dargestellt haben, selbst zu erledigen. Oder machen Sie doch den Vorschlag, einen neuen Innensenator zu wählen, oder machen Sie den Vorschlag, er soll nur noch auf das halbe Gehalt, wenn er nur noch die halbe Arbeit machen will. Das wären konstruktive Vorschläge, über die man reden kann, aber nicht über diese allgemeinen Geschichten, die hier abgelassen worden sind.

[Beifall bei der AL]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Landowsky.

Landowsky (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich immer sehr ergiebig – wenn es darum geht, zwei Führungsleute einzustellen –, eine große Diskussion vom Zaun zu brechen. Nur Ihnen von der AL spreche ich grundsätzlich das Recht ab, über Führungsprobleme zu reden; wenn Sie Leute wie Orłowsky nach Besoldungsgruppe B 4 bezahlen wollen, sind Senatsdirektoren eigentlich weit unterbezahlt. Das muß ich Ihnen einmal sagen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

So fängt das erst einmal an.

Wir können solche Vorlagen doch überhaupt nur diskutieren unter zwei Aspekten: Entweder geht es um ein Beschäftigungsprogramm, was natürlich bei Führungsstrukturen – ob das nun Senatoren oder Senatsdirektoren sind – überhaupt nicht der Fall ist. Oder aber ich frage: Wie kann ich, auf Dauer gesehen, die öffentliche Verwaltung am besten organisieren? – Allein das ist hier eine vernünftige Diskussionsbasis.

[Rasch (F.D.P.): So ist es!]

Daß da etwas im argen ist, Herr Kollege Pätzold, zeigt Ihr Einwand. Das wissen Sie ganz genau. Mit meiner Fraktion unbestimmt sage ich: Ich vertrete die feste Meinung, daß zu jeder normalen Verwaltung eigentlich zwei Staatssekretäre gehören.

[Beifall des Abg. Dr. Neuling (CDU)]

Als Prinzip!

[Aha!-Zurufe von der SPD]

Im Bund und in anderen Bundesländern sind es mehr, wenn Sie die Parlamentarischen Staatssekretäre dazunehmen. Ich sage das als meine persönliche Meinung. Ich finde sie auch im Verhältnis zu Hamburg, zu Nordrhein-Westfalen und zu Bremen mit B 7 unterbezahlt. Gute Leute in hohen Positionen in der Verwaltung ersparen dem Steuerzahler oft mehr Geld als schlechte Leute, die mittelmäßig bezahlt werden. Das wissen Sie genauso wie ich.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD und der AL]

(C)

(D)

Landowsky

- (A) – Ach, bellen Sie doch nicht, das sind alles Positionen, für die Sie nach dem Qualitätsprofil nicht in Frage kommen.

[Heiterkeit bei der CDU – Widerspruch bei der AL]

Ich will dazu folgendes sagen: Daß wir etwas ändern müssen an den Führungsstrukturen der Berliner Verwaltung, das kann überhaupt nicht bestritten werden. Daß die Innenverwaltung und die Umweltverwaltung wegen der großen Anzahl der Aufgaben und der großen Verantwortung in den Sachbereichen vom Prinzip her zwei Staatssekretäre benötigen, kann aus meiner Sicht auch nicht streitig sein. Das war bisher nicht der Fall. Aber das ist doch nicht die Frage: Was bisher immer so war, muß immer so bleiben – wohin kämen wir denn?! – Was wir Ihnen allerdings versprechen werden, Herr Kollege Pätzold, ist, daß diese beiden zusätzlichen Senatsdirektoren den Steuerzahler unter dem Strich am Ende des Jahres nicht mehr Geld kosten werden. Das versprechen wir Ihnen!

[Heiterkeit bei der AL]

Wenn es Ihnen also um die Sparsamkeit geht, kann ich Sie ganz sicher machen; beide kosten nicht mehr Geld, sondern sparen eventuell noch ein.

[Zuruf von der AL: Wo denn?]

– Das werden Sie schon sehen.

[Zuruf von der AL: Konkret?]

– Wir haben in der Tat 4 000 überflüssige Stellen im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren eingespart – zum Wohle des Steuerzahlers. Das sind Leistungen, mit denen überhaupt keine andere Regierung konkurrieren kann.

[Zuruf von der AL: Erzieherstellen!]

– Ich weiß schon, ich kenne Ihre Interessenlage: Möglichst breit und ohne Qualität – dann profitieren Sie am meisten. – Nein! Der öffentliche Dienst ist gehalten, qualitativ für den Bürger zu arbeiten, denn Qualität ist in der Regel auch billiger.

(B)

[Beifall bei der CDU –

Abg. Pätzold (SPD) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Präsident Rebsch: Herr Landowsky, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Landowsky (CDU): Nein, jetzt nicht! – Ich will Ihnen deshalb nur sagen: Bei der gesamten Gestaltung der Leitungsebenen haben wir uns von diesem Gedanken leiten lassen, Herr Kollege Pätzold; wir haben deshalb auch die Senatsdirektoren und Staatssekretäre weiterbeschäftigt, die beispielsweise Ihrer Partei angehören oder parteilos sind, weil es für uns eben keine Frage des Parteienproporz ist, sondern eine Qualitätsanforderung an das einzelne Amt. Das bitte ich Sie, mir einfach abzunehmen.

Wenn Sie nun eine Diskussion anbieten – das finde ich sehr interessant –, ob man für die Zukunft hier in Berlin das System der Parlamentarischen Staatssekretäre einführen sollte – vielleicht ohne Versorgungsansprüche –, habe ich dafür durchaus Verständnis. Herr Kollege Pätzold, das halte ich für einen vernünftigen Vorschlag; wir werden Sie an dieser Sache festhalten. Ich kann mir in der Tat vorstellen, daß es zweckmäßig ist, auch Parlamentarische Staatssekretäre in die Verantwortung mit einzubinden und damit dem Beispiel anderer Bundesländer und des Deutschen Bundestages zu folgen.

Kurzum: Beide Führungsstellen sind erforderlich. Den Steuerzahler wird das nicht mehr Geld kosten. Es werden keine Entscheidungen nach Parteiproporz, sondern ausschließlich nach Qualität gefällt. Das läßt uns mit einem guten Gewissen in die positive Abstimmung gehen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

(C) **Präsident Rebsch:** Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat empfiehlt Überweisung an den Hauptausschuß. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr! Die Gegenprobe! – So beschlossen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 4, Drucksache 10/41:**I. Lesung der Vorlage – zur Beschlußfassung – über Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Richtergesetzes**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Aussprache? – Ebenfalls nicht. Der Ältestenrat empfiehlt Überweisung an den Rechtsausschuß und an den Hauptausschuß. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr! So beschlossen.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 5:**a) Drucksache 10/49:**

Große Anfrage der Fraktion der AL über ausgegrenzte und vergessene Opfer des Faschismus in Berlin

b) Drucksache 10/51:

Antrag der Fraktion der AL über Aufhebung des Verbots, VVN-Mitglieder an Schulen einzuladen

c) Drucksache 10/52:

Antrag der Fraktion der AL über Einrichtung eines Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus

(D)

d) Drucksache 10/53:

Antrag der Fraktion der AL über Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg an die von den Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten Stadtverordneten der Bezirke West-Berlins

Hierzu gibt es zwei Änderungsanträge der AL-Fraktion:

1. In der Überschrift sind die Wörter „der Bezirke West-Berlins“ durch das Wort „Berlins“ zu ersetzen.
2. Die Absätze 1 und 2 des Antrags – Drs 10/53 – erhalten folgenden Wortlaut:

Im Rathaus Schöneberg wird eine Erinnerungstafel an die ermordeten Stadtverordneten der Weimarer Republik angebracht. Auf der Tafel ist aufgeführt: Name, Beruf, Geburts- und Sterbedatum, Ort und Umstände des Todes, Parteizugehörigkeit, Herkunftsbezirk sowie Zeitraum der Mitgliedschaft im Stadtparlament.

Ein erster zusätzlicher Satz erinnert an die Stadtverordneten, die emigrieren mußten, und an diejenigen, die trotz Haft überlebten.

Ein zweiter Zusatz erinnert an die Familienangehörigen, meist Frauen, die direkt oder indirekt mitverfolgt wurden.

Im Absatz 3 des Ursprungsantrages wird das Wort „Sondermittel“ durch das Wort „Mittel“ ersetzt.

Präsident Rebsch

(A) e) Drucksache 10/54:

Antrag der Fraktion der AL über Erinnerungstafel im Reichstag an die von den Nationalsozialisten ermordeten und verfolgten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag aller vier Fraktionen vor:

1. Im Betreff wird das Wort „Reichstagsverordneten“ durch das Wort „Reichstagsabgeordneten“ ersetzt.
2. Im 1. Absatz wird der erste Halbsatz durch folgende Fassung ersetzt:
„Das Abgeordnetenhaus setzt sich dafür ein, . . .“

f) Drucksache 10/58:

Antrag der Fraktion der SPD über Umbenennung von Straßen Berlins

Das Wort zur Begründung der Großen Anfrage hat die Abgeordnete Dr. Schramm; bis zu 15 Minuten, Frau Kollegin!

Frau Dr. Schramm (AL): Im April dieses Jahres hat das Landessozialgericht die Klage einer Frau abgewiesen, die die Zeit ihrer Inhaftierung im Konzentrationslager Sachsenhausen auf ihre Rente als Ersatzzeit angerechnet wissen wollte. Um was handelt es sich?

Die Frau hatte sich 1943, damals arbeitete sie im KaDeWe, geweigert, in einem Rüstungsbetrieb zu arbeiten. Daraufhin wurde sie per Schutzhaftbefehl in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, wo sie bis Ende des Krieges blieb. Dort trug sie den roten Winkel. Für alle, die etwas davon wissen, heißt das, daß sie als politische Verfolgte geführt wurde. Jetzt versuchte sie – sehr spät, weil sie nicht in einer Verfolgtenorganisation organisiert war –, diese Zeit auf ihre Rente als Ersatzzeit anrechnen zu lassen. Das lehnte zuerst die Landesversicherungsanstalt ab, später auch das Landessozialgericht. Dazwischen liegt ein Gutachten des Berliner Entschädigungsamtes, das vermutlich entscheidend war. Ich bitte um Aufmerksamkeit für die darin zu lesende Begründung der Ablehnung: Danach habe sie ihre politischen Motive nicht nachweisen können. Dabei hat sie in der Verhandlung gesagt – es ist eine einfache Frau –, daß sie dieses Regime einfach nicht mit ihrer Arbeit unterstützen wollte. Aber das hat nicht genügt.

An diesem Beispiel kann einiges klarwerden: Erstens: Die Gruppe der Verfolgten ist in unserem Staat schlechter gestellt als vergleichbare Gruppen, die durch den Krieg in spezieller Weise gelitten haben. Ich nenne hier die Bombenopfer, die Flüchtlinge, die Kriegsverletzten usw. All diesen wird nicht zugemutet, die Ursachen subjektiv zu vertreten und die Ursachen ihres Verlustes oder ihres Schadens an Gesundheit zu begründen. Die Tatsache des Verlustes und des Schadens genügt, daß sie materielle Entschädigung, Renten usw. bekommen. Nur bei der Gruppe der Verfolgten ist es anders. Sie müssen, wie im Fall dieser Frau, der es nicht gelungen ist, ihre Motive begründen. Die Frau ist übrigens auch ohne Anwalt aufgetreten; auch das wäre ein Punkt, über den man reden müßte, warum ihr niemand gesagt hat, sie soll einen Anwalt nehmen. Sie ist also ohne Anwalt aufgetreten, und es ist ihr nicht gelungen, sich verständlich zu machen.

Das Beispiel macht eine zweite grundsätzliche Problematik deutlich: Man kann hier zeigen, daß die ganze Diskussion, die in den vergangenen Jahren geführt wurde, über Widerstand im Alltag, offenbar spurlos an den Gerichten – jedenfalls an dem einen Gericht – und am Entschädigungsamt vorbeigegangen ist. Dasselbe läßt sich für viele andere Diskussionen zeigen. Es ist so, daß in allen Kreisen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, seit Jahren klar ist, daß speziell Frauen kaum eine andere Möglichkeit hatten, ihre Zustimmung zum NS-Regime zu verweigern,

besonders in der Endphase, als sie dem totalen Krieg zustimmen sollten, als ihre Arbeitskraft zu verweigern. Und genau das hat diese Frau getan.

Das dritte, was deutlich wird, ist, daß von einer grundsätzlichen großzügigen Auslegung der bestehenden Gesetze nicht geredet werden kann. Genau das hat aber neulich der Leiter des Entschädigungsamtes gegenüber dem „Tagesspiegel“ behauptet, als er um eine Stellungnahme anlässlich dieser Großen Anfrage und der Anträge der AL gebeten wurde. Das stimmt auch in vielen anderen Fällen nicht. In diesem Fall, meine ich, wurde es plastisch. Die Entscheidung des Gerichts ist einfach kleinkariert.

Das nächste ist, daß dieser Fall zeigt, daß wir alle hier die Frage der Ausgrenzung, der Behandlung der Gegner des Faschismus nicht als etwas historisch Zurückliegendes, sondern als etwas auch noch in die Gegenwart Hineinragendes begreifen und behandeln müssen.

Die AL-Fraktion möchte durch die vorliegende Große Anfrage die Diskussion um die ausgegrenzten und vergessenen Opfer des Faschismus einleiten. Mehrere Kleine Anfragen und Anträge konkretisieren die Bemühungen, Ausmaß und Folgen der historisch zurückliegenden und noch gegenwärtigen Ausgrenzungen zu erfassen und für den kleinen Kreis der noch Lebenden zu korrigieren.

Wir stellen als erstes die Frage, warum diese Ausgrenzungen noch bestehen. Sie betreffen in unterschiedlichem Ausmaß Minderheiten, wie homosexuelle Männer und Frauen, Zwangssterilisierte, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas und den total vergessenen Bereich der großen Gruppe der sogenannten Asozialen. Als national Verfolgte betreffen sie die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. In der Gruppe der politisch Verfolgten betreffen sie die Kommunisten. Auf die versuchte Ausgrenzung der Kommunisten und der Personen, die mit ihnen zusammengearbeitet haben, möchte ich heute nicht eingehen. Die AL-Fraktion wird in der nächsten Sitzung einen Gesetzesänderungsantrag einbringen zur Änderung des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassisch und religiös Verfolgten; es handelt sich um § 6 (3), der besagt, daß Personen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigt haben, von der Anerkennung und damit von der Entschädigung ausgeschlossen werden können; das Gesetz hat auch rückwirkende Folgen und ist in Berlin ganz ungeheuer extensiv angewandt worden. Wir werden den Antrag stellen, diesen Paragraphen ersatzlos zu streichen.

In den Zusammenhang gehört auch unser Antrag, das Verbot, VVN-Mitglieder an Schulen reden zu lassen, aufzuheben.

Ich nehme den Hinweis in den Reden von Herrn von Weizsäcker und auch von Herrn Diepgen zum 8. Mai, die beide die auch von mir genannten Minderheiten zur Gruppe der Opfer und der Verfolgten zählen, als ein gutes Zeichen dafür, daß auch die CDU die noch geltenden gesetzlichen Regelungen für nicht mehr angemessen hält und an besseren Lösungen interessiert ist. Unsererseits haben wir die Einrichtung eines Härtefonds beantragt, damit allen Personen, die während der NS-Zeit verfolgt wurden, aus welchen Gründen auch immer, ein materiell gesicherter Lebensabend gewährt wird, und dies so schnell, daß sie auch noch in den Genuß dieses Versuches kommen, unbürokratische Lösungen zu finden.

Gemeinsame Lösungen sollten möglich sein, auch wenn wir in der Analyse der Ursachen, warum diese Gruppen noch ausgegrenzt sind, vielleicht nicht übereinstimmen. Wir sehen in der Ausgrenzung z. B. der Homosexuellen, der Zwangssterilisierten Beispiele für die ideologische, rechtliche und personelle Kontinuität. Andere mögen das anders sehen, aber ich denke, wir sollten uns an diesem Punkt nicht verhärten, sondern sehen, was wir gemeinsam machen können.

[Beifall bei der AL]

Neben der Ausgrenzung ganzer Gruppen spielt bei der Anerkennung als einzelner Verfolgter immer noch die, wie ich denke, völlig überholte Unterscheidung zwischen Widerstand mit illegitimen und legitimen Mitteln eine Rolle. Das führt dazu, daß Sabo-

Frau Dr. Schramm

(A) tage, Wehrdienstverweigerung, Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten u.ä. immer noch nicht als legitimer Widerstand angesehen werden. Diese Abwertung bestimmter Formen des Widerstandes geistert z. B. auch in einem Brief von 1983 von Herrn Stadtrat Magen vom Senator für Inneres anlässlich einer Bitte um Akteneinsicht. Es handelt sich dabei um eine polnische Minderheit, die mit dem polnischen Geheimdienst in London zusammengearbeitet hatte, Material gesammelt hatte und die deswegen hingerichtet wurde. Herr Magen schreibt:

Die Tätigkeit der genannten Personen entspricht auch nicht dem Widerstandsbegriff in dem Sinne, daß sie sich gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime aufgelehnt hätten.

Zwei weitere Fragen der AL beziehen sich auf die vergessenen Teile der NS-Geschichte Berlins und darauf, wie die Arbeit von Personen und Gruppen, die sich um eine Aufklärung dieser NS-Geschichte bemühen, von dem Senat stärker als bisher bürokratisch und materiell unterstützt werden kann. Es ist ja keineswegs so - für Leute, die sich damit beschäftigt haben, ist das klar -, daß für Berlin alles erforscht wäre. Gerade verglichen mit manchen anderen Städten in Westdeutschland ist Berlin sogar, was die lokale Geschichtsbetrachtung angeht, sehr rückständig. Es gibt hier fast weiße Flecken. Ich nenne hier nur einige Punkte. Das bezieht sich auf den innerbetrieblichen Widerstand. Das bezieht sich auf den ganzen Komplex der KZ-Außenlager. Das bezieht sich auf die Arbeit von Zwangsarbeitern, von sowjetischen, aber auch anderen Kriegsgefangenen. Es bezieht sich aber auch auf Teile der Frauengeschichte. Und es bezieht sich auch auf die Gruppen, die ich vorhin als Minderheiten genannt hatte, denn die ausgegrenzten Opfer sind auch die vergessenen Opfer. Man weiß kaum etwas über die Verfolgung der Homosexuellen in Berlin, obwohl es sie gegeben hat, schon gar nicht der Frauen, die als Asoziale eingeliefert wurden. Die Akten, die hier noch in den Bezirksämtern liegen, z. B. zur Zwangssterilisation, sind erst für Wilmersdorf ausgewertet. Dasselbe gilt für die Euthanasie usw. usw.

(B) Mich selbst hat sehr gewundert, als ich mich jetzt erneut mit diesem Thema beschäftigte, wie wenig über die Parlamentarier und speziell über die Parlamentarier auf Bezirks- und Stadtebene bisher überhaupt recherchiert ist. Wir dachten, wir beantragen eine Tafel und schreiben die Namen drauf, aber es war uns nicht möglich, weil niemand die Namen weiß. Also bevor Erinnerungstafeln in den Bezirken oder hier in Schöneberg für die Stadtverordneten angebracht werden können, muß - und es ist in der Tat erstaunlich 40 Jahre nach Kriegsende - erst mal Forschungs- und Quellenarbeit usw. gemacht werden. Ich brauche kaum zu erwähnen, daß es sehr eilt. Die wenigen lebenden Zeugen, die es noch gibt, die uns Spuren und Hinweise geben könnten, werden sehr bald nicht mehr leben.

Ich hoffe, daß der Senat in seiner Arbeit nicht nur nachzuweisen versucht, was alles getan wurde für die Opfer des Faschismus und die Aufarbeitung der NS-Geschichte in der Stadt. Niemand behauptet, daß wir 40 Jahre nach Kriegsende am Punkt Null anfangen müssen. Ich meine aber, auch Herr Lummer und andere sollten aus ihrer Sicht die Defizite benennen, die bestehen, damit wir gemeinsam ein Stück in der Sache weiterkommen.

[Beifall bei der AL]

Alterspräsident Poritz: Das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage hat nun Herr Bürgermeister Lummer.

Lummer, Bürgermeister und Senator für Inneres: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Nähe des 8. Mai ist sicherlich ein hinreichender Grund, sich mit der Frage der Aufarbeitung unserer Vergangenheit und deren Bewältigung zu beschäftigen, und sicherlich war das auch der Grund für die Fraktion der Alternativen Liste, nicht nur die Große Anfrage, sondern auch eine Reihe von Anträgen und Kleinen Anfragen, die den Gesamtkomplex betreffen, einzubringen. Und gewiß darf sich niemand diesem Versuch einer solchen Aufarbeitung entziehen, auch heute nicht entziehen, obwohl ich der Meinung bin,

(C) daß eine wirkliche Bewältigung der Vergangenheit letztendlich darin liegt, daß wir die Gegenwart und die Zukunft meistern und uns nicht nur in dem Blick zurück verlieren.

Ein solcher Versuch der Aufarbeitung muß natürlich auch davon gekennzeichnet sein, daß er so weit wie möglich lückenlos ist, nicht bewußt etwas ausspart oder ausgrenzt, obwohl ich fest davon überzeugt bin, daß ein großer Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus auch in der Zukunft ungenannt und namenlos bleiben wird, trotz aller Bemühungen, die wir anstellen werden. Das soll nicht Entschuldigung sein, sondern deutlich machen, daß da Grenzen gesetzt sind auch demjenigen, der sich redlich bemüht. Aber das wiederum ist ganz gewiß verlangt.

Und wenn an dieses redliche Bemühen gedacht wird, dann meine ich schon, sagen zu dürfen, daß die Bundesrepublik Deutschland ganz unbeschadet von der jeweiligen parteipolitischen Couleur, die da im Parlament oder in der Regierung vorhanden war, sich der Aufgabe der Aufarbeitung und Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts in ebenso anständiger wie großzügiger Weise unterzogen hat; und sie hat sich auch deshalb dabei große Verdienste erworben, weil sie eine Aufgabe übernommen hat zu einem Teil, die die andere Seite Deutschlands, die DDR, nicht geleistet hat.

In der Präambel des Grundgesetzes ist da von stellvertretendem Handeln die Rede, und ich glaube, das hat die Bundesrepublik Deutschland in finanzieller Hinsicht auch zu einem großen Teil getan. Ich sage das ja deshalb, weil ich eine Bemerkung in der Begründung der Großen Anfrage der Alternativen Liste doch einmal geklärt wissen möchte, denn wenn ich sie lese, kann ich sie nur so verstehen, daß hier der Bundesrepublik Deutschland etwas gesagt wird, was sie sich nicht sagen lassen muß. Wenn da die Rede davon ist, daß verschiedene Gruppen nicht als Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes anerkannt wurden, weil eine „ideologische und rechtliche Kontinuität“ nach 1945 praktiziert worden sei, - -

[Frau Künast (AL): Rehse!]

- Jaja, Sie können ja diesen Zwischenruf machen, aber machen sie ihn bitte ganz leise! Die Bundesrepublik Deutschland muß sich nun wahrlich und wirklich einen solchen Vorwurf nicht gefallen lassen,

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

denn nun weiß ich, was Sie gemeint haben. Und Sie müssen gerade an diesem Tage, wo 1949 am 23. Mai das Grundgesetz der Bundesrepublik verabschiedet wurde, deutlich zur Kenntnis nehmen, daß die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland keine „ideologische Kontinuität“ bedeutet; und die Bewährung dieser Verfassung in 36 Jahren spricht dafür Bände.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P. -
Widerspruch bei der AL]

- Dann, bitte, machen Sie es uns doch - -

[Schenk (AL): Entschuldigung, Herr Lummer, in der Großen Anfrage finde ich das nicht!]

- „Verschiedene Personengruppen, wie Homosexuelle, Zwangssterilisierte, Zeugen Jehovas, Sinti und Roma wurden auf Grund ideologischer und rechtlicher Kontinuität nach 1945 nicht als Verfolgte anerkannt.“ Der Satz steht doch nun mal so da, und wenn Sie ihn mir nicht anders erklären als durch den Zwischenruf, der eben folgte, dann muß ich es eben so verstehen, wie es der Unbefangene liest, und dann muß ich die Bundesrepublik Deutschland an eben dieser Stelle im Namen aller demokratischen Parteien verteidigen, die diesen Staat aufgebaut und gestaltet haben. Machen Sie es uns doch nicht unnötig schwer, denn wir wollen doch diese Aufgabe gemeinsam lösen; es ist doch keiner hier im Hause, der sich den nationalsozialistischen Verbrechen in der Weise nähert, daß er nicht die Verantwortung und die Schuld, die wir auf uns geladen haben, spürt und diese auch zu beseitigen trachtet.

In einer Reihe von Äußerungen, die in den Anfragen und Anträgen enthalten sind, wird auf finanzielle Dinge hingewiesen. Ich

Bm Lummer

(A) meine, das muß Veranlassung sein, doch deutlich zu machen, daß Wiedergutmachung sicher auch eine Sache der Bereitschaft ist zu zahlen, aber daß es hier im Kern doch um eine geistige Bewältigung geht, und wenn es um diesen Kern geht, dann, glaube ich, haben die Dinge, die gerade in den letzten Tagen vor und nach dem 8. Mai gesagt worden sind, deutlich gemacht, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland bereit sind, unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Ich darf nun versuchen, zu einigen Fragen, die hier aufgeführt werden, Stellung zu nehmen, und bitte um Entschuldigung, wenn das dann zum Teil eben doch anhand der vorliegenden Gesetzestexte zu erfolgen hat und dann da eine vielleicht unangemessene Sachlichkeit hineinkommt.

Zunächst einmal ist im Bundesentschädigungsgesetz eine Definition geleistet worden von dem, was ein Verfolgter ist und was politische Verfolgung bedeutet. Damals hat man sich Mühe gegeben, die richtige zu finden. Nach dieser Definition im Bundesentschädigungsgesetz ist Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, wer aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt worden ist und hierdurch Schaden an Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen, in seinem beruflichen Fortkommen erlitten hat. - Das ist die Basis für die gesamte Entschädigungspolitik, die die Bundesrepublik Deutschland gemacht hat.

Zu dem Kreis der Verfolgten im Sinne dieser Definition, die im § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes niedergelegt ist, gehören neben der großen Anzahl wegen ihrer jüdischen Abstammung oder ihrer politischen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgter Personen auch Zeugen Jehovas, Sinti und Roma sowie im Einzelfall Homosexuelle und Zwangssterilisierte - und nun kommt die Einschränkung -, sofern bei ihnen die spezifischen Eigenschaften eines Verfolgten vorliegen, z. B. Schädigung also aus Gründen politischer Gegnerschaft. Was bedeutet diese Einschränkung? Personen, deren Sterilisation aufgrund eines Beschlusses eines Erbgesundheitsgerichts erfolgt ist, fallen, wenn nicht im Einzelfall das Vorerwähnte vorliegt, nicht unter die Regelung des Bundesentschädigungsgesetzes, weil die gesetzgebenden Organe bei der Beratung dieses Gesetzes, der Deutsche Bundestag, nach eingehender rechtlicher Prüfung die Ansicht vertreten haben, daß das Erbgesundheitsgesetz nicht im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen steht. Es gehört deshalb nicht zu den Gesetzen, die von den alliierten Mächten nach Kriegsende aufgehoben worden sind. Darüber kann man streiten und darüber kann man klagen, aber das ist die Rechtslage, auf die an dieser Stelle zu verweisen ist, gerade, wenn Sie den Versuch machen, diese Fragen, die ja zum Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung gehören, hier im Lande Berlin zu diskutieren, nachdem der Bund im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung tätig geworden ist und damit die Kompetenz an sich gezogen hat.

Nun zur Gruppe der Homosexuellen. Homosexuelle, die allein wegen seinerzeit strafbarer homosexueller Handlungen inhaftiert waren, können nicht unter den Verfolgtenbegriff subsumiert werden, da es sich bei ihnen um keine Verfolgten des Nazi-Regimes aus politischen, rassistischen oder religiösen bzw. weltanschaulichen Gründen handelt. Die Strafbarkeit hat noch lange nach dem Kriege die politische Diskussion verfolgt, und die Zeit liegt doch nicht lange zurück, wo hier eine Lösung gefunden wurde.

Nun zum Thema der Kommunisten. Kommunisten sind nicht generell nach § 6 des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) von der Entschädigung ausgeschlossen worden, sondern allenfalls dann, wenn sie nach dem 23. Mai 1949 - heute vor 36 Jahren - die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft haben, wobei nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes dieser Tatbestand der Bekämpfung nur gegeben ist, wenn bei einem Parteifunktionär auch im Einzelfall Tathandlungen festgestellt werden könnten, die nach Art und Umfang erhebliches Gewicht hatten und damit der freiheitlich-demokratischen Ordnung schaden konnten. Nur

durch diese Einschränkung können Sie also solche Auffassungen vertreten, wie sie hier - so finde ich - zu pauschal - gerade bei einem Thema, wo Differenzierungen im Interesse der Sache und der Personen besonders notwendig erscheinen - vorgetragen worden sind. Die in der Fragestellung - ich unterstreiche das - zum Ausdruck kommende Auffassung, daß 40 Jahre nach Kriegsende immer noch nicht alle Personen, die NS-Unrecht erlitten haben, als Verfolgte anerkannt worden sind, trifft in dieser pauschalen Aussage gewiß nicht zu.

Die Frage 2 bezieht sich auf die Möglichkeiten für den Senat. Ich darf auch hier daran erinnern, daß Verfolgte im Sinne des § 1 BEG bei rechtzeitiger Antragstellung, also innerhalb der Ausschußfrist des 31. Dezember 1969, Entschädigungen nach Maßgabe der Bestimmungen des BEG erhalten haben. Für jüdische Verfolgte und Verfolgte nichtjüdischer Abstammung - Sinti und Roma -, die aus formellen Gründen - etwa Fristversäumnis - keine Entschädigungsleistungen erhalten konnten, hat die Bundesregierung 1980/81 Mittel zur Abgeltung von Härten in Einzelfällen im Rahmen der Wiedergutmachung bereitgestellt. Sterilisationen, die keine Verfolgung im Sinne des § 1 BEG waren, wurden je nach Sachlage entweder auf dem Wege eines Härteausgleiches - § 171 BEG - geregelt oder nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz entschädigt, sofern entsprechende Anträge fristgerecht gestellt wurden. Darüber hinaus - so ist hinzuzufügen - gewährt die Bundesregierung allen zwischen 1933 und 1945 sterilisierten Personen zur Milderung persönlicher Härten einmalige Zuwendungen. Dieses tut sie seit 1969, als die Ausschußfrist abgelaufen war.

Homosexuelle, die in der NS-Zeit in Konzentrationslagern inhaftiert waren, konnten, sofern sie nicht nach dem BEG antragsberechtigt waren, ebenfalls Entschädigungsansprüche nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz in Anspruch nehmen. Nun gibt es eine zusätzliche Besonderheit, die das Land Berlin betrifft, wonach politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Lande Berlin haben, im übrigen bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auch Leistungen nach den landesgesetzlichen Regelungen des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus beanspruchen können. Bei diesem Landesgesetz handelt es sich allerdings nicht um ein Entschädigungsgesetz, sondern um eine Fürsorge- und Betreuungsmaßnahme für ehemals verfolgte Berliner Bürger. Aber dies gibt es zusätzlich, um diesen eine Versorgung - gegebenenfalls auch als Härterege lung - zu ermöglichen, von der Sie so taten, als habe niemand jemals an solche Härtefälle gedacht.

Weitergehende wiedergutmachungsrechtliche Regelungen kann der Senat nicht treffen. Ich habe daran erinnert, daß die Materie in der konkurrierenden Gesetzgebung beheimatet ist. Der Bund hat sie in Anspruch genommen, und nur er allein könnte hier etwas tun. Allerdings müssen Sie dabei wissen, daß der Bundestag und die Bundesregierung seit vielen Jahren und wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß sie die Gesetzgebung für die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts mit dem BEG-Schlußgesetz als abgeschlossen betrachten und eine Novellierung dieses Gesetzes nicht beabsichtigt ist.

Nun eine Bemerkung zu der dritten Frage, die Sie stellen, die Frage, die darauf abzielt, welches Konzept der Senat habe, Initiativen und Personen, die an der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit beteiligt waren, finanziell, administrativ und politisch zu unterstützen. Da möchte ich mir gestatten, kurz zu sein und Sie auf die Drucksache des Abgeordnetenhauses zu verweisen, in der im Zusammenhang mit der 50. Wiederkehr der Machtergreifung des Nationalsozialismus sehr ausführlich ausgeführt ist, welche Maßnahmen der Senat insgesamt zur Erforschung, Ermittlung und Darstellung der Dinge fordert, die in jener Zeit geschehen sind. Sie können das dort alles im einzelnen nachlesen.

Was die Anträge betrifft, so ist das Sache des Parlaments. Die Anregungen, die der Senat aufgegeben hätte - Ehrung der Stadtverordneten mit einer Tafel -, dies auf ganz Berlin auszu-

Bm Lummer

- (A) dehnen und nicht nur auf Berlin (West) zu beschränken, ist inzwischen aufgegriffen worden, so daß darüber entschieden werden kann. Im übrigen wird der Senat in den Ausschüssen, soweit die Anträge dort eingehen, seinen sachgerechten Beitrag dazu leisten.

Ich will noch einmal unterstreichen, daß der Senat immer und überall bereit ist, in der gebotenen Weise an der Aufarbeitung unserer Vergangenheit teilzunehmen und mitzuwirken, um damit die Voraussetzung zu schaffen, Gegenwart und Zukunft im Interesse der Bevölkerung zu meistern.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Alterspräsident Poritz: Wir kommen nun zur Aussprache der Großen Anfrage. Der Ältestenrat empfiehlt, die Redezeit für alle aufgerufenen Verhandlungsgegenstände auf bis zu 20 Minuten pro Fraktion festzulegen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Das Wort hat nun die Abgeordnete Frau Dr. Schramm von der Fraktion der AL.

Frau Dr. Schramm (AL): Herr Lummer hat völlig recht. Das eigentliche Problem ist die Gesetzgebung. Daß nicht, wie bei allen anderen Kriegsfolgegesetzen alle Gruppen gleichermaßen berücksichtigt worden sind, das ist das Problem. Er hat es vorgelesen, wie die Definition lautet. Genau diese Definition schließt bereits zahlreiche Gruppen per Gesetz aus. Deshalb sind die Folgen und Versuche, etwas zu verbessern, nur Flickwerk. Warum dieses seit Mitte der 50er Jahre bestehende Gesetz nicht längst geändert wurde, ist eine andere Frage.

[Beifall bei der AL]

Die nächste Frage: Warum handelt es sich um ein Ausschlussgesetz? Das ist eine Benachteiligung gegenüber allen anderen Gruppen, Kriegsversehrte und Bombenopfer, wobei auch nie gefragt wird, ob sie Mitglied bei der NSDAP waren oder ob sie selbst zum engeren Kreis der Täter gehörten. Für alle diese gibt es keine Ausschlussfrist. Sie können nach wie vor Anträge stellen, und die Sache wird geregelt, ohne daß etwas begründet werden muß oder Motive dargelegt werden müssen. Das ist doch die grundsätzliche Schlechterstellung. Es sagt etwas aus über unsere Republik, wie sie mit den verschiedenen Gruppen, die am Krieg und der NS-Zeit beteiligt waren, umgeht.

[Beifall bei der AL]

Das ist eine alte Sache. Jetzt geht es darum, umzudenken und auch die Parteien und die Verantwortlichen zu kritisieren, die diese Regelungen getroffen haben.

Herr Lummer, Sie haben an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, was schon geleistet wurde, und haben sich besonders zu dem Punkt „Kontinuität“ empört. Es gibt Punkte, an denen diese Kontinuität greifbar ist. Ich will dies an zwei Punkten deutlich machen.

Es ist nämlich nicht so, daß der § 175 des Strafgesetzbuchs kontinuierlich von der Weimarer Zeit bis jetzt in derselben Form gegolten hat, sondern er wurde 1935 erheblich verschärft. Er wurde so verschärft, daß jede Denunziation genügt hat, einen Mann - der § 175 betrifft nur Männer - ins Gefängnis und anschließend ins Konzentrationslager zu bringen. Hierfür gab es einen speziell die Homosexuellen betreffenden Erlaß Himmlers. In dieser 1935 verschärften Fassung - das ist wirklich der Punkt, Herr Lummer - ist der § 175 im Jahr 1945 ohne Änderung einer Silbe in unser Strafgesetzbuch übernommen worden und galt bis 1969. Wenn das keine Kontinuität ist, dann weiß ich nicht, wovon wir reden.

[Beifall bei der AL]

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß diese Strafverschärfung ungeheure Folgen hatte. Ab 1935 ist die Zahl der verurteilten Homosexuellen um das Zehnfache gestiegen. Man hat allerdings nur die Zahlen bis 1939, wie man überhaupt von dem ganzen Komplex aus der nachfolgenden Zeit nichts Genaues weiß. Es gibt kaum Forschung darüber. Daran schließt sich gleich an: In Berlin hatte eine Gruppe - „Kirche und Homose-

xuelle“ - ein Projekt beantragt, diesen Sachverhalt für Berlin im Rahmen der 1933er Projekte aufzuarbeiten. Aber dieses Projekt wurde abgelehnt. Ich nenne dies nur als Beispiel; es ist nicht so, daß alles getan wird, was getan werden könnte. Vielleicht ändert sich das.

[Beifall bei der AL]

Ein zweites Beispiel sind die Zwangssterilisationen. Auch da ist es einfach horrend, den qualitativen Sprung nicht zu sehen und nicht zu benennen, der zwischen der Weimarer Republik und der Gesetzgebung besteht, die 1933 sehr schnell eingeführt wurde. Der qualitative Sprung liegt nämlich darin, Herr Lummer, daß die Sterilisation als Zwangsmaßnahme eingeführt wurde. Genau zu diesem Gesetz hat der Bundesgerichtshof noch 1956 gesagt, er könne kein nationalsozialistisches Gedankengut erkennen. - Im Jahre 1968 ist zu dieser Thematik eine Petition abgewiesen worden. Der Petitionsausschuß schrieb dazu, daß nach herrschender Ansicht dieses Gesetz kein speziell nationalsozialistisches Gedankengut enthält. - Es ist höchste Zeit, diese Haltung zur Kenntnis zu nehmen und öffentlich zu kritisieren. Dies ist Teil unserer Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, es ist zugleich eine Auseinandersetzung mit der Zeit nach 1945.

Mit den Sinti und Roma ist es genauso. Es stimmt immer halb. Ich muß ein Wort dazu sagen. Es stimmt immer halb mit den Härteregeleungen, die Sie genannt haben. Es ist aber so: 70 % der Fälle sind seit 1980 - seit es diese spezielle Regelung gibt - vom Kölner Regierungspräsidenten - der offenbar diese Fälle bearbeitet - abgelehnt worden. Die Bescheide des Kölner Regierungspräsidenten sind wirklich horrend: Da wird wieder in Frage gestellt, ob die Sinti und Roma überhaupt rassistisch verfolgt wurden. - Es gibt einen speziellen Dispositionsfonds; es gibt wirklich etliches, aber die Frage ist, wie es verwaltet wird. 95 % der Sinti und Roma, die eine rentenähnliche Zahlung aus diesem Fonds beantragt haben, sind abgewiesen worden. Es ist also nicht so rosig, wie es sich anhört, wenn man nur die Regelungen anhört - die klingen manchmal ganz gut. Deswegen meine ich auch nicht, daß wir irgendwelche gesetzliche Änderungen einbringen sollten. Das dauert alles viel zu lange. Deshalb ist die Idee des Härtefonds sinnvoll. Ich habe im Antrag auch eine öffentliche Anhörung mit Vertretern der Verfolgtenverbände vorgeschlagen, mit Experten - natürlich auch des Entschädigungsamts, aber auch mit Leuten, die sich in Berlin speziell damit beschäftigt haben. Es müssen unbürokratische und personenbezogene und für die Betroffenen auch angstfreie Lösungen gefunden werden. Es ist einfach eine ungeheure Zumutung - man spricht von einer Retraumatisierung der Erlebnisse -, daß die Leute ihr Verfolgungsschicksal immer wieder auspacken müssen, schriftlich oder mündlich. Und dann werden ihre Anträge abgelehnt.

[Beifall bei der AL]

Jetzt zu den Kommunisten. Auch dazu sind Herrn Lummers Aussagen leider nur die halbe Wahrheit. Abgesehen davon, daß ich diesen Paragraphen sowieso horrend finde - aber das ist meine persönliche Meinung -, muß man sehen, daß in der Tat die nominelle Mitgliedschaft in der SED nicht als Ausschließungsgrund genügen sollte. Aber Kassierer für die SED, genauer Unterkassierer - ich habe die Gerichtsurteile hier - wurden bereits von der Anerkennung ausgeschlossen und erhielten keine Entschädigung, weil sie ja mehr als nominelle Mitglieder waren. Es geht aber noch weiter: Jemand, der in der VVN aktiv war, ohne in der SEW organisiert zu sein, wurde mit SEW-Aktiven gleichgesetzt, weil die VVN ja eine Unterorganisation sei. Die aktive Arbeit in der VVN genügt in den 50er und 60er Jahren. Ich sage nicht, daß dies heute noch so gehandhabt wird, aber die meisten, die es betraf, sind tot, und wenn jemand rechtskräftig abgewiesen ist, ist es unmöglich, erneut einen Anspruch geltend zu machen. Ich habe hier die Urteile, ich kann Ihnen die Geschäftszeichen sagen, vom Kammergericht, ähnliche vom Bundesgerichtshof, aber ich beziehe mich hier auf das Berliner Kammergericht. Also: VVN-Mitglieder, die nichts weiter gemacht haben, als eben in der VVN mitzuarbeiten, wurden abgewiesen mit der Begründung, sie kämpften gegen

Frau Dr. Schramm

(A) die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Obwohl das, was Herr Lummer vorgetragen hat, als Rechtsgrundsatz immer festgehalten wurde, hat die Auslegung Wege gefunden, das zu umgehen. Ich nenne ein letztes Beispiel. Jede geistige Mitarbeit in der SED z. B. als Stenotypistin genüge, um ausgeschlossen zu werden. Die Arbeit für einen Verlag, der - so die damalige Vorstellung - wie der Dietz-Verlag kommunistische Ziele verfolgt, genüge, um eine Mitarbeiterin auszuschließen. Und so geht die ganze Reihe der Entscheidungen weiter.

Ich möchte noch eines von der grundsätzlichen und auch materiellen Schlechterstellung der Gruppe der Verfolgten bemerken. Einmal wurde schon gesagt, daß es bei den anderen Gesetzen keine Fristen gibt; die Möglichkeit zur Antragstellung läuft immer weiter. Hier liegt eine grundsätzliche Schlechterstellung. Es gibt auch keinen Ausschlußgrund. Das muß man sich einmal klarmachen: Jemand kann sehr belastet gewesen sein durch seine Handlungen im NS-Staat, er wird aber nicht von den Leistungen ausgeschlossen. Das andere ist, daß eine ganz problematische Einordnung vorgenommen wurde. Der ehemalige Verfassungsrichter Hirsch spricht geradezu von einer kapitalistischen Gesetzgebung. Die Personen werden immer analog dem Beamtenstatus eingeordnet. Das hat dann zur Folge, daß jemand, der analog in den einfachen Dienst eingeordnet wird, nur ein Drittel des Betrags als Gesundheitsschadensrente bekommt wie jemand, der als Arzt in die höchste Beamtengruppe eingeordnet wird. Der bekommt dann dreimal so viel. Ich frage mich einfach: Seit wann ist die Gesundheit eines Menschen, die er verloren hat, für den einen oder den anderen klassenmäßig weniger wert als für den anderen?

[Beifall bei der AL und der SPD]

Das scheinen nur Details zu sein, aber es sind keine Details, denn es ist durchgängig so. Ich könnte Ihnen noch viele Beispiele bringen, die Ihnen klarmachen, daß es so einfach mit der guten Versorgung und der Fürsorge gegenüber den Gegnern des Faschismus in unserem Staat nicht gewesen ist. Ich hoffe nur, daß wir einiges davon in Berlin in unbürokratischer Weise unter Beteiligung der Gruppen der Verfolgten bessermachen können.

(B)

[Beifall bei der AL und der SPD]

Alterspräsident Poritz: Das Wort hat nun von der CDU-Fraktion der Abgeordnete Rebsch.

Rebsch (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Jahr anlässlich der 40. Wiederkehr der Beendigung des 2. Weltkrieges in besonderer Weise dieser Tatsache gedacht, und insofern ist selbstverständlich ein Zusammenhang mit der Anfrage und den Anträgen gegeben. Ich glaube, uns allen ist die gemeinsame Gedenkveranstaltung von Abgeordnetenhaus und Senat am 7. Mai mit der Erinnerung an die dunkelste Zeit unserer Geschichte, ihre Folgen, dem Gedenken an die Millionen Opfer überall, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und der Krieg gefordert haben, aber auch mit Mahnungen an Gegenwart und Zukunft noch in frischer Erinnerung - eindrucksvoll verstärkt durch die Gedenkveranstaltung am nächsten Tag im Bundestag. Sowohl der Regierende Bürgermeister als auch der Bundespräsident haben in ihren Ansprachen aller Toten und aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft gedacht, und beide haben ganz bewußt das Schicksal der heute in der Großen Anfrage der AL behandelten „ausgegrenzten und vergessenen Opfer des Faschismus“ - wie es dort heißt - in ihr Gedenken mit einbezogen. Lassen Sie mich wiederholen: Wir haben aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft gedacht, insbesondere der sechs Millionen ermordeter Juden, ebenso wie der Völker, die im Krieg gelitten haben, und wir haben in unser Gedenken die eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft, bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind, ebenso eingeschlossen wie die ermordeten Sinti und die Roma, die getöteten Homosexuellen, die umgebrachten Geisteskranken und die Menschen, die um ihrer religiösen und politischen Überzeugung willen sterben mußten. Ich meine, hier

hat der Bundespräsident für unser Volk Trauer um die Opfer, Anerkennung der Schuld und ihrer Folgen eindrucksvoll und bewegend verbunden; und keine Gruppe wurde - wie auch am Vortrag beim Gedenken durch den Regierenden Bürgermeister hier in Berlin - ausgegrenzt oder vergessen. (C)

Zur Frage - das gebe ich Ihnen gern zu - der Anerkennung und der Entschädigung der Opfer hat Herr Senator Lummer in seiner Beantwortung auf die dürre Rechtslage hinweisen müssen. Sie mag für manchen hinsichtlich des materiellen Leistungsumfangs und auch der Anspruchskriterien nicht weit genug gehen oder unbefriedigend sein, aber auch hier wurde deutlich, daß von Ausgrenzung bestimmter Personengruppen nicht pauschal gesprochen werden kann. Es ist unzutreffend, wenn mit der Begründung der Großen Anfrage der Eindruck vermittelt wird, daß Personengruppen wie die Zeugen Jehovas, Sinti und Roma oder Kommunisten und mit ihnen zusammenarbeitende Menschen einfach von der Anerkennung von materiellen Entschädigungsleistungen ausgeschlossen sind.

[Frau Kiele (AL): Sind Sie eben nicht im Raum gewesen? - Das ist nicht zu glauben: Wir haben gegen die Wand geredet!]

Gedenkveranstaltungen und Erinnerungstafeln - um auch die Anträge mit einzubeziehen - sollen mahnen, aber sie sollen in erster Linie Hinweis und Verpflichtung für die Zukunft sein; und insoweit, Frau Schramm, nehme ich gern den Hinweis auf die Gemeinsamkeit auf: Wir haben uns gemeinsam der Historie, gemeinsam der Schuld und gemeinsam der Verpflichtung für die Zukunft zu stellen - einer Zukunft, die ausschließen soll, daß jemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen wegen benachteiligt werden darf, wie es die Väter des Grundgesetzes im Artikel 3 aufgrund der Erfahrung mit der nationalsozialistischen Herrschaft festgelegt haben. Gerade am heutigen Tag - 36 Jahre nach der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland - können wir feststellen, daß sich dies bewährt hat. Es hat in Deutschland noch nie einen Staat gegeben, der seinen Bürgern mehr demokratische Freiheit und soziale Sicherheit gegeben hätte. Unser demokratisches Gemeinwesen ist eben die Summe der Erfahrungen aus unserer geschichtlichen Entwicklung, also Antwort auf die Vergangenheit und Programm für die Zukunft. Allerdings bleibt der Gesetzgeber aufgerufen, die Intentionen des Grundgesetzes durch entsprechende Gesetze und Verordnungen umzusetzen und auch die gesetzlichen Regelungen den Erfordernissen und den Änderungen anzupassen, die sich im Laufe der Jahre ergeben haben. Wer die Protokolle über die Beratungen der entsprechenden Gesetze aufmerksam gelesen hat, konnte feststellen, daß man sich über alle Parteien hinweg um Ausgewogenheit und gerechte Regelungen bemüht hat. Auch haben - darauf hat der Herr Innensenator bereits hingewiesen - Bundesrat und Bundestag sich mit der möglichen Veränderung von Anschauungen wiederholt beschäftigt, dabei jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie mit dem Bundesentschädigungsschlußgesetz die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts als abgeschlossen betrachten und eine weitere Neuauflage, Erweiterung oder Novellierung zur Zeit nicht in Betracht ziehen. Eines ist allerdings richtig: Sollten Opfer ausgegrenzt werden oder Opfer in Vergessenheit zu geraten drohen,

(D)

[Frau Birkelbach (AL): Sie sind es!]

so sind wir alle aufgerufen. Aber die Wege und die Lösungen hierzu, Frau Schramm, sollten kein Streitobjekt zwischen uns - den im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien - sein; und Einzelfälle, so beeindruckend sie sein mögen, sollten nicht den Grundsatz in Frage stellen.

[Frau Ahme (AL): Beispiele waren das - keine Einzelfälle!]

Politische Meinungsunterschiede, die bei uns im demokratischen Gemeinwesen sogar geboten sind, sollten aber nicht dazu führen, daß wir uns in den Grundauffassungen zu diesen Fragen entzweien.

Rebsch

- (A) In diesem Sinne – so meine ich – sollten wir die Anträge zu b), zu c), zu e) und zu f) in den Ausschüssen erörtern; und die jetzige Formulierung des Antrags zu b) kann sicher ein Beitrag der Erinnerung und der Mahnung sein. Ich darf aber hinzufügen: Entscheidend für das geschichtliche Bewußtsein der Bevölkerung waren noch nie steinerne oder metallene Ehren tafeln oder Denkmale – entscheidend ist der Geist, der ihnen zu diesen Bezügen durch Erziehung, durch Bildung oder auch durch vorgelebte Politik vermittelt wird!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Alterspräsident Poritz: Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Longolius das Wort.

Longolius (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte dazu beitragen, daß die Betroffenheit über die Notwendigkeit dieser Anträge 40 Jahre nach dem 8. Mai 1945 nicht verschüttet wird durch Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen, die mehr dem Tagesgeschäft dienen. Ich will deswegen auch meine Kritik an der Antwort des Senats milde formulieren und zunächst nur darauf hinweisen, daß in beiden Beiträgen der Kollegin Schramm doch wohl nichts geäußert worden ist, was in irgendeiner Weise den Zugang zum Problem und zu gemeinsamen Lösungen erschwert hätte.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Ich habe diese Bereitschaft, auch bei diesem Thema Konfrontation zu versuchen, eher in der Senatsantwort gefunden – und bedauere dies ausdrücklich –, zumindest in der Eröffnungspassage, in der Herr Senator Lummer sich gegen die Kontinuitätsformulierungen gewandt hat, um dann anschließend eine ganze Reihe von Beispielen für Kontinuität aufzuzählen.

[Beifall bei der SPD und der AL]

- (B) Ich erinnere an die weiter fortdauernde Gültigkeit von Gutachten, an die fortdauernde Diskriminierung von Homosexuellen auch nach 1945 und auch an die Ungeheuerlichkeit, der sich eigentlich alle, die damals Politik gemacht haben, schuldig gemacht haben, an die Ungeheuerlichkeit, die Begrenzung auf politische Verfolgung auszusprechen und vorzusehen, als ob jemand, der wegen Homosexualität im KZ umgebracht worden ist, anders zu beurteilen wäre als jemand, der politisch aktiv war; als ob es einen Unterschied macht, ob das Opfer politisch aktiv war oder nicht.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Die Diskussion über diese Kontinuität ist nicht nur wichtig, weil wir hier in einer Fülle von Beispielen, die wirklich für Gruppen stehen, einen neuen Zugang zu ungelösten Fragen suchen müssen, sondern auch, weil das geistige Umfeld, in dem im Nachkriegsdeutschland und dann auch in der Bundesrepublik diese Dinge möglich wurden, nur so deutlich wird – für uns, die wir ja zum größten Teil entweder sehr junglich oder noch gar nicht geboren waren am 8. Mai 1945, und für die, die nach uns kommen. Und diese Diskussion des geistigen Umfeldes nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland ist nicht ein Verstricken in die Vergangenheit oder eine bloße Rückschau, Herr Senator Lummer! Dies ist immer wieder in unserem Land auch für die Bewältigung der Gegenwart wichtig und auch der der Zukunft.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Der Stolz, oder wenn man an den Ursprung dieser Freiheitsrechte denkt, sage ich lieber, die Freude über die Freiheitsrechte des Grundgesetzes, das heute vor 36 Jahren beschlossen wurde, wird wohl dann erst wirklich glaubwürdig, wenn wir allen Elementen der Unfreiheit vorher wirklich ein Ende bereitet haben.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Insofern ist heute auch ein guter Tag, um dieses Thema zu diskutieren. Ich möchte dazu beitragen, daß dieses geistige Umfeld noch ein bißchen deutlicher wird. Da beziehe ich mich auch auf den ersten Beitrag der Kollegin Schramm, die ja allein

(C) schon im Aufbau ihrer Begründung deutlich gemacht hat, daß Betroffenheit eben häufig dann am stärksten entsteht, wenn man nicht allgemein über Unrecht an der Menschheit spricht, sondern über Unrecht an Menschen, da, wo es sich konkret darstellt.

In einer Klinik der Universität Heidelberg wurden im Dritten Reich medizinische Experimente an lebenden Menschen vorgenommen. Der Tod dieser Menschen war von vornherein einkalkuliert, und es waren im wesentlichen Kinder. Einer der Ärzte, die diese bestialischen Experimente vorgenommen haben, machte nach 1945 eine Karriere, die man wohl nur steil nennen kann. Er war besonders als Gerichtsgutachter gefragt und sicher auch gut entlohnt. So lange jedenfalls, bis er im Stammheimer Prozeß gegen Peter Jürgen Boock wegen Befangenheit abgelehnt wurde. Ich kenne jedenfalls keinen Auftrag, den er danach erhalten hat.

Die Heidelberger Staatsanwaltschaft hat erst 1983 ein Ermittlungsverfahren wegen Mordverdachts gegen ihn eingeleitet. Ich muß wohl nicht hinzufügen, daß ein Ergebnis noch nicht vorliegt.

Der Arzt arbeitet weiter in der Universitätsklinik in Heidelberg. Er hat und hatte immer Zugang zu sämtlichen Unterlagen der damaligen Zeit, und ich darf wieder dazusagen, ohne daß es vielleicht notwendig ist, daß seit 1983, nämlich seit der Eröffnung des Ermittlungsverfahrens, ein großer Teil der Unterlagen verschwunden ist.

Ein anderes Beispiel: Einer der schlimmsten Naziverbrecher ist wohl – so sehen wir das bestimmt alle – der Auschwitzarzt Mengele. Wir gehen davon aus, daß er immer noch in relativer Freiheit lebt. Die Untersuchungen gegen ihn, die neuen Bemühungen – immerhin 40 Jahre nach 1945 – sind nicht nur auf deutsches Drängen zustande gekommen. Das ist wohl eher ein Understatement. Wir alle wissen, was er mit seinen Opfern gemacht hat. Die Organe dieser Opfer hat er damals einem Berliner Kollegen geschickt, der sehr wohl wußte, wo sie herkamen. Dieser Berliner Kollege war 1953 ein geachteter Professor an der Universität Münster, über den seine Kollegen ein kurzes Statement verfaßt haben, das mir sehr symptomatisch zu sein scheint für die bürgerliche Anständigkeit, die im Nachkriegsdeutschland sehr schnell wiederhergestellt wurde. Sie sagten: „Es würde uns pharisäerhaft erscheinen, wollten wir aus der heutigen Situation heraus einzelne Vorkommnisse einem Manne als unverzeihliche moralische Belastung anrechnen, der sonst ehrlich und tapfer seinen schwierigen Weg gegangen ist.“ Eine Ungeheuerlichkeit, diese Beschreibung!

(D) Etwa 565 Personen waren als Richter, ehrenamtliche Richter oder Staatsanwälte beim „Volksgerichtshof“ und beim Oberreichsanwalt tätig. Wir haben ja heute schon am Anfang der Sitzung diskutiert, wie schwierig es ist, die Rechtmäßigkeit ihres Wirkens einvernehmlich zu formulieren. Ich formuliere die Unrechtmäßigkeit ihres Wirkens. Eine Bestrafung dieser Leute hat praktisch nicht stattgefunden. 1983 lebten noch 52 von ihnen. Am 3. Mai 1985 konnte ich dem Pressedienst entnehmen, daß der Justizsprecher mitgeteilt habe, es werde gegen 17 von ihnen ermittelt. Dieses Wort muß man wirklich noch einmal aussprechen. Es wird ermittelt! Im Jahre 1985, 40 Jahre nach 1945, in dem Jahr, in dem übrigens, ohne daß ermittelt wird, ehemalige SS-Angehörige im Allgäu tagen und in dem wir große Schwierigkeiten hatten, wenigstens eine verwässerte Fassung eines Gesetzes gegen die Auschwitzlüge im Bundestag zu verabschieden.

Am 11. und 12. Mai waren etwa 400 Berliner Sozialdemokraten in Theresienstadt und Lidice. Dies war unsere Art des aktiven Gedenkens. Im Lager wurde uns nüchtern und ruhig berichtet, wie es den übelsten Bewachern nach dem Krieg erging. Einige wurden dort gefaßt, sie wurden hingerichtet. Andere lebten in der Bundesrepublik, dort durchaus bekannt. Einer zum Beispiel ist erst vor einem Jahr in Westfalen gestorben – zu Hause!

Ich fasse das zusammen: Was nützen unsere Gedenkreden im Abgeordnetenhaus, an Mahnmalen, im Bundestag, wenn

Longolius

- (A) dies alles möglich war, möglich ist und nicht immer wieder unseren Aufschrei provoziert? – Wir waren alle beeindruckt von der Rede, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Bundestag gehalten hat. Die meisten Zuhörer jedenfalls – ich sage, alle Sozialdemokraten – haben das Gefühl gehabt: Dies ist unser Bundespräsident, er spricht uns allen aus dem Herzen.

[Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.]

Ich bitte Sie, beim nächsten Satz ruhig zuzuhören. Willy Brandt, der dort zugehört hat, hat das ganz bestimmt so gedacht. Hinter ihm hat ein Mann gesessen, bei dem die meisten Anwesenden im Plenarsaal des Bundestages wohl ihre Zweifel hatten, ob er diese meine Formulierung auch so unterschrieben hätte. Herr Filbinger, ehemaliger aktiver, geachteter Mann, bei dem sich wohl jede Schulklasse früher gefreut hätte, wenn er mit ihr über die Zeit des Dritten Reiches diskutiert hätte.

Ich glaube, auch dieses gehört zu der Art, wie wir mit den hier vorliegenden Problemen umgehen. Und ich muß auch an seinem Geburtstag – auch wenn er abwesend ist, dann schmerzt es vielleicht nicht so – Herrn Scholz sagen

[Zuruf von Senator Dr. Scholz: Anwesend!]

– Entschuldigung, Herr Scholz, ich nehme das mit Respekt zur Kenntnis an einem solchen Tag –: Wenn Sie sagen, daß wirklich mit allen Mitteln an der Aufklärung gearbeitet werde, daß Sie alle Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, dann ist das entweder nicht richtig oder die Mittel, die Ihnen zur Verfügung stehen, sind so ungenügend, daß wir schleunigst etwas dazu tun sollten, Ihnen andere Instrumente in die Hand zu geben. Wir alle wissen doch, daß diese Liste, die ich hier aufgestellt habe, fortgesetzt werden kann. Uns allen fällt eine Fülle von anderen Beispielen ein.

Die Auseinandersetzung mit den Taten der Deutschen bis 1945 ist eben allzuoft nach 1945 von den Tätern bestritten worden. Und ich sage Ihnen: Der Satz, nach dem auch heute die aktiven Helfer der Unterdrückung oft besser leben als ihre Opfer von damals, war für mich immer die schlimmste Anklage gegen die moralische Integrität unserer Gesellschaft.

[Beifall bei der SPD, der AL und der F.D.P.]

Ich begrüße gerade deswegen den Antrag der Alternativen Liste in Sache Härtefonds und bekenne meine große Betroffenheit, daß wir es zugelassen haben, daß überhaupt Härten entstanden sind, die wir jetzt mit einem solchen Fonds ausgleichen müssen.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Wir Sozialdemokraten werden dies jedenfalls wie bisher zum Anlaß nehmen, immer wieder auch an das geistige Umfeld zu erinnern, in dem dies möglich war, vor dessen Hintergrund die Anträge nötig werden und auch jetzt noch immer nötig sind. Wir haben in der letzten Legislaturperiode eine Anhörung durchgeführt, die uns eine Fülle von ähnlichen Punkten aufgezeigt hat. Und ich sage hier ganz klar: Dies ist für uns keine Nestbeschmutzung, dies ist der Versuch, die Angreifbarkeit des deutschen Namens zu verringern. Wir sind stolz darauf, daß wir angesichts des Widerstandes gegen das Ermächtigungsgesetz ein wenig aufrechter gehen können als andere. Wir sind aber auch beschämt darüber, daß dieser Widerstand nicht kraftvoll genug war.

Ich kann uns alle nur auffordern, die Diskussion des heutigen Tages, die Diskussion in den Ausschüssen und das, was daraus folgt, zum Anlaß zu nehmen, unsere Bemühungen um die Aufarbeitung dieser Vergangenheit, auch der jüngeren Vergangenheit, zu intensivieren. Ich möchte auch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses bitten, die Gesprächsrunde wiederzubeleben, die wir nach den Vorfällen in der Polizeischule – ich glaube, es ist etwa 2 Jahre her – zusammengerufen haben. Damals war Kontinuität vereinbart; sie konnte aus Gründen, die ich nicht kenne, nicht eingehalten werden. Ich glaube, es wird deutlich, daß wir noch sehr viel Betroffenheit zusammentragen müssen, um zu lernen und vielleicht auch selber noch bereiter zu

werden, Dinge aufzuarbeiten, die längst hätten aufgearbeitet werden müssen. Und daß wir Bürger in der Stadt haben, die dazu bereit sind, das haben wir erlebt. Ich meine wirklich, daß wir diese Runde wieder zusammenerufen sollten. Auch dies als ein Ergebnis der heutigen Diskussion.

Die beste Ehrung der Opfer der Gewalttaten ist ganz sicher die schonungslose Auseinandersetzung mit den Tätern und ihren Nachahmern. Wir haben in dieser Stadt in den letzten Jahren eine Reihe von Vorfällen gehabt: Ich erinnere an das Attentat auf das Restaurant „Mifgash“, die Rudel-Glorifizierung bei der Jungen Union Tiergarten, die Polizeischüleraffäre, antisemitische Äußerungen und die Quälereien dort, die ich schon erwähnt habe, die Hofierung der „Deutschen Volksunion“ in einem Berliner Hotel, Waffenfunde, die böse Debatte um den Dietrich-Schäfer-Weg, die wir hoffentlich und endgültig beenden mit der Annahme des vorliegenden Antrages dazu – all das beschreibt unsere Gesellschaft nicht, ich will nicht mißverstanden werden. Aber es bestürzt unsere Gesellschaft auch nicht. Genau in der Mitte muß die Diskussion wohl angesiedelt werden.

Ich möchte noch einige Dinge zu den Anträgen sagen: Der SPD-Antrag zur Umbenennung will den Senat und die Bezirke auffordern, nachzuarbeiten in dem Sinne, wie ich es angesprochen habe. Der Verzicht auf Dietrich Schäfer und andere in Straßennamen ist sicher kein Beitrag zur Geschichtslosigkeit, sondern ist lediglich ein Verzicht auf die Ehrung von Deutschen, die am Weg in das Unglück unseres Volkes beteiligt waren. Die Anträge betreffen insgesamt ja die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte und den Versäumnissen, aus ihr Lehren zu ziehen. Es gibt eine Ausnahme, und ich möchte sie hier, weil sie wohl schwierig und kontrovers ist, ansprechen: Der Antrag der AL, in Zukunft wieder Mitglieder der VVN zu Gesprächen in Schulen zuzulassen. Ich möchte dazu ganz klar folgendes sagen:

1. Wir sollten uns alle miteinander Mühe geben, hier über die Schatten der aktuellen Ost-West-Auseinandersetzung zu springen.

2. Wir müssen immer dabei das Problem im Auge haben, daß natürlich ein Stück Glaubwürdigkeit verlorengeht, wenn man als Widerstandskämpfer, als Verfolgter aus der damaligen Zeit als Zeitzeuge der Verfolgung in die Schulen eingeladen wird, um zu berichten und gleichzeitig damit ein Bekenntnis zu einem System abgibt – jedenfalls doch persönlich verkörpert –, das ähnliche Unfreiheiten den Bürgern aufgelastet hat. Diese Schwierigkeit stellt sich uns Sozialdemokraten natürlich in einem besonderen Maße. Die Geschwindigkeit, mit der die antifaschistische Gemeinsamkeit in den Konzentrationslagern nach dem Kriege zerbrach, hat nicht an uns gelegen. Hier nun wieder Gesprächsbereitschaft zu signalisieren, Dialog zuzulassen, ist für uns nicht einfach. Ich meine aber dennoch, daß der Respekt vor den Verfolgten, die Einsicht auch vor den eigenen Versäumnissen – das Eingestehen der Defizite der letzten 40 Jahre – uns Anlaß geben sollte, hierüber neu nachzudenken. Ich möchte daher mitteilen, daß unsere Fraktion die Diskussion zu diesem Antrag positiv bestreiten wird – mit Blick auf Annahme.

[Beifall bei der AL]

Wir hatten 40 Jahre die Macht, Gutes zu tun, das wiedergutmachen, was moralisch nicht wiedergutmacht werden kann. Die vorliegenden Anträge zeigen, daß wir diese Jahre nur unvollkommen genutzt haben – sie müßten sonst jetzt nicht gestellt werden. Es liegt wohl nicht nur an der Macht, dies zu tun, sondern auch an der Bereitschaft, diese Macht auszunutzen. In diesem Sinne möchte ich an uns alle appellieren.

Ich habe versucht, durch die Wortwahl meines Beitrages das zu unterstützen, diese Anträge schnell, wirksam und nicht so statisch, wie der Senat in seiner Antwort das Thema behandelt hat, auf den Weg zu bringen. Es genügt nicht die Beschreibung der Rechtslage, mit der man Anträge ablehnt. Wir erwarten auch von der Exekutive in einem Parlament die Mitteilung über die eigene Haltung dazu, über Möglichkeiten der Veränderung und Signalisierung von Zustimmung, dort zu helfen, wo immer

Longolius

- (A) noch geholfen werden muß. Die Behandlung dieser Anträge wird ganz sicher der Öffentlichkeit zeigen, wie ernst alle Reden am 8. Mai gemeint waren.

[Anhaltender Beifall bei der SPD und der AL]

Alterspräsident Poritz: Für die F.D.P.-Fraktion hat nun das Wort der Abgeordnete Fabig.

Fabig (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Longolius! Nach Ihnen zu reden ist schwierig, zumal Sie die zentralen Gedanken, die ich gern vorgetragen hätte, ausgesprochen haben. Ich werde dieses Haus verschonen und werde im wesentlichen sagen, daß ich persönlich – und ich denke, auch meine Fraktion – so denke wie Sie.

Wir müssen mit Beschämung bekennen, daß wir 40 Jahre nach dem Krieg, 40 Jahre nach Überwindung des Nationalsozialismus, der Zerschlagung seiner Machtstrukturen diese Probleme, über die wir reden, heute immer noch haben. Das sind die zahlreichen Ungereimtheiten unserer Ordnung – Sie haben es gesagt –, daß die Opfer heute noch leiden und die Mitläufer und die aktiven Mittäter ihre Pensionen verzehren und es ihnen gut geht. Es ist in der Tat so: Wenn es diese vergessenen, ausgegrenzten Opfer, wie es Frau Schramm dargestellt hat, noch gibt – und offensichtlich gibt es sie –, können wir uns mit dem Hinweis auf die dürre Rechtslage nicht abfinden. Wir werden prüfen müssen, wie hier Hilfe zu leisten ist. Und es ist richtig, wenn in der Begründung des AL-Antrages gesagt wird: Eine neue Diskussion mit dem Ziel einer Revision der Entschädigungspraxis und der Wiederherstellung der Würde aller Opfer ist 40 Jahre nach Kriegsende überfällig. Es darf keine Reste von vergessenen Opfern geben. Die Würde jedes Opfers muß anerkannt werden, sie muß hergestellt werden, so daß ich denke, wir sollten uns alle darauf einlassen, daß wir über das, was die AL mit diesem Antrag will, gründlich und tief sprechen, auch Anhörungen machen, und daß das in den entsprechenden Ausschüssen auch geschieht. Welche Lösung da gefunden werden kann, weiß ich nicht. Ich bin der Meinung, es muß Lösungen geben.

(B)

Zur Aufhebung des Verbots, VVN-Mitglieder an Schulen einzuladen: Ich meine – das habe ich in der vorigen Legislaturperiode durch entsprechende parlamentarische Anfragen deutlich gemacht –, daß wir nicht so tun können, als ob es keine kommunistischen Widerstandskämpfer gegeben hat – zum Kuckuck noch einmal! Wenn wir politische Bildung in der Schule machen wollen, dann müssen wir auch die ganze Breite des Widerstandes darstellen. Und was ist mehr Zeiteugenschaft als ein Widerstandskämpfer, der heute meint, er müßte sich in die Nähe von Kommunisten begeben, wenn die Schüler in der Lage sind, ihn zu befragen, warum er das tut. Da muß er sich vielleicht auch auf eine Diskussion einlassen mit Schülern, die entsprechend unserer politischen Bildung zu hervorragenden Demokraten herangezogen worden sind. Ich will nur sagen: Es geht gar nicht darum, der VVN eine Sonderstellung zu verschaffen; es geht darum, auch Mitgliedern dieser Verfolgtenorganisation das Recht zuzugestehen, Zeugnis von ihrem Widerstand auch in der Schule ablegen zu können. Das muß wohl sein.

[Beifall bei der SPD, der AL und teilweise bei der F.D.P.]

Was die Umbenennung von Straßen angeht, habe ich dafür auch große Sympathie. Nur, ich warne vor dem Glauben, daß dieser Antrag überhaupt zu realisieren ist. Wenn ich mir vorstelle, wie das in der Praxis aussehen soll – da setzt sich möglicherweise eine Kommission zusammen aus Senat und Bezirken, und wenn dann angefangen wird, die Liste der Straßen aufzustellen, die man umbenennen müßte – –

[Edel (SPD): Da würde viel zusammenkommen! Sehr viel!]

– Ja, da kommen sicherlich sehr viele zusammen, das ist doch ganz klar. Das wird ein Kampf der Ideologen und der Ideologien,

das sage ich jetzt schon voraus. Also, ich zum Beispiel würde Treitschke auf eine solche Liste setzen.

[Beifall bei der AL]

Ich sage es mal so; das würde bei vielen auf Unverständnis stoßen. Also, vor diesem Antrag möchte ich warnen. Der Appell, das, was ohnehin, wenn ich mich nicht irre, in die Kompetenz der Bezirke gehört, der Appell an die Bezirke, hier mal wirklich zu prüfen und auch die Bürger zu fragen, ob hier nicht Korrekturen angebracht werden müssen, der müßte eigentlich ausreichen. Aber anzunehmen, mit einem solchen Beschluß käme eine lupenreine Lösung zustande, daß wir alle notwendigen oder von vielen für notwendig gehaltenen Straßenumbenennungen wirklich schaffen, da habe ich meine Zweifel. Im Prinzip ist dieser Antrag sicher gutgemeint; er wird aber nicht zu realisieren sein.

Daß wir den Anträgen zur Anbringung von Erinnerungstafeln zustimmen wollen, das ist klar und findet wohl auch die Zustimmung der breiten Mehrheit dieses Hauses.

Zum Schluß noch einmal auf den Anfang zurück: Es darf keine ausgegrenzten und vergessenen Opfer des Faschismus geben. Wir sollten in den entsprechenden Ausschüssen sehr sorgfältig und sehr aufmerksam prüfen und diskutieren, um hier eine Lösung zu finden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der F.D.P., der CDU, der SPD und vereinzelt der AL]

Alterspräsident Poritz: Das Wort für die AL hat nunmehr der Abgeordnete Schenk.

Schenk (AL): Meine Damen und Herren! Ich will noch einmal etwas sagen zu der Stellungnahme des Senats durch Herrn Lummer, die mich insoweit betroffen gemacht hat, als sie den Problemen, denen die Verfolgten des Naziregimes ausgesetzt waren bei ihrem Kampf um eine wirklich moralische und materielle Wiedergutmachung, leider nicht gerecht geworden ist, sondern nach meiner Auffassung die ganzen politischen und menschlichen Dramen nicht berücksichtigt, die sich – verursacht durch unser im Rahmen des Grundgesetzes durchaus demokratisch strukturiertes System – trotzdem haben einschleichen können auf Kosten dieser Menschen. Das heißt: Wir haben hier zu untersuchen, daß diese Menschen tatsächlich zum zweitenmal trotz demokratischer Grundrechte und trotz Grundgesetz Opfer waren, Opfer einer kalten Bürokratie, Opfer von Gesetzen, die ungleich behandelt haben; die Kollegin Schramm hat das dargestellt. Deswegen ist der Hinweis, daß wir in der freiesten Republik leben, die dieses Deutschland in seiner Geschichte je hatte, in diesem Zusammenhang ein Nebel. Niemand bestreitet, daß wir demokratische Grundfreiheiten haben, die uns auf keinen Fall wieder weggenommen werden dürfen. Aber die Existenz dieser demokratischen Grundfreiheiten alleine konnte es nicht verhindern, daß Opfer des Faschismus wieder diskriminiert wurden. Darum ging es in der Anfrage.

[Beifall bei der AL]

Es ging nicht darum, sozusagen selbstgerecht darauf zu verweisen, na ja, wir, die Nachkriegsgeneration, Herr Lummer, haben mal nach 1945 kräftig wieder angepackt, und wir haben das mal in Ordnung gebracht; „anständig durchgesetzt“ – das war Ihr Begriff. Der Begriff des Anständigen in diesem Zusammenhang, der kommt mir bekannt vor, den hat Herr Dregger in einem anderen Zusammenhang verwendet. Das war eben gar nicht so anständig, wie mit diesen Menschen umgegangen wurde, sonst brauchten wir hier nicht darüber zu diskutieren. Vieles war moralisch äußerst unanständig, und dafür haben wir uns vor diesen Opfern und vor diesen Widerstandskämpfern heute – auch 40 Jahre danach – noch zu entschuldigen.

[Beifall bei der AL und vereinzelt bei der SPD]

Der zweite Punkt: Ich glaube, daß die materielle Wiedergutmachung natürlich extrem wichtig ist. Aber ich glaube, daß gerade die Widerstandskämpfer aller politischen Gruppen und jedweder politischen Couleure am meisten doch in beiden deut-

Schenk

- (A) schen Staaten darauf warten, daß politisch dafür gesorgt wird, daß sich eben keine Kontinuitäten mehr entwickeln können. Das ist die beste Wiedergutmachung für die Geschichte des deutschen Volkes und für die Zukunft und für die Gegenwart. Da bin ich allerdings der Auffassung, daß es eine Unzahl von Kontinuitäten – leider Gottes! – gibt, weil eben auch die Nazis nicht am 30. Januar 1933 wie die kleinen braunen Unwesen aus dem Weltall hier eingefallen sind, sondern dafür gab es Wurzeln, dafür gab es Traditionen, die überhaupt so etwas wie Nationalsozialismus in Deutschland möglich gemacht haben. Ein Teil dieser Traditionen und Wurzeln existiert in beiden deutschen Staaten nach wie vor fort, was nicht heißt, daß unmittelbar ein Faschismus vor der Tür steht; aber als Traditionen, als Denkmuster existieren sie fort. Diesen Kontinuitäten muß man sich ebenfalls stellen, und man muß vor ihnen warnen, damit man Gegenwart bewältigen kann im demokratischen Sinne. Da allerdings bin ich etwas gegen die Verwischung der Gegensätze und der Hinweise auf die tiefe Betroffenheit. Da bin ich für eine politische und kontroverse Debatte.

Auch Sie, Herr Lummer, stellen für mich in einem Teil Ihrer politischen Praxis, in einem Teil Ihrer politischen Äußerungen, wenn es zum Beispiel um die Produktion von Sündenböcken und Feindbildern geht, um Reden über die Ursachen von Arbeitslosigkeit, die den Ausländern Ihrerseits angelastet werden, auch da sehe ich ein Stück geistiger, ideologischer Kontinuität, die Sündenböcke produziert. Und wenn man davor nicht rechtzeitig genug warnt, könnte ähnliches passieren. Wir wollen das verhindern!

[Beifall bei der AL – Rösler (CDU): Unerhört!
Schämen Sie sich!]

Man muß das in diesem Zusammenhang sagen.

Ich möchte noch auf eine weitere Kontinuität hinweisen, die niemand hier erwähnt hat, und eine Bitte an das Haus richten: Es gibt eine Kontinuität, die mit fünf Buchstaben formuliert ist. Sie heißt Flick! Die hat in diesem Zusammenhang niemand erwähnt. Ich möchte das Haus hier auffordern, sich in einer der nächsten Sitzungen – das ist eine Bitte an alle Fraktionen –, zu überlegen, ob dieses Haus hier nicht einen gemeinsamen Appell an diesen Konzern losläßt, der den Inhalt hat, daß das Haus Flick endlich moralische und materielle Wiedergutmachung an den von ihm ausgenutzten jüdischen Zwangsarbeitern leistet.

[Beifall bei der AL]

Auch hier hätten wir eine politische und moralische Verpflichtung, diese Dinge beim Namen zu nennen.

Ich möchte abschließend etwas zur VVN sagen: Jeder weiß, daß die politische Haltung und Position der offiziellen VVN auf keinen Fall die ist, die ich gut finde. Ich bin aber als Lehrer und als politischer Mensch dafür, daß auch VVN-Mitglieder jederzeit in die Schule kommen können und mit den Schülern – genauso wie die Leute vom Bund der Verfolgten des Naziregimes – reden können. Ich glaube, daß dabei folgendes passieren wird: Wenn es uns gelingt, glaubwürdig die Schüler davon zu überzeugen, daß antifaschistische – demokratische Wertorientierungen, für die damals Widerstandskämpfer in die Konzentrationslager gegangen sind und hingerichtet wurden, wenn die Schüler diese als glaubwürdig annehmen, weil sie von Lehrern und von Menschen in dieser Gesellschaft glaubwürdig vorgelebt werden, dann werden sie auch diese Menschen aus der VVN befragen, wie sie denn antifaschistisch-demokratische Wertorientierungen auf die heutige Gegenwart bezogen praktizieren. Für mich heißt das, daß ich der festen Überzeugung bin, daß man diese Wertorientierungen nicht ins Museum stecken kann, sondern daß auch Schüler sie anwenden, auf heutige Ungerechtigkeiten anwenden. Ich bin sicher, daß dann auch die Unterdrückung, die in Osteuropa herrscht, die nicht vergleichbar ist mit Faschismus, aber es ist eine Unterdrückung der Menschenrechte, daß selbstverständlich kritische Schüler da sein werden, die Menschen aus der VVN auch daraufhin befragen werden. Da bin ich ganz sicher, oder wir trauen unserer Bildung, unserem Bildungssystem offenbar bei der CDU überhaupt nicht.

Ich glaube, daß dann folgendes passieren wird: Der falsche Schulteranschlag bei manchen VVN-Menschen, nämlich aufgrund der Verfolgung nicht auch Selbstkritisches einzugestehen, der könnte an diesem Punkt ein Stück weit aufgebrochen werden. Das wäre auch ein Vorteil; denn das wäre ein Stück weit Überwindung der unseligen Ost-West-Konfrontation, die uns erheblich bei der glaubwürdigen Aufarbeitung des Faschismus behindert.

[Beifall bei der AL]

Präsident Rebsch: Meine Damen und Herren! Ich möchte feststellen, daß die Große Anfrage ihre Erledigung gefunden hat. Wir kommen zu den Abstimmungen aufgrund der Empfehlungen des Ältestenrats. Wir stimmen zuerst ab über den AL-Antrag über Aufhebung des Verbots, VVN-Mitglieder an Schulen einzuladen, und zwar soll dieser Antrag an den Ausschuß für Schule und Sport überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr, so beschlossen!

Nun stimmen wir ab über den AL-Antrag über Einrichtung eines Härtefonds für Opfer des Nationalsozialismus. Dieser Antrag soll an den Hauptausschuß überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke, so beschlossen!

Dann kommen wir zu dem Antrag über Erinnerungstafel im Rathaus Schöneberg. Während wir die Absätze 1 und 2 des Ursprungsantrags in der Fassung des ersten Änderungsantrags sofort zur Abstimmung stellen, muß Absatz 3 des Ursprungsantrags in der Fassung des zweiten Änderungsantrags, weil er haushaltsmäßige Auswirkungen hat, an den Hauptausschuß überwiesen werden. Ich stelle jetzt die Absätze 1 und 2 des Ursprungsantrags in der Fassung des ersten Änderungsantrags zur Abstimmung. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr, einstimmig so beschlossen! Wer jetzt den Absatz 3 in der von mir genannten Fassung in den Hauptausschuß zu überweisen wünscht, den bitte ich auch um das Handzeichen. – Danke sehr, so beschlossen!

Nunmehr stimmen wir ab über den Antrag über Erinnerungstafel im Reichstag, und zwar über den AL-Antrag, Drucksache 10/54, unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der vier Fraktionen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr, ebenfalls einstimmig!

Nun noch die Abstimmung über die Überweisung des SPD-Antrags über Umbenennung von Straßen Berlins. Wer hier wie vorgeschlagen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr, so beschlossen!

Lfd. Nr. 6, Drucksache 10/50:**Große Anfrage der Fraktion der AL über verbotene „Probearbeit“ von Schülern aus Abgangsklassen**

Hier macht der Senat von seinem geschäftsordnungsmäßigen Recht Gebrauch, die Große Anfrage erst in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Wir kommen nunmehr zu den zurückgestellten Wahlen zu den Kuratorien.

Lfd. Nr. 7, Drucksache 10/19:**Wahl von zwölf Personen zu Mitgliedern sowie Wahl von zwölf weiteren Personen zu Ersatzmitgliedern des Kuratoriums der Stiftung des öffentlichen Rechts Lette-Verein**

Es werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Herr Abgeordneter Adler,
Herr Abgeordneter Krüger,
Herr Abgeordneter Palm,
Herr Wilhelm Kabus,
Herr Volker Martini,
Herr Dr. Gerhard Eiselt

(C)

(D)

Präsident Rebsch

- (A) von der Fraktion der SPD:
 Frau Abgeordnete Frohnert,
 Frau Abgeordnete Korthaase,
 Frau Abgeordnete Schneider,
 Herr Dieter Schaeffer,
 Westendallee 68, 1000 Berlin 19;
- von der Fraktion der AL:
 Herr Abgeordneter Schenk;
- von der Fraktion der F.D.P.
 Frau Dr. Ella Barowsky.
- Zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Frau Abgeordnete Blankenburg,
 Herr Abgeordneter Bode,
 Herr Abgeordneter Hapel,
 Herr Abgeordneter Lobermeier,
 Herr Abgeordneter Schütze,
 Herr Dr. Alfred Hüllen;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Abgeordneter Bayer,
 Herr Abgeordneter Dr. Ferberg,
 Herr Abgeordneter Schürmann,
 Frau Ursula Leyk,
 Tautenburger Straße 46, 1000 Berlin 46;
- von der Fraktion der AL:
 Herr Abgeordneter Haberkorn;
- von der Fraktion der F.D.P.:
 Herr Abgeordneter Fabig.
- (B) Wer diese Damen und Herren wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen so gewählt!

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 8, Drucksache 10/24:

Wahl von je drei Personen zu Mitgliedern und Wahl von je drei weiteren Personen zu Ersatzmitgliedern der neu zu bildenden Kuratorien an den Fachschulen des Landes Berlin

- Es werden vorgeschlagen zu Mitgliedern an der Staatlichen Technikerschule Berlin von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Führer,
 Herr Abgeordneter Tietze;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Rudolf Glagow,
 Kurfürstenstraße 4, 1000 Berlin 42;
- zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Günter Schmidt,
 Herr Klaus-Ulrich Reipert;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Abgeordneter Stach.
- Zu Mitgliedern an der Staatlichen Fachschule für Optik und Fototechnik Berlin werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Kurt Runge,
 Herr Henning Lemmer;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Abgeordneter Jürgen Wagner;

- zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Frau Nikola Greiff,
 Herr Abgeordneter Dr. Neuling;
- von der Fraktion der SPD:
 Frau Abgeordnete Doris Schneider.
- Zu Mitgliedern an den Staatlichen Fachschulen für Lebensmitteltechnik und für Hauswirtschaft Berlin werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Krüger,
 Herr Abgeordneter Braun;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Horst Kollat,
 Stegeweg 19, 1000 Berlin 51;
- zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Jürgen Ulzen,
 Herr Günter Elsner;
- von der Fraktion der SPD:
 Frau Ingeborg Renner.
- Zu Mitgliedern an der Staatlichen Fachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Gierich,
 Herr Klaus Gehrmann;
- von der Fraktion der SPD:
 Frau Abgeordnete Brinckmeier;
- zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Giesel;
- von der Fraktion der SPD:
 Frau Hannelore Besser,
 Conradstraße 12, 1000 Berlin 27.
- Wir kommen zu den Mitgliedern an der 1. Staatlichen Fachschule für Erzieher. Es werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Lesnau,
 Herr Abgeordneter Dr. Franz;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Abgeordneter Stange;
- zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Krüger,
 Herr Abgeordneter Dr. Ewers;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Abgeordneter Kern.
- Zu Mitgliedern an der 2. Staatlichen Fachschule für Erzieher werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Tiedt,
 Herr Michael Heinschke;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Abgeordneter Stach;
- zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:
- Herr Abgeordneter Ewers,
 Herr Jürgen Ulzen;
- von der Fraktion der SPD:
 Herr Horst Kollat,
 Stegeweg 19, 1000 Berlin 51.

Präsident Rebsch

(A) Zu Mitgliedern an der Staatlichen Fachschule für Gartenbau werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Herr Abgeordneter Krüger,

Herr Klaus-Ulrich Reipert;

von der Fraktion der SPD:

Frau Abgeordnete Schneider;

als Ersatzmitglieder werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Herr Abgeordneter Hapel,

Herr Günter Elsner;

von der Fraktion der SPD:

Herr Abgeordneter Staffelt.

Zu Mitgliedern an der Staatlichen Fachschule für Bekleidungstechnik und Bekleidungsgestaltung werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Herr Abgeordneter Jewarowski,

Herr Abgeordneter Krüger;

von der Fraktion der SPD:

Frau Abgeordnete Korthaase;

zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Herr Abgeordneter Kittner,

Herr Abgeordneter Heide;

von der Fraktion der SPD:

Frau Abgeordnete Brinckmeier.

Zu Mitgliedern an den Staatlichen Fachschulen für Altenpflege und für die berufsbegleitende Erzieherausbildung werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Frau Abgeordnete Schmid-Petry,

Herr Günter Elsner;

von der Fraktion der SPD:

Herr Abgeordneter Kern;

zu Ersatzmitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU:

Herr Abgeordneter Krüger,

Herr Michael Heinschke;

von der Fraktion der SPD:

Frau Abgeordnete Schneider.

Wer diesen Vorschlägen seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen so beschlossen!

Lfd. Nr. 9, Drucksache 10/28:**Wahl des Richterwahlausschusses**

Hier wird das Wort in der Beratung gewünscht. Bitte sehr, Frau Kollegin!

Frau Künast (AL): Herr Wronski hat gerade gesagt: Mein Gott! – Ich hoffe, es stört ihn nicht zu sehr, daß ich hier rede, und es nimmt Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch. Ich bin noch jung, Herr Wronski; ich habe gute Ohren.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! „Berufsverbote“ ist ein Stichwort, das im Zusammenhang mit dem Richterwahlausschuß fallen muß. Ich finde diesen Beitrag gerade auch wegen der Anträge wichtig, die vorhin hier diskutiert worden sind. Es geht um eine neue Art von Berufsverboten, und zwar derart, daß Bewerber nicht mehr mitgeteilt bekommen, sie würden wegen bestimmter Parteizugehörigkeit nun nicht zum Richter berufen werden, sondern es hat sich in den letzten Jahren eine neue Art von Berufsverboten eingeschlichen.

[Buwitt (CDU): Nichtgewählte Bezirksstadträte!]

(C) – Warten Sie ab, noch ist das nicht zu Ende! – Es hat sich eine neue Art von Berufsverboten etabliert, die schleichend läuft, die man nicht sofort erkennt, weil die einzelnen Bewerber nur eine Mitteilung bekommen: Leider waren andere Bewerber qualifizierter; Sie konnten deshalb nicht berufen werden; Sie konnten deshalb nicht eingestellt werden. – Es ist aber in vielen Fällen ein offenes Geheimnis, was da tatsächlich hintersteckt. Jeder, der sich ein bißchen im öffentlichen Dienst auskennt, weiß, daß es solche Fälle gibt. Es ist oftmals auch so, daß abgelehnte Bewerber, selbst wenn sie von anderen Mitarbeitern Mitteilung darüber bekommen haben, warum sie in Wirklichkeit abgelehnt worden sind, sich nicht trauen, diese öffentlich zu benennen, weil es oft so ist, daß die Zeugen nicht die Bereitschaft haben, öffentlich zu bekennen. Das hätte ja auch sonst wiederum Auswirkungen auf deren Arbeitsplatz. Es ist auch so, daß die Öffentlichkeit von diesen Berufsverboten immer weniger Notiz nimmt. Ein Grund dafür ist unter anderem sicher auch, daß die Berufsverbote-Bewegung vorbei ist, und ein anderer ist eben das genannte Klima der Angst.

In dieser Grauzone bewegt sich auch der Richterwahlausschuß. Ich möchte Ihnen ein aktuelles Beispiel nennen: Es hat vor kurzem einen Bewerber für das Arbeitsgericht gegeben. Er wollte zum Richter auf Probe berufen werden. Bei Herrn Wronski fand ein Vorstellungsgespräch statt, das im Ergebnis auch positiv verlief. Er wurde also vorgeschlagen. Zwischengeschaltet war noch mal, daß Materialien des Verfassungsschutzes vorlagen. Der Grund war eine weit zurückliegende Kandidatur für die SEW, womit wir wieder beim vorangegangenen Thema, dem Sie doch alle aufmerksam zugehört haben, nämlich Behandlung von Minderheiten und Andersdenkenden sind. Es hat eine anderthalbstündige Anhörung gegeben. Herr Wronski hat diese Person dem Richterwahlausschuß vorgeschlagen, weil die Bedenken nach dieser Anhörung inzwischen ausgeräumt waren. Der Richterwahlausschuß hat auch positiv votiert. Es stand also der Ernennung zum Richter auf Probe eigentlich nichts mehr im Wege, so wie es üblich ist vor der Ernennung durch den Senat, wenn diese beiden Schritte schon erfolgt sind. Dann bekommt der Bewerber auch schon die Ladung zum Vereidigungstermin, weil eigentlich nichts weiter mehr zu tun ist. In diesem Fall war es anders. In diesem Fall trifft das Wort vom Berufsverbot mal wieder zu. Für die Herren Wronski und Oxfort, der nun da unten sitzt, für die hatte der Verfassungsschutz noch lange nicht ausreichend und gründlich genug gearbeitet. Wer da noch seine Finger drin hat, wird vielleicht ewig im Dunkeln bleiben, es kommen sicherlich auch noch andere Personen in Betracht. Ausgegraben wurde nämlich noch etwas anderes, was der Verfassungsschutz möglicherweise auch schon hatte, nämlich ein Wahlauftrag für die SEW von 1975, den der Bewerber unterschrieben haben soll. Die Betonung liegt auf „soll“, er bestreitet dies nämlich, und so geht es durchaus auch anderen Personen, die unter diesem Auftrag stehen. Herr Wronski und Herr Oxfort gaben sich nachfolgend die Ehre, beim Richterwahlausschuß zu erscheinen – dies geschieht auch nicht alle Tage, oftmals schickt man da andere Personen hin.

(D) Dann kam das wirklich Makabre, der Richterwahlausschuß hat ein zweites Mal votiert. Es ist bisher vielen, die sich mit diesem Fall beschäftigt haben, unerklärlich, wie es überhaupt zu einem solchen zweiten Votum kommen konnte, weil nämlich weder das Berliner Richtergesetz noch die Richterwahlordnung vorsieht, daß der Richterwahlausschuß überhaupt die Möglichkeit hat, ein Votum zurückzunehmen. Es ging wie immer aus: Der Bewerber erhielt das Schreiben: „Leider liegt die notwendige Zustimmung des Richterwahlausschusses nicht vor. Sie können deshalb nicht zum Richter berufen werden.“ Das ist genau die Art von Berufsverbot, wie sie in vielen anderen Institutionen in dieser Stadt auch stattfindet. Ich habe da auch einige wirklich sehr unerquickliche Situationen bereits „genossen“. Das fängt ja teilweise auch schon viel früher an. Ich hatte in meiner Referendarzeit auch die Freude, in der Senatsverwaltung für Justiz auf einer Referentenbesprechung Stein des Anstoßes zu sein. Da hat man nämlich bewußt gesucht, ob man mir nicht irgendein Strafverfahren nachweisen konnte, weil: „Die

Frau Künast

(A) Frau Künast von der AL wollen wir ja nicht haben! In der Abteilung V haben sich da einige Menschen Mühe gemacht, ein bißchen herumzutelefonieren.

Es gibt aber noch einen anderen Problemkreis beim Richterwahlausschuß, nämlich nicht nur dieses schleichende Berufsverbot, sondern die Tatsache, daß der Richterwahlausschuß in der letzten Zeit bei Berufungen massiv bremst. Das hat etwas damit zu tun, daß die Juristenausbildungsordnung geändert wurde. Nunmehr werden die Stationsnoten, also die praktischen Noten, nicht mehr angerechnet. Das hat dazu geführt, daß sich die Noten der Juristen nach dem zweiten Staatsexamen verschlechtert haben. Es ist ja auch der Presse zu entnehmen, daß selbst das Justizprüfungsamt demnächst mit Zensuren etwas kulanter verfahren will. Es ist mir nur unerklärlich, wie man das macht, denn es sind ja angeblich alles unabhängige Prüfer, aber es wurde in der Presse so mitgeteilt.

Der Richterwahlausschuß besteht aber immer noch auf zwei vollbefriedigenden Examen. Dafür gibt es aber wegen der schlechten Notengebung überhaupt keine ausreichenden Kandidaten in Berlin. Ich möchte nur mal kurz hinweisen auf Niederachsen. Da läuft die Einstellung zu den ordentlichen Gerichten, in die ordentliche Gerichtsbarkeit so, daß es reicht, im zweiten Examen ein gutes befriedigendes Examen zu haben. Das Wort „Juristenschwemme“ ist sicherlich für alle von Ihnen kein Fremdwort. Der Richterwahlausschuß sieht das anscheinend überhaupt nicht, sondern meint, daß, wenn die Prüfungsordnungen verschärft werden, er diese Verschärfung noch munter fortführen kann.

Ich will Sie jetzt in Ihren Gesprächen nicht weiter stören, sondern langsam zum Ende kommen. Für uns ist wie in den anderen Gremien auch klar, daß wir den Vorschlägen so lange nicht zustimmen werden, wie nicht alle im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien ein Grundmandat haben. Und wir werden diesem Richterwahlausschuß-Vorschlag schon deshalb nicht zustimmen, weil er unseres Erachtens überhaupt nicht repräsentativ ist für die diversen vorhandenen Strömungen, die es selbst in der Richterschaft gibt. Der Richterwahlausschuß ist zur Zeit nichts anderes als ein Mittel einer doppelten Sperre - kann man sagen. Durch den Richterwahlausschuß ist es im wesentlichen nur möglich, als Konservativer zum Richter berufen zu werden. Und dadurch, daß nur Konservative die Möglichkeit haben, zum Richter berufen zu werden, ist auch die Richterschaft nicht in der Lage, auf die Vorschlagsliste für die ordentlichen Mitglieder jemals fortschrittliche Richter setzen zu lassen. - Berufsverbote!

[Beifall bei der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Finkelnburg.

Dr. Finkelnburg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier sind zwei Themen angeschnitten worden: erstens das Grundmandat im Richterwahlausschuß und zweitens - und damit möchte ich beginnen, weil die Frau Kollegin auch damit begonnen hat - sogenannte „Berufsverbote“ durch den Richterwahlausschuß. Zu diesem Thema etwas zu sagen, nämlich das zu sagen, was hier als Antwort eigentlich hingehört, ist für mich etwas schwierig, weil die Mitglieder des Richterwahlausschusses - ich gehöre dem Ausschuß seit sechs Jahren an - einer Schweigepflicht unterliegen und ich daher nicht mit diesem Freimut über Intimitäten dieses Ausschusses reden kann, wie es hier mit falscher Akzentsetzung geschehen ist. Ich fühle mich aber verpflichtet, hier einige grundsätzliche Dinge über die Tätigkeit dieses Ausschusses zu sagen. Erstens: Daß wir in Berlin eine Richterschaft haben, die in hoher qualitativer Weise ihre Aufgaben erfüllt, verdanken wir nicht zuletzt der Arbeit dieses Richterwahlausschusses.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Ein Richter ist nach dem Gesetz nicht nach irgendwelchen parteipolitischen Eventualitäten auszuwählen, sondern ausschließlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung.

[Helms (AL): Genau! - Beifall bei der AL]

Und der Richterwahlausschuß hat, getragen von allen Parteien, die dort ihre Arbeit leisten, sich bisher ausschließlich an diesen Kriterien orientiert. Der Richterwahlausschuß hat auf diese Weise dazu beigetragen, daß die Berliner Justiz im ganzen Bundesgebiet einen hohen Leistungsstandard aufweist, und wir werden alles dazu beitragen, daß dies erhalten bleibt.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Der Richterwahlausschuß hat zweitens dafür zu sorgen, und zwar - ich werde das nachher im einzelnen noch ausführen - in Vertretung des Volkes, das seine Mitglieder wählt, und des Volkes, in dessen Namen Recht gesprochen wird, daß in die Berliner Richterschaft nicht Personen hineinkommen, die unter sachfremden Motiven ihr Amt ausüben. Es dürfen auch nicht Leute in diese Berliner Justiz hineinkommen, die sich mit Angaben bei einem Senator vorstellen, die sich hinterher als unvollständig erweisen.

[Frau Künast (AL): Es gibt doch den Verfassungsschutz!]

Und in Fällen, in denen der Richterwahlausschuß, von dem Senator unterrichtet, auf der Grundlage von Tatsachen entscheidet, die sich hinterher - konkreter darf ich das leider nicht sagen - in ganz wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen, in solchen Fällen hat der Richterwahlausschuß nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, seine Entscheidung erneut zu überdenken.

Damit steht der Berliner Richterwahlausschuß nicht allein. Das Bundesverfassungsgericht hat sich bereits in den 60er Jahren mit einem genau parallel liegenden Fall zu befassen gehabt, in dem einem Richterwahlausschuß unrichtige, unvollständige Angaben zur Person vorgelegt wurden und hinterher sich nach seiner Entscheidung herausstellte, daß es wesentliche andere Umstände gab. Der dortige Richterwahlausschuß - es war das Land Hessen, das Sie ja sicher favorisieren - hat daraffin seine Entscheidung aufgehoben. Das ist über die Verwaltungsgerichtsbarkeit bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen, und das Bundesverfassungsgericht hat die Entscheidung des Richterwahlausschusses bestätigt und seine Pflicht festgestellt, Entscheidungen zu korrigieren, die auf falscher Tatsachengrundlage getroffen wurden. Es war deswegen zu korrigieren - und jetzt komme ich gleich zum nächsten Thema, Grundmandat -, weil die Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen und nur dem Gesetz verpflichteten Rechtspflege und Gerichtsbarkeit die verfassungsrechtliche Aufgabe dieser Ausschüsse ist.

Die Auswahl von Richtern in einem Rechtsstaat ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben, die ein Staat zu erfüllen hat. Sie ist deswegen so wichtig - ich möchte das näher ausführen -, weil die Richter die Aufgabe haben, über die Freiheit des Bürgers zu wachen und die Verwaltung zu kontrollieren. Diese wichtige rechtsstaatliche Funktion kann eine Richterschaft nur erfüllen, wenn sie aus unabhängigen Persönlichkeiten besteht. Deswegen haben parteipolitische Gesichtspunkte bei der Wahl von Richtern nichts zu suchen. Wir wollen keine Richter, die unter parteipolitischen Gesichtspunkten ausgesucht werden, sondern wir wollen Richter, die sich ausschließlich unter fachlichen Gesichtspunkten ihrer Wahl stellen.

In Berlin ist diese Aufgabe übertragen worden dem Justizsenator, bei der Arbeitsgerichtsbarkeit dem Arbeitssenator, zusammen mit dem Richterwahlausschuß. Beide wirken zusammen in der Weise, daß weder die Exekutive uns einen Richter aufzwingen kann noch der Richterwahlausschuß die Exekutive veranlassen kann, einen Richter zu wählen. Das heißt, wir brauchen das Zusammenwirken beider. Dieses ist ein ganz ausgewogenes System, das dazu da ist, die Unabhängigkeit der Richter zu sichern, ein System, das sich in Berlin bestens bewährt hat.

Dieser Richterwahlausschuß, über dessen Besetzung wir im Augenblick sprechen, besteht aus 12 Mitgliedern, von denen sechs Mitglieder aus der Rechtspflege kommen, das heißt fünf Richter und ein Anwalt, und sechs Mitglieder, das ist unser konkretes Thema, die vom Parlament gewählt werden. Dies wieder-

Dr. Finkelnburg

- (A) um ist Ausdruck dieser Ausgewogenheit, das heißt, die sechs vom Parlament gewählten Abgeordneten bzw. Vertreter können dem Richterwahlausschuß keine Entscheidung aufzwingen gegen den Willen der sechs Vertreter aus der Rechtspflege, und diese können nichts ausrichten gegen den Willen der Vertreter, die das Parlament entsandt hat. Da sehen Sie wieder dieses System der Ausgewogenheit zur Sicherung der Unabhängigkeit der Rechtspflege, die für uns das allererste Prinzip in diesem ganzen Themenkreis ist. Und weil Sie diesem Gesetz entnehmen können, daß parteipolitische Gesichtspunkte dort nichts zu suchen haben, sind die Vertreter, die das Abgeordnetenhaus dorthin entsendet, auch nicht Vertreter ihrer Partei, einer Partei, sondern sie sind Vertreter des Volkes, das uns alle gewählt hat und in dessen Namen Recht gesprochen wird. Die Mitglieder des Richterwahlausschusses haben ihre Aufgabe auch immer in diesem Sinne gesehen.

Aus diesem Grunde sind wir mit aller Entschiedenheit gegen ein Grundmandat, denn wenn wir ein Grundmandat einführen, wenn wir ins Gesetz schreiben würden, daß jede Partei im Richterwahlausschuß vertreten sein muß, dann würden wir den Eindruck suggerieren, als hätten parteipolitische Belange im Richterwahlausschuß etwas zu suchen. Das haben sie eben nicht!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Deswegen wollen wir dort sechs Vertreter haben, die sich als Vertreter des Volkes und nicht der Parteien empfinden, und wollen nicht diesen bis ins letzte gehenden Proporz, dessen Ausdruck ein Grundmandat ist. Wir meinen daher, daß die jetzige Regelung die richtige ist, um die Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Longolius: Das Wort hat noch einmal Frau Künast.

- (B) **Frau Künast (AL):** Also, Herr Finkelnburg, Ihren Beitrag zu diesem Punkt, man müsse Parteipolitik im Richterwahlausschuß verhindern, finde ich schlechthin lächerlich. Sie wollen mir hier doch wohl nicht verkaufen

[Zurufe von der CDU]

– Sie wissen um die vielseitige Bedeutung des Begriffs „verkaufen“? – Dankel –, daß, wenn nach d'Hondt nur bestimmte Parteien ihre Vertreter entsenden, und zwar auch Abgeordnete, die Mitglieder einer Partei sind, damit Parteipolitik im Richterwahlausschuß verhindert wird. Es ist unter meinem Niveau, mich damit groß auseinanderzusetzen.

Der nächste Punkt: Es handelt sich hier doch wohl nicht um einen Fall falscher Tatsachengrundlage. Der Bewerber – das habe ich vorhin erklärt, und ich weiß, daß Sie den Fall bestens kennen – hat ja gerade bestritten, daß er diesen Wahlaufuf unterzeichnet hat. Ich habe auch gesagt, daß das auch andere Personen bestritten haben, deren Namen dort draufstehen. Es hätte dem Richterwahlausschuß sicher gut angestanden, nachzuprüfen, wie es zu den Unterschriften quasi der gesamten Aktion, die da möglicherweise jemand einfach so runtergesetzt hat, gekommen ist, und es hier nicht einfach zu unterlassen, sich mit diesen Tatsachen auseinanderzusetzen, ob dieser Fall hier überhaupt vorliegt.

Außerdem finde ich es bemerkenswert, daß bei den Verfassungsschutz-Anhörungen vorher von einer Kandidatur für die SEW die Rede war, während in der zweiten Runde, beim zweiten Votum nur noch von einem Wahlaufuf die Rede war. Es ist mir unerklärlich, wie man bei einem Weniger – nur noch ein Wahlaufuf, das ist doch wohl ein Unterschied, als als Kandidat für eine Partei einzutreten – dann noch zu einer negativen Entscheidung kommt, wenn vorher bei einem Mehr schon die Bedenken ausgeräumt waren.

[Beifall bei der AL]

Zu allem weiteren, was Sie erzählt haben – wie demokratisch der Richterwahlausschuß verfährt und wie die Wahlen ablau-

fen –, könnte man sich noch lange unterhalten. Ich möchte nur ein Beispiel nennen: In entsprechenden gesetzlichen Grundlagen steht, daß mindestens bestimmte Personenzahlen vorzuschlagen sind, daß das Abgeordnetenhaus, wenn die Vorschlagsliste ausgeschöpft wurde, eben weitere Vorschläge einfordern kann, um dann noch einmal zu wählen. Das ist zum Beispiel auch ein demokratischer Weg, der von diesem Hause anscheinend nie genutzt wurde. Das sind doch keine Wahlen, wenn hier einfach Vorschläge reinkommen und so angenommen werden.

Zum Richterwahlausschuß ließe sich noch viel sagen, was das Verfahren und inhaltliche Dinge angeht, die den Richterwahlausschuß nicht mehr so rosig aussehen lassen. Daß Ihnen die Schweigepflicht paßt, glaube ich Ihnen gern, Herr Finkelnburg.

[Beifall bei der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir können damit zur Wahl kommen. Zunächst trage ich Ihnen die Vorschläge vor. Es werden vorgeschlagen aufgrund von Vorschlägen aus der Mitte des Abgeordnetenhauses

zu ordentlichen Mitgliedern von der Fraktion der CDU die Abgeordneten Dr. Klaus Finkelnburg, Hubert Rösler, Barbara Saß-Viehweger und Hermann Oxfort, von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Andreas Gerl sowie Herr Wolfgang Schomburg.

Zu stellvertretenden Mitgliedern werden vorgeschlagen von der Fraktion der CDU Herr Jakob Kraetzer, Herr Abgeordneter Jürgen Tietze, Herr Klaus Rösler und Herr Klaus Ritter, von der Fraktion der SPD die Herren Berthold Sommer und Peer Zerndt.

Ferner werden aus der Vorschlagsliste der Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu ordentlichen Mitgliedern vorgeschlagen Herr Rudolf Bloedhorn, Frau Gisela Knoblauch, zu stellvertretenden Mitgliedern Herr Klaus Krahn und Herr Hans-Joachim Heinze; aus der Vorschlagsliste der Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit zum ordentlichen Mitglied Herr Hermann Küster, zum stellvertretenden Mitglied Herr Klaus-Dieter Hoffmeister; aus der Vorschlagsliste der Richter der Finanzgerichtsbarkeit zum ordentlichen Mitglied Herr Detlef Schröder, zum stellvertretenden Mitglied Herr Friedrich Aranowski; aus der Vorschlagsliste der Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit zum ordentlichen Mitglied Herr Jürgen Haase, zum stellvertretenden Mitglied Herr Martin Gertich; aus der Vorschlagsliste der Richter der Sozialgerichtsbarkeit zum ordentlichen Mitglied Herr Jürgen Blaessing, zum stellvertretenden Mitglied Herr Hans-Joachim Witt; aus der Vorschlagsliste der Rechtsanwaltskammer zum ordentlichen Mitglied Herr Thomas Tilman Achelis, zum stellvertretenden Mitglied Herr Dankwart Hoene.

Ich möchte Ihnen ferner aufgrund einer Empfehlung des Ältestenrats vorschlagen, daß Herr Rudolf Bloedhorn bei den Entscheidungen des Richterwahlausschusses über Richter der Finanzgerichtsbarkeit als Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit mitwirken soll.

Ich teile noch mit, daß gemäß § 9 Absatz 3 des Berliner Richterergesetzes zur Wahl in den Richterwahlausschuß die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Abgeordneten erforderlich ist.

Wenn Sie allen von mir genannten Vorschlägen Ihre Zustimmung geben wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist das so beschlossen. Ich kann damit auch ausdrücklich feststellen, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit bei der Zustimmung gegeben war.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie jetzt bitten, noch einmal kurz zum **Punkt 5 der Tagesordnung** zurückzukehren. Wir haben dort eine neue Geschäftsverteilung bei der Überweisung in einen Ausschuß nicht beachtet. Es handelt sich um den Antrag zu lfd. Nr. 5 f, den wir überweisen haben dem Ausschuß

(C)

(D)

Stellv. Präsident Longolius

(A) für Bau- und Wohnungswesen, doch hätte an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe überwiesen werden müssen.

[Landowsky (CDU): Genau!]

Ich werte diesen Zuruf als Zustimmung des ganzen Hauses, und dann ist das so klar.

[Heiterkeit]

Jetzt kommen wir zur

Ifd. Nr. 10, Drucksache 10/33:

Wahl von fünf Personen zu ordentlichen Mitgliedern und von fünf weiteren Personen zu stellvertretenden Mitgliedern des Gnadenausschusses

Es werden vorgeschlagen zu ordentlichen Mitgliedern

von der Fraktion der CDU:

Frau Abg. Christa-Maria Blankenburg
Herr Abg. Uwe Ewers
Herr Henning Lemmer

von der Fraktion der SPD:

Frau Abg. Gisela Grotzke
Herr Horst Lange

zu stellvertretenden Mitgliedern

von der Fraktion der CDU:

Herr Abg. Franz Braun
Herr Abg. Manfred Bode
Frau Emma Wahler

von der Fraktion der SPD:

Herr Günter Freier
Herr Artur Prozell

(B) Wenn Sie dem zustimmen wollen, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei mehreren Enthaltungen so beschlossen.

Jetzt rufe ich auf

Ifd. Nr. 11:

a) Besprechung des Berichts des 3. Untersuchungsausschusses, Drucksache 9/2459

b) Antrag der Fraktion der SPD über Folgerungen aus dem Untersuchungsausschuß „Ankauf der Randbebauung Schlangenbader Straße“, Drucksache 10/57

hierzu:

Antrag der Fraktion der AL auf Annahme einer Entschließung gemäß § 40 (1) GO zu dem Antrag der Fraktion der SPD über Folgerungen aus dem Untersuchungsausschuß „Ankauf der Randbebauung Schlangenbader Straße“

Die Untersuchungen des 3. Untersuchungsausschusses des Abgeordnetenhauses in der 9. Wahlperiode haben ergeben:

In seiner Eigenschaft als kaufmännischer Direktor bei der DEGEWO hat der derzeitige Senator für Bau- und Wohnungswesen in folgender Weise fahrlässig gehandelt:

1. Bei dem Ankauf der Randbebauung „Autobahnüberbauung Schlangenbader Straße“ durch die DEGEWO ist bewußt auf Veranlassung des kaufmännischen Direktors auf eine Einholung eines Verkehrswertgutachtens durch

a) Senator für Bau- und Wohnungswesen, Abt. V b und/oder

b) Gutachterausschuß für Grundstückswerte in Berlin

verzichtet worden.

(Untersuchungsbericht S. 21)

2. Die fachlichen Mitarbeiter wurden bei der Beratung über Ankauf und zugrunde zu legenden Kaufpreis ungenügend einbezogen.

(Untersuchungsbericht S. 28)

3. Der Aufsichtsrat wurde über die Einzelheiten des Vorganges und über das Zustandekommen des angestrebten Kaufpreises in unzulässiger Art und Weise ungenügend informiert.

(Untersuchungsbericht S. 30/31)

Zusammenfassend ist das Abgeordnetenhaus der Auffassung, daß bei dem Ankauf der Randbebauung Schlangenbader Straße nicht mit der nötigen Sorgfalt gehandelt wurde. Der damalige kaufmännische Direktor Franke, damals auch in der Funktion des stellvertretenden Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, hat nicht alles darangesetzt, einen möglichst niedrigen Preis für die Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO zu erzielen und damit die Belastungen für das Land Berlin so gering wie möglich zu halten.

Der Bericht des Untersuchungsausschusses, Drucksache 9/2459, liegt Ihnen vor. Der Ältestenrat empfiehlt, die Redezeit für beide Verhandlungsgegenstände auf bis zu 20 Minuten festzulegen und die Rednerreihenfolge SPD, CDU, AL und F.D.P. - Zustimmung zu allen Punkten. Das Wort hat der Kollege Nagel.

(D) **Nagel (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn der Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt und über diesen Untersuchungsausschuß nicht versäumen, zunächst allen Kollegen zu danken, die sich trotz des damals laufenden Wahlkampfes in fairer Art und Weise bemüht haben, das Untersuchungsthema zu einen Abschluß zu bringen.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Diese Fairneß war nicht immer ganz leicht, wie jeder von uns verstehen wird. Sie hat sich aber letzten Endes bis in den Abschlußbericht erhalten, so daß weite Teile des Abschlußberichtes in großer Übereinstimmung abgefaßt werden konnten.

Ich habe sogar ein gewisses Verständnis dafür, daß die CDU-Fraktion nicht bereit war, die den Abschlußbericht ergänzenden Minderheitenvoten von SPD und AL mitzutragen, zumal auch ohne diese Minderheitenvoten der gemeinsame Teil genügend Hinweise darauf bietet, daß der Kauf der Randbebauung an der Schlangenbader Straße in so unglaublicher Weise vonstatten ging, daß man heute wird feststellen müssen, daß der damals im wesentlichen Verantwortliche, nämlich Direktor Klaus Franke, der heute mit weit bedeutenderen Aufgaben betraut ist, wohl der falsche Mann in diesem Amte war, wie er heute der falsche Mann in dem Amte ist, das er jetzt innehat.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Und wir schätzen diejenigen in den Koalitionsfraktionen, die unsere Kritik teilen und dies bei der Senatorenwahl zum Ausdruck gebracht haben.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Enttäuschend allerdings ist die Haltung der F.D.P.-Fraktion bei dem Abschlußbericht. Denn Sie, meine Damen und Herren von der F.D.P., hatten in Herrn Freye einen Berater in Ihrer Fraktion, der durch seine fundierten Kenntnisse als im Immobiliengeschäft ehemals Tätiger ein fachkundiges Urteil abgeben konnte. Und ich möchte eingangs aus diesem Urteil zitieren:

Herr Franke hat die Vertragsverhandlungen wie ein Anwalt der Verkäuferin geführt. Er hat dem Aufsichtsrat wichtige

Nagel

- (A) Informationen zum Objekt vorenthalten. Damit hat Herr Franke den Interessen seiner Eigentümerin, nämlich denen des Landes Berlin, geschadet. Jeder Fachmann, der den Vorgang gründlich studiert, wird ihm absolute Unfähigkeit bescheinigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein fachkundiger Mann wie Herr Freye Ihnen bei der Abfassung eines solchen Berichtes behilflich ist, dann ist es schon eine Frage des Rückgrats, ob man im Interesse der Wahrheitsfindung dann tatsächlich auch bereit ist, diese Dinge im Abschlußbericht als F.D.P.-Fraktion beim Namen zu nennen. Wer dieses nicht tut, der drückt sich vor der aufklärerischen Arbeit, die ein Parlament in einem solchen Falle hat.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Die SPD-Fraktion bewertet – und dieses ist ja eine Ergänzung der Arbeit des Untersuchungsausschusses – das Ergebnis des Ausschusses wie folgt: Verhandlungsführung und Verhandlungsergebnis beim Kauf der Randbebauung Schlangenbader Straße, weitgehend zu verantworten vom damaligen Vorstand und heutigen Bausenator Franke, sind rational nur mit dem Begriff absoluter Unfähigkeit im Amte zu erklären, will man nicht dubiosere Motive unterstellen. Zu Lasten des Steuerzahlers und seines Unternehmens hat Franke zu einer nicht zu rechtfertigenden Bereicherung des Verkäufers und seiner Beauftragten beigetragen, da der tatsächlich gezahlte Kaufpreis den amtlich festgestellten Verkehrswert um fast 40 Mio DM überschreitet. Dieser Betrag steht auch in keinem Verhältnis zu dem Nutzen, den die DEGEWO aus der Zusammenführung der Grundstücke ziehen konnte. Ob dies alles Fahrlässigkeit war, aus Dummheit oder bewußt geschah, mag dahingestellt bleiben. Fest steht, daß Steuerzahler und DEGEWO den Schaden zu tragen haben.

Ich möchte diesen massiven Vorwurf mit vier Feststellungen begründen:

- (B)
1. Feststellung, die sich weitgehend deckt mit der Einschätzung von Herrn Freye: Herr Franke war stets um die Rechtfertigung eines hohen Kaufpreises bemüht.
 2. Der Kaufpreis war auch unter Berücksichtigung aller Schuldenstände wesentlich überhöht.
 3. Die Einschaltung eines Vermittlers, des berühmten-berühmten Herrn Prill, diene lediglich im Interesse des Verkäufers der Erzielung eines überhöhten Kaufpreises.
 4. Das Abgeordnetenhaus von Berlin wurde, allerdings seinerzeit nicht durch den damaligen Kaufmännischen Direktor, wenn auch unter Zurverfügungstellung seiner Fakten, von der Senatsverwaltung für Finanzen, wie man so sagt, über den Tisch gezogen.
 5. Schließlich das Fazit: Es handelt sich bei diesem Geschäft um eine grobe Vernachlässigung der Interessen des Steuerzahlers und um eine grobe Illoyalität gegenüber dem Parlament.

Obwohl die für den Eigentümer, die Wohnpark Wilmersdorf, schwierigen Finanzierungsbedingungen – vier Fünftel des Objekts bestehen aus steuerbegünstigtem Wohnungsbau – und der maroden Instandhaltungszustand des Gebäudes die DEGEWO in eine außerordentlich starke Verhandlungsposition setzten, wurde dieser Vorteil von Franke leichtfertig aus der Hand gegeben. Denn nicht Renditeüberlegungen wurden, wie das kaufmännisch bei – wie es so schön heißt – steuerlich „ausgelutschten“ Immobilien der Fall ist, zur Grundlage der Verkaufsverhandlungen gemacht, sondern die Herstellungskosten, was nach Aussage eines leitenden und seit Jahren bei der Gesellschaft tätigen Mitarbeiters, nämlich des Justitiars, allein den Interessen des Käufers diene.

Entsprechend dieser Vereinbarung zwischen Franke und der Verkäuferseite veranlaßte Franke, daß auf die von den Mitarbeitern gewünschte und seit den 50er Jahren bei allen städtischen Gesellschaften übliche Verkehrswertermittlung beim Senator für Bau- und Wohnungswesen verzichtet wurde. Es wurde nicht nur darauf verzichtet, nein es wurde sogar, als die Mitarbeiter von sich aus diese Verkehrswertermittlung anstellen ließen, aus-

(C) drücklich von Herrn Franke verfügt, daß dieser Verkehrswert nicht schriftlich eingeholt werden sollte.

Als schließlich die Senatsbauverwaltung diese 47,7 Millionen auch in einer Notiz festhielt, hat Herr Franke es für nötig befunden, diese Information dem Aufsichtsrat vorzuenthalten. Ungewöhnlich ist auch, daß Herr Franke in Anwesenheit des Vertreters der Wohnpark niedrigere Kaufpreisvorstellungen des zweiten DEGEWO-Vorstandsmitgliedes, Kops, für illusionär hielt. Sie müssen sich das so vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Da gehen zwei Vertreter der Käuferseite, Herr Franke und ein anderer, der zweite Direktor, zum Verkäufer. Herr Kops macht einen Vorschlag bzw. er hört den Vorschlag 80 Millionen, er sagt: Wesentlich überhöht! – und Herr Franke desavouiert seinen eigenen Mitarbeiter, indem er sagt: Aber Herr Kollege, dieser niedrige Kaufpreis ist doch illusionär. – Wenn das der Stil ist – ich hoffe nicht –, in dem städtische Direktoren Grundstücksgeschäfte zu Lasten des Landes Berlin tätigen, dann, meine ich, ist eindeutig an dieser Stelle gezeigt, welch Geistes Kind – und welch Kaufmannes Geistes Kind – der damalige Direktor war!

[Beifall bei der SPD und der AL]

Unerklärbar bleibt auch, warum nach Vorlage eines Wertgutachtens des Verbandes Berliner Wohnungsbau-Genossenschaften und -Gesellschaften, das eine Kaufpreisreduzierung um mindestens 15 Mio DM gegenüber den geforderten 80 Mio DM vorsah, also 80 minus 15 Mio DM, Franke der Verkäuferseite danach ein schriftliches Angebot über 72 Mio DM unterbreitete.

Ich komme zu dem zweiten Faktum: Der Kaufpreis ist unter Berücksichtigung aller Schuldenstände wesentlich überhöht. – Insbesondere die Vernehmung des Zeugen Landowsky machte deutlich, daß den mit dem Kauf übernommenen Schulden Aufwendungsdarlehen in Höhe von 12 Mio DM hinzugerechnet werden müssen, denn trotz einer zwar mißverständlichen Bescheinigung der WBK zum Rangrücktritt dieser Darlehen mußte die DEGEWO wissen – darüber gibt es auch Vermerke der Mitarbeiter bei der DEGEWO –, daß damit kein Forderungsverzicht verbunden sein würde. Wenn man also dem tatsächlich gezahlten Kaufpreis von 68 Mio DM noch 12 Mio DM Schuldenstände aus Aufwendungsdarlehen zurechnet, wenn man weiterhin 4,5 Mio DM unterlassene Instandhaltung hinzurechnet und weitere Nebenkosten für die Vermittlung dieses Geschäftes, dann liegt der tatsächliche Kaufpreis bei 86,5 Mio DM gegenüber 47 Mio DM, die der Senator für Bau- und Wohnungswesen für angemessen hält; und dies ist eine Überhöhung um 40 Mio DM.

Dagegen erreichen übrigens, weil ja dieses Grundstücksgeschäft wegen der Verflechtungen dort als notwendig hingestellt worden ist, die materiellen Beträge, um die es bei den Grundstücksauseinandersetzungen zwischen der „Wohnpark“ und der DEGEWO ging und die als Motiv für den Kauf auch stets in den Vordergrund gerückt wurden, nicht einmal die Höhe von 1 Mio DM. Sie liegen damit weiter unter den Beträgen, die allein für die Vermittlung dieses Geschäftes als Provision kassiert wurden, nämlich 3,5 Mio DM.

In einem Gutachten der Firma Röver-Jochmann, einem Steuerberatungsbüro, wird schließlich auch dem Verkäufer – also der „Wohnpark“ – gegenüber den Kommanditisten bestätigt, daß er einen hervorragenden Kaufpreis erzielt habe und das jeder andere Interessent das Objekt lediglich zu den Schuldenständen von maximal 56 Mio DM erworben hätte.

Dritter Punkt: Übereinstimmend wurde von den meisten Beteiligten deutlich gemacht, daß die DEGEWO als einziger Käufer für dieses Objekt in Frage gekommen sei. Entsprechend war es auch bereits vor Einschaltung des Vermittlers Prill zu Verhandlungen über den Ankauf gekommen; das heißt, die übliche Funktion eines Maklers war somit von vornherein entbehrlich. Interessant ist, daß sich über das erste Kontaktgespräch zwischen Herrn Prill und Herrn Franke und Herrn Kops auf den Seiten ein Vermerk von Herrn Prill findet, in dem deutlich wird, daß Herr Franke die Möglichkeit einer Vermittlungsprovision einräumt, natürlich nicht direkt gezahlt, weil dieses auch vom Hauptanschub gar nicht akzeptiert worden wäre, sondern im Kaufpreis versteckt.

Nagel

- (A) Entsprechend den Vereinbarungen zwischen dem Vermittler Prill und seinem Auftraggeber „Wohnpark“ war es dann auch seine Aufgabe, einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen, und nicht, das Geschäft grundsätzlich in die Wege zu leiten.

Vierter Punkt: Das Abgeordnetenhaus wurde über den Tisch gezogen. – Die Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses zum Erwerb des Objektes wurde eindeutig mit falschen Informationen bewirkt. So erklärte der zuständige Senatsdirektor für Finanzen in brutaler Verdrehung der Tatsachen, daß der Verkehrswert auf jeden Fall über den Gestehungskosten liegen würde. Ich erinnere: Gestehungskosten 80 Mio, amtlicher Verkehrswert 47 Mio DM. Eine unmittelbare Kontaktaufnahme zwischen der Finanzverwaltung und der zuständigen Dienststelle beim Senator für Bau- und Wohnungswesen hätte sofort das Gegenteil bewiesen. Merkwürdig bleibt auch, daß in die entsprechende Aufsichtsratsitzung der zuständige Senatsdirektor beim Senator für Bau- und Wohnungswesen, Herr von der Lancken, ohne die üblichen Vorbereitungsunterlagen, nämlich ohne eine Verkehrswerteinschätzung, gegangen ist. Das ist die Sorgfalt, wie gegenüber einem sehr professionell handelnden Verkäufer die Berliner Verwaltung in dilettantischer Weise – und nicht nur die Berliner Verwaltung, sondern auch die DEGEWO – die Interessen der Steuerzahler vernachlässigt!

[Beifall bei der SPD]

Es kommt in der Tat darauf an, auf diese Interessen der Steuerzahler abzustellen, und wir meinen, daß der Untersuchungsausschuß zwar seine Aufgaben abgeschlossen hat, daß es aber nunmehr Sache des Rechnungshofes sein muß, auf Heller und Pfennig festzustellen, wie die weitere Entwicklung sein wird. Denn die weitere Entwicklung sieht derzeit so aus, daß Monat für Monat, Jahr für Jahr bis 1986 die Wohnungsbau-Kreditanstalt weiter jene Aufwendungsdarlehen zahlt, von denen Herr Franke meint, sie stünden als Schuld überhaupt nicht zur Debatte. Deshalb haben wir in unserem Antrag als Konsequenz dieses Untersuchungsausschusses verlangt, den Rechnungshof aufzufordern, auf Heller und Pfennig festzustellen, wie es tatsächlich mit den Schuldenständen aussieht zum Zeitpunkt des Auslaufens der öffentlichen Förderung, wie die Vermietungssituation sich gestaltet, denn jede nicht eingenommene Mark an dieser Stelle wird zu laufenden Belastungen und laufenden Verlusten bei der DEGEWO führen. Es ist nicht Aufgabe einer städtischen Gesellschaft – und dies hätte bei Sorgfalt vermieden werden können –, einem maroden oder aber mindestens in absehbarer Zeit mit diesem Objekt in Schwierigkeiten geratenden Unternehmen – einer Abschreibungsgesellschaft – aus öffentlichen Mitteln den Bankrott zu ersparen.

[Beifall bei der SPD]

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zu dem AL-Antrag sagen. Zwei Dinge: Erstens, der Antrag ist zum falschen Zeitpunkt gestellt. Diese Entschließung müßte konsequenterweise gestellt werden, wenn der Rechnungshof seine Arbeit abgeschlossen hat. Aber was viel schlechter ist – und da scheinen Sie ein Opfer Ihres Rotationsprinzips zu sein –: Ihr Antrag ist eine absolute Verharmlosung der Vorgänge, denn wenn Sie nur wollen, daß das Abgeordnetenhaus feststellt, es seien die fachlich zuständigen Mitarbeiter in die Beratung ungenügend einbezogen worden, und wenn Sie nur feststellen wollen, daß in unzulässiger Art und Weise der Aufsichtsrat informiert wurde über den Vorgang, dann frage ich Sie, warum Herr Wachsmuth als Vertreter Ihrer Fraktion und Ihrer Partei in wirklich ganz anderer Art und Weise – und da finden wir uns in den Minderheitenvoten wieder – hier seine Stimme erhoben hat. Dieses ist eine Bagatellisierung, und dieser Bagatellisierung werden wir deshalb auch nicht zustimmen.

[Beifall bei der SPD]

Lassen Sie mich abschließend folgendes bemerken: Die Verhaltensweise des damaligen kaufmännischen Direktors der DEGEWO und heutigen Bausenators läßt ein hohes Maß an Illoyalität gegenüber seiner Gesellschaft erkennen, ein hohes Maß an Illoyalität gegenüber dem Land Berlin als Eigentümer, und – daran wollen wir auch erinnern – seine Verhaltensweise

offenbart auch ein hohes Maß an Illoyalität gegenüber dem Wähler, denn zum damaligen Zeitpunkt war Herr Franke neben dieser Funktion gleichzeitig Mitglied des Abgeordnetenhauses und sogar dessen Vizepräsident. Klaus Franke hat sich mit diesem Vorgang nicht um Berlin verdient gemacht; Klaus Franke hat sich mit diesem Vorgang keine Verdienste erworben, sondern seine Verdienste bestehen darin, daß er im wahrsten Sinne des Wortes anderen Leuten Verdienste verschafft hat, und das in Millionenhöhe. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Der Kollege Führer hat jetzt das Wort.

Führer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich darf zuerst dem ehemaligen Kollegen Kraetzer danken für seine Verhandlungsführung in diesem Ausschuß; auch ich möchte nicht versäumen, einem Kollegen zu danken, der wie wir gerade in der heißen Wahlkampfphase ein schwieriges Amt auf sich genommen hatte.

Herr Nagel, Sie haben einige Punkte aufgeführt dafür, warum Sie manche Behauptungen noch aufrechterhalten. Lassen Sie mich wenigstens an einigen Dingen Ihnen klarmachen, daß man auch mit Zahlenspielerien nicht unbedingt besser dastehen muß. Ihre fünf Punkte, die Sie genannt haben, auch die Erwähnung des Maklers Prill, das sind alles Dinge, die im Ausschuß weit und breit besprochen wurden, und Sie wissen selbst, daß dieses nicht alles wie von Ihnen dargestellt haltbar ist. Lassen Sie mich aber noch eine Sache sagen zu dem „illusionären Kaufpreis“. Sie beziehen sich auf eine Aussage, die in einer Notiz von Herrn Prill enthalten ist, und diese Aussage ist eine persönliche Notiz, und Sie wissen ganz genau, daß niemand anderes der Beteiligten diese Notiz in der Form bestätigt hat, weder Herr Kops, der bei diesem Gespräch dabei war, noch Herr Franke und auch nicht Herr Seidel, der ja nun im Grunde genommen ein Interesse daran gehabt haben müßte, dieses so auszuführen, daß eine Provision angesetzt worden sei.

Wenn Sie rechnen, und ich will einmal die 86 Mio DM als Beispiel nehmen, rechnen Sie die 12 Mio DM Aufwendungsdarlehen mit ein und sagen, das ist um 40 Mio DM teurer als die 47 Mio DM von BauWohn Vb. Wenn Sie schon so rechnen, dann müssen Sie richtig rechnen. Da lassen Sie aber die 12 Mio DM Aufwendungsdarlehen weg, denn die sind bei BauWohn nicht berechnet.

[Nagel (SPD): Die gehören auch nicht dazu, das sind Verpflichtungen aus dem Verkehrswert!]

– Ja, Sie haben sie aber vorhin zu den 68 Mio DM dazugeschlagen. Sie können Sie nicht bei einem Preis dazurechnen und bei dem anderen nicht. Da müssen Sie schon korrekt rechnen. Wenn Sie schon vergleichen, dann nicht Äpfel und Birnen.

[Frau Ahme (AL): Das machen Sie ja!]

– Das mache ich nicht. Da brauchen Sie keine Sorgen zu haben. Ich möchte Sie um eines bitten. Sie haben nicht an einer einzigen Sitzung des Untersuchungsausschusses teilgenommen. Vielleicht haben Sie die Akten studiert, das mag sein. Daß Sie sich aber heute aufspielen, als ob Sie alles besser wüßten, das verstehe ich nicht.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Ein weiteres, Herr Nagel. Ich bin in der vorigen Legislaturperiode Mitglied des Hauptausschusses gewesen und muß Ihnen sagen, daß ich mich nicht über den Tisch gezogen fühlte. Wir haben am 3. März über dieses Thema gesprochen.

[Momper (SPD): Er hat recht, er hat das nicht einmal gemerkt!]

– Herr Momper, Sie fühlten sich über den Tisch gezogen, aber Sie haben mitgestimmt, daß das so sein kann.

[Nagel (SPD): Aufgrund einer Umfrage!]

Führer

(A) – Da verstehe ich Sie überhaupt nicht mehr.
[Buwitt (CDU): Herr Nagel, Sie waren gar nicht dabei!]
Ich kann dann fortfahren.

[Momper (SPD): Wir sind schon getäuscht worden!]
Ich möchte noch einige Bemerkungen

[Buwitt (CDU): Herr Nagel, Sie sind doch ein Spinner!]
zu den grundsätzlichen Fragen des Untersuchungsausschusses machen. Wie ist denn die Entwicklung gewesen? Wir hatten im März 1982 eine Sitzung des Hauptausschusses, in der wir das Thema behandelt haben. Ich muß Ihnen, Herr Nagel, das schon vorhalten. Wenn Sie seinerzeit diese großen Zweifel gehabt hätten und alle Ihre Hoffnungen sich bestätigt hätten – Sie haben doch Recherchen angestellt und versucht, dem seinerzeitigen Kaufmännischen Direktor Franke Ungereimtheiten nachzuweisen. Wir wissen, daß Sie sich bei der DEGEWO erkundigt haben –, dann hätten Sie doch sagen können, jetzt ist der Untersuchungsausschuß notwendig. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben sogar Familienmitglieder in die Debatte mit einbezogen und haben sich dafür nicht einmal geniert.

[Nagel (SPD): Ich nicht!]

– Herr Nagel, Sie sollten sich mehr an Ihre Aussagen erinnern. Ich komme auch noch dazu, daß Sie sich Ihre Rede noch einmal durchlesen sollten. Sie waren damals wahrscheinlich zu der Auffassung gekommen: Es wird nichts dran sein, deshalb lassen wir es liegen. – Die zweite Hauptausschußsitzung am 3. März ist dann auch in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre verlaufen. Zum Schluß gab es keine Wortmeldungen mehr, auch keine Proteste von Ihrer Fraktion. Mit anderen Worten, das Geschäft war erledigt, es war vergessen. Und es hätte auch keinen Sinn gehabt, so mitten in der Legislaturperiode während des parlamentarischen Alltags einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, denn es hätte nichts gebracht. Aber im Oktober 1984, Herr Nagel, kamen Sie wie Phönix aus der Asche und sagten, jetzt bin ich da, und nun hauen wir drauf. Jetzt bereiten wir einen großen Wahlkampfcoup gegen die CDU vor. Das ist doch das Motiv gewesen. Sie wollten doch mit Sicherheit nicht den Sachverhalt als solchen aufklären, sondern wollten ein Wahlkampftema haben, weil Sie keine Sachargumente hatten. Das ist doch der eigentliche Punkt. Vorgeschickt hatten Sie den Herrn Jungclaus, der mit heutigem Tage nicht mehr bei uns ist. Der hat versucht, dem Herrn Franke zu unterstellen, daß er selbst die Bomben in Berlin spazieren trägt, damit die Unternehmen Aufträge bekommen. Letztendlich mußte er aber anerkennen, daß dies für Herrn Jungclaus ein Rohrkrepierer war. Sie hatten sich also Herr Franke als Sündenbock ausgesucht. Er sollte das Opfer sein, das war Ihr Motiv.

Die „taz“ und der „Stern“ haben dann natürlich schön dazu beigetragen, und Sie, Herr Nagel, haben mitgemischt.

[Nagel (SPD): Wie denn?]

Sie hatten dann den Untersuchungsausschuß beantragt. Das ist Ihnen auch vorgeworfen worden, und ich tue das noch einmal, da die Besprechung im Hauptausschuß unmittelbar bevorstand und Sie Zeit gehabt hätten, diese abzuwarten.

Eines aber muß ich Ihnen besonders vorhalten. Wenn Sie Ihre Rede vom 5. Dezember 1984 nachlesen, dann müßten Sie doch zu dem Schluß kommen, daß Sie Ihre Behauptungen – es waren Ihre einleitenden Worte: Fest steht dies und fest steht das – nicht aufrechterhalten können. Wenn Sie korrekt nachlesen, dann müssen Sie zugeben, daß Sie in vielen Dingen weit über das Ziel hinausgeschossen haben.

[Nagel (SPD): Wo denn, nennen Sie sie!]

Sie sollten künftig keine Personen verunglimpfen, nur weil man damit vielleicht etwas zu erreichen hofft. Für Sie stand damals fest, der Bausenator habe unter Druck gehandelt.

[Nagel (SPD): Nein, das war eine Frage!]

– Lesen Sie das doch noch einmal. Sie müssen auch den Tenor Ihrer Rede sehen. Für Sie war es so, daß in der gesamten Ange-

legenheit – ich sage es salopp – der Bausenator Dreck am Stecken hat. Das war für Sie schon eine feststehende Sache, und die wollten Sie hier deutlich machen.

[Momper (SPD): Nein, das war schlichte Dummheit! –
Buwitt (CDU): Nein, Franke liegt doch nicht auf der Linie von Momper!]

– Diese These, Herr Momper, hat sich nicht bestätigt. Es ist alles zusammengebrochen. Wenn Sie den Bericht des Untersuchungsausschusses korrekt lesen, werden Sie feststellen, daß das, was Herr Nagel am 5. Dezember hier im Parlament verkündet hat, hinten und vorn nicht zutrifft. Da haben Sie sich sehr stark vergriffen.

Stellv. Präsident Longolius: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Führer (CDU): Bitte!

Stellv. Präsident Longolius: Bitte, Herr Momper!

Momper (SPD): Herr Kollege! Wollen Sie damit auch zum Ausdruck bringen, daß es wirklich kein Unterschleif, sondern nur schlichte Torheit war, daß ein überhöhter Preis gezahlt worden ist?

Führer (CDU): Herr Kollege Momper! Sie bewerten einen Vorgang, wie Sie es wünschen, ich bewerte einen Vorgang nach den Fakten und orientiere mich nicht an Wunschenken. Daß Sie das zum Wahlkampftema gemacht haben, zeigt doch, welches Ziel Sie hatten. Sie wollten eine Sache, mit der Sie der CDU am Zeug flicken konnten, und da haben Sie sich den Bausenator Franke ausgesucht. Die Wähler haben das nicht honoriert, das wissen Sie selbst.

[Schicks (CDU): Hat nicht geklappt! – Momper (SPD): Selbst einige Mitglieder der CDU-Fraktion waren überzeugt, wie die Senatorenwahl gezeigt hat!]

– Darf ich Sie darauf hinweisen, daß Sie mit Sicherheit nicht in der Wahlkabine gestanden haben und somit auch nicht wissen, wer dem Bausenator die Stimme versagt hat. Also kann Ihre Behauptung nicht korrekt sein.

Ich sagte bereits, man hat versucht, Herrn Franke dunkle Machenschaften zu unterstellen. Das ist mißlungen. Ich glaube, wenn Sie sich überlegen, wie Sie sich im Hauptausschuß in den Sitzungen 1981 und 1982 verhalten haben, dann werden Sie sich erinnern, daß die SPD seinerzeit Kaufvertragsverhandlungen nicht in Frage gestellt hat. Heute sehen Sie das vielleicht etwas anders. Wir müssen bei der Gelegenheit sehen, daß die Geschäftsgrundlage für uns alle klar war. Die eine Seite wollte verkaufen, die andere kaufen.

[Zuruf von der AL: Genau!]

Hier haben sich zwei Partner zusammenraufen müssen.

Nun kommt eine Sache, die mit Sicherheit für viele immer der Punkt war: Was ist der Verkehrswert und Marktwert? –

[Momper (SPD): Das war die Frage!]

Herr Nagel, wir haben sehr darüber gestritten. Sie wissen, daß einhellig von allen gesagt wurde, man kann dieses Objekt nicht mit irgendeinem Haus oder irgendeinem Wohnblock vergleichen. Somit gab es – im Grunde genommen – keinen Marktwert. Die Preisfindung ist weitaus schwieriger gewesen, als sich dies irgend einer – ich möchte keinen angreifen – anhand irgendwelcher Schemata ausrechnet und sagt: Das kommt raus. – Das kann ein Wert sein, aber es wird ein Wert unter anderen sein.

Was ist als Ergebnis festzustellen? Wir haben von unserer Seite aus an der Verhandlungsführung durch den Vorstand der DEGEWO – Sie sagen immer, es sei nur einer gewesen; es sind aber zwei Vorstandsmitglieder – keine Zweifel hinsichtlich ihrer

(C)

(D)

Führer

- (A) Ordnungsmäßigkeit. Sie unterstellen Herrn Franke, daß er die Verhandlungen nicht optimal geführt hätte. Wir - ich sagte bereits - teilen Ihre Einschätzung nicht.

[Frau Ahme (AL): Haben Sie eine Begründung dafür? Beweise?]

- Sie brauchen den Untersuchungsausschußbericht nur durchzulesen, und dann werden Sie feststellen - -

[Frau Ahme (AL): Das habe ich gemacht!]

- Ja, ich habe den Vorteil, daß ich bei dem Untersuchungsausschuß dabei war und deshalb intensiver in die Sache eingestiegen bin, als Sie vielleicht vermuten. -

[Frau Ahme (AL): Aber nichts begriffen!]

Ihr Vorwurf - das möchte ich an Sie persönlich richten, Herr Nagel -, daß Herr Franke - da müßten Sie eigentlich Herrn Kops einbeziehen - am 19. Januar bei der Aufsichtsratsitzung diesen Beschluß über die 82,05 Mio DM hätte herbeiführen wollen und nichts anderes -, dieser Vorwurf ist doch einfach absurd. Die anderen Aufsichtsratsmitglieder haben bestätigt - nicht alle, das räume ich ein, aber die, die wir ausdrücklich danach befragt haben -, daß diese Vorlage sowohl als ein Einstieg bezeichnet werden kann, gewiß - man kann es nicht abschließen - in diesem Sinne auch als ein Abschluß. Aber wenn Sie Geschäftsmann wären, dann wüßten Sie, daß bei einem Geschäft über 82 Mio DM eine Vorlage, die erst vier Tage vorher eingereicht wurde, nicht am gleichen Tage beschlossen werden kann; da muß doch eine Diskussion über dieses Thema stattfinden. Es ist eben bei solchen Geschäften nicht so, wie sich Klein-Fritzchen das vorstellt, sondern hier sind von beiden Seiten noch Verhandlungen, ja harte Verhandlungen notwendig.

Ich möchte - von der Kaufpreisdiskussion losgelöst - sagen: Wir begrüßen es, daß dieses gesamte Objekt nunmehr in einer Hand ist und die Streitereien, die letztlich zum Teil die Mieter mit zu spüren bekommen haben, damit zu Ende sind.

(B)

Herr Nagel, ich möchte nicht die gesamte Zeit verwenden, sondern meinen Kollegen noch etwas Zeit lassen, aber doch noch sagen: Wir hätten uns den Untersuchungsausschuß, wenn es nach Ihren Aussagen gegangen wäre, eigentlich auch sparen können, denn für Sie stand sowieso alles fest, da war nichts mehr zu überprüfen. Das hatten Sie ja damals in der Rede klar und deutlich gemacht. Nur wegen der Preisbemessung einen Untersuchungsausschuß einzusetzen - über Preise kann man immer streiten, ob das nun der richtige ist oder der falsche ist; da wird jeder immer eine andere Auffassung haben -, wäre überflüssig gewesen.

Herr Nagel, ich möchte abschließend sagen: Auch Ihre heutigen Einlassungen tragen nicht dazu bei, Personen wenigstens einigermaßen korrekt zu behandeln, sondern Sie hauen drauf, egal was dabei herauskommt. - Sie sollten diese Haltung einmal überdenken. Für mich ist Herr Franke - ich darf dies auch im Namen meiner Kollegen der CDU-Fraktion sagen - eine integre Persönlichkeit, und dabei bleibt es. - Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Stellv. Präsident Longolius: Das Wort hat jetzt die Kollegin Ahme.

Frau Ahme (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst Stellung nehmen zu dem, was hier gesagt wurde: „Sie haben nicht am Untersuchungsausschuß teilgenommen.“ Das werde ich nicht bestreiten. Das entspricht der Wahrheit; ich habe an dem Untersuchungsausschuß nicht teilgenommen, ich habe aber als Mitglied dieses Abgeordnetenhauses diesen Untersuchungsbericht bekommen. Den haben Sie alle bekommen; ob Sie ihn alle auch gelesen haben, möchte ich stark bezweifeln.

[Widerspruch bei der CDU]

- Bei den Bemerkungen, die ich eben von Ihnen gehört habe, Herr Führer, kann ich nur bezweifeln, daß sie den exakt gelesen haben; sonst hätten Sie nicht alles hier so einfach unter den Tisch kehren können. - Deswegen beziehe ich alle Aussagen, die ich jetzt in meinem Redebeitrag und auch in unserem Zusatzantrag, den wir gestellt haben, auf den Untersuchungsbericht, der Ihnen allen vorliegt. Ich denke, das ist auch das richtige Verfahren, denn dieser Untersuchungsbericht wurde ja nicht einfach so gemacht. Der Untersuchungsbericht wurde deshalb gemacht, damit das Abgeordnetenhaus etwas damit anfangen kann. Ich zitiere § 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse:

Ein Untersuchungsausschuß . . . hat die Aufgabe, zur Vorbereitung von Entscheidungen des Abgeordnetenhauses von Berlin einzelne Tatbestände aufzuklären.

Deswegen sprechen wir hier.

Ich gehe dann gleich auf das ein, was Sie gesagt haben: Unser Entschließungsantrag sei zu wenig weitgehend und würde die Sache ein wenig herunterhängen. - Ich sage dazu folgendes und beziehe mich auf diesen Untersuchungsbericht. Ihm entnehme ich zumindest diese drei unbestreitbaren Punkte, und Sie werden in der Zukunft immer weiter merken: Ich versuche, hier eine Politik zu machen, mit der es möglich ist, im Abgeordnetenhaus einen Konsens herzustellen. Ich habe versucht, die drei Punkte aufzuschreiben, die keiner anzweifeln kann, und die Zusammenfassung zu geben, die im Grunde - wenn er sein Gewissen ehrlich befragt - jeder teilen kann. Wenn sie es wünschen, Herr Nagel, machen Sie andere Vorschläge, aber ringen Sie sich dazu durch, die Arbeit des Untersuchungsausschusses hier zu bewerten und nicht durch eine Rechnungsprüfungsuntersuchung auf das Jahr 1986 zu vertagen. Es reicht nicht, hier mündlich eine Bewertung abzugeben, sondern alle Abgeordneten sollten sich zu einer Bewertung durchringen.

[Beifall bei der AL - Nagel (SPD):
Das ist doch keine Bewertung!]

(D)

- Natürlich ist es eine Bewertung. Sie können es ja verbessern, Sie können Änderungsanträge vorlegen. Nur deshalb habe ich es eingebracht. Ich finde den Antrag von der SPD sehr gut, den Sachverhalt durch den Rechnungshof überprüfen zu lassen. Aber nach meiner Meinung reicht es nicht. Zumindest sollte man die Aussagen treffen, die man jetzt treffen kann.

Herr Führer, ich bin einigermaßen von Ihrem Redebeitrag enttäuscht. Es war recht langweilig und inhaltslos, was Sie da erzählt haben. Mich wundert es, daß Sie versuchen, die Sache hier so niedrig zu hängen. Ich würde gern den Herrn Landowsky oder den Herrn Buwitt zu den ganzen Vorgängen hören; vielleicht wird dann die Debatte etwas spannender.

Jetzt zu den Tatsachen. Herr Führer, Sie haben vorhin etwas verwechselt. Sie sollten so viel Vertrauen in die Senatsverwaltung haben, daß die in der Lage sind, einen Verkehrswert anständig zu berechnen.

[Führer (CDU): Das ist eben nicht so!]

Dann werden die auch berücksichtigen, welche Darlehensforderungen da noch zugrunde liegen. Gehen wir von den Tatsachen aus. Der Herr Nagel hat es eben gesagt; damit es alle hören, wiederhole ich es noch einmal, sonst wird es einfach nicht klar. Leider ist jetzt viel zu wenig die Öffentlichkeit für diese Sache da. Das ärgert mich sehr, und ich denke, wir müssen bei einem anderen Punkt noch einmal auf diese Sachen zurückkommen. - 68 Mio DM hat die DEGEWO für den Kauf bezahlt. Hinzu kommen 4,5 Mio DM notwendige Instandsetzungskosten - das ist auch im Untersuchungsbericht nachzulesen -, 2 Mio DM Nebenkosten sowie 12 Mio DM nach wie vor bestehende Verbindlichkeiten gegenüber der WBK. Und ob die zurückgefordert werden oder nicht, ob da ein modifizierter Forderungserlaß gemacht wird oder nicht, das ist im Moment völlig egal. Die 12 Mio DM sind da; sie sind entweder als Soll bei der DEGEWO zu betrachten oder als Minus bei der WBK. Wo, das ist egal. Sie sind auf jeden Fall da. Macht im ganzen 86 Mio DM. 86 Mio DM - das sind 40 Mio DM mehr als der offizielle Ver-

Frau Ahme

(A) kehrswert, der vom Senat geschätzt wurde. 86 Millionen Mark wurden für den Ankauf der Randbebauung Schlangenhader Straße ausgegeben. Jetzt muß man fragen, was die DEGEWO dafür bekommen hat: Sie hat dafür 114 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und 422 Wohnungen im steuerbegünstigten Wohnungsbau bekommen. Für die 422 Wohnungen im steuerbegünstigten Wohnungsbau - das sind fast exakt vier Fünftel der hier in Rede stehenden Wohnanlage - läuft am 30. Juni 1986 die Förderung mit Aufwendungsdarlehen und Aufwendungszuschüssen aus, das bedeutet, daß ab 1. Juli 1986 die Bewirtschaftung dieser Wohnungen nur durch die Kostenmiete abgewickelt werden kann; Sie wissen aber alle, daß die Kostenmiete - und das ist ja nicht nur ein Wort, das sind die tatsächlich auflaufenden Kosten, die auf die DEGEWO zukommen -, also das, was die DEGEWO dort jeden Monat für jeden Quadratmeter aufbringen muß, 19,18 DM beträgt. Diese Kostenmiete aber wird sie dort nicht erzielen, das heißt: Sie wird dort Monat für Monat, Jahr für Jahr mehr in Schulden geraten. Daher versteht man jetzt auch, weshalb die Wohnpark Wilmersdorf diese Wohnungen so schnell loswerden wollte.

Man muß sich einmal vorstellen, wie das gelaufen wäre, wenn dieser „Deal“ mit der DEGEWO nicht geklappt hätte - Herr Landowsky, Sie wissen das ja am allerbesten, wie das gelaufen wäre -: Die Wohnpark Wilmersdorf wäre auf die WBK zugegangen und hätte gesagt: Nächstes Jahr läuft die Förderung aus, wir haben Kostenmieten von 19,18 DM; was können wir machen? - Und es wäre entweder eine Umwandlung in Sozialwohnungen oder eine Nachförderung beantragt worden. Da sich aber der Senat und die WBK auf den Standpunkt stellen - und das finde ich richtig -, daß es für steuerbegünstigten Wohnungsbau keine Nachförderungen und auch keine weiteren Subventionierungen gibt, heißt das, daß die Firma spätestens mit Ablauf des Jahres 1986 mit erhöhtem Tempo in die Pleite gegangen wäre. Deshalb behaupte ich hier, daß es nicht um die paar Mülltonnen ging, wie das immer vorgeschoben und im Bericht - aber dort auch nur kurz - erwähnt wird. Es wurde ja immer gesagt, daß es um die Mülltonnen, daß es um die Wege-rechte geht, daß bei der Schlangenhader Straße die Autobahnüberbauung und die Randbebauung zusammengefügt werden müssen, weil es dort diese Nachbarschaftsprobleme gibt - aber darum ging es nicht, sondern es ging darum, die Wohnungsbaugesellschaft Wohnpark Wilmersdorf aus der Pleite zu retten.

[Jewarowski (CDU): Das ist Ihre Meinung!]

- Das ist meine Meinung, und die ergibt sich aus dem Untersuchungsbericht. - Hier ging es darum, 86 Millionen Mark zu berappen, und zwar für ein Gebäude, das im Grunde - und das ist Originalton Wohnpark Wilmersdorf - „keinen realen Handelswert mehr hatte“. Herr Franke hat dagegen immer von Wertsteigerungen gesprochen - angeblichen Wertsteigerungen -, was bei steuerbegünstigtem Wohnungsbau Hohn ist, wo die Förderung ausläuft und die Wohnungen zudem noch schlecht instandgehalten worden sind. Dort ist eine Randbebauung hingestellt worden, es wurde kassiert, die Verluste wurden eingestrichen, dann hat man das Gebäude herunterkommen lassen, und jetzt hat sich die DEGEWO zum „Ausputzer“ für diese private Wohnungsbaugesellschaft gemacht.

Und ich behaupte so lange, daß es hier nur um die Rettung der Wohnpark Wilmersdorf ging, bis mir jemand erklärt, warum kein Verkehrswertgutachten eingeholt worden ist, wie es im übrigen auch im Untersuchungsbericht steht.

Das behaupte ich so lange, bis mir jemand erklärt, warum aus dem Röver-Jochmann-Gutachten die kritischen Passagen gestrichen wurden, in denen auf Wunsch von Herrn Claus auf die Ermittlung des Verkehrswertes hingewiesen und in denen auf die von der WBK anerkannten Gesamtkosten in Höhe von 69 Millionen DM verwiesen wurde. Diese zwei Punkte sind gestrichen worden - aber da steht ja auch noch ein Meineidverfahren aus. Herr Franke bestreitet ja, daß es sein Wunsch gewesen sei, diese zwei Teilpunkte zu streichen - wir werden weitersehen, wie sich diese Sache entwickelt. Das sind im übrigen keine Behauptungen von mir, das können Sie alles im Untersuchungsbericht auf Seite 22 nachlesen.

Ich erhalte meine Behauptung so lange aufrecht, bis Sie mir erklären, warum in Berlin - das ist jetzt ein allgemeinerer Gedanke - eigentlich generell keine Kapitalzuführungen mehr an die gemeinnützigen städtischen Gesellschaften erfolgen, in solchen Fällen aber Ausnahmen gemacht werden. Was hat das denn zur Folge? - Das hat doch zur Folge, daß die gemeinnützigen städtischen Gesellschaften nicht mehr bauen können und ihnen für die Sanierung das Geld fehlt, daß sie gezwungen werden, ihren Hausbesitz zu veräußern, um irgendwie wieder an Geld zu kommen. Nun erklären Sie mir doch einmal den Widerspruch: Auf der einen Seite sollen die gemeinnützigen und städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihren Hausbesitz abstoßen, auf der anderen Seite ist der Kaufmännische Direktor der DEGEWO dafür, einen derartig maroden Wohnungsbestand aufzukaufen! Das ist doch eine Perversion; das kann doch niemand verstehen - wenn er eben nicht wüßte, warum dieser „Deal“ gelaufen ist, wie ich es hier behaupte.

[Beifall bei der AL und des Abg. Nagel (SPD)]

Ich behaupte das so lange - Herr Franke ist übrigens gar nicht im Raum; wo ist er eigentlich?

[Simon (CDU): Doch! Augen aufmachen! -

Nagel (SPD): Es ist da, wo er hingehört: auf der Hinterbank!]

- Schön, daß Sie schon die Senatsbank räumen; so weit wollten wir heute noch gar nicht gehen! - Ich behaupte das so lange, Herr Franke, daß es ein reiner Gefälligkeitsdienst war, bis Sie mir sagen - und das wäre nur ein Satz, ein Argument, eine Protokollnotiz oder etwas - und mir damit nachweisen, daß Sie versucht haben, den Kaufpreis zu reduzieren. Sagen Sie mir eine solche Handlung, dann würde ich hier so manches zurücknehmen. Aber das ist ja nicht nachzuweisen, und genau das sagt auch der Untersuchungsbericht. Das war eine Gefälligkeit, und die Gefälligkeit konnte gefeiert werden; die Firma wurde aus der Pleite gerettet und hat dafür noch Geld bekommen. Für alle die, die nicht die Zeit dazu hatten, den Untersuchungsbericht nachzulesen, lese ich einmal vor - -

[Simon (CDU): Was soll denn der Quatsch? - Das kann doch jeder nachlesen!]

- Nein, ich lese es vor, weil ich davon ausgehe, daß so manche Sachen nicht gelesen worden sind -:

Die „Nebenkosten“ - 3,4 Mio DM - wurden an die Urbana Verwaltungsgesellschaft mbH ausgezahlt.

- So, und jetzt geht's los -:

Davon erhielt der Zeuge Prill für seine Vermittlertätigkeit 425 000 DM. An den Beirat der Wohnpark KG wurden als sogenannte „Tantieme“ 250 000 DM gezahlt. An die Hermes Hausverwaltungsgesellschaft, die für die Randbebauung der Schlangenhader Straße die Hausverwaltung durchgeführt hatte, wurde ein Betrag in Höhe von rund 400 000 DM gezahlt für die Auflösung der Hermes-Verträge. Und 1,385 Mio DM gingen an die Gesellschafter der Urbana Verwaltungsgesellschaft mbH für den Wegfall der Verwaltung der Wohnpark Wilmersdorf KG. Diese 1,385 Mio DM wurden entsprechend den Beteiligungsverhältnissen der Gesellschafter an der Urbana - zu denen auch der Zeuge Seidel gehört - unter diesen aufgeteilt. Zwei Gesellschafter der Urbana Verwaltungsgesellschaft mbH erhielten von den 3,4 Mio DM nochmals 807 000 DM, ohne Beteiligung des Hauptgesellschafters, durch den Zeugen Seidel zugeführt. Den Betrag hatte der Zeuge Prill im Auftrag des Zeugen Seidel mit seiner Firma Merkur-Betreuungs- und Vermittlungsgesellschaft mbH der Urbana Verwaltungsgesellschaft mbH in Rechnung gestellt und einer Firma des Zeugen Seidel, der Immobilien-Fonds-KG, AFK Agentur für Kapitalanlagen GmbH und Co., nach Abzug einer Provision von 1 % übermittelt.

So wird da mit dem Geld umgegangen! Das ist diese Beutepolitik, wie sie auch von der CDU in den Bezirken betrieben wird. Das ist doch wirklich Wahnsinn! Man muß sich das einmal vor-

Frau Ahme

- (A) stellen: Die machen da ihre Schnitte und teilen sich die Provision.

[Biederbick (F.D.P.): Wie bei den Piraten!]

– Ja, wie bei den Piraten, so ist es da zugegangen. – Ich möchte nicht wissen, wie die gefeiert haben, aber ich will hoffen, daß der Senator bei der Feier nicht dabei gewesen ist.

Der damalige Kaufmännische Direktor Franke hat die Sache veranlaßt. Kann er sie verantworten?

[Frau Bischoff-Pflanz (AL): Na, er schon!]

– Ich würde sagen: nein!

Aber ich möchte die Kreise noch ein bißchen weiter ziehen. Herr Landowsky, ich spreche Sie direkt als Abgeordneter und als Vorstandsmitglied der WBK an. Sie können mir nicht erzählen, daß Sie von alledem nichts wußten. Ich bin mir sicher – und ich glaube nicht, daß ich da Ihre Sachkenntnis überschätze –, Sie kannten die Schlangensbader Wohnbebauung mit allen ihren Problemen und Sie haben genau gewußt, welche Probleme auf die Wohnpark Wilmersdorf zukommen werden und daß sie ein großes Interesse haben wird, diese Wohnanlage zu verkaufen, und dies natürlich zu einem guten Preis.

[Landowsky (CDU): Sie wissen doch nicht, was Sie da reden!]

– Allerdings weiß ich das! – Derzeit erlebt Berlin einen Prozeß. Da kommt der Name Garski vor. In diesem Prozeß geht es um über 100 Mio DM. In der hier besprochenen Sache geht es um 80 Mio DM.

Ich ziehe die Kreise jetzt noch ein bißchen weiter. Ich behaupte

[Landowsky (CDU): Sie wissen doch gar nicht, worüber Sie reden! – Zuruf aus der AL: Aber Sie!]

- (B) daß in der WBK sehr klar gesehen wurde, was dort läuft und welches Geschäft dort abgewickelt wird. Ich habe vorhin gefragt, ob der damalige Kaufmännische Direktor und heutige Senator Franke das verantworten könne. Und ich frage jetzt den Senat, ob er es verantworten kann. Im Verwaltungsrat der WBK sitzt fast der ganze Senat, Klaus Franke, Elmar Pieroth, Gerhard Kunz, Günter Rexrodt, Dankward Buwitt, M. d. A. Kann der Senat das verantworten? Wie wird er in Zukunft damit umgehen, wie wird er darauf reagieren, wenn die DEGEWO mit ihrer Wohnanlage in die Schwierigkeiten kommen wird, von denen jeder weiß, daß sie auf die DEGEWO zukommen werden?

Zum Abschluß mache ich noch einen kleinen Exkurs. Mir ist etwas auf den Tisch geflattert, und zwar vom Rechnungshof. Es handelt sich um den Prüfungsbericht des Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 1982. Hier wird die Prüfung der Verwendung von Mitteln für den öffentlich geförderten Wohnungsbau durch die WBK einmal kritisch beleuchtet. Der Rechnungshof hat sich nur zwei Objekte herausgegriffen, um einmal die Schlußabrechnungsmethoden einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Beim ersten Objekt hat er festgestellt, daß die WBK sich um 1,5 Mio DM hat über den Tisch hat ziehen lassen. Beim zweiten Objekt wurde festgestellt, daß die Schlußabrechnung nicht zustande kommen kann, weil die Unterlagen fehlen. Daraufhin hat der Rechnungshof diese Schlußabrechnungsmethode bei der WBK angemahnt und auch beim Senat. Statt dessen wird dies zurückgewiesen. Der Senator für Bau- und Wohnungswesen und die WBK, so in dem vorliegenden Bericht, vertreten beide die Auffassung, daß das bisher praktizierte Bewilligungsverfahren zweckmäßig gewesen sei, und bestreiten, daß die Richtwerte nicht auf Feststellung über die Höhe der förderungswürdigen Bauwerkskosten beruhen.

Bausenator Franke ist sogar noch weiter gegangen. Er hat die privaten Wohnungsunternehmen angeschrieben. In dem Schreiben vom 16. Dezember 1983 an die WBK und an den Verband privater Wohnungsunternehmen werden die Generalübernehmer und Generalunternehmer bei öffentlich geförderten Wohnungsbauvorhaben von der nach der Nr. 17 der

- (C) Abrechnungsbestimmungen 1977 vorgesehenen Rechnungslegung ausgenommen, so daß der WBK eine Prüfung der Schlußrechnung über die einzelnen Bauleistungen nicht mehr möglich ist.

Ich habe dies hier nur zitiert, einfach um Sie einmal darauf aufmerksam zu machen, aber zum anderen um auch einmal zu zeigen, welche unheilige Allianz hier besteht zwischen öffentlichen Einrichtungen, dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, die eigentlich alles daransetzen müßten, die Mittel sparsam einzusetzen. Statt dessen aber werden die Mittel verpulvert und an die Privaten rübergeschoben.

[Beifall bei der AL]

Das heißt, die öffentliche Einrichtung handelt nicht so, wie es ihr Auftrag eigentlich erfordern würde.

[Beifall bei der AL]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Schmid-Petry.

Frau Schmid-Petry (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion heute über den Untersuchungsausschußbericht ist etwas belastet durch den Wechsel in der Legislaturperiode. In der F.D.P.-Fraktion ist der damals im Untersuchungsausschuß verantwortliche Abgeordnete heute nicht mehr vertreten. Ich beschränke mich daher ebenfalls – wie meine Vorrednerin – auf den schriftlichen Bericht, so, wie er Ihnen allen vorliegt.

Wenn man als unbefangener Betrachter den Untersuchungsbericht liest, dann kommt man nicht umhin, an einigen Stellen zu staunen. Der Untersuchungsbericht wirft Fragen auf, zum Beispiel: Warum hat der damalige Kaufmännische Direktor der DEGEWO kein Interesse daran gehabt, den Kaufpreis für das Projekt Randbebauung Schlangensbader Straße zu mindern? Das Gegenteil fällt auf, das ist auch von den Vorrednern gesagt worden. Es fällt also eher das Gegenteil auf, der Kaufpreis ist in die Höhe getrieben worden.

Das Gutachten des Senators für Bau- und Wohnungswesen ist nicht zur Geltung gekommen. Es ist eigentlich unterdrückt worden. Die sehr kritischen Vermerke aus dem eigenen Hause DEGEWO, auch unter Berücksichtigung der langfristigen Wirtschaftlichkeit, haben keine Berücksichtigung gefunden.

Es fällt auf, warum der aufgestaute Instandhaltungsbedarf, der von einer Expertenkommission der DEGEWO auf 11 bis 12 Mio DM geschätzt worden ist, nicht eine größere Bedeutung erlangt hat. Es fällt auf, daß man sich auf einen Betrag von 4,25 Mio DM geeinigt hat.

Man kann die Frage aufwerfen, warum der damalige Kaufmännische Direktor, Herr Franke, in der Aufsichtsratssitzung Aspekte in den Vordergrund gestellt hat, die die Grundwertsteigerung im Auge hatten, wobei doch jeder Fachmann weiß, daß Grundwertsteigerungen nur dann Sinn und Zweck haben und auch umgesetzt werden können, wenn es sich um unbebaute Grundstücke handelt.

[Nagel (SPD): Sehr gut! Sehr richtig!]

Es fällt schließlich auch auf, und der Untersuchungsbericht hat diese Frage letztendlich nicht klären können, an welche Endempfänger die 3,4 Mio DM gegangen sind.

[Beifall des Abg. Nagel (SPD)]

Es gibt einige Endempfänger, aber die 3,4 Mio DM in Gänze sind nicht ermittelt worden. Diese ganzen Fragen bleiben offen, und sie fallen einem nicht im Untersuchungsausschuß gewesenen Betrachter auf.

Dennoch möchte ich auch für meine Fraktion feststellen, daß der Untersuchungsausschuß keine Beweise erbracht hat, die die persönliche Integrität von Herrn Franke in Zweifel ziehen. Daß die F.D.P.-Fraktion am 18. April 1985 Herrn Franke ihr Vertrauen ausgesprochen hat, ist aus Sicht meiner Fraktion eine Bekundung eines Vertrauensvorschlusses. Diesen Vertrauens-

Frau Schmid-Petry

(A) vorschub wollen wir auch in den nächsten vier Jahren eingelöst haben. Und da möchte ich nur eine Randbemerkung machen: Kein gutes Beispiel war der Vorgang Kongreßhalle. Ich möchte in aller Form bitten, daß so etwas wie die Kongreßhalle sich in den nächsten vier Jahren nicht wiederholen möge.

[Beifall bei der F.D.P. und des Abg. Nagel (SPD)]

Lassen Sie mich kritisch auch einen Punkt ansprechen, den man ansprechen muß, wenn man in den letzten zehn Jahren ein aufmerksamer Betrachter der politischen Szene gewesen ist. Wir haben zumindest in den letzten zehn Jahren - die kann ich persönlich beurteilen - außerhalb des Parlamentes für meine Begriffe eine nicht gute, aber funktionierende große Koalition im Baubereich zwischen CDU und SPD gehabt. Es fällt einfach auf, daß SPD und CDU Positionen besetzen, die jeweils der Oppositionspartei - jetzt sagen wir einmal der großen Oppositionspartei - sei sie CDU gewesen, sei sie SPD gewesen - eine sehr unbefangene Betrachtungsweise in diesem Parlament verschließen. Ich sage ganz deutlich: Meine Fraktion sieht hier eine ganz besondere Rolle auf sich zukommen: Wir sind der kleinere Koalitionspartner, waren in dieser - sagen wir einmal - außerparlamentarischen großen Koalition nicht beteiligt. Wir werden eine sehr wirksame Kontrolle im Baubereich in den nächsten vier Jahren ausüben.

Zum Antrag der SPD: Im Namen meiner Fraktion darf ich sagen, wir halten den Antrag für vernünftig; man könnte fast sagen, er ist staatstragend. Meine Fraktion wird dem Antrag auf Überweisung die Zustimmung geben. Lassen Sie mich nur sagen: Wir werden uns die Formulierungen im Ausschub sehr sorgfältig ansehen. Da stolpere ich heute schon über einen Punkt, über den insbesondere zu reden sein wird, das ist der Punkt 1 c, der da lautet: „Welche Regelung ist für das Objekt Randbebauung Schlangenbader Straße hinsichtlich der Anschlußförderung gefunden worden?“ Namens meiner Fraktion darf ich Ihnen erklären: Uns ist eine solche Lösung nicht bekannt. Wir halten das auch für - wie soll ich mich ausdrücken - außerordentlich sensitiv, hier heute schon in einem solchen Antrag von „Anschlußförderung“ zu sprechen. Wir waren uns eigentlich immer einig, daß es im steuerbegünstigten Wohnungsbau keine Anschlußförderung geben kann. Es wird mit Sicherheit keine Lösung gefunden werden können, die auf der einen Seite 422 Wohnungen in der Schlangenbader Straße in die Anschlußförderung nimmt, Tausende andere steuerbegünstigte Wohnungen, die in derselben Zeit gebaut worden sind, aber außerhalb läßt. Ich glaube auch noch nicht einmal, daß die 422 Wohnungen geeignet wären, um über den „Feuerwehrtopf“ der WBK finanziert werden zu können - dies würde, glaube ich, den Rahmen des Topfes sprengen. Und ob das unter dem Gesichtspunkt von „Sparen und Gestalten“ ein sinnvoller Gestaltungspunkt sein wird, nämlich der der Anschlußförderung, wage ich im Namen meiner Fraktion zu bezweifeln. Allein die Diskussion heute im Abgeordnetenhaus wird Hoffnungen wecken bei Leuten außerhalb der DEGEWO, die in den letzten 10 Jahren steuerbegünstigten Wohnungsbau in dieser Stadt gebaut haben. Ich hielte es für sinnvoll, wenn der Senat heute schon ein klärendes Wort zu diesem Bereich sprechen würde. Wir sind uns darüber klar, daß die enormen finanziellen Aufwendungen, die eine Anschlußförderung erforderte, uns im finanziellen Gestalten in den nächsten Jahren erheblich einschränken würden. - Ich danke Ihnen.

[Beifall bei der F.D.P. und der AL]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr für 4 Minuten der Abgeordnete Jewarowski.

Jewarowski (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nagel, Frau Ahme, Sie sind schon ein tolles Pärchen, muß ich sagen. Sie könnten als die Geschwister Grimm in die Geschichte eingehen.

[Heiterkeit - Beifall bei der CDU]

Und, Frau Schmid-Petry, Sie sind auch an einigen Stellen, das muß ich leider sagen, offensichtlich von Ihrem Vertreter im Aus-

(C) schub falsch informiert worden. Es ist erschreckend, daß Sie, Herr Nagel und Sie, Frau Ahme, immer noch nicht begriffen haben, daß im Ausschub zwar Peinlichkeiten zu spüren waren, aber immer nur deshalb, weil Sie keine Tatsachen vortragen konnten, sondern nur Vermutungen. Daher kamen die Peinlichkeiten.

[Frau Bischoff-Pflanz (AL): Ungeheuerlichkeit!]

Alle haben gewartet, daß Sie noch etwas in der Tasche haben, aber es kam nichts von Ihnen, Sie haben nur einen Eiertanz vollführt.

[Zurufe - Gelächter]

Deshalb lassen Sie mich zur Versachlichung den Ablauf noch einmal schildern.

Ich darf Ihnen einmal zusammenfassen, daß die 14 Punkte zur Aufklärung aller Umstände im Zusammenhang mit dem Kauf der Randbebauung der Autobahnüberbauung Schlangenbader Straße durch die Städtische Wohnungsbaugesellschaft DEGEWO an keinem Punkt Kritik an dem jetzigen Bausenator zulassen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch nochmals für die solide und faire Verhandlungsführung des Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Jakob Kraetzer,

[Beifall bei der CDU]

und bei den im Ausschub beteiligten Mitgliedern für die sachliche Atmosphäre im Ausschub, die über den gesamten Zeitraum geherrscht hat. Auch der Verwaltung gehört ein Dank und ein Lob, denn Protokolle und entsprechende Unterlagen wurden schnellstens zur Information bereitgestellt.

Lassen Sie mich noch einmal darstellen, welche Punkte Kriterien waren, um dieses städtebauliche Pilotprojekt zu planen und zu bauen - die erste und bis heute weltweit einmalige Autobahnüberbauung, wie der damalige Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Haack (SPD), bei der Inbetriebnahme auch ausgeführt hat: „Mit diesem kühnen Bauvorhaben hat Berlin an die Tradition seiner beispielhaften Bauleistungen angeknüpft“.

[Gelächter bei der AL]

- Das ist nun einmal so. Das sind Tatsachen! In Berlin fehlten 1972 - zum damaligen Zeitpunkt - noch Zehntausende Sozialwohnungen; und Bauland war teuer und knapp wie heute. Halten Sie sich auch vor Augen, daß rund 160 000 Quadratmeter verlorengegangen wären in Wilmersdorf, wenn an anderer Stelle Wohnungen gebaut worden wären. Durch diese Überbauung der Autobahn können etwa 3 000 Berliner in der Innenstadt wohnen, entsprechend der Zielsetzung der Internationalen Bauausstellung. Das muß man sehen! Einen Wohnungsaustausch mit Bewohnern, zum Beispiel im Märkischen Viertel oder in Gropiusstadt, würden diese Anwohner nicht hinnehmen wollen - Wohnungen, für die Sie verantwortlich sind, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich auch noch zu den Punkten 1 bis 4 des Untersuchungsausschusses einige Ausführungen machen. So kann ausgeführt werden, daß die WBK rund 70 Mio DM an Gesamterstellungskosten anerkannt hat. Das ist auch eine Tatsache. Der damalige Senator für Bau- und Wohnungswesen, Dr. Rietschlager (SPD), führte die Vorschläge mit Vertretern der Mosch-Gruppe, da auch er der berechtigten Meinung war, daß das Projekt aus städtebaulicher Sicht von großem Interesse war und fertiggestellt werden müsse. Als Träger wurde die DEGEWO ausgesucht - unter anderem deshalb, weil die Auslastung der technischen Abteilung nachgelassen hatte und ein großer Erfahrungsschatz bei Durchführung von Großprojekten besteht. Das spricht wiederum für Herrn Franke. Interessant zu den Fragen 1 bis 4 scheint die Kaufpreisforderung von Mosch für Übernahmekosten von rund 8 Mio DM für Brückenbauwerk, Verwaltungskosten des Bauherrn, Fremdarchitektenleistungen sowie Managementkosten. Vereinbart wurden allerdings nur 3,2 Mio statt der geforderten 8 Mio von der DEGEWO.

(A) **Präsident Rebsch:** Herr Kollege Jewarowski! Ich bitte um den Abschlußsatz. Die Zeit ist vorbei.

Jewarowski (CDU): Es tut mir leid. Ich hätte wirklich noch einiges zur Versachlichung beitragen wollen.

[Beifall bei der CDU –
Gelächter bei der SPD und der AL]

Präsident Rebsch: Das ist das Schicksal der Abgeordneten.

Jewarowski (CDU): Aber trotzdem. Ein Schlußsatz vielleicht: Man kann feststellen, daß hier ein ganz normales Geschäft zu Ende geführt wurde.

[Heiterkeit – Zurufe – Glocke des Präsidenten]

Es war ein ganz normales Geschäft! Wenn Sie sich in die Geschäftswelt nicht eindenken können und nur Behördendenken haben, dann müssen Sie uns dafür nicht verantwortlich machen.

Präsident Rebsch: So, Herr Jewarowski, die Zeit ist aber um!

Jewarowski (CDU): Es bleibt für mich festzuhalten: Es war ein Flop der SPD und der AL, einen Untersuchungsausschuß zu beantragen. Sicherlich war das Ganze nur als eine Wahlkampfveranstaltung anzusehen; insofern hätte ich gehofft,

[Glocke des Präsidenten]

daß Sie sich heute hier entschuldigt hätten für Ihr damaliges Vorhaben.

[Gelächter und Unruhe bei der AL]

(B)

Präsident Rebsch: Herr Jewarowski!

Jewarowski (CDU): Ja, so sieht es aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hätten – –

[Dem Redner wird das Mikrofon abgeschaltet.]

Präsident Rebsch: So, das Wort hat nunmehr zum Abschluß in dieser Runde der Abgeordnete Dr. Rüter.

Dr. Rüter (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsausschuß jedermann jedermann gedankt hat, möchte ich Frau Schmid-Petry sehr herzlich danken für ihre sehr objektive Darstellung und Bewertung des Untersuchungsausschußberichts.

[Beifall bei der AL]

An die Adresse der CDU gerichtet möchte ich vor allen Dingen Herrn Führer ansprechen und feststellen, daß es nicht gelungen ist, in diesem Geschäft die Person von Herrn Franke zu verharmlosen. Es ist auch nicht gelungen darzustellen, daß die SPD versucht habe, Herrn Franke als ein Wahlkampfobjekt oder als ein Wahlkampfpfopfer zu mißbrauchen.

[Buwitt (CDU): Als nichts anderes!]

Herr Franke hat sich geradezu angeboten in der damaligen Zeit für eine Diskussion, daß das nun zufällig in den Wahlkampf gefallen ist, hat uns allerdings auch sehr gefreut.

Die CDU hat es auch nicht fertiggebracht, den Geruch von Herrn Franke wegzunehmen, Mitglied einer Theatergruppe bei einem Satyrspiel zu sein – in einer zynischen Komödie. Wer ein wenig Phantasie hat und sich einmal die Wortprotokolle durchgelesen hat, der wird feststellen, daß man aus diesem ganzen Gehabe, das dort vorhanden gewesen ist, durchaus eine Komödie machen kann. Ich darf die Befragung vom 8. Februar 1985

mal zum Anlaß nehmen, um daraus zu zitieren – natürlich mit der Genehmigung des Präsidenten, dann wird auch meine Zeit vorüber sein. Da ist zu lesen auf der Seite 21:

Die Aufsichtsratsmitglieder waren alle da, und wir haben dort gehandelt miteinander in dieser ersten Sitzung, also, erlauben Sie mir ein Beispiel, wie die persischen Teppichhändler. Und da wurde also hin und her gestritten. Und dann sagte zum Schluß der Herr X zu mir: Also, Herr Y, ich will Ihnen mal was sagen: Wir sind jetzt angelangt bei 76 oder 77 Millionen. Nun sehen Sie zu, daß jetzt eine 5 vor das Komma kommt. Wenn eine 5 vor das Komma kommt, dann sind wir einig. Und dann habe ich gesagt: Es ist gut, Herr X, spontan 75,9, das ist in Ordnung. Und dann haben wir uns in die Hände geschlagen und waren wie die Pferdehändler.

Genau dieses war das Geschäft, und diesen Geruch, Herr Franke, sind Sie bei der Bewertung dieses Untersuchungsausschußberichtes nicht losgeworden.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Präsident Rebsch: Ich möchte zunächst feststellen, daß die Besprechung des Berichts des 3. Untersuchungsausschusses aus der 9. Wahlperiode erledigt ist.

Zu dem SPD-Antrag einschließlich des AL-Entschließungsantrags empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung an den Hauptausschuß. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr! Das ist so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 12, Drucksache 10/38:

Antrag der Fraktion der SPD über Städtebündnis gegen Kernwaffen

Wird das Wort in der Beratung gewünscht? – Bitte sehr, Herr Dr. Meisner!

(D)

Dr. Meisner (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki – das sind die bisher einzigen von Atombomben getroffenen und zerstörten Städte – haben eine Initiative von Städten für atomare Abrüstung ins Leben gerufen. Aus dem Japanischen übersetzt lautet der Titel etwas umständlich: „Ein Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“.

Die beiden japanischen Städte haben sich an Städte überall in der Welt gewandt – vornehmlich an solche, die Opfer des Bombenterrors im Zweiten Weltkrieg selber geworden sind, in Europa an Ziele von deutscher Terrorbombardierung ebenso wie an deutsche Städte, die durch anglo-amerikanischen Bombenterror in Schutt und Asche gelegt wurden. Unter den ersten Adressaten dieser japanischen Initiative waren auch die deutschen Städte Bremen, Dresden und Hannover. Städte, die sich dieser Initiative anschließen, sollen zum Beispiel Veranstaltungen oder Zusammenkünfte veranstalten, die der Sache der Abrüstung und des Friedens gewidmet sind. Sie sollen sich mit Botschaften, mit Petitionen an die Vereinten Nationen wenden und die totale Abschaffung von Atomwaffen fordern.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Das Programm zielt auf die 3. Sondersitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die für das Jahr 1986 geplant ist. Diese Städte sollen auch wieder andere Städte in ihren Heimatländern für solche Aktivitäten gewinnen und sich gegenseitig darüber informieren, was sie selber zur Erreichung dieser Ziele tun.

So hat sich die Stadt Hannover an den Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses gewandt. Der Präsident hat die Anfrage an den Senat weitergeleitet, und der Senat hat für unsere Stadt abgelehnt.

[Beifall des Abg. Baetge (F.D.P.)]

Dr. Meisner

(A) – Herr Baetge, Sie haben eben geklatscht?

[Baetge (F.D.P.): Ja!]

– Ach ja! – Der Senat hat abgelehnt, ohne die Fraktionen des Abgeordnetenhauses oder die Parteien zu benachrichtigen, geschweige denn, sie um Rat zu fragen.

[Zurufe von der SPD: Unerhört! Unerhört!]

Wir meinen, daß der Senat mit dieser Ablehnung Berlin keinen guten Dienst erwiesen hat.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Wir meinen, daß Berlin Freunde in der Welt braucht, die für die Sache des Friedens eintreten.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Vor wenigen Tagen haben wir der 40. Wiederkehr des 8. Mai 1945 gedacht, also jenes Tages, an dem das von Berlin aus in Gang gesetzte Werk der Zerstörung nach Berlin zurückgekehrt, endgültig zurückgekehrt war. Welchen ernsthaften Grund kann vor dem Hintergrund dieses Tages und auch der Worte, die in diesem Hause an diesem Tage gesprochen worden sind, Berlin haben, sich der Initiative jener beiden Städte zu entziehen, die mit Atombomben im gleichen Jahr – allerdings erst im August – zerstört worden sind?

Wir wissen, daß eine solche Initiative keinen Fahrplan für Abrüstung enthält. Sozialdemokraten haben genug solcher Fahrpläne entworfen, und wir haben ganz konkrete Vorschläge darüber, wie Vertrauensbildung, Abrüstung und Zusammenarbeit bei gutem Willen auf beiden Seiten in Europa durchgesetzt werden können.

[Landowsky (CDU): Das merkt man an Herrn Schmude!]

– Wir haben sehr gute Vorschläge! Das, was Herr Schmude angeregt hat, ist etwas, was, glaube ich, nicht in der Polemik untergehen sollte, sondern es ist etwas, was zu einer Diskussion über den deutschen Beitrag zur Friedenssicherung

(B)

[Zurufe von der CDU: Aha! Aha!]

und zur Entstehung einer europäischen Friedensordnung auch einmal genutzt werden sollte. Darüber sollten wir nachdenken.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Darüber sollten wir nachdenken, Herr Landowsky. Wissen Sie, es ist immer möglich – – Da gibt ein Politiker einen Denkanstoß, und dann überlegt man, wie man da schnell eines raufhauen kann. Vielleicht sollte man das dazu benutzen, vorher noch einmal nachzudenken, ob da nicht ein Anliegen ist, das der Zukunft Europas, Deutschlands und Berlins vielleicht nutzen könnte. Überlegen Sie das noch einmal, Herr Landowsky, auch wenn es schwerfällt.

Ich sage noch einmal: Wir haben konkrete Vorstellungen über das, was in Abrüstungsverhandlungen passieren kann. Aber ich sage auch, daß das nur die eine Seite der Politik ist; die andere Seite ist der Wille der Menschen, die andere Seite ist der moralische Druck einer öffentlichen Meinung überall in der Welt für Abrüstung. Die andere Seite ist auch die Stärke der Friedensbewegung. Ohne diesen Druck, meine Damen und Herren, setzt sich – und das hat die Vergangenheit der Abrüstungsverhandlungen, glaube ich, deutlich erwiesen – an den Konferenztischen der Sachzwang der Militärs und die Scheinlogik der Nuklearmathematiker durch. Natürlich ist die totale Abschaffung aller Atomwaffen eine Utopie – eine Utopie in einer Welt, die sich in der Realität selbst mehrfach in die Luft sprengen kann und in der die Rüstung immer weiter und immer schneller wächst. Aber wenn sich nicht immer mehr Menschen auf die Seite dieser Utopie stellen, gerade in Deutschland, gerade in Berlin, dann kann die Realität der Katastrophe immer wahrscheinlicher werden.

[Beifall bei der SPD]

Es gibt also keine Gründe dafür, daß Berlin (West) sich nicht an der Hiroshima- und Nagasaki-Initiative beteiligt. Die Gründe, die der Regierende Bürgermeister auf zwei Kleine Anfragen von

mir genannt hat, sind jedenfalls nicht ausreichend. Erstens: Er hat gesagt, daß Berlin überhaupt keine Städtepartnerschaften habe. Aber dies, meine Damen und Herren, hat mit dem Städtebündnis, das die beiden japanischen Städte angeregt haben, nichts zu tun! Man kann natürlich auch über den Grundsatz der Städtepartnerschaften einmal nachdenken. Man kann z.B. fragen: Warum nur Los Angeles? Und warum nicht, wie es die Sozialdemokratische Partei anläßlich des 8. Mai auch gefordert hat, einmal die Partnerschaft zu europäischen Städten in Ost- und West-Europa, die ebenfalls unter dem 2. Weltkrieg so furchtbar gelitten haben, wie Warschau und wie Rotterdam?

[Landowsky (CDU): Warum haben Sie das denn nicht schon gemacht?]

Nun gut, das ist die eine Seite, aber die japanische Initiative ist ja gar keine Städtepartnerschaft im herkömmlichen Sinn. Wir wollen auch ganz bestimmt keine neuen Reismöglichkeiten nach Japan für Landes- und Kommunalpolitiker schaffen. Nach Japan wird ja sowieso sehr viel gereist.

[Adler (CDU): Mit Erfolg!]

Der zweite Grund, den der Regierende Bürgermeister angegeben hat, zwar nicht deutlich, sondern nur so geraunt hat, das ist die besondere Lage Berlins, für die er in dem Brief an Hannover und in den Antworten an mich um Verständnis gebeten hat. Aber, was heißt denn das im Klartext, die besondere Lage Berlins? – Will der Regierende Bürgermeister etwa damit ausdrücken, Berlin könne sich einer Initiative gegen Kernwaffen deswegen nicht anschließen, weil die drei Schutzmächte über Atomwaffen verfügen? – Oder ist es nicht vielmehr so, daß man sich hier – bei einer politisch unbequemen Entscheidung – wieder hinter einem angenommenen Bedenken der Alliierten verstecken will? – Also, kurz und gut, der Senat hat hier einen Fehler gemacht, und das Abgeordnetenhaus von Berlin sollte diesen Fehler korrigieren. – Ich danke Ihnen.

[Beifall bei der SPD und der AL]

Präsident Rebsch: Das Wort hat der Abgeordnete Adler.

Adler (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag an sich ist uns in seiner ursprünglichen Intention sehr viel sympathischer, Herr Dr. Meisner, als Ihre eben gelieferte Begründung.

[Staffelt (SPD): Da sprechen Sie aber nur für eine Minderheit Ihrer Fraktion! Die Zwischenrufe Ihrer Hinterbänkler klingen ganz anders!]

– Nein, nein; warten Sie erst einmal ab!

Eine Initiative zur Beseitigung der Atomwaffen, der Wunsch danach ist doch wohl allgemein. Davon können Sie doch ausgehen! Wir haben immer verkündet, Frieden schaffen zu wollen, mit immer weniger Waffen. Die Sorge um den Frieden ist schließlich etwas, das wir gemeinsam haben.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Ich bedauere sehr Ihre Westentaschendemagogie – es kommt dem jedenfalls sehr nahe –, dieses Einteilen in Friedensfreunde und Friedensgegner steht uns bis hier!

[Baetge (F.D.P.): Richtig! – Starker Beifall bei der CDU und der F.D.P. –

Dr. Meisner (SPD): Dann stimmen Sie doch zu!]

– Ich sage ja: Ohne Ihre Begründung wäre mir das leichter gefallen, Herr Dr. Meisner! Ich bin sehr dafür, daß man darüber nachdenkt. Die Sozialdemokraten haben ja in diesen Tagen und Wochen eine ganze Reihe von Initiativen in ähnlicher Richtung gestartet. Ich denke an das Nürnberger Friedensgespräch am 8. Mai, wo sie die Bürgermeister zerbombter Städte eingeladen hatten. Leider Gottes war Berlin nicht dabei! Man könnte sich ernsthaft überlegen: Warum eigentlich nicht? – Diesmal ist Berlin dabei. Das begrüßen wir immerhin im Ansatz. Politik ist niemals zweckfrei; auch politische Anträge sind es nicht; Politik ist kein Jongleurakt mit möglichst vielen Variationen, mal ja, mal

(C)

(D)

Adler

- (A) nein, sondern sie ist die Kalkulation zweckdienlicher Möglichkeiten. Wir werden uns im Ausschuß darüber zu unterhalten haben, ob dieser Antrag nur rein deklaratorischen Charakter hat, ob er etwas bewegt, ob er zweckdienlich ist, ob er nicht eigentlich gegen das verstößt, was wir selber anhand der Grenada-Diskussion hier im Hause gesagt haben, daß wir uns außenpolitischer Debatten – und das wäre eine außenpolitische Debatte! – eigentlich weiterhin enthalten sollten.

Statusfragen könnten durchaus auch berührt sein. Das sind Punkte, die man ernst nehmen und nicht von vornherein beiseite schieben sollte. Ich bin sehr dafür, daß wir uns im Bundesausschuß sehr sorgsam darüber unterhalten. Wir werden dann auch zu einer Entscheidung kommen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Präsident Rebsch: Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Kiele.

Frau Kiele (AL): Also, ob der Antrag nur deklaratorischen Charakter hat, wird sich im Bundesausschuß herausstellen. Es ist aber sehr gut, daß wir schon heute im Parlament darüber reden, weil ja der Bundesausschuß nichtöffentlich tagt, dieses Friedensthema aber in der Stadt großes öffentliches Interesse findet. Deswegen war es auch fatal, daß der erste Antrag von Herrn Meisner und auch der zweite einfach vom Senat unter den Tisch gefegt worden sind, ohne hier diskutiert worden zu sein. Wenn jetzt die Friedensbewegung der Stadt diesen Antrag nicht aufgegriffen hätte, wäre er wohl sang- und klanglos untergegangen.

- (B) Mit dem Stichwort „Friedensbewegung“ bin ich auch schon an dem Punkt, in dem sich die Position der AL von der der SPD unterscheidet. Wenn auch Herr Meisner soeben auf die Friedensbewegung verwiesen hat, im Antrag selbst taucht sie nicht auf. Wir vermissen das und meinen, daß es eine Begrenzung des Antrags ist, daß er den parlamentarischen Rahmen nicht überschreitet. Dabei wäre das sehr nötig, denn es waren gerade die bezirklichen Friedensinitiativen, die die Ablehnung durch den Senat öffentlich gemacht haben. Es waren auch die bezirklichen Friedensinitiativen, die in einer gemeinsamen Aktion daraufhin an die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki schrieben und für sich erklärten – das ist jetzt in der inhaltlichen Intention ähnlich, wie Herr Meisner es dargestellt hat –, über die Spaltung der Militärblöcke und insbesondere über die Spaltung Europas hinweg Kontakte für ein friedliches Zusammenleben unter dem gemeinsamen Ziel zu entwickeln, alle bedrohenden Atomwaffen abzuschießen. Dieser Brief wurde also von Friedensinitiativen in den Bezirken geschrieben; und schließlich war es die sehr rege Friedensinitiative von Lichtenfelde-West, die zu der UNO-Ausstellung in der Staatsbibliothek am 10. Januar dieses Jahres mit dieser selbst gefertigten Einladungskarte auf dieses Programm von Hiroshima und Nagasaki hingewiesen hat. Also, ohne die Öffentlichkeitsarbeit der Friedensinitiativen in der Stadt bliebe dieser SPD-Antrag eine parlamentarische Randnotiz.

[Beifall bei der AL]

Inhaltlich könnte er auch nicht viel mehr als ein moralischer Appell oder so etwas sein, er verlöre seinen deklaratorischen Charakter, wie wir eben von der CDU gehört haben, kaum, wenn er nicht eingebunden wäre in die Zielvorstellung eines atomwaffenfreien Europas, für das die Erklärung zur atomwaffenfreien Stadt nur ein erster, symbolischer Schritt ist. Die zweite Zielvorstellung sind die blockübergreifenden Kontakte zwischen den außerparlamentarischen und außerstaatlichen Friedensbewegungen in Europa.

[Beifall bei der AL]

Wir sagen also, das Abgeordnetenhaus möge den Antrag der SPD beschließen, aber – jetzt kommen die vielen Aber: Erstens muß dabei berücksichtigt werden, daß das Programm der Städte Hiroshima und Nagasaki keine Städtepartnerschaft im herkömmlichen Sinne ist, sondern eine friedenspolitische Initiative, und zwar unterhalb – das sagt Hiroshima, wir sagen von

unserer Wertung her: oberhalb – der nationalen Regierungen. Wir sagen also: Das Abgeordnetenhaus möge den Antrag der SPD beschließen, aber dabei erkennen, daß diese Städteinitiative eine friedenspolitische Perspektive bekommt durch ihre Einbindung in die Kampagne „Atomwaffenfreie Stadt“, die ihrerseits vorbereitender Schritt hin zu unserem Ziel atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa ist.

[Beifall bei der AL]

Das Abgeordnetenhaus möge den Antrag der SPD beschließen, aber – das dritte Aber – dabei den Senat auch in seinen berlinpolitischen Zielsetzungen beim Wort nehmen, nämlich – und jetzt erinnern wir uns an Herrn Dieppens Regierungserklärung -: Vertrauen über die Blöcke hinweg entstehen lassen und einen „Dialog mit Substanz“ – sage ich jetzt wieder auf den Vorwurf des rein Deklaratorischen – zu beginnen, denn Ost-Berlin hat der Initiative schon zugestimmt, so daß in dieser Hinsicht einem substantiellen Dialog mit der anderen Hälfte der Stadt also nichts entgegensteht.

[Beifall bei der AL]

Das Abgeordnetenhaus möge zu guter Letzt den Antrag der SPD beschließen, aber viertens dabei die Friedensinitiative der Stadt in die geplanten Kontakte mit einbeziehen, weil ohne diese Impulse von unten die SPD wohl ihren Antrag gar nicht gestellt hätte und weil nur die Unterstützung durch die Bürger einer solchen Kampagne politisches Leben verleiht, sowohl in West- wie in Osteuropa.

[Baetge (F.D.P.): Haha! Da kann ich nur lachen!]

Die Begründung des SPD-Antrags müßte in unserem Sinne noch ausgeweitet werden, und zwar in dem Sinne,

[Buwitt (CDU): Begründungen werden nicht mitbeschlossen!]

erster Spiegelstrich: Die Städte verpflichten sich, Veranstaltungen und Zusammenkünfte durchzuführen, die der Sache der Abrüstung und des Friedens gewidmet sind, unter besonderer Berücksichtigung der außerparlamentarischen Friedensbewegungen in den Städten.

[Baetge (F.D.P.): Moskau und Leningrad sind einzuladen!]

Das wäre aber eine Schande; es fahren ganz andere Leute nach Moskau und bringen dann z. B. Handelsaufträge mit nach Hause! West-Berlin kann damit zeigen, daß es eine aktive friedenspolitische Rolle spielen will, daß es dabei nicht hinter Städten wie Ost-Berlin, Dresden, Auschwitz, Hannover, Bremen, London, Boston, Kairo, Amsterdam, Sidney und vielen anderen mehr zurücksteht, daß es die Ost-West-Konfrontation mit seinen leider nur geringen Mitteln glaubwürdig abbauen helfen will, und – das ist jetzt wieder in Richtung Konkretisierung gemeint über das rein Deklamatorische hinaus – West-Berlin kann damit eine neue Rolle als Friedensstadt übernehmen, wenn es im Rahmen dieser Städteinitiativen sich als Begegnungsort anbietet, sowohl für die Bürgermeister der bisher beigetretenen Städte und ihre Delegationen wie auch für Bürgerinitiativen dieser Städte, die die Aktion von unten durch Kontakte und Kennenlernen fundieren und blockübergreifende Initiativen für atomwaffenfreie Zonen und eine neue europäische Sicherheitspolitik in dieser Stadt diskutieren können.

[Beifall bei der AL]

West-Berlin, eine Stadt, in der es zum Dialog, dem vielbeschwoeren, immer wieder gewünschten Dialog kommen kann, in diesem Falle zwischen Friedensbewegungen des Ostens und des Westens, diese substantielle Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

[Beifall bei der AL]

Präsident Rebsch: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Fabig.

[Staffelt (SPD): Fabig entwickelt sich zum Dauerredner!]

- (A) **Fabig (F.D.P.):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht sicher, ob es ein Vergnügen oder ein Ärgernis ist, wenn man zusehen muß, wie hier die einzelnen Redner ihre Affen durch den Saal führen!

[Beifall bei der F.D.P. und der CDU]

Der eine will mit der Begründung seines Antrages testen, inwieweit die Regierungskoalition hier als Friedensgegner abgestempelt werden kann, und der andere will den Antragsteller dazu überreden, mitzumachen, daß wir hier einen Schulterschuß zwischen Parlament und außerparlamentarischen Initiativen zuwege bringen, daß wir das sogar noch in die Begründung mit reinschreiben - ein absurder Vorgang im übrigen! Ich wollte nur sagen, liebe Frau Kiele, so kann man auch gute Sachen kaputt machen und ins Lächerliche ziehen. Ich finde, Sie haben der Absicht der SPD und auch Ihrer keinen guten Dienst getan.

[Beifall des Abg. Thomas (SPD)]

Was den Antrag angeht, so werden Sie akzeptieren, wenn ich ähnlich argumentiere wie Herr Adler, der gesagt hat, diesen Antrag betrachten wir mit großer Sympathie. Das Ganze ergibt ja auch einen Sinn, wenn die großen Opferstädte dieses Weltkrieges sich zusammentun. Dann kann man sagen, das ist richtig. Das Ganze wird nur kompliziert, wenn man solche Anträge, solche Initiativen und solche Absichten belädt zum Beispiel mit dem, was Sie in der Begründung gesagt haben. Von der AL will ich gar nicht reden, wenn man es erst damit belädt, ist es ohnehin tot!

[Dr. Meisner (SPD): Was meinen Sie denn zur Begründung?]

- Ich hätte nur gern Ihren Zwischenruf deutlicher gehört!

[Dr. Meisner (SPD): Ja, was meinen Sie denn zu meiner Begründung?]

- (B) - Ich habe nur ganz allgemein gemeint, man darf mit diesem nicht zu viel verbinden und es nicht zu sehr belasten, denn sonst ist von vornherein auch die Mehrheitsfähigkeit nicht mehr gegeben, Herr Dr. Meisner, das wollte ich damit sagen.

Und vielleicht noch die Bemerkung, daß es gar nicht gut ist, wenn ein Regierender Bürgermeister ein solches Angebot wie von diesen japanischen Atomopferstädten bekommt, daß er dies am Parlament vorbei nur als reine Verwaltungsangelegenheit behandelt und vielleicht ein bißchen leichtfertig abgelehnt hat. Ich kenne die Begründung nicht, mit der er dies getan hat. Vielleicht hätte sich da etwas tun können, wenn er das Parlament mal zu Rate gezogen hätte - vielleicht. Ich sage nur, es wäre vielleicht ganz gut, wenn man das manchmal tut,

[Beifall bei der SPD]

zumal er dann möglicherweise ein noch besseres Entree in Japan gehabt hätte, als er es jetzt als Regierender Bürgermeister von Berlin schon hatte.

[Staffelt (SPD): Sehr gut!]

Das wäre gar nicht so schlecht gewesen. Und vielleicht hätte er auch nach seinem Japan-Besuch einen ganz anderen Brief geschrieben, hätte er mit der Antwort gewartet. Gut, ich denke, er hat sicher gute Gründe gehabt. Und gute Gründe könnten zum Beispiel darin liegen, daß wir hier Status-Probleme bekommen. Ich habe mir heute gerade geben lassen, was dieses Angebot der Städte, dieses Programmangebot usw. beinhaltet. Es wird zum Teil ein gewisser Aktionismus gefordert, es werden also Veranstaltungen gemacht und Entschließungen verabschiedet, andere Partnerstädte angeschrieben und so weiter. Wir müssen mal prüfen, wirklich sachlich und mit der Tendenz, positiv zu entscheiden, das sage ich genauso wie Herr Adler, mit der Tendenz; ob wirklich etwas dabei herauskommt, weiß ich nicht. Ich denke, im Prinzip gibt es sicher einen Sinn. Ich wollte nur sagen, die Status-Problematik sollten wir dabei prüfen und nicht außer acht lassen, daß immerhin Städte wie Hannover, München, Bremen und auch die Partnerstadt von West-Berlin, Los Angeles, diesem Bündnis beigetreten sind. Das gibt möglicherweise einen Sinn, darüber sollten wir reden, im Prin-

zip erst mal positiv. Im Bundesausschuß können wir ohne Öffentlichkeit ganz deutlich zur Sache kommen. - Vielen Dank!

[Beifall bei der F.D.P., der CDU und der SPD]

Präsident Rebsch: Meine Damen und Herren! Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, damit ist dies überwiesen.

Ich rufe auf

Lfd. Nr. 13, Drucksache 10/42:

Antrag der Fraktion der AL über Sperrung von Waldstraßen

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe, federführend, und an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist so beschlossen.

Lfd. Nr. 14, Drucksache 10/43:

Antrag der Fraktion der AL über Einrichtung einer tramperefreundlichen Verkehrs- und Parkregelung an der Grenzübergangsstelle „Dreilinden“

Hier wird die Überweisung an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe sowie an den Hauptausschuß empfohlen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist so beschlossen.

Lfd. Nr. 15, Drucksache 10/44:

Antrag der Fraktion der AL über vorläufige Stilllegung der Klärschlammverbrennungsanlagen

Hier soll eine Überweisung an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe erfolgen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke, das ist so beschlossen.

Lfd. Nr. 16, Drucksache 10/45:

Antrag der Fraktion der AL über Emissionsminderung bei den Kraftwerken der Bewag

Dieser Antrag soll an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz überwiesen werden. Gibt es Wortmeldungen dazu?

[Zurufe: Ja!]

Wir hatten im Ältestenrat vereinbart, daß dazu nicht gesprochen wird. Deswegen hatte ich zuerst die Überweisung genannt. Soll es dabei bleiben, können wir überweisen?

[Weitere Zurufe]

- Es wird das Wort gewünscht. Das Wort hat Frau Heitmann.

Frau Heitmann (AL): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um die Emissionsminderung bei den Kraftwerken der Bewag. Nun fragen Sie sich vielleicht, warum das hier noch einmal besprochen werden soll. Das hört sich ja auch problematisch an. Wenn man die Worte des Regierenden Bürgermeisters noch im Ohr hat, dann könnte man sich mal fragen, wieso das möglich ist, bei der Bewag geht doch alles bestens voran, das Kraftwerkmodernisierungsprogramm schreitet zügig voran. Das ist leider nicht so! Ich möchte Ihnen dazu zwei traurige Beispiele nennen.

Das neue Kraftwerk Reuter, das so gelobt wird, wird eine Rauchgasentschwefelungsanlage erhalten, die nach dem Naßverfahren arbeitet. Dadurch wird das Wasser mit Chloriden und Schwermetallen belastet werden. Die Wasserbehörde hat deswegen schwerste Bedenken.

[Unruhe]

Frau Heitmann

- (A) Man muß sich das vorstellen: Ein solches Verfahren wird ausgewählt, obwohl seit dem Jahre 1982 zirka 15 verschiedene Verfahren

[Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten]

auf dem Markt sind und betrieblich angewendet werden. Wie man unter diesen Umständen trotzdem ein solches Naßverfahren wählen kann, ist mir schleierhaft.

Schon immer ist es die Politik der Bewag gewesen, vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Senat läßt sich davon überrollen, weil er nicht rechtzeitig handelt. Hier hätte man nämlich auf einem trockenen Verfahren bestehen müssen. Ein Entstickungsprogramm, das die Werte, die wir anstreben, überhaupt erst ermöglichen würde, liegt auch nicht vor. Schon gar nicht ist an Simultananlagen zur gleichzeitigen Entschwefelung und Entstickung gedacht.

[Weiterhin erhebliche Unruhe bei der CDU - Zuruf von der AL: Ruhe dahinten!]

Von Gewebefiltern zur optimalen Entstaubung ist auch nicht die Rede.

Ein besonders gravierendes Beispiel für die Verschleppungstaktik der Bewag ist das verantwortungslose Verhalten hinsichtlich des Kraftwerks Charlottenburg. Dieses Kraftwerk emittiert jährlich 7 300 Tonnen SO₂ und 7 000 Tonnen NO_x. Heimlich, still und leise hat die Bewag für dieses Kraftwerk beim Landesamt für Arbeitsschutz die Ausnahmeregelung beantragt, daß die Rauchgasentschwefelungsanlage erst 1991 in Betrieb gehen soll.

[Anhaltend starke Unruhe - Glocke des Präsidenten]

Das Landesamt hat extra zwei Gutachten erstellen lassen; das hat sich die Bewag 130 000 DM kosten lassen. Die Gutachten kommen allerdings zu dem Ergebnis, daß die Inbetriebnahme dieser Rauchgasentschwefelungsanlage sehr wohl für 1989 möglich wäre.

(B)

Wir fordern aber nach wie vor, daß das schon 1988 der Fall sein soll - zu dem Zeitpunkt, zu dem auch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung in Kraft tritt.

[Beifall bei der AL]

Dankenswerterweise werden wir darin von der CDU in Charlottenburg unterstützt,

[Zurufe von der CDU]

die das Ersuchen eingebracht hat, die geplante Rauchgasentschwefelungsanlage fristgerecht und nicht, wie dem Vernehmen nach beim Landesamt beantragt, erst nach dem 1. Juli 1988 zu erstellen. Eine Entstickungsanlage einzubauen oder etwa eine Simultananlage zur gleichzeitigen Abschaltung von SO₂ und NO_x vorzusehen - davon ist beim Kraftwerk Charlottenburg ebenfalls nicht die Rede. Bekanntlich haben aber Stickoxide die gleiche schlimme Wirkung wie das SO₂. Auch hier unterstützt uns die CDU Charlottenburg, indem sie mit Blick auf die besorgniserregende Zunahme von Umweltschäden verlangt, auch eine Entstickungsanlage/Simultananlage gleichzeitig einzubauen und in Betrieb zu nehmen. Wir fordern also den Senat auf, auf die Bewag einzuwirken, Planung und Durchführung der Entstickung ebenfalls zu beschleunigen. Dafür soll aber erst für 1986 ein Konzept vorgelegt werden.

Die Lage Berlins als Schlußlicht im Vergleich mit den anderen Bundesländern tritt also deutlich hervor. Das ist genau das Gegenteil von dem, was der Regierende Bürgermeister behauptet hat, daß wir uns sehen lassen können. Im Gegenteil, es ist so, daß wir, verglichen mit den anderen Bundesländern, das Schlußlicht sind.

[Beifall bei der AL]

Bei 108 Kohlekraftwerken der gesamten Bundesrepublik wird es nur eines geben, bei dem erst 1989 eine Rauchgasentschwefelungsanlage fertiggestellt sein wird. Bei der Entstickung stehen wir noch schlechter da. Ein Argument der

Bewag sollten wir auf keinen Fall durchgehen lassen, daß nämlich wegen der teuren Umweltschutzmaßnahmen die Strompreise demnächst erhöht werden sollen. Die Bewag hat eine derart hohe Rendite-Rate, daß der Stromkunde nicht für Fehlinvestitionen der Bewag, zum Beispiel bei Reuter-West, zur Kasse gebeten werden und bestraft werden darf.

[Beifall bei der AL]

Die Absicht der Bewag, ihre Verluste zu vergesellschaften und die Gewinne zu privatisieren, muß dieses Parlament wirklich verhindern.

[Beifall bei der AL]

Stellv. Präsident Longolius: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Bei Zustimmung bitte ich um Ihr Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltung? - Das ist so beschlossen.

Lfd. Nr. 17, Drucksache 10/55:

Antrag der Fraktion der AL über Nichtanwendung der Ertragsberechnungsverordnung

Wortmeldungen in der Beratung - liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt hier die Überweisung an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen. Wenn Sie dem zustimmen wollen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Danke! Das ist so beschlossen.

Lfd. Nr. 18, Drucksache 10/56:

Antrag der Fraktion der AL über Gestaltung des Geländes zwischen Stauffenbergstraße im Westen, Köthener Straße im Osten, Tiergartenstraße im Norden und Reichpietschufer im Süden

Wortmeldungen in der Beratung - gibt es nicht. Der Ältestenrat empfiehlt Überweisung an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Bei Zustimmung bitte ich um das Handzeichen. - Das ist auch so beschlossen.

(D)

Lfd. Nr. 19, Drucksache 10/59:

Antrag der Fraktion der SPD über Ausbau der Spandauer Schleuse

Wortmeldungen in der Beratung - liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, der federführend sein soll, außerdem an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe. Die F.D.P. beantragt zusätzlich die Überweisung an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz.

[Zuruf von der AL:

Nicht an so viele Ausschüsse!]

Wenn Sie diesen Überweisungsanträgen zustimmen, bitte ich um Ihr Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

[Starke Unruhe]

Lfd. Nr. 20, Drucksache 10/60:

Antrag der Fraktion der SPD über Fahrradverkehrsnetz

Wortmeldungen - liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe; die F.D.P. wünscht zusätzlich Überweisung an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz. Bei Zustimmung bitte ich um ihr Handzeichen. - Danke! Auch das ist beschlossen.

Lfd. Nr. 21, Drucksache 10/61:

Antrag der Fraktion der AL über Verzicht der städtischen und gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften auf die zwangsweise Durchsetzung des Einzugsverfahrens

Wortmeldungen in der Beratung - gibt es nicht. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Bau- und

(A)

Stellv. Präsident Longollus

Wohnungswesen. Bei Zustimmung bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Auch das ist beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Die nächste Sitzung beginnt am Donnerstag, dem 13. Juni 1985, um 13 Uhr. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 20.07 Uhr)

EEP 10/4

Seite 192